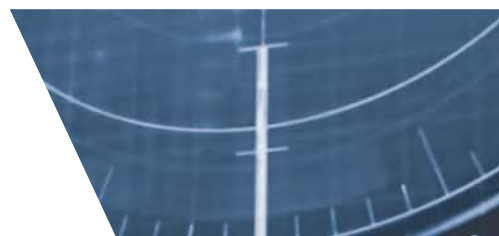


verteidigungspolitik.at

Risikobild 2026

Ende der Ordnung?



verteidigungspolitik.at

Risikobild 2026

Ende der Ordnung?

Wien, 2026

Die Inhalte der einzelnen Beiträge geben die persönliche Einschätzung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder und entsprechen nicht notwendigerweise den Positionen des Bundesministeriums für Landesverteidigung oder der Institutionen, für die sie tätig sind.

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich
Bundesministerium für Landesverteidigung
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Die Gesamtkoordination dieser Publikation erfolgte durch die Leiterin der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie.

Projektleitung, Redaktion und Layout: Raphael Spötta, BA MA
Lektorat: Miriam Gruber, BA MAIS, Tara Prägler, BA MA
Projektmitarbeit: Laura Reis, BA MSc, Mag. Martin Kripp, MA
Fotos und Grafiken: Heeres-Bild- und Filmstelle, Shutterstock
Druck: Heeresdruckzentrum, 1030 Wien

Erscheinungsjahr: 2026

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling

ISBN: 978-3-902275-65-3

Inhalt

1

Einleitung	8
-------------------------	----------

Geleitwort der Bundesministerin für Landesverteidigung

Kludia Tanner	10
---------------------	----

Europas nächstes Kapitel: die Sicherheitsunion

Tinatin Akhvlediani.....	12
--------------------------	----

25 Jahre „Frauen, Frieden und Sicherheit“

Christian F. Saunders.....	17
----------------------------	----

Das sicherheits- und verteidigungspolitische Umfeld Österreichs

Bernhard Richter.....	22
-----------------------	----

Risiken im Jahr 2026

Ronald Vartok.....	29
--------------------	----

Neue Ordnungen, alte Prinzipien

Arnold H. Kammel.....	34
-----------------------	----

2

Globale Risiken und Herausforderungen	42
--	-----------

Globale Risiken und Herausforderungen

Nikolaus Rottenberger	44
-----------------------------	----

Das Revival von „America First“

Rachel Tausendfreund.....	49
---------------------------	----

Europa im Systemkonflikt zwischen Russland, China und den USA

Daniela Schwarzer.....	54
------------------------	----

Nukleare Non-Proliferation

Ulrika Möller.....	60
--------------------	----

Der chinesische Balanceakt	
Linda Liang und Sebastian Harnisch	65
Der Konflikt im Südchinesischen Meer	
Thomas Eder	70
Russlands flexible Partnerschaften	
Sarah Pagung.....	75
Indien als Global Player	
Heinz Nissel	79
Die Bedrohungslage für Österreichs maritime Lieferketten	
Jan Stockbrügger	84
Zur Gefahr einer neuen Weltwirtschaftskrise	
Gabriel Felbermayr.....	89
Militarisierte Meere	
Michael Zinkanell.....	94
Geopolitik in der Arktis	
Kristina Spohr	99
Big Tech als Machtfaktor	
Johannes Späth	105
Aktuelle Herausforderungen an das internationale Recht	
Alexandra Duca.....	110
3	
Krisen und Konflikte im Umfeld Europas.....	114
Das sicherheitspolitische Umfeld Europas im Jahr 2026	
Günther Barnet	116
Der Krieg in der Ukraine	
Loïc Simonet	122

Der Westbalkan zwischen Integration und Enteuropäisierung	
Marie-Janine Calic.....	127
Tendenzen zur Destabilisierung in Südosteuropa	
Florian Bieber.....	132
Neuordnungsversuche im Nahen Osten	
Gudrun Harrer	137
Israels Sicherheit	
Stephan Stetter	142
Regionales Kräfteressen im Nahen Osten	
Walter Posch.....	147
Osteuropa und Südkaukasus	
Christoph Bilban	152
Sicherheitslage im Sahel	
Will Brown	158
Langwieriger Krieg im Sudan und die Gefahr regionaler Folgen	
Sara de Simone und Lucia Ragazzi.....	164
Sicherheitskonzeptionen und der Globale Süden	
Oliver Keßler und Siddharth Tripathi.....	169
4	
Risiken und Herausforderungen für die EU	174
Risiken und Herausforderungen für die EU	
Klaus Anderle.....	176
Konfrontation zwischen Russland und der EU	
Franz-Stefan Gady	183
Eine neue Ära der transatlantischen Beziehungen	
Josef Braml.....	188

Europas postkoloniales Erbe	
Dorothy Makaza-Goede.....	193
Asyl in Österreich und Europa	
Judith Kohlenberger	198
„Gendered Disinformation“ als hybrides Wirkmittel	
Thilo Geiger.....	203
Cyber-Verteidigung in Europa	
David Song-Pehamberger.....	208
Internationale organisierte Kriminalität in Europa	
Daniela Pisiu	213
5	
Risiken und Herausforderungen für Österreich.....	218
Risiken und Herausforderungen für Österreich	
Silvia Angerbauer.....	220
Die Rückkehr der Landesverteidigung	
Bruno Günter Hofbauer.....	225
Österreichs Neutralität und die Risiken der Nicht-Debatte	
Martin Senn.....	230
Gesamtstrategie für eine Zeit epochalen Wandels	
Markus Kornprobst.....	234
Zwischen Krieg und Frieden	
Elisabeth Hoffberger-Pippan.....	239
Ausländische militärische Nachrichtendienste im Fokus	
Reinhard Ruckenstein.....	244
Wirtschaftliche Landesverteidigung	
Thomas Feßl und Sonja Linskeseder	248

Zivile Landesverteidigung	
Josef Farda.....	252
Geistige Landesverteidigung	
Anna Katharina Obenhuber und Jan Sisko	257
Die „Preparedness Union Strategy“ und die ULV	
Matthias Resch.....	261
6G ohne Weltraum?	
Robert Toni Pfaffenbauer	266
Spaltung als Strategie	
Roman Schuh	271
Im Gleichschritt zur Gleichbehandlung	
Alexander Scheidl.....	275
Versicherheitlichung des Klimawandels	
Eva Widhalm	280
Zur Entwicklung moderner Streitkräfte	
Martin Dorfer	284
Autorinnen und Autoren	

1

Einleitung



J. TAITENHAYN



BMLV/Daniel Trippolt

Geleitwort der Bundesministerin für Landesverteidigung

Klaudia Tanner

Herrscht in Europa noch Frieden? Stehen wir tatsächlich am Ende der liberalen Weltordnung, wie es der Titel des vorliegenden Sammelbandes vermuten lässt? Vieles spricht dafür. So befindet sich Europa in einem hybrid ausgetragenen Konflikt mit Russland, der nicht nur im unmittelbaren Umfeld Europas, sondern auch in Europa selbst ausgetragen wird. Beispiele hierfür gibt es zu Genüge: etwa das Eindringen russischer Drohnen und Kampfflugzeuge in den polnischen Luftraum im September 2025 oder das Lahmlegen des Münchener Flughafens Anfang Oktober durch Drohneneinsatz. Nicht zu vergessen Desinformationskampagnen, das Manipulieren bzw. Beschädigen von Unterseekabeln oder auch die Versuche der Einmischung in Wahlen. Die Ordnung scheint zu erodieren.

Auch Großmachtrivalitäten nehmen weiter zu. Während die Vereinigten Staaten und China um die Umgestaltung der aktuellen bzw. die Etablierung einer neuen Ordnung ringen, bleibt das jeweilige Verhältnis dieser

Großmächte zu Europa vielschichtig und komplex. China bleibt sowohl Partner, aber zugleich Konkurrent und Systemrivale Europas. Indes bleibt die transatlantische Partnerschaft ein Eckpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur, wenngleich vor dem Hintergrund der zunehmenden Konzentration der USA auf den Indo-Pazifik der Europäischen Union eine wachsende Rolle bei der Verteidigung Europas zukommt.

Angesichts dieser wachsenden Herausforderungen könnte die Frage aufgeworfen werden, welche Handlungsoptionen einem vergleichsweise kleinen Staat im Zentrum Europas bleiben. Die Probleme der Welt sind immerhin nicht alleine durch die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik lösbar. Sollte man daher den Kopf in den Sand stecken? Mitnichten, denn auch Österreich trägt eine Mitverantwortung für die Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung. So stehen wir hinter multilateralen Organisationen, allen voran den UN, der EU und der OSZE. Wir suchen aktiv die Zusammenarbeit und wollen sowohl Dialog als auch Vertrauen fördern.

Der vorliegende Sammelband mit dem treffenden Titel „Ende der Ordnung?“ widmet sich genau diesen Themen – und noch vielen weiteren mehr. Er analysiert die sich abzeichnenden und bereits laufende internationale Entwicklungen, die kommenden Herausforderungen für die Sicherheitslage Europas und die Bedeutung der aktuellen Bedrohungslage für die Sicherheit Österreichs. Darüber hinaus widmet sich dieser Band anlässlich des 25. Jahrestages des Beschlusses der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 gezielt dem Thema Frauen, Frieden und Sicherheit – ein zentrales Thema für Österreich, und mir persönlich überaus wichtig.

Wie jedes Jahr richten auch heuer wieder namhafte Expertinnen und Experten den Blick in die Zukunft, stellen dar, womit wir rechnen sollten und leisten wertvolle Diskussionsbeiträge zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Debatte. Mein Dank gilt, wie jedes Jahr, auch heuer wieder den Autorinnen und Autoren als auch unseren Expertinnen und Experten im Bundesministerium für Landesverteidigung und dem Österreichischen Bundesheer. Denn all ihre Beiträge und ihre Expertise dienen letztendlich dem Schutz unseres Landes.



Franck Boston/Shutterstock.com

Europas nächstes Kapitel: die Sicherheitsunion

Tinatín Akhvlediani

Die russische Vollinvasion der Ukraine im Jahr 2022 und geopolitische Fragmentierung zwingen die EU dazu, ihre Identität neu zu denken. Die EU, ursprünglich als Union der ökonomischen Kooperation gegründet, entwickelte sich in den vergangenen 30 Jahren zu einer politischen Union und in das erfolgreichste Friedensprojekt der modernen Geschichte. Nun ist sie gefordert, sich in eine Sicherheitsunion zu entwickeln. Die EU-Erweiterung dient dabei sowohl als Katalysator als auch als Test des Erfolgs dieser Transformation.

Sowohl Russlands Vollinvasion der Ukraine, deren Beginn sich Anfang des Jahres 2026 zum vierten Mal jährt, als auch die globale Machtfragmentierung hat die Europäische Union dazu gezwungen, ihre Identität zu hinterfragen und auch neu zu definieren. Die EU ist selbst aus zwei verheerenden Kriegen hervorgegangen, nach denen die Europäerinnen und Europäer sich darauf geeinigt hatten, dass Konflikte auf dem Kontinent nicht mehr mit militärischen Mitteln ausgetragen werden soll-

ten. Aufbauend auf der Idee der ökonomischen Interdependenz sollten künftige Kriege verhindert werden. Davon ausgehend entwickelte sich die Union jedoch weiter; der Binnenmarkt wurde eingeführt und die EU wurde zu einer politischen Union und damit zum erfolgreichsten Friedensprojekt der modernen Geschichte.

Seit Jahrzehnten versuchte die EU, diese Logik zu projizieren – im Glauben, dass ökonomische Abhängigkeiten stabilitätsfördernd wirken, Verteidigung an die NATO ausgelagert werden könnte, und Multilateralismus, Freihandel und Globalisierung die Sicherheit von Lieferketten gewährleisten können. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zertrümmerte diese Überzeugung, an der die EU so lange festgehalten hatte, ebenso wie die Fundamente der europäischen Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges. Vor dem Hintergrund des größten Krieges in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, neu aufgeflamten Großmachtrivalitäten und einer globalen Machtfragmentierung, sieht sich die EU Zwangsmitteln, der Instrumentalisierung von Interdependenzen und hybriden Bedrohungen ausgesetzt. Die EU wird dazu gedrängt, zu einem eigenständigen geopolitischen Akteur zu werden. „Strategische Autonomie“ wurde vom Schlagwort zur Notwendigkeit. Die Union muss ihren Worten Taten folgen lassen.

Was als ökonomische Union begann, wurde zur politischen – und wird nun dazu aufgerufen, sich zu einer Sicherheitsunion zu entwickeln. In diesem Kontext sollte auch die EU-Erweiterung sowohl als Katalysator gesehen werden, als auch als Test, wie weit diese Transformation gehen kann.

Sicherheit als Herzstück der Agenda Europas

Der nach wie vor tobende russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, gepaart mit der Erschütterung des transatlantischen Vertrauens und einer unberechenbaren US-Außenpolitik zwingt die EU dazu, ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ernster zu nehmen. Der Aufruf der NATO an ihre Mitgliedsstaaten, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, fällt mit der wachsenden internen Erkenntnis zusammen, dass Europa mehr Verantwortung für seine Sicherheit übernehmen muss. Neue Initiativen signalisieren ein Erwachen, obwohl dieser Prozess noch in den Kinderschuhen steckt. Dazu gehören beispielsweise gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungsprojekte, die Mobilisierung

von Geldmitteln für gemeinsame Entwicklung, Produktion und Beschaffung und die Stärkung gemeinsamer Verteidigungsfähigkeiten.

Um erfolgreich zu sein, benötigt die Union nicht nur scharfsinnige Strategien und mehr Finanzmittel, sondern vor allem einen stärkeren politischen Willen und eine gemeinsame Zielvorstellung der Mitgliedsstaaten. Die Verträge verdeutlichen, dass die EU nur die Kompetenzen hat, die ihr von den Mitgliedsstaaten übertragen wurden. Mit gemeinsamer Stimme zu sprechen gehört bereits seit Langem zu ihren größten Herausforderungen. Erkennen nicht alle Mitgliedsstaaten, was für den gesamten Kontinent auf dem Spiel steht, falls diese Transformation scheitert, besteht das Risiko, dass das europäische Friedensprojekt erodiert. Frieden muss geschützt und gewahrt werden – und das erfordert glaubwürdige Abschreckung.

Die neu entstehenden Instrumente der EU im Bereich der Sicherheit und Verteidigung hängen von den Fähigkeiten und dem politischen Willen der Mitgliedsstaaten ab. Die strategische Koordinierung bleibt fragil, und die Mitgliedsstaaten sind nach wie vor uneins, was sowohl die Bedrohungswahrnehmung als auch die Balance zwischen der europäischen und der transatlantischen Sicherheitskomponente betrifft. Nichtsdestoweniger ist klar, wohin die Reise geht: Die Union eignet sich nach und nach sowohl die Geisteshaltung als auch die Instrumente eines kollektiven Sicherheitsakteurs an. Einem Sicherheitsakteurs, der nicht nur sein eigenes Territorium, sondern auch seine Werte und demokratische Regierungsführung gegen militärische Aggression, autoritären Druck und interne Erosion verteidigt.

Diese Versicherunglichung der EU-Agenda entstammt nicht zuletzt der globalen Fragmentierung. Angesichts dieser globalen Großmachtrivalität wurden Europas Vulnerabilitäten kritisch exponiert. Russland missbraucht internationalen Handel, Energie und sogar Nahrungsmittel als Waffen; China strebt nach globaler ökonomischer Dominanz; und die geopolitische Haltung der USA hat sich angesichts der „Make-America-Great-Again“-Agenda verschoben. Das führte zu einem Umdenken, was unter Souveränität oder Strategischer Autonomie im 21. Jahrhundert zu verstehen ist. Sie ist nicht mehr alleine territorial, vielmehr systemisch und wurzelt in Kontrolle. Das bedeutet die Beherrschung von Energieströmen, Standards und Lieferketten; von Daten, Technologie

und Künstlicher Intelligenz; und reicht bis hin zur Informationssicherheit und Klimaresilienz.

Nexus Erweiterung-Sicherheit

Die EU-Erweiterungspolitik fügt sich sowohl als Sicherheitsimperativ als auch als Stresstest der Transformation in dieses Bild ein. Die Aussicht, den Westbalkan und die östlichen Nachbarstaaten Ukraine, Moldau und Georgien, sollte dieses seinen europäischen Weg fortsetzen, in die Union aufzunehmen, gestaltet die interne Geometrie der EU um. Bei der Erweiterung geht es nicht mehr länger bloß um die Ausweitung des Binnenmarktes oder den Export von Normen, vielmehr geht es um die Verteidigung der europäischen Sicherheitsgrenze. Allerdings zwingt sie die EU auch dazu, sich ihrer eigenen Grenzen bewusst zu werden: wie tiefere Integration mit breiterer Mitgliedsbasis in Einklang gebracht, wie Entscheidungsfindung reformiert, und wie eine vergrößerte Union geschützt werden kann. Die Glaubwürdigkeit der EU-Erweiterungspolitik wird daher davon abhängen, ob sie sich in eine wahrhaftige Sicherheitsunion verwandeln kann, die dazu in der Lage ist, neue Mitglieder aufzunehmen und zu verteidigen, und gleichzeitig funktional und politisch kohärent zu bleiben.

Diese Entwicklungen werfen tiefergehende Fragen über die Art der europäischen Macht auf. Die Stärke der EU lag immer in ihrer Fähigkeit, ihr Umfeld zu gestalten, anstatt es zu dominieren – indem sie sich an einer regelbasierten liberalen Ordnung und an ihren Werten orientierte. Die heutige Herausforderung ist, die DNA der EU zu bewahren, und sich dennoch an eine rauere Welt anzupassen. Erweiterung und Sicherheit stellen nicht mehr länger Gegensätze dar, sondern einander verstärkende Säulen von Europas Überleben und Einfluss.

Die EU-Erweiterungspolitik ist in diesem Sinne nicht nur eine politische Wahl, sondern eine strategische Notwendigkeit: der Schlüssel für die Beschleunigung der Transformation der EU in eine Sicherheitsunion. In dieser neuen Phase muss Sicherheit zum Bindegewebe werden, das sich durch alle EU-Politikbereiche zieht. Ob diese Transformation gelingt, wird von der Fähigkeit der Union abhängen, gemeinsam und zielgerichtet zu handeln, ohne jedoch aus den Augen zu verlieren, was sie letztlich

zu schützen versucht: das Überleben Europas als Friedensprojekt, das die Werte verteidigen kann, auf denen es gegründet wurde.

Keynotes

- Angesichts des größten Krieges in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, politischen Zwangs, Instrumentalisierung von Interdependenz und hybriden Bedrohungen ist die EU gefordert, als eigenständiger geopolitischer Akteur zu denken und zu handeln.
- Was als ökonomische Union begann und später zur politischen Union wurde ist nun gefordert, sich zu einer Sicherheitsunion weiterzuentwickeln. Die EU-Erweiterungspolitik wird in diesem Kontext sowohl zum Katalysator als auch zum Test, wie weit diese Transformation gehen kann.
- Um erfolgreich zu sein, benötigt die Union nicht nur scharfsinnige Strategien und mehr Geldmittel, sondern zuvorderst politischen Willen und eine gemeinsame Zielvorstellung der Mitgliedsstaaten.
- Bei der EU-Erweiterung geht es nicht länger nur um die Ausweitung des Binnenmarktes oder den Export von Normen. Vielmehr geht es um die Verteidigung der europäischen Grenzen.
- Die Erweiterung ist in diesem Sinne nicht nur eine politische Wahl, sondern eine strategische Notwendigkeit: der Schlüssel für die Beschleunigung der Transformation der EU in eine Sicherheitsunion.
- Die Glaubwürdigkeit der EU-Erweiterungspolitik wird daher davon abhängen, ob sie sich tatsächlich in eine Union transformieren kann, die dazu in der Lage ist, neue Mitglieder aufzunehmen und auch zu verteidigen, während sie funktional und politisch kohärent bleibt.



Davide Zanin Photography/Shutterstock.com

25 Jahre „Frauen, Frieden und Sicherheit“

Christian F. Saunders

Frieden, wie er von der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ (Women, Peace and Security, WPS) verstanden wird, umfasst nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern auch ein Leben in Würde, frei von Gewalt und mit gleichberechtigter Teilhabe am öffentlichen Leben. Ein Vierteljahrhundert ist seit der Verabschiedung der Resolution 1325, mit der die WPS-Agenda durch den UN-Sicherheitsrat beschlossen wurde, vergangen. Mittlerweile stehen die bereits erzielten Fortschritte jedoch wieder auf dem Spiel. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen erreicht ein neues Rekordniveau, während sie weiterhin von Machtpositionen im Bereich Frieden und Sicherheit ausgeschlossen bleiben. Seitens der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedsstaaten ist politischer Wille gefordert, um konkrete Maßnahmen umzusetzen – im Sinne des Schutzes von Frauen und Mädchen sowie deren gleichberechtigte Beteiligung an Konfliktprävention, -management und -lösung.

Das Jahr 2025 markierte ein Vierteljahrhundert des Bestehens der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats und damit 25 Jahre WPS-Agenda. Zahlreicher, hart erkämpfter Erfolge zum Trotz bleibt der Fortschritt in diesem Bereich jedoch limitiert und fragil. Die Fälle konfliktbezogener, sexualisierter Gewalt stiegen vergangenes Jahr um 25 Prozent. Dazu zählen Verbrechen wie Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Zwangsprostitution, erzwungene Schwangerschaften, erzwungene Abtreibungen, Zwangssterilisation und Zwangsheirat. Frauen und Mädchen bilden dabei die überwältigende Mehrheit der Opfer – in insgesamt 92 Prozent aller UN-verifizierten Fälle.

Gleichzeitig bleiben Frauen weitgehend von Machtpositionen und Entscheidungsfunktionen im Bereich Frieden und Sicherheit ausgeschlossen. Obwohl Frauen und Frauenrechtsorganisationen in der Mehrheit der Fälle informeller Friedensprozesse aktiv engagiert sind oder sogar führende Rollen spielen, stellen sie weniger als zehn Prozent der Verhandlerinnen bzw. Verhandler in formellen Konfliktlösungsmechanismen – dies zeigt der Bericht des Generalsekretärs zu Frauen, Frieden und Sicherheit des Jahres 2024 deutlich auf.

Ein Vierteljahrhundert Resolution 1325

Der Beschluss der Resolution 1325 weihte die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ im Oktober 2000 offiziell ein. Auch heute noch stellt diese Resolution ein wegweisendes Bekenntnis dar: Frauen stehen im Zentrum der Bemühungen um internationalen Frieden und Sicherheit. Damit zeigte man auch auf, dass man das transformative Potenzial von Gleichheit bzw. Gleichbehandlung von Frauen bei den Bemühungen um Frieden erkannte, ebenso wie die Konsequenzen des Ausschlusses von Frauen und Mädchen von Konfliktprävention, -resolution, und Wiederaufbau sowie die Folgen von Kriegen für Frauen und Mädchen.

Seither haben weitere Resolutionen die WPS-Agenda entlang von vier Säulen ausgebaut. Dazu gehören die Beteiligung von Frauen an friedensschaffenden Maßnahmen und Peacebuilding, der Schutz von Frauen und Mädchen vor konfliktbezogener, sexualisierter Gewalt, die Beteiligung von Frauen – insbesondere lokaler Frauenorganisationen und von Grassroot-Bewegungen – an der Konfliktprävention und die Inklusiv-

sion von Frauen und Mädchen beim Wiederaufbau. Insgesamt gibt es nunmehr zehn WPS-bezogene Resolutionen.

Bedrohungen für Frauen, Frieden und Sicherheit

Heute stammen die wesentlichsten Bedrohungen für die Implementierung der WPS-Agenda sowohl aus internen als auch externen Kräften. Zunächst erleben wir einen globalen Backlash gegen Frauenrechte. In jedem Winkel dieser Welt sehen sich zivilgesellschaftliche und Frauenorganisationen, die gerade an vorderster Front stehen, wenn es um den Kampf gegen häusliche Gewalt, Femizide und sexuelle Übergriffe geht, zunehmend koordiniertem und hartnäckigem Widerstand ausgesetzt. Dazu gehören Budgetkürzungen ebenso wie politische und legislative Rückschritte, (digitale) Desinformation oder auch Repression und Gewalt.

Eskalierende geopolitische Spannungen, Militarisierung und die Verbreitung von Waffen unterminieren die notwendigen Voraussetzungen für Fortschritte in diesem Bereich. Globale Militärausgaben erreichten 2024 ein Rekordniveau von 2,7 Bio. US-Dollar, was einen Anstieg von über neun Prozent im Vergleich zum Vorjahr darstellte. Dies droht auf Kosten jener Maßnahmen zu gehen, die für die Förderung der WPS-Agenda essenziell sind: Diplomatie, Abrüstung, Mediation und Peacekeeping.

Schließlich stellt der Mangel an budgetären Mitteln eine Schlüsselherausforderung für das Bekenntnis zu Frauen und Mädchen dar. Oftmals bleiben Budgetmittel kleinteilig und an kleine, zeitlich befristete Projekte gebunden. Das macht sie darüber hinaus anfällig für sich ändernde Prioritäten unterschiedlicher Regierungen und Geldgeber. Die rezente, umfassende Kürzung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitären und friedenserhaltenden Programmen zeigt diese Fragilität weltweit weiter auf.

Die Zukunft der WPS-Agenda

Sollen die Ziele aus der WPS-Agenda erreicht und dauerhafter Frieden gesichert werden, müssen sich die UN und ihre Mitgliedsstaaten dazu bekennen, den Schutz vor sexueller Gewalt und anderer Formen der Gewalt vorhersehbar und nachhaltig zu finanzieren. Als Koordinator der

Bemühungen des UN-Systems im Kampf gegen sexuellen Missbrauch durch das eigene Personal, bin ich mir dessen bewusst, dass die UN-Institutionen den höchsten Schutzstandards und Rechenschaftspflichten entsprechen müssen. Dennoch wurden seit dem Jahr 2010 über 1100 Fälle sexuellen Missbrauchs gemeldet, die UN-Peacekeeping-Personal betreffen und über 1700 Opfer betroffen haben. Darüber hinaus zeigen Untersuchungsergebnisse des International Peace Institute, die in der Publikation „Blue on Blue: Investigating Sexual Abuse of Peacekeepers“ veröffentlicht wurden, dass eine von drei Peacekeeperinnen sexuellen Missbrauch durch ihre Kollegen erleiden musste.

Schutz per se bildet das Fundament des Vertrauens in unsere Institutionen. Um dieses Vertrauen zu erhalten, müssen wir die Täter und Täterinnen zur Verantwortung ziehen, Schutzmaßnahmen in allen Bereichen der Verteidigungsplanung und Operationen einbetten und das Prinzip, keinen Schaden anzurichten, als einen zentralen Wert des Militärdienstes und des Peacekeepings hochhalten. Weiters müssen die UN und ihre Mitgliedsstaaten konkrete Schritte unternehmen, um systematische Ungleichheit abzubauen und die Teilhabe von Frauen und Mädchen in der Prävention, dem Management und der Lösung von Konflikten zu sichern. Sowohl „Schutz“ als auch „Teilhabe“ sind Grundvoraussetzungen für dauerhaften Frieden: Solange Gewalt und Exklusion die Hälfte unserer Bevölkerungen ausschließen, wird echter Frieden unerreichbar bleiben.

Der Anfang dessen ist der Ausbau von weiblichem Leadership in unseren eigenen Institutionen, aber es muss auch zu einer Machtverschiebung kommen, um die Teilhabe von Frauen in allen Bereichen zu ermöglichen. Am wichtigsten ist, dass nachhaltige und genuine Aufmerksamkeit auf die Rolle von Frauen im Bereich internationaler Frieden und Sicherheit gelegt wird. Frauen sollten nicht bloß als Opfer sexueller Gewalt gesehen werden, die Schutzes bedürfen, sondern auch als Akteurinnen und Entscheidungsträgerinnen.

Der kollektive Einsatz für andauernden Frieden sollte die Grundlage für die Zukunft der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ darstellen. Dauerhafter Frieden umfasst nicht bloß die Abwesenheit von Krieg. Er erfordert die Schaffung einer Welt, in der alle Menschen in Würde und Gleichheit leben können, frei von sexueller Gewalt und mit allen Möglichkeiten, sich bedeutsam in das öffentliche Leben einzubringen. WPS repräsentiert die

Erneuerung der Hoffnung aus der Charta der Vereinten Nationen auf eine Welt, in der alle Menschen in Frieden miteinander leben.

Keynotes

- Ein Vierteljahrhundert nach ihrer Verabschiedung bleibt der Fortschritt bei der Umsetzung der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ begrenzt und fragil.
- Frauen und Mädchen sind von einem Rekordniveau konfliktbezogener, sexualisierter Gewalt betroffen und zugleich weitgehend von Macht- und Entscheidungspositionen ausgeschlossen.
- Die Umsetzung der WPS-Agenda wird durch eine Bewegung gegen Frauenrechte, wachsende geopolitische Spannungen und Militarisierung sowie durch fehlende nachhaltige Finanzierung bedroht.
- Die UN und ihre Mitgliedsstaaten müssen sich verpflichten, Schutz vor sexualisierter Gewalt verlässlich und nachhaltig zu finanzieren.
- Außerdem müssen sie konkrete Schritte setzen, um die Beteiligung von Frauen und Mädchen an Konfliktprävention, -bewältigung und -lösung sicherzustellen.
- Wesentlich ist die kontinuierliche Anerkennung der Rolle von Frauen als zentrale Akteurinnen– nicht nur als Opfer sexualisierter Gewalt, die Schutz benötigen. Schutz und Teilhabe von Frauen sind Grundvoraussetzungen für dauerhaften Frieden.

Das sicherheits- und verteidigungspolitische Umfeld Österreichs

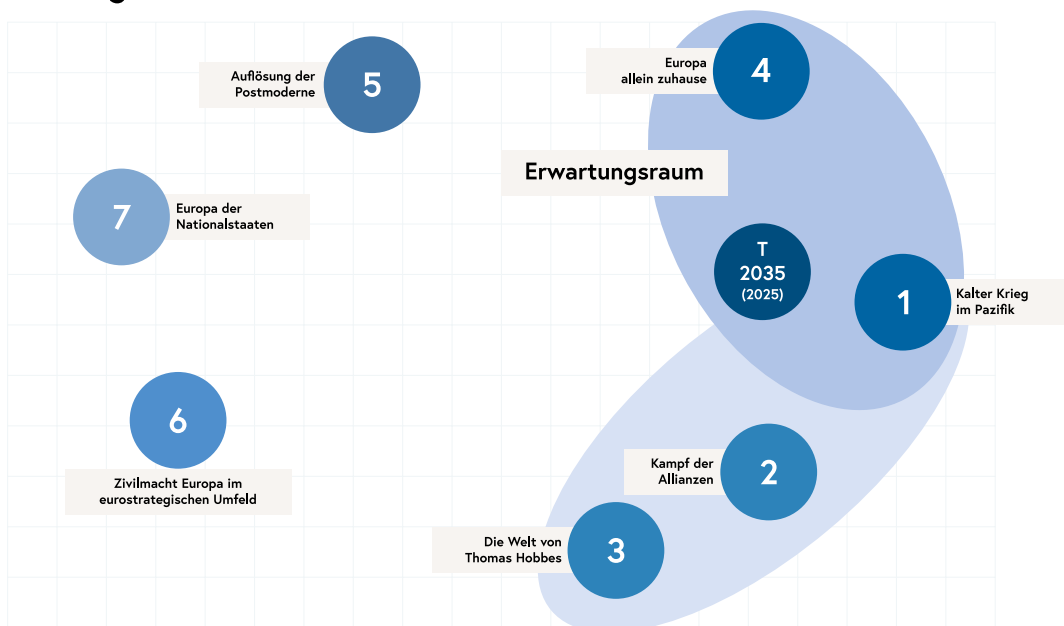
Entwicklungen bis 2035

Bernhard Richter

Das internationale System befindet sich in einer tiefgreifenden Umbruchphase. Globale Machtverschiebungen, geökonomische Fragmentierung, technologische Disruption und ökologische Stressfaktoren verändern die Grundlagen europäischer Sicherheitspolitik. Für Österreich ergibt sich daraus ein zunehmend komplexes Umfeld, das durch die Erosion multilateraler Ordnung, die Rückkehr großmachtpolitischer Rivalitäten und die geopolitische Instrumentalisierung wirtschaftlicher Abhängigkeiten geprägt ist. Diese Dynamiken führen zu einer fundamentalen Neuausrichtung der europäischen und österreichischen Sicherheitsarchitektur, in der Fragen der Resilienz, industriellen Basis und strategischen Autonomie in den Mittelpunkt rücken.

Die strategische Vorschau im Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) basiert auf sogenannten „Umfeldszenarien“ und deren langfristigem Monitoring. Diese stellen langfristige Zukunftsalternativen dar, die als Orientierungshilfe für Österreichs Sicherheits- und Verteidigungspolitik dienen. Aus der durch Expertinnen und Experten erfolgten Bewertung dieser Szenarien und durch das Monitoring dieser Szenarien wird der Erwartungsraum bis 2035 abgeleitet. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich dieser Erwartungsraum zwar geringfügig, aber in entscheidenden Punkten verändert.

Erwartungsraum und Trendszenario 2035



Waren im Vorjahr die Szenarien „Kalter Krieg im Pazifik“ (Szenario 1), „Kampf der Allianzen“ (Szenario 2), „Die Welt von Thomas Hobbes“ (Szenario 3) und „Europa allein zuhause“ (Szenario 4) annähernd gleich bewertet, sind Szenarien 2 und 3 in der Bewertung etwas zurückgefallen. Die Szenarien 1 und 4 hingegen sind in der Erwartung gestiegen. Wie in Abbildung 1 ersichtlich, wurde ein Kern-erwartungsraum, der die Szenarien 1 und 4 beinhaltet, und ein erweiterter Erwartungsraum mit Szenarien 2 und 3 gebildet.

Abb. 1: Trendszenario 2035

Das Szenario 1 beschreibt eine bipolare Ordnung, eine Blockkonfrontation zwischen den USA und China. Ein nur teilweise integriertes Europa ist hierbei Juniorpartner der USA. Szenario 4 hingegen beschreibt eine

konfrontative Weltordnung unter der Führung der einzigen, unilateral agierenden Supermacht USA. Europa ist in diesem Szenario wiederum nur teilweise integriert und muss sich mehr oder weniger ohne den Sicherheitsgaranten USA in diesem Umfeld behaupten. Wie aus der Lage des Trendszenarios 2035 ersichtlich wird, geht in der diesjährigen Bewertung die Erwartung noch stärker in Richtung Szenario 1.

Globale Ordnungsverschiebungen

Die zunehmende Erosion der liberalen Weltordnung und die Herausbildung einer konfrontativen Multipolarität markieren den strategischen Hintergrund des kommenden Jahrzehnts. Die Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und China ist dabei der zentrale Strukturkonflikt. Verfolgt Washington in der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps einen transaktionalen, hemisphärischen Hegemonismus, setzt China auf langfristige Machtprojektion durch geökonomische Initiativen und normative Gegenentwürfe. Zugleich verschiebt sich das Gewicht internationaler Institutionen. Die Vereinten Nationen, die Welthandelsorganisation und selbst die NATO verlieren an Kohärenz, während autoritäre Staaten eigene Ordnungsmodelle propagieren.

Für Europa bedeutet diese Entwicklung eine doppelte Herausforderung. Einerseits schwächt die abnehmende Verlässlichkeit der USA als sicherheitspolitischer Garant die bisherige transatlantische Sicherheitsarchitektur, andererseits zwingt die wachsende Systemkonkurrenz zu größerer Eigenständigkeit. Die EU wird zunehmend zu einem sicherheitspolitischen Akteur eigener Prägung, muss ihre strategische Handlungsfähigkeit aber erst institutionell und industriell absichern.

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über die zukünftige Ordnung des internationalen Systems herrscht erhebliche Unsicherheit. Die Mehrheit geht von einer Entwicklung hin zu einer konfrontativen Multipolarität mit mehreren Machtzentren aus, die sich gegenseitig herausfordern. Andere sehen hingegen eine Fortsetzung der US-geführten Unipolarität, gestützt auf die anhaltende Dominanz der USA und Zweifel an Chinas Fähigkeit, seinen Aufstieg fortzusetzen. Auch ein bipolares System, in dem ein Gleichgewicht zwischen den USA und China herrscht, wird als möglich erachtet. Diese unterschiedlichen Einschätzungen spiegeln strukturelle Unklarheit über die künftige globale

Systemarchitektur wider, was sich auch in den Szenariobewertungen und im Szenariomonitring zeigt.

Die Rolle Russlands

Die analysierten Trends weisen darauf hin, dass sich das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht entspannen wird. Mehrere strukturelle Faktoren sprechen dabei für eine Fortsetzung der Konfrontation. Russland wird bis 2035 voraussichtlich ein entscheidender, wenngleich geschwächerter Akteur in Europas Sicherheitsumfeld bleiben. Sein autoritärer Kurs, die Militarisierung der Wirtschaft und die Abhängigkeit gegenüber China führen zu einem hybriden Machtprofil: außenpolitisch aggressiv, innenpolitisch fragil.

Es wird erwartet, dass Moskau seine revisionistische Politik fortsetzen wird, jedoch nicht aus einer Position der Stärke, sondern aufgrund struktureller Verwundbarkeit. Für die EU und ihre Mitgliedsstaaten bedeutet das wahrscheinlich eine langfristige Konfrontation niedriger Intensität, gekennzeichnet durch Cyber-Operationen, Desinformation und nukleare Abschreckungsrhetorik. Militärische Auseinandersetzungen an der Peripherie Europas sind jedoch möglich.

Die Rolle der NATO

Die NATO erlebt seit 2025 ihre tiefgreifendste Umbruchphase seit Ende des Kalten Krieges. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die kollektive Verteidigung wieder in das Zentrum gerückt und eine Neuausrichtung von Strukturen und Prioritäten ausgelöst. Während die USA ihren strategischen Fokus in Richtung Indo-Pazifik verlagern, wächst in Europa der Druck, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen.

Zudem äußerte die zweite Trump-Administration Zweifel an der US-Beistandspflicht gegenüber den NATO-Partnern, was die europäischen Staaten nunmehr zu höheren Verteidigungsausgaben bewegt. 23 von 32 NATO-Mitgliedern erreichten 2024 das Zwei-Prozent-Ziel, also Verteidigungsausgaben in Höhe von zwei Prozent des BIP. Zugleich entstehen Spannungen innerhalb der Allianz, insbesondere aufgrund unter-

schiedlicher Haltungen zum NATO-Beitritt der Ukraine. Insgesamt deutet sich eine langfristige Entwicklung hin zu größerer europäischer Eigenverantwortung innerhalb der NATO an.

Geoökonomische Fragmentierung

Parallel zur politischen Fragmentierung erfolgt eine geoökonomische Entkopplung. Lieferketten werden regionalisiert, „Friendshoring“, also die Verlagerung von Produktion und Lieferketten in politisch oder ideologisch „befreundete“ Länder um Abhängigkeiten zu reduzieren, ersetzt Globalisierung. Der Wettbewerb um kritische Rohstoffe wie Seltene Erden, Lithium und Kobalt wird zum Machtinstrument. Für Europa und insbesondere Österreich, das stark von Importen abhängt, entstehen neue Verwundbarkeiten.

Die Energiewende verschärft diesen Trend, da hierdurch der Bedarf an kritischen Materialien steigt. Geopolitische Spannungen gefährden die Versorgung. Die EU reagiert hierauf mit Diversifizierung, strategischen Reserven und Kreislaufwirtschaft. Österreich ist zwar in diese Entscheidungen eingebunden, kann jedoch kaum selbst produzieren und setzt daher auf technologische Kooperation und diplomatische Rohstoffpartnerschaften.

Stabilität des eurostrategischen Umfelds

Die europäische Nachbarschaft wird voraussichtlich auch 2026 von Instabilität, Autoritarismus und geopolitischer Konkurrenz geprägt bleiben. In nahezu allen Regionen, angefangen vom Westbalkan über Nordafrika bis zu Zentralasien, herrschen politische Fragmentierung, schwache Staatlichkeit und wachsende externe Einflussnahme. Autoritäre Herrschaftsformen verfestigen sich, während demokratische Strukturen erodieren. Die EU reagiert darauf oft pragmatisch und toleriert „Stabilokratien“, schwächt damit jedoch ihre eigene normative Glaubwürdigkeit.

Russland, China, die Türkei, der Iran und die arabischen Golfstaaten konkurrieren mit der EU und den USA um Einfluss. Diese Rivalität destabilisiert Regionen im Umfeld der EU und stärkt Abhängigkeiten. Mi-

grationsdruck, Klimawandel und soziale Ungleichheit verschärfen die Lage. Zugleich nutzt die EU ihre Nachbarstaaten als Pufferzonen, anstatt strukturelle Lösungen zu fördern.

Die strategische Entwicklung der EU

Die strategische Entwicklung der EU, ein Schlüsselfaktor der strategischen Vorschau des BMLV, war in den vergangenen Jahren durch hohe Unsicherheit und widersprüchliche Trends geprägt. Weder Trendanalysen noch Bewertungen durch Expertinnen bzw. Experten erlaubten klare Aussagen zur Richtung der künftigen Entwicklung. Erst die jüngsten Analysen brachten mehr Klarheit: Die kommenden zehn Jahre werden für die EU von strukturellen Schwächen, gewachsenen Eigenfähigkeiten und anhaltenden geopolitischen Herausforderungen bestimmt sein.

Zwar kann sich die EU in einer multipolaren Welt als eigenständiger Akteur etablieren, doch wohl nur in einem flexiblen, fragmentierten Rahmen. Eine tiefgreifende Integration aller Mitgliedsstaaten erscheint zunehmend unrealistisch; stattdessen zeichnet sich ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ ab. Trotz wirtschaftlicher Stärke und institutioneller Stabilität verliert die Soft Power der Union an Wirkung. Fragen der Sicherheit, technologischer Souveränität und geopolitischer Reichweite gewinnen an Gewicht, während Defizite in Bezug auf die außenpolitische und militärische Handlungsfähigkeit fortbestehen.

Keynotes

- Das internationale System wandelt sich zu einem System der konfrontativen Multipolarität und es entwickelt sich ein struktureller Konflikt zwischen den USA und China.
- Europa muss aufgrund des schwindenden US-Engagements größere sicherheitspolitische Eigenverantwortung übernehmen. Die EU entwickelt sich zum eigenständigen Akteur, jedoch in fragmentierter Form („Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“).
- Russland bleibt voraussichtlich bis 2035 ein revisionistischer Akteur mit hybriden Konfliktformen und nuklearer Abschreckungsrhetorik.
- Die NATO befindet sich in einer Phase des Umbruchs; die Fokusverlagerung der USA auf den Indo-Pazifik zwingt Europa zu mehr sicherheitspolitischer Eigenverantwortung.
- Geoökonomische Fragmentierung, Ressourcenwettbewerb und regionale Instabilitäten erhöhen die Verwundbarkeit Europas und Österreichs.



Eajus/Shutterstock.com

Risiken im Jahr 2026

Risikobild 2026

Ronald Vartok

Das Risikobild 2026 beschreibt die zunehmende Abkehr von einer regelbasierten, liberalen Ordnung hin zu konfrontativer Multipolarität. Großmachtrivalitäten, Protektionismus, hybride Bedrohungen und Klimawandel prägen die Sicherheitslage. Europa muss eigenständiger agieren, seine Verteidigungsarchitektur stärken und seine Resilienz aufbauen. Österreich bleibt eng in die EU-Sicherheitsstruktur eingebettet und muss hierbei seine militärische Handlungsfähigkeit sichern.

Die regelbasierte, auf demokratischen Prinzipien ruhende Weltordnung befindet sich in einer Phase des Umbruchs. Der Trend zur Rückkehr von Macht und Aggression als Durchsetzungsmittel machtpolitischer Interessen in internationalen Beziehungen verdichtet sich zusehends. Diverse Akteure, allen voran Russland und China, sind bestrebt, diese Weltordnung neu zu verhandeln bzw. neu zu gestalten. Die in der

Vergangenheit bereits durch die strategische Vorschau des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) prognostizierten Trends haben sich in diesem Zusammenhang nicht nur bestätigt, sondern vielfach noch verschärft. Staaten fokussieren zunehmend auf Konkurrenz anstelle von Kooperation, bestehende Großmachtrivalitäten scheinen sich zu intensivieren, Protektionismus nimmt zu.

Zugleich erodiert die Sicherheitslage in Europas Umfeld – Konflikte nehmen in Osteuropa, Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten zu. Russlands hybride Kriegsführung gegen Europa intensiviert sich, während die US-Regierung unter Präsident Donald Trump bestrebt ist, die transatlantischen Beziehungen neu zu ordnen. All dies ereignet sich vor dem Hintergrund zahlreicher werdender Extremwetterereignisse aufgrund des immer rascher fortschreitenden Klimawandels.

Das Risikobild

Auch das Jahr 2026 wird von einer Vielzahl komplexer Krisen, unterschiedlicher Risiken und Herausforderungen geprägt sein. Es ist daher für das BMLV unumgänglich, auch weiterhin eine professionelle, wissenschaftlich fundierte, strategische Risikovoranschau vorzunehmen. Diese bildet durch langfristige Perspektive nicht nur die Basis für die Planungen des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH), sondern präzisiert ebenso Risiken und Herausforderungen, denen wir uns aller Voraussicht nach auch in gesamtstaatlicher Hinsicht zu stellen haben werden.

Dabei muss stets mit Unsicherheit und Ungewissheit als bestimmende Faktoren gerechnet werden. Bevor gewisse Szenarien eintreten bzw. sich bestimmte Risiken materialisieren, ist oftmals unklar, ob diese tatsächlich ihren praktischen Eintritt erfahren oder nicht. Dies liegt in der Natur komplexer Systeme begründet, wie etwa das System der internationalen Beziehungen. Demzufolge analysiert das BMLV relevante Trends und Schlüsselfaktoren, die als entscheidend für den weiteren Fortgang der sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Entwicklungen erachtet werden.

Das Risikobild des BMLV ist ein Produkt eben dieser strategischen Vorschau. Hiermit werden Risiken frühzeitig identifiziert, systematisch erfasst und fundiert analysiert. Dabei wird einerseits die Eintrittswahr-

scheinlichkeit einzelner Risiken beurteilt und andererseits die möglichen Auswirkungen eines Eintritts auf die Republik – die sogenannte „Schadensschwere“. Die Eintrittswahrscheinlichkeit hängt davon ab, wie sich die strategische Gesamtlage in ihrer Dynamik entwickelt. Je nachdem können sich einzelne Risiken verändern. Die strategische Vorschau kann somit die empirische Grundlage für die Policy-Entwicklung und staatliches Handeln bilden.

Risiken und Herausforderungen im Jahr 2026

Aktuell zeigt sich, dass sich die Abkehr von einer liberalen, regelbasierten Weltordnung in Richtung einer konfrontativen Multipolarität fortsetzt. Das internationale System zeigt dabei Anzeichen einer Polykrise, die durch parallel existierende, unterschiedliche internationale bzw. regionale Ordnungsvorstellungen verschärft wird. Die transaktionalistische US-Politik unter Donald Trump könnte demzufolge zu wirtschaftlichem Protektionismus führen, wodurch beispielsweise die Eintrittswahrscheinlichkeit einer veritablen Wirtschaftskrise erhöht wird. Parallel dazu werden bisherige internationale Ordnungsmodelle infrage gestellt, wie etwa die Welthandelsorganisation, bei gleichzeitiger Stärkung alternativer Ordnungsmodelle. Diverse Analysen beschreiben zudem die bedrohlichen Auswirkungen von Großmachtrivalitäten auf die Integrität des Welthandels. All dies zeitigt Effekte auf die Verfügbarkeit von essenziellen Rohstoffen (insb. der „rare earth minerals“) und damit auf die generelle Versorgungssicherheit.

Doch dem nicht genug, verschärft sich die Sicherheitslage in Europa aufgrund der Konfrontation mit Russland weiter. Aufgrund des Revivals einer „America First“-Politik und der geänderten transatlantischen Beziehungen ist Europa wie selten zuvor gefordert, seine Sicherheitsarchitektur zu stärken und zu einem handlungsfähigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Akteur zu reifen, der seine eigene Sicherheit garantieren kann und zudem auch befähigt ist, im europäischen Umfeld stabilisierend zu wirken. Dazu zählt sowohl die Verteidigung gegen hybride Akteure, wie etwa Russland und seine Verbündeten, als auch die Verteidigung gegen zunehmend maligne Aktivitäten im Cyber- und Informationsraum.

Die aktuellen Risiken und Herausforderungen im europäischen Umfeld sind für die Sicherheitslage des Kontinents von essenzieller Bedeutung, nicht zuletzt, da Russland diese gezielt auszunutzen weiß. Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sind keineswegs nur auf diesen Raum beschränkt, sondern haben ihre globale Dimension längst erreicht. So ist beispielsweise die Sicherheitslage am Westbalkan ebenso zu nennen wie die aktuellen Konflikte und Kriege im Nahen und Mittleren Osten, Jihadismus und Terrorismus im Sahel sowie Bürgerkriege beiderseits des Roten Meeres. Russlands Aktivitäten in Afrika und im Kaukasus beeinflussen erwartungsgemäß auch die dortige Sicherheitslage und erzeugen dadurch wiederum transnationale Migrationsströme. Geopolitische und asymmetrische Bedrohungen wirken sich dabei auch auf multilaterale Organisationen aus, deren Legitimität und Effektivität zunehmend infrage gestellt werden.

Europäische und österreichische Sicherheitsarchitektur

Diese vielfach nicht durch Österreich beeinflussbaren Entwicklungen stellen nichtsdestoweniger eine signifikante Herausforderung für die österreichische Sicherheitsarchitektur, und damit seine gesamtstaatliche Resilienz dar. Österreich steht hierbei jedoch nicht alleine, sondern manifestiert sich als fester Bestandteil der Rechts- und Wertegemeinschaft der EU. Die EU stellt somit weiterhin den primären Handlungsrahmen für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar. Diese darf deshalb nicht mehr rein national, sondern muss stets im Verbund mit den europäischen Partnern gedacht werden.

Die EU ist höchst engagiert, aktuell bestehende Fähigkeitslücken zu schließen. Militärische Mobilität stellt hierbei derzeit ein Schwergewicht dar. Aufgrund seiner geografischen Lage im Herzen Europas nimmt Österreich eine zentrale Rolle im Falle der Notwendigkeit einer raschen Verlegung militärischer Kräfte und Mittel ein. Es gilt, sich auf derartige Szenarien vorzubereiten, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass militärische Transporte auch durch Österreich erfolgen müssen.

Österreich obliegt die Verantwortung, Maßnahmen zur Steigerung der nationalen Resilienz zu ergreifen. Dies begründet eine gesamtstaatliche Anstrengung, welche mannigfaltige Maßnahmen im Rahmen der

Umfassenden Sicherheitsvorsorge erfordert. Nicht zuletzt gehört dazu auch die weitere Stärkung des ÖBH, um dessen Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Das ÖBH ist dabei die Versicherung Österreichs: Je besser aufgebaut, je handlungsfähiger und einsatzbereiter es ist, umso besser ist Österreich gesamtstaatlich auf den Ernstfall vorbereitet.

Keynotes

- Die Weltordnung wandelt sich weiter von einer regelbasierten Struktur zu konfrontativer Multipolarität; Großmachtrivalitäten, Protektionismus und hybride Bedrohungen nehmen zu.
- Russland intensiviert seine hybride Kriegsführung gegen Europa, während die USA unter Präsident Trump transatlantische Beziehungen neu definieren und sich protektionistische Tendenzen verstärken.
- Der Klimawandel verschärft Krisen durch Extremwetter, Ressourcenknappheit und Destabilisierung ganzer Regionen.
- Europas Sicherheit wird durch Konflikte in Osteuropa, Nordafrika, dem Nahen Osten und am Westbalkan bedroht; Russland nutzt regionale Instabilität strategisch aus.
- Österreich ist tief in die europäische Sicherheitsarchitektur eingebettet und muss seine gesamtstaatliche und militärische Handlungsfähigkeit und Resilienz stärken.
- Militärische Mobilität in der EU und NATO gewinnt an Bedeutung; Österreich erfährt durch seine geographische Lage eine Schlüsselrolle bei logistischen Bewegungen.
- Das ÖBH gilt als „Versicherung“ Österreichs und muss modern, reaktionsfähig und krisenfest aufgestellt werden, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten.



Neue Ordnungen, alte Prinzipien

Wandel und Kontinuität in den internationalen Beziehungen

Arnold H. Kammel

Die internationale Ordnung befindet sich in einer Phase tiefgreifender Neuorientierung. Die Schwäche internationaler Institutionen, Rivalitäten zwischen Großmächten, regionale Konflikte und hybride Bedrohungen prägen das sicherheitspolitische Umfeld Europas. Das Recht des Stärkeren droht die Stärke des Rechts auszuhöhlen. In dieser fragmentierten Welt muss Europa seine strategische Handlungsfähigkeit ausbauen und Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen.

Viel wurde in den vergangenen Jahren von Zeitenwende, multipolarer (Un-)Ordnung, einem Ende der Träume sowie neuen Akteurskonstellationen gesprochen, die den Westen vor enorme Herausforderungen stellen

würden. All diesen Beschreibungen ist gemein, dass sich die internationale Ordnung in einem tiefgehenden Transformationsprozess befindet, in dessen Zentrum die Frage nach den dominanten Einflussfaktoren für die künftigen internationalen Beziehungen gestellt wird. Das Entstehen neuer Allianzen, deren primäres Ziel das Brechen der Dominanz des Westens zu sein scheint, sowie das Infragestellen traditioneller Strukturen und das Bezweifeln der Lösungsfähigkeit multilateraler Institutionen befeuern diese Unsicherheit über die Neuordnung der Welt.

Während sich die Frage nach der Vormachtstellung in dieser „neuen Welt“ noch nicht abschließend beurteilen lässt, nimmt die Zahl an Kriegen und Konflikten weiter zu. Zu den aktuellen Hotspots gehören derzeit neben der Ukraine und den semikonsolidierten Regionen des Westbalkans und Osteuropas, der Nahe Osten, Afrika, hier insbesondere von Westafrika (beispielsweise der rezente Putsch in Guinea-Bissau) über die Sahel-Region, den Sudan bis hin nach Äthiopien, aber auch Entwicklungen in Asien, wie beispielsweise die Lage in Myanmar.

Internationale Systemdiagnose

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der Block-Konstellation wurde eine neue Phase in den internationalen Beziehungen eingeleitet, die – getrieben auch durch die Globalisierung – ein Näherrücken der Welt basierend auf einer regelbasierten, am Freihandel orientierten Weltordnung unter der Ägide der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen vorsah. Vielfach unbemerkt führte diese Phase aber auch zu einer Revitalisierung des Wettstreits der großen Akteure und des langsam in den Vordergrund Rückens einer interessensgeleiteten internationalen Ordnung. Durch die derzeit handelnden internationalen Akteure wird auch die Gemengelage immer unberechenbarer und eine neue Multipolarität mit wechselnden Allianzen entsteht. Klar ist dabei, dass Abschreckung und (militärische) Stärke immer mehr als wesentliche Basis für Frieden, Stabilität und Sicherheit angesehen werden und Fragen nach der menschlichen Sicherheit oftmals in den Hintergrund gedrängt werden. Neue Zentren entstehen oder sind bereits entstanden, und die Zusammenarbeit mit Machtblöcken erfolgt längst nicht mehr exklusiv. Im Gegenteil, Staaten betreiben weiterhin sogenannte „Hedging“-Strategien, versuchen also durch die Zusammenarbeit mit multiplen Partnern Risiken möglichst zu minimieren.

Nichtsdestoweniger sind Großmächte zunehmend dazu bereit, ihre Eigeninteressen notfalls auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen, was eine Herausforderung für das internationale System als solches bedeutet. Die Ignoranz gegenüber dem Völkerrecht und multilateralen Strukturen an sich hat hier eine neue Dimension erreicht. Neuerlich scheint sich eine Welt zu entwickeln, die sich mit den Worten des antiken griechischen Geschichtsschreibers und Strategen Thukydides beschreiben ließe: die Mächtigen täten, wie ihnen beliebt; die Schwachen müssten erleiden, was sie müssen. Das Recht des Stärkeren droht die Stärke des Rechts zu unterminieren. Doch wer ist in einer solchen Welt stark und wer ist schwach?

Europas Dilemma

Gerade für die europäischen Staaten verursacht diese globale Neuausrichtung auch ein strategisches Dilemma. Wie soll dieser Stärke-Konfrontation am besten entsprochen werden und wie kann der in der EU Globalstrategie beschriebene „effektive Multilateralismus“ noch gerettet werden? Einerseits muss Europa dazu imstande sein, sich selbst und seine Mitgliedsstaaten gegen sowohl hybrid als auch konventionell agierende Gegner zu verteidigen. Andererseits ist die EU gefragt, ihr eigenes Umfeld zu stabilisieren – mit militärischen Mitteln, durch ökonomische Zusammenarbeit und rechtsstaatlichen und partnerschaftlichen Prinzipien folgend. Dabei ist es allzu oft Kritik betreffend den Umgang mit seinem postkolonialen Erbe ausgesetzt. Auch die Konditionalität der Zusammenarbeit mit dem Westen ist ein Punkt, mit dem Europa umzugehen lernen muss: Setzt es Angebote zur Zusammenarbeit, kommen diese in der Regel mit einem Preisschild – sei es, indem die Einhaltung der Menschenrechte eingemahnt oder gewisse ökonomische oder rechtliche Vorgaben gemacht werden.

Doch diese vermeintliche Schwäche mag Europa auch zum Vorteil gereichen. Die europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik folgt Prinzipien und Grundwerten, was Europa zu einer normativen Kraft macht. Dadurch mag seine Außenpolitik in einem Spannungsfeld zwischen Interessen und Werten stattfinden, aber die grundsätzlich prinzipiengeleitete Handlungsweise macht Europa auch zu einem verlässlichen Partner, oder hat zumindest das Potenzial dazu. Doch dafür benötigt die Wertegemeinschaft, das größte Friedensprojekt nach

Ende des Zweiten Weltkrieges, vor allem Konsequenz und den Willen dazu, das internationale Umfeld mitzugestalten. Dabei muss auch in Kauf genommen werden, dass unterschiedliche Ordnungsmodelle parallel zueinander existieren.

Das transatlantische Bündnis und die Weiterentwicklung der GASP/GSVP

Das gilt umso mehr, da nach der erneuten Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten die Vereinigten Staaten zu einer Politik des Transaktionalismus zurückgekehrt sind. Friede durch Stärke scheint das Motto zu sein, um Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten. Die „America-First“-Politik und die wechselhafte US-Politik, gerade auch in Handelsfragen, machen deutlich, dass Europa sich wohl zu lange der Illusion hingeeben hat, seine wirtschaftliche Stärke ohne militärische Absicherung aufrechterhalten zu können und in den USA einen stets an der Seite Europas agierenden Partner zu haben.

Gerade die aktuelle US-Administration bedingt es für Europa, in diesem Transaktionalismus seine Interessen und Positionen zu definieren und auch klar dafür einzustehen, um nicht von anderen diktiert zu werden. Die Furcht vor dem Verlust des amerikanischen Partners hat daher auch dazu geführt, dass Europa zum einen im Tarifstreit einen Deal gesucht hat und zum anderen im Rahmen der NATO beim Gipfeltreffen in Den Haag auch klar das Bekenntnis der Europäer zum Ausdruck gebracht wurde, mehr für die eigene Sicherheit und Verteidigung ausgeben zu wollen. Im Unterschied zu früheren Bekenntnissen wurden hier seitens der USA konkrete Maßnahmen mit Blick auf die Verteidigungsausgaben eingefordert.

Gleichzeitig zeigt sich aber für die EU, dass die sicherheits- und verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit der Union ebenso wie die militärische, unabhängig von der Entwicklung des transatlantischen Verhältnisses und damit auch der zukünftigen Ausrichtung der NATO, erhöht werden muss. Unter dem Mantel von „Defence Readiness 2030“ soll daher insbesondere die verteidigungsindustrielle Basis entscheidend gestärkt werden, um die strategische Autonomie der Union zu erhöhen. Dabei übernimmt zunehmend die Europäische Kommission eine Vorreiterrolle. Aufgrund der oftmals schwierigen Entscheidungsfindung

im Bereich der intergouvernementalen und damit primär auf Konsens beruhenden Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) gewinnt der supranationale Bereich verstärkt an Bedeutung.

Im Wettstreit mit anderen Akteuren

Generell gilt es für Europa, seinen Platz auf der Weltbühne zu behalten und nicht im Wettstreit der großen Akteure aufgerieben und ausgespielt zu werden. Neben dem derzeit schwierigen transatlantischen Verhältnis zählen Russland und China zu den großen Herausforderungen für Europa und die EU. Neben der klassischen kriegerischen Auseinandersetzung in und um die Ukraine sind es insbesondere hybride Bedrohungen, mit denen andere Akteure versuchen, die Schwächen in der Resilienz Europas aufzudecken und diese auch entsprechend auszunutzen. Dabei kommt dem Faktum, dass diese Angriffe nur schwer attribulierbar sind, eine besondere Rolle hinzu. Mittlerweile stehen Cyberangriffe, Informationsoperationen oder auch Beeinträchtigungen des Luftraums auf der Menükarte hybrid agierender Akteure.

Mit Blick auf China hat ein gewisser Wandel in der Wahrnehmung in Europa stattgefunden. China wird sowohl als Partner als auch als systemischer Rivale der EU, wie der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 30. Juni 2023 festgestellt hat, gesehen. Das bedeutet, dass Europa mit China zusammenarbeiten will und wird, was die Bewältigung globaler Herausforderungen betrifft. Im Zentrum stehen dabei stabile und konstruktive internationale Beziehungen, unterschiedlicher Positionen Brüssels und Pekings zum Trotz. Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass sich China in einer sehr realen Großmachtrivalität mit den Vereinigten Staaten befindet und ökonomische und politische Eigeninteressen durchzusetzen versucht. Dabei wird auch gezielt Gebrauch von Allianzen wie den BRICS+ oder der Shanghai Cooperation Organization (SCO) gemacht, um einen größeren Fußabdruck zu hinterlassen. Es darf hier auch nicht außer Acht gelassen werden, dass im Hintergrund dabei das große Ziel, die Weltmachtrolle Chinas im Jahr 2049 aus Anlass des 100-Jahr-Jubiläums zu erlangen, konsequent weiter betrieben wird.

Gerade aber die Zuspitzung auf die großen Akteure und den Wettstreit zwischen den USA, Russland und China bietet für die EU und Europa neben all den Herausforderungen auch große Chancen. In einer von Stärke und Macht dominierten Welt gewinnt der europäische Zugang zu den internationalen Beziehungen zunehmend an Bedeutung. Viele Regionen und Staaten sehnen sich nach einer engeren Kooperation und Abstimmung mit (EU-) Europa, um in dieser Großmächtekonfrontation nicht völlig in der Bedeutungslosigkeit zu versinken und dem Recht des Stärkeren die Vormachtstellung einräumen zu müssen. Diese Chancen müssten aber von Europa noch viel deutlicher und nachhaltiger ergriffen werden.

Österreichs Beitrag zur Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit

Österreich ist wie alle anderen EU-Mitgliedsstaaten von diesen globalen Entwicklungen unmittelbar betroffen. Neben der traditionellen Rolle als Vermittler und Sitzstaat internationaler Organisationen kommt gerade dem Exportland Österreich eine wesentliche Rolle zu, für das Wiedererstarben einer regelbasierten internationalen Ordnung einzutreten, um damit auch die Rolle Europas in der Welt zu stärken. Sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene hat Österreich bewiesen, dass durch das Einbringen neuer Perspektiven, insbesondere der Geschlechterperspektive, durch das Betonen menschlicher Sicherheit und das Aufzeigen der Auswirkungen des Klimawandels auf Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch kleine Staaten Trendsetter auf globaler Ebene sein können. Daneben ermöglicht Österreich auch sein spezifisches Know-How in Krisenregionen in der europäischen Nachbarschaft, wie beispielsweise dem Westbalkan, aber auch im Nahen Osten, die EU-Politiken gegenüber diesen Regionen aktiv mitzugestalten und weiterzuentwickeln.

Im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die EU der zentrale Handlungsrahmen für Österreich, wie dies auch in der neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie klar zum Ausdruck kommt. Bereits in der Vergangenheit hat Österreich aktive Beiträge zur Weiterentwicklung der GASP/GSVP geleistet und ist mit Blick auf die pro-Kopf-Quote bei den friedenserhaltenden Missionen und Operationen sowohl im Rahmen der EU als auch bei den sonstigen internationalen Einsätzen im Vor-

derfeld der EU. Durch die neuen EU-Programme und -Instrumente bieten sich aber auch neue Chancen, die die Exzellenzen im Verteidigungsforschungsbereich weiter verstärken und zur erfolgreichen Positionierung österreichischer Forschung und Entwicklung beitragen.

Darüber hinaus wurde auch in Österreich der Weg der Nachrüstung erfolgreich eingeleitet und über gemeinsame Beschaffungen auch die Interoperabilität mit anderen Streitkräften erhöht. Ein modernes Bundesheer leistet hierbei einen Beitrag zu einer stärkeren und autonomen EU in Verteidigungsfragen.

Schlussfolgerungen

Die internationalen Entwicklungen machen deutlich, dass die über Jahrzehnte aufgebaute regelbasierte Weltordnung einer Ordnung weicht, bei der Stärke und Transaktionalismus in den Vordergrund rücken. Daher gilt es für die EU und ihre Mitgliedsstaaten, die künftige Rolle Europas zu definieren und hier auch entsprechende Verpflichtungen einzugehen. Dabei ist jedoch die Multidimensionalität im Auge zu behalten.

Sicherheitspolitik geht weit über Verteidigungsbereitschaft und militärische Maßnahmen hinaus. Sicherheit erfordert integrierte Ansätze, die zentrale Querschnittsthemen systematisch berücksichtigen. Angesichts des tiefgreifenden Wandels traditioneller sicherheitspolitischer Herausforderungen wird deutlich, dass solche Themen nicht nur normative Verpflichtungen darstellen, sondern wesentlich zur Wirksamkeit und Effizienz sicherheitspolitischer Handelns beitragen.

Das 25-jährige Jubiläum der Resolution 1325 aus dem Jahr 2000 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen „Frauen, Frieden und Sicherheit“ unterstreicht, dass unterschiedliche Perspektiven – ebenso wie multilateral verankerte Agenden, etwa im Bereich menschlicher Sicherheit oder Klima und Sicherheit für ein umfassendes Verständnis von Risiken und deren Bewältigung unerlässlich sind. Ihre konsequente Integration stärkt eine moderne und glaubwürdige Sicherheits- und Verteidigungspolitik und leistet zugleich gesamtstaatlich und gesamtgesellschaftlich einen wichtigen Beitrag zur Festigung der multilateralen, regelbasierten Ordnung und zur Aufrechterhaltung der Dominanz des Rechts über dem

Recht des Stärkeren. Gerade dies könnte zur Stärkung der Rolle Europas entscheidend beitragen.

Keynotes

- Die globale Ordnung verschiebt sich von einer regelbasierten Struktur hin zu einer zunehmend konfrontativen Multipolarität.
- Großmachtrivalitäten zwischen den USA, China und Russland bestimmen zunehmend die sicherheitspolitische Dynamik.
- Europa muss strategische Autonomie und militärische Handlungsfähigkeit entwickeln, um seine Sicherheit selbst gewährleisten zu können.
- Die transatlantischen Beziehungen bleiben wichtig, bedingen aber ein größeres europäisches Engagement und Commitment.
- Hybride Bedrohungen, Cyberangriffe und Informationsoperationen fordern neue Ansätze der Resilienz.
- Eine moderne und glaubwürdige Sicherheits- und Verteidigungspolitik leistet gesamtstaatlich und gesamtgesellschaftlich einen wichtigen Beitrag zur Festigung der multilateralen, regelbasierten Ordnung und zur Aufrechterhaltung der Dominanz des Rechts über das Recht des Stärkeren.
- Sicherheit erfordert integrierte Ansätze, die zentrale Querschnittsthemen systematisch berücksichtigen. Österreich kann durch das spezifische Know-How in Krisenregionen in der europäischen Nachbarschaft, wie beispielsweise dem Westbalkan, aber auch im Nahen Osten, die EU-Politiken gegenüber diesen Regionen aktiv mitgestalten und weiterentwickeln.

2

Globale Risiken und Herausforderungen

M
A
R

D

E
L

guilla
bi
rbada
me
tigua
feada
ante
ma
rbudas
iga

ANTILLAS, al.
CAMERCANÆ
Insule



I. de Fonseca al.
de S. Bernar. de

N



Markus Pfaff/Shutterstock.com

Globale Risiken und Herausforderungen

Nikolaus Rottenberger

Die Weltordnung der 2020er-Jahre befindet sich in einem umfassenden Systemwechsel. Autoritäre Regime erstarben, liberale Demokratien verlieren an Einfluss, Russland und China treiben Konflikte und Allianzen gegen den Westen voran, während sich die USA zunehmend zurückziehen. Globale Institutionen verlieren an Wirksamkeit, Rüstungsdynamiken nehmen zu, wirtschaftliche Abhängigkeiten und technologische Monopole verschärfen Machtverschiebungen.

Die Betrachtung diverser spezifischer Bedrohungen und Risiken für Österreich, Europa und die Welt offenbart Vernetzungen und Abhängigkeiten ebenso wie den langfristigen Charakter von Risiken. Bei genauerer Analyse dieser, lässt sich auf einen Systemwechsel schließen, der, historisch betrachtet, gesellschaftlich selten als solcher empfunden wird, erscheint der Alltag doch meist als unverändert. Auch in den Wissenschaften findet struktureller Wandel nur gegen den vehementen Widerstand etab-

lierter Annahmen, letztlich revolutionär statt. Thomas S. Kuhn bezeichnete das in den 1960er-Jahren als Paradigmenwechsel.

Paradigmenwechsel

Ein solcher Paradigmenwechsel ist auch in den 2020er-Jahren zu beobachten. Der Politologe Jan Marwecki beschreibt das Agieren der Administration von US-Präsident Donald Trump weniger als Ursache, sondern als Symptom tiefgreifender Veränderungen, die den Niedergang westlicher Dominanz mit sich bringen. Deren Ursachen liegen im Gegenzug unter anderem in der Veränderung der US-Innenpolitik, etwa durch das Wiederbeleben der „America-First“-Bewegung, deren Wurzeln bis in die Zwischenkriegszeit zurückreichen.

Eine weitere Ursache findet sich im globalen Erstarken autoritärer Ideologien und Regierungssysteme, in denen nun über 70 Prozent der Weltbevölkerung leben. Das erhöht den Druck auf die verbliebenen liberalen, demokratischen und marktwirtschaftlichen Staaten und schwächt ihre Position und Wirksamkeit in den traditionellen internationalen Organisationen, wie den Vereinten Nationen, der OSZE oder der EU. Insbesondere der Druck Chinas und Russlands steigt, die das Ziel der Spaltung und Schwächung westlicher Systeme oder westlicher Sicherheitsabkommen mit befreundeten Staaten, etwa Japan oder Südkorea, verfolgen.

Systemkonflikt

Russland wird auch im Jahr 2026 mit Unterstützung Chinas und Belarus' den Krieg in der Ukraine voraussichtlich unverändert fortführen und gleichermaßen weiterhin einen umfassenden hybriden Krieg gegen die EU, ihre Mitgliedsstaaten und die NATO betreiben. Durch die Mitwirkung Chinas wird diese Auseinandersetzung zum globalen Systemkonflikt. Parallel dazu ist China, trotz interner wirtschaftlicher und politischer Probleme bemüht, seine globale Position zu stärken. Sowohl mit konventionell-militärischen Mitteln als auch subkonventionell erhöht Peking den Druck auf seine Nachbarn in Ost- und Südostasien und schreckt dabei auch nicht vor drastischen Maßnahmen zurück, wie der Einsatz der „Maritimen Volksmilizen“ im Südchinesischen Meer in den Jahren 2024 und 2025 zeigt.

Im Konflikt mit dem Westen vertiefen China und Russland auch im Jahr 2026 ihre Allianzen. Unklar bleibt die Positionierung des aufstrebenden Indiens unter Premierminister Narendra Modi, das einer ambivalenten Außen- und Sicherheitspolitik im Vergleich zu einer klaren Zuordnung in ein Lager den Vorzug zu geben scheint. Vor diesem Hintergrund findet im Jahr 2026 ein internationales Wettrüsten statt, das in Europa eher einem Nachrüsten ähnelt – vor allem unter dem Eindruck der russischen Bedrohungen und einem sukzessiven Abrücken der USA von ihren NATO-Partnern. Globale Bestrebungen für Abrüstung und Rüstungsbeschränkungen, wie sie seit den 1960er Jahren bestehen, verlieren weiterhin an Bedeutung oder laufen ins Leere – ein weiteres Anzeichen des oben beschriebenen Systemwechsels.

Geostrategische Wettläufe

Neben den regionalen Krisen und Konflikten in Osteuropa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie in Ost- und Südostasien geraten der Wettlauf um die Dominanz in der Arktis oder auf den Ozeanen oftmals in den Hintergrund. Obwohl die Arktis für das Weltklima zweifelsohne von höchster Bedeutung ist und daher geschützt werden sollte, stehen für viele regionale und globale Akteure die Meeresstraßen, mögliche Stützpunkte und die Rohstoffvorkommen im Vordergrund. Dieser Wettlauf um Kontrolle und Dominanz birgt weiteres Konfliktpotenzial.

Auch die Nutzung der Weltmeere, sowohl über als auch unter dem Meeresspiegel, sowie Rohstoffvorkommen unter dem Meeresboden, werden im Jahr 2026 weitere Konflikte mit sich bringen. Erwärmung, Verschmutzung und Überfischung bringen diese nur scheinbar unbegrenzten Rohstofflieferanten und Verkehrswege nahe an einen Kollaps, der globale Auswirkungen haben wird.

Umfassender Systemwechsel

In wirtschaftlicher Hinsicht setzt sich fort, was in der Geo- und Sicherheitspolitik geschieht: ein umfassender Systemwechsel. Das bestehende globale Wirtschaftssystem, das die USA nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt und damit zusammenhängend die Globalisierung und den Freihandel gefördert haben, wird nicht zuletzt durch den aktu-

ell vorherrschenden Protektionismus der US-Administration, aber auch durch hegemoniales Verhalten, etwa Chinas, infrage gestellt bzw. verändert. Lieferkettenengpässe, Ressourcenknappheit und geopolitische Abhängigkeiten sind die Folge.

Hinzu kommen disruptive technologische Entwicklungen, die von großen Unternehmen gefördert werden. „Big Tech“, als ein Sammelbegriff für sehr große, einflussreiche Technologiekonzerne, die einen erheblichen Einfluss auf die digitale Wirtschaft und das moderne Leben haben, ist dabei prägend. Die fünf US-Unternehmen Apple, Amazon, Alphabet (Google), Meta (Facebook) und Microsoft dominieren die digitale Landschaft durch eine breite Palette an Produkten und Dienstleistungen und sind bestrebt, sich staatlichen und supranationalen Regulierungen, etwa durch die EU, zu entziehen. Wettbewerbsverzerrung und Einschränkung der Souveränität von Staaten sind Folgen, die auch im Jahr 2026 spürbar sein werden.

Der globale Systemwandel der 2020er-Jahre markiert eine tiefgreifende Transformation internationaler Ordnungsmuster. Liberale, marktwirtschaftliche und demokratische Prinzipien stehen zunehmend im Wettbewerb mit autoritären und protektionistischen Modellen. Diese Entwicklung stellt nicht nur bestehende Machtverhältnisse infrage, sondern auch die Grundlagen internationaler Zusammenarbeit, wirtschaftlicher Verflechtung und technologischer Abhängigkeiten.

Für Europa und insbesondere für kleinere Staaten wie Österreich ergibt sich daraus die Notwendigkeit, Resilienz zu stärken, strategische Partnerschaften zu festigen und die eigene Handlungsfähigkeit in einer zunehmend fragmentierten Weltordnung zu sichern. Die kommenden Jahre werden zeigen ob es gelingt, inmitten dieser tektonischen Verschiebungen eine neue Balance zwischen Sicherheit, Souveränität und Nachhaltigkeit zu finden, oder ob der Systemwechsel zu einer dauerhaften Erosion globaler Stabilität führt.

Keynotes

- Die 2020er-Jahre markieren einen globalen Systemwechsel, in dem alte Macht- und Ordnungsstrukturen zerfallen.
- Autoritäre Regime gewinnen weltweit an Einfluss, während liberale Demokratien an Stärke und Gestaltungsmacht verlieren.
- Russland und China vertiefen ihre strategische Zusammenarbeit und führen einen Systemkonflikt gegen den Westen, während die USA sich zunehmend zurückziehen.
- Ein neues Wettrüsten und die Erosion internationaler Institutionen (UN, EU, OSZE, NATO) prägen das sicherheitspolitische Umfeld.
- In der Wirtschaft verschieben Protektionismus, Abhängigkeiten und Big-Tech-Monopole die globalen Kräfteverhältnisse.
- Für Europa und kleinere Staaten wie Österreich ergibt sich die Notwendigkeit, Resilienz, strategische Partnerschaften und Handlungsfähigkeit zu stärken, um in der fragmentierten Weltordnung zu bestehen.



Lev Radin/Shutterstock.com

Das Revival von „America First“

Rachel Tausendfreund

Am Ende des Zweiten Weltkriegs schien die America-First-Bewegung, die sich lange gegen eine Teilnahme der USA am Krieg ausgesprochen hatte, besiegt. Am deutlichsten zeigte sich das am Aufbau eines Systems internationaler Ordnung und Kooperation, das auf der Stärke der USA beruhte. Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump signalisiert einen grundlegenden Abschied von der US-geführten Hegemonie. Die Herausforderungen für die internationale Ordnung sind evident.

Die sogenannte America-First-Bewegung, die sich lange gegen eine Teilnahme der USA am Zweiten Weltkrieg ausgesprochen hatte, schien mit 1945 besiegt. Am deutlichsten zeigte sich dies darin, dass Washington die ersten Nachkriegsjahre damit verbrachte, ein System internationaler Ordnung und Kooperation aufzubauen, das auf der Stärke der USA beruhte. Die Wirtschaftsordnung von Bretton Woods stützte sich auf den US-Dollar als Ankerwährung. Sitz der neu gegründeten Ver-

einten Nationen wurde 1946 der Bundesstaat New York, bevor 1952 das ständige Hauptquartier in New York City eingerichtet wurde. Im Anschluss an den Marshallplan und die Truman-Doktrin wurde 1949 die NATO gegründet, gefolgt wenige Jahre später von einem Sicherheitsbündnis zwischen den USA und Japan.

Einigen Fortschritten im Bereich der multilateralen Beziehungen in den folgenden sechs Jahrzehnten zum Trotz, stützen sich die aus dieser Politik hervorgegangenen Systeme globaler Steuerung und Sicherheit bis heute erheblich auf die USA. Aus diesem Grund wirkt das Wiederaufleben einer neuen Variante der America-First-Politik unter US-Präsident Donald Trump auch derartig destabilisierend.

Abkehr von der Hegemonie

Trumps Politik signalisiert einen grundlegenden Abschied von der US-geführten Hegemonie. Washington betont das Prinzip der Lastenteilung deutlicher und pocht stärker auf regionale Sicherheitsstrukturen. Dies ist jedoch mit erheblicher Unsicherheit verbunden, da die US-Politik unvorhersehbar wirkt und traditionelle Garantien weniger verlässlich erscheinen. Trumps Bereitschaft, Sicherheitsabhängigkeiten als Druckmittel in Wirtschafts- und Handelsgesprächen einzusetzen, verstärkt diese Tendenz. So fand sich etwa die EU aufgrund ihres Wunsches nach fortgesetzter US-Unterstützung für die Ukraine und die NATO in einer schwachen Verhandlungsposition, was US-Zölle betrifft. Zwar haben alle US-Präsidenten der vergangenen zwanzig Jahre die europäischen Partner dazu gedrängt, einen größeren Anteil an der Sicherheitslast zu übernehmen, doch Trump ist der erste, der signalisiert, dass er bereit ist, sich aus Verpflichtungen zurückzuziehen, und der zugleich einen Mangel an Sympathie gegenüber Allianzen erkennen lässt.

Kurzfristig hat dies zu einem positiven Ergebnis geführt, nämlich zu einer erneuerten Bereitschaft unter den europäischen NATO-Partnern, den US-Forderungen nach Lastenteilung Rechnung zu tragen, und zu einem stärkeren europäischen Engagement beim Ausbau der eigenen Verteidigungsfähigkeiten. Darüber hinaus hat die abweisende Haltung der Trump-Administration die europäischen Staaten gezwungen, sich stärker aufeinander zu konzentrieren, während zuvor Washington für viele Staaten noch den bevorzugten Partner in Sicherheitsfragen dargestellt hatte.

Multipolarisierung

Mittelfristig werden anhaltende Zweifel daran, ob sich die USA tatsächlich der Verteidigung ihrer Verbündeten verpflichtet fühlen, destabilisierend wirken. Während dies zu einer intensiveren europäischen Zusammenarbeit führen könnte, birgt es zugleich die Gefahr wachsender Spannungen innerhalb Europas, etwa entlang der Ost- oder Süd-Linien. Der Grund dafür ist das Handeln von Staaten aus Unsicherheit heraus. Auch im globalen Kontext ist mit zunehmender Unsicherheit und wachsendem Einfluss anderer Mächte wie Russland und China zu rechnen.

Wenn die Vereinigten Staaten als unzuverlässiger Partner oder gar als Bedrohung wahrgenommen werden, gibt es wenig Anreiz, einer engeren Zusammenarbeit mit China oder Russland zu widerstehen. Dies trägt zu einer stärker multipolaren Sicherheitsordnung bei, in der UN-Normen nicht mehr als garantiert gelten und Aggressionen oder Invasionen nicht zwingend globale Konsequenzen nach sich ziehen. Über den engeren Sicherheitskontext hinaus hat der Rückzug der USA in Bezug auf Soft Power und Entwicklungszusammenarbeit also Chancen für China und Russland eröffnet, ihren Einfluss in Asien, Afrika und dem Nahen Osten auszubauen.

Auswirkungen auf vulnerable Gruppen

Abseits der mittelfristigen Fragen globaler Einflussverteilung hat der Rückbau der Aktivitäten der US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID) sehr reale und oftmals tödliche Folgen für Frauen und andere vulnerable Gruppen. Gegründet im Jahr 1961, wurde die Rolle von USAID auf ein breites Spektrum an Gesundheitsaktivitäten erweitert, das auch Müttergesundheit, Kinder- und reproduktive Gesundheit umfasst. USAID gab jährlich fast 40 Mrd. US-Dollar für internationale Hilfe aus, überwiegend für Gesundheitsprogramme. Sie war einer der größten Anbieter von Familienplanungsdiensten weltweit mit fast 600 Mio. US-Dollar für Verhütungsdienste in armen Ländern. Ein Bericht von UN Women kam zu dem Schluss, dass die US-Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit zu einer dramatischen Lage geführt haben. UN Women befragte 411 Organisationen in 44 Ländern und stellte fest, dass „90 Prozent der Befragten angaben, dass ihre Arbeit finanziell beeinträchtigt sei, fast die Hälfte erwarte, innerhalb von sechs Monaten

schließen zu müssen, und die meisten bereits Personal abgebaut oder zentrale Dienstleistungen eingestellt haben“.

Besonders betroffen sind Prävention und Reaktion auf geschlechtsspezifische Gewalt, Schutzdienste und Frauengesundheit. Es ist mit vielen Tausend vermeidbaren Todesfällen von Müttern pro Jahr infolge dieser Kürzungen zu rechnen, ebenso mit vielen Tausend weiteren vermeidbaren Todesfällen innerhalb vulnerabler Gruppen aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Unterstützungs- und Schutzdiensten. Darüber hinaus gibt es breitere normative Folgen: Wenn die Vereinigten Staaten ihre Politik in Bezug auf Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion zurückfahren, ermutigt das andere Länder oder politische Bewegungen, dasselbe zu tun. Der US-Präzedenzfall wird beobachtet und bisweilen nachgeahmt.

Fazit

Für die Hunderttausenden Menschen weltweit, die auf die Gesundheits- und Entwicklungshilfe der USA angewiesen sind, sind Trumps America-First-Politiken eine Tragödie. Hinsichtlich der globalen Sicherheitsarchitektur sind die mittel- und langfristigen Folgen noch offen. Das pessimistische Szenario sieht ein vollständiges Auseinanderfallen der geschwächten internationalen Ordnung in eine konfliktreiche Multipolarität voraus, eine Rückkehr zu ungebremster Machtpolitik. Es gibt jedoch auch ein optimistisches Szenario, in dem sich Demokratien und andere Akteure, die an Stabilität interessiert sind, zusammenschließen, um ein neues System globaler Ordnung zu schaffen, das weniger stark auf US-amerikanische Macht angewiesen ist. Schwer vorstellbar, doch nicht unmöglich.

Keynotes

- Die Rückkehr der America-First-Politik markiert eine Abkehr von der US-geführten Weltordnung, die nach 1945 auf multilateraler Kooperation und amerikanischer Hegemonie beruhte.
- Trumps Außenpolitik setzt auf nationale Interessen und Lastenteilung, was traditionelle Sicherheitsgarantien schwächt und internationale Partner verunsichert.
- Kurzfristig führte dieser Kurs zu stärkerem sicherheitspolitischem Engagement Europas, langfristig jedoch zu wachsender Unsicherheit und potenziellen Spannungen innerhalb der EU.
- Der Rückzug der USA aus Entwicklungs- und Gleichstellungspolitik hat gravierende Folgen, insbesondere für Frauen und vulnerable Gruppen, die auf USAID-Programme angewiesen waren.
- Global droht eine instabilere, multipolare Ordnung, in der autoritäre Mächte wie China und Russland ihren Einfluss ausweiten, während demokratische Kooperation neu definiert werden muss.



timeline2photo/Shutterstock.com

Europa im Systemkonflikt zwischen Russland, China und den USA

Daniela Schwarzer

Europas Demokratien stehen auch im Jahr 2026 vor komplexen geopolitischen Herausforderungen; ihre Sicherheit wird weiterhin vor allem durch Russland bedroht. Der seit 2022 andauernde Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wird von hybriden Angriffen auch innerhalb der Europäischen Union begleitet, die sich seit der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 intensiviert haben, sowie von seit 2025 stark zunehmenden Souveränitätsverletzungen. Dazu zählen das Eindringen in Lufträume anderer Staaten ebenso wie Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur.

Es ist auch für das Jahr 2026 zu erwarten, dass die verschärfte Bedrohung durch Russland an der Ostflanke der NATO und auch Destabilisierungsversuche innerhalb Europas ein relevantes Thema bleiben werden. Moskau verfolgt dabei ein doppeltes Ziel: einerseits die Resilienz der

Ukraine-Unterstützerstaaten zu untergraben, und andererseits die Fähigkeiten der NATO zu testen. Entsprechend zentral bleiben 2026 der Ausbau von Abschreckung (verstärkte Präsenz, Flug- und Raketenabwehr) sowie der Schutz kritischer Infrastruktur.

Europa sollte dabei davon ausgehen, dass die US-Unterstützung für die Ukraine und für europäische NATO-Staaten nicht im Ausmaß der vergangenen Jahre und nicht dauerhaft gewährleistet sein wird. Die Position der US-Regierung unter Donald Trump zur Unterstützung der Ukraine hat sich in dessen bisheriger zweiter Amtszeit mehrfach geändert. Im März 2025 wurde die US-Militärhilfe zunächst „pausiert und überprüft“, im Sommer signalisierte Trump, Europa und Kanada sollten die Finanzierung übernehmen, während die USA politisch und logistisch flankieren würden. Ende August 2025 wiederum erklärte er, die USA würden die Ukraine „nicht mehr“ finanzieren; vielmehr verdiene Washington an Waffenverkäufen an Verbündete.

Perspektiven für 2026

Für das Jahr 2026 sollte davon ausgegangen werden, dass Präsident Trump weiterhin versuchen wird, das Burden Shifting zugunsten der USA zu maximieren. Das würde bedeuten, US-Finanzflüsse würden minimiert und Waffen zur Unterstützung der Ukraine verkauft. Ob die USA die Ukraine weiterhin politisch gegenüber Russland unterstützen würden, ist unklar. Hierbei sind im Wesentlichen zwei Szenarien denkbar.

Erstens: Anhaltender Druck der USA auf Russland, mit Fokus auf China als Russlands wichtigstem externen Unterstützer. Peking stützt Russland vor allem über Handel und Dual-Use-Lieferketten (u.a. Mikroelektronik, Maschinenwerkzeuge, Navigation und Drohnenkomponenten), die in der russischen Rüstungsproduktion eingesetzt werden. Chinas Energieimporte aus Russland, allen voran Öl und Gas, sichern Russland zusätzliche Einnahmen. Die USA könnten mit verschärften Exportkontrollen (Entity-List-Erweiterungen), sekundären Finanzsanktionen und dem Schließen von Umgehungspfaden reagieren.

Zweitens: Ein Rückzug der USA aus der Konfrontation mit Moskau und dessen Unterstützern. In diesem Szenario würden die USA die Ukraine-Unterstützung weitgehend Europa überlassen und im besten Fall

den nuklearen Schutzschirm aufrechterhalten. Im Worst Case würden Zweifel an der Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung aufkommen bzw. wachsen, was zu verstärkten „Tests“ der europäischen Verteidigungsbereitschaft führen würde. Die Debatte über strategische Autonomie und eine mögliche europäische nukleare Abschreckung hat vor diesem Hintergrund im Jahr 2025 merklich an Intensität gewonnen.

Chinas Positionierung

Die EU klassifiziert China seit März 2019 in offiziellen Dokumenten als Partner für Zusammenarbeit, wirtschaftlichen Wettbewerber und systemischen Rivalen. Grundlegende Änderungen an dieser Trias sind für 2026 nicht zu erwarten, wenngleich die Dimension „systemische Rivalität“ an Gewicht gewonnen hat.

China ist zum engen Partner Russlands geworden. Seit 2022 hat der chinesisch-russische Handel massiv zugelegt. Ohne chinesische Dual-Use-Lieferungen und Umgehungskanäle stünde die russische Rüstungsindustrie deutlich stärker unter Druck. Zudem profitiert China von billigem russischem Öl und Gas, und bindet westliche Ressourcen und Aufmerksamkeit. Peking dürfte auch im Jahr 2026 seine strategische Ambiguität fortsetzen. Politisch kooperiert es eng mit Moskau, wirtschaftlich ist es mit Europa verflochten, technologisch und in Hinblick auf die kritische Grundversorgung zielt es auf Eigenständigkeit. Die EU wird daher voraussichtlich weiter ein De-Risiking statt eines De-Couplings betreiben, was u.a. Exportkontrollen gegen Sanktionsumgehung, technologische Schutzinstrumente, aber auch selektive Kooperation, beispielsweise im Handel oder im Klimabereich, umfasst.

Derzeit gibt es wenig Grund anzunehmen, dass sich China im Jahr 2026 von seiner engen Partnerschaft mit Russland löst oder seinen Einfluss auf Moskau dazu nutzt, zum Frieden zu drängen. Anders als etwa Nordkorea, das 2025 die Entsendung von Soldatinnen bzw. Soldaten nach Russland bestätigte und ballistische Raketen und Munition lieferte, bleibt es unwahrscheinlich, dass China seine Truppen offen in der Ukraine einsetzt.

Globale Ordnungsambitionen

Wenige Tage vor Beginn der russischen Großinvasion der Ukraine veröffentlichten Chinas Präsident Xi Jinping und Russlands Präsident Vladimir Putin eine gemeinsame Erklärung über „Internationale Beziehungen in einer neuen Ära“. Diese betonte die staatliche Souveränität, unterstrich das Prinzip der Nichteinmischung, wies westliche Bündniserweiterungen zurück und plädierte für eine „multipolare Ordnung“ – und beinhaltete die Erzählung einer „grenzenlosen“ Partnerschaft. Der gemeinsame Nenner zwischen Xi und Putin ist eine autoritär-souveränistische Ordnungsvorstellung, in deren Zentrum Regimestabilität, Nichteinmischung, Skepsis gegenüber liberal-demokratischen Universalwerten und westlich geführter Institutionen stehen. Der 2024 abgeschlossene russisch-nordkoreanische Beistandspakt vertieft diese autoritäre Achse; Moskau und Pjöngjang machen ihre sicherheitspolitische Kooperation inzwischen öffentlich sichtbar. Auch der Iran unterstützt Russland als Teil dieser Achse maßgeblich mit Drohnen sowie Training und Technologie-Transfer.

Parallel dazu verfolgt China ehrgeizige Ambitionen in multilateralen Gremien. Seit 2021 entwickelte Peking mehrere Initiativen, etwa in den Bereichen Entwicklung und Sicherheit. Im Jahr 2025 folgte ergänzend eine Global Governance Initiative (GGI). Im Zuge von Reden bei den Gipfeln der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) in Astana 2024 und Tianjin 2025 verband Xi diese Initiativen mit dem Anspruch, globale Regeln „weiterzuentwickeln“ und den Einfluss nicht-westlicher Staaten zu stärken. Er betonte Souveränität und Entwicklung statt universalistischer Menschenrechtsdurchsetzung, Sicherheit setzte er in Zusammenhang mit Unteilbarkeit. Multilaterale Foren, so der chinesische Präsident, sollten diese Normen widerspiegeln. Anders als die USA investiert China deutlich in die UN. So ist es beispielsweise der größte Truppensteller unter den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats. Die Kombination aus Beiträgen, Personal und aktiver Normsetzung erhöht Pekings Gestaltungsmacht in UN-Gremien.

USA als entscheidender Faktor

Wie sich die liberalen Demokratien in dieser geopolitischen Konstellation behaupten können, wird maßgeblich von den Entwicklungen in

den USA abhängen. Dabei ist nicht nur relevant, wie sich Washington gegenüber der Ukraine, Russland und China positioniert, sondern auch die Entwicklung des Zustands der US-Demokratie insgesamt. Für 2026 sind anhaltende Rückschritte bei etwa der Gewaltenteilung und der Medienfreiheit zu erwarten. Angesichts zunehmender Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Handlungsraums sowie der Schwäche der Opposition lässt sich erwarten, dass im Jahr 2026 eher keine Stabilisierung durch einen deutlichen Wahlsieg der Demokraten bei den Zwischenwahlen eintritt.

Sollten die USA weiter in Richtung eines autoritären Systems abgleiten, hätte das für Europa weitreichende Folgen. Zum einen würde das liberal-demokratische Referenzmodell des Westens erodieren, zum anderen gerieten transatlantische Koalitionen gegenüber Autokratien ins Wanken. Der V-Dem-Index konstatierte 2025 eine anhaltende „dritte Welle der Autokratisierung“ – 72 Prozent der Weltbevölkerung leben in Autokratien. Zudem warnte er ausdrücklich vor einem möglichen „democratic breakdown“ in den USA.

Die Auswirkungen dessen sind zum Teil bereits jetzt sichtbar: mit einem Abdriften der USA ins Autoritäre würde die Anschlussfähigkeit von Narrativen wie „Souveränität vor Rechten“ erhöht werden. Bereits jetzt brandmarkt die „Free-Speech“-Diplomatie europäische Regulierungen als „Zensurinstrumente“. Auch die transatlantische Vernetzung rechtskonservativer Akteure schreitet voran. Die gezielte Verbreitung illiberalen Gedankenguts und die Einschüchterung von Medien sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nehmen auch in Europa zu. Das Eintreten für Pluralismus, Gleichheits- und Freiheitsrechte, gezielte Schutzprogramme für bedrohte Gruppen und der Schutz zivilgesellschaftlicher Räume als auch strategische Kommunikations- und Medienkompetenz werden damit relevanter.

Auch unter diesen Vorzeichen bleibt die Aufrechterhaltung diplomatischer Kanäle nach Washington und die Fortführung der transatlantischen Kooperation im Sicherheits- und Verteidigungsbereich im Jahr 2026 relevant. Europa ist zugleich gefordert, demokratische Resilienz, militärische Fähigkeiten und wirtschaftlich-technologische Souveränität zu stärken, um seine strategische Autonomie zu entwickeln.

Keynotes

- Ukraine-Krieg, hybride Angriffe und zunehmende Souveränitätsverletzungen bleiben 2026 zentrale Risiken für Europa.
- US-Unterstützung wird unberechenbarer; Washington drängt auf stärkeres Burden Shifting zu Ungunsten Europas.
- Zwei US-Szenarien prägen 2026: verschärfter Druck auf Russland und China oder weitgehender Rückzug aus der Konfrontation.
- China bleibt enger Partner Russlands, stärkt dessen Kriegsfähigkeit und setzt auf strategische Ambiguität gegenüber Europa.
- Die autoritäre Achse Russland–China–Nordkorea–Iran gewinnt an Sichtbarkeit und agiert zunehmend koordiniert.
- Chinas globale Ordnungsambitionen verstärken sich, insbesondere in multilateralen Institutionen und der UN.
- Ein mögliches autoritäres Abgleiten der USA bedroht westliche Normen, schwächt transatlantische Allianzen und erhöht den Druck auf Europas eigene Resilienz.



Alexyz3d/Shutterstock.com

Nukleare Non-Proliferation

Abrüstung und Abschreckung

Ulrika Möller

Trotz der politischen Absicht, Nuklearwaffen angesichts ihrer welterschütternden Zerstörungskraft abzuschaffen, erreichen diese nunmehr ein reifes Alter. Die Lebensspanne von Nuklearwaffen wird sowohl durch Abrüstung als auch Abschreckung bestimmt – zwei miteinander im Konflikt stehende Ideen, wie mit deren massiv zerstörerischer Kraft umgegangen werden sollte. Demontage oder Vorhaltung, um angeblich geordnete Beziehungen wechselseitig garantierter Vernichtung zu erreichen?

Seit der ersten nuklearen Explosion im Juli 1945 und den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 vergingen über 80 Jahre. Bereits im Jänner 1946 wurde mit einer UN-Resolution die Atomkommission der UN geschaffen, die Pläne für die Eliminierung von Nuklearwaffen entwerfen sollte. Parallel dazu begannen allerdings bereits Überlegungen darüber, wie diese Zerstörungskraft für strategi-

sche Zwecke genutzt werden könnte. Durch die Nuklearwaffenkapazität der Sowjetunion, die im Jahr 1949 erreicht wurde, wurde die auf nuklearer Abschreckung gegründete Beziehung zwischen den beiden Supermächten des Kalten Krieges etabliert.

In den Jahrzehnten seit Beginn des Atomzeitalters wurden Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung zu den erreichbaren Zielen. Der unmittelbare Konflikt zwischen Abrüstung und Abschreckung blieb nicht nur bestehen, sondern wurde noch akzentuiert. Die meisten Nuklearwaffenstaaten sind bereits seit Langem Vertragsparteien des Atomwaffensperrvertrags (Nuclear Non-Proliferation Treaty, NPT) und haben sich damit rechtlich verpflichtet, Abrüstung als langfristiges Ziel zu verfolgen. Über Jahrzehnte haben sie jedoch politisch und militärisch an der nuklearen Abschreckung festgehalten. Diese Inkohärenz löste bei den Nicht-Nuklearwaffenstaaten Unzufriedenheit aus, insbesondere unter jenen, die versuchten, die nukleare Bedrohung für sich selbst auf andere Weise zu verringern, anstatt durch einen nuklear bewaffneten Verbündeten.

Problematische Muster

Zunehmende Polarisierung hatte einen negativen Einfluss auf die Qualität der Nukleardiplomatie. Nach Jahrzehnten der regulären Beteiligungen war die vergangene Dekade vor allem dadurch geprägt, dass keine breiten und dauerhaften Einigungen erreicht werden konnten. Dieser Rückwärtstrend betrifft alle Arten der Nukleardiplomatie: sowohl die Verhinderung der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen, die Kontrolle der bestehenden Arsenale und deren langfristige Demontage. Gleichzeitig widmen sich nun alle Nuklearwaffenstaaten der Verbesserung ihrer jeweiligen Arsenale.

Das bedeutet, dass gegenwärtig zwei problematische Muster vorherrschen: einerseits der Niedergang der Nukleardiplomatie und andererseits die nukleare Aufrüstung. An diesem Punkt liegt es jenseits der Fähigkeiten von Nicht-Nuklearwaffenstaaten, das Abschreckungsdenken zu beeinflussen, das die gegenwärtige Modernisierungswelle antreibt. Regierungen, die zu einer Deeskalation der nuklearen Bedrohung beitragen wollen, um langfristig wieder zu einer Reduktion dieser Bedrohungslage zu gelangen, sollten sich vor allem auf die Wiederbelebung der Nukleardiplomatie fokussieren.

Nichtverbreitungsregime und Folgeverträge

Die von 1946 bis 1949 bestehende Atomkommission der UN konnte sich auf keinen der vorgeschlagenen Pläne zur Demontage der Nuklearwaffenarsenale einigen, was die Notwendigkeit untergeordneter Ziele bedingte, um mit der nuklearen Bedrohung umzugehen. Heute beziehen sich sämtliche Verhandlungen in Zusammenhang mit Nuklearwaffen auf zumindest eines von drei Zielen: Nichtverbreitung (Non-Proliferation), Rüstungskontrolle und Abrüstung. Nach der Kubakrise im Jahr 1962 begann eine Phase der stetigen diplomatischen Produktion neuer Abkommen, beispielsweise zur Regulierung nuklearer Explosionen und deren Position mit dem Partial Test Ban Treaty. Dazu zählten aber auch Verträge zur Schaffung nuklearwaffenfreier Zonen wie der Antarktis (1959) oder dem Weltraum mit dem Outer Space Treaty. Schließlich wurden Verträge zur Schaffung nuklearwaffenfreier Regionen etabliert, beispielsweise in Lateinamerika und der Karibik mit dem Vertrag von Tlatelolco im Jahr 1969.

Mit dem NPT wurde im Jahr 1970 jedoch erstmals ein umfassendes nukleares Nichtverbreitungsregime geschaffen. Der NPT bildet seither den Mittelpunkt aller anderen Nuklearabkommen. Durch seine drei Ziele bzw. „Säulen“ wurde der NPT zu einem der am breitesten akzeptierten internationalen Abkommen. Dazu zählen die Förderung der friedlichen Nutzung von Nuklearenergie, die Verhinderung der Verbreitung von Nuklearwaffen und die nukleare Abrüstung. In den Jahrzehnten nach Inkrafttreten des NPT bestand eine gewisse Kontinuität bei der Vereinbarung neuer Regulierungen.

Insbesondere die Reihe an Abkommen zwischen den beiden wesentlichsten Nuklearmächten war entscheidend, da diese den Weg für eine substanzielle Reduktion ihrer jeweiligen nuklearen Arsenale bereiteten. Dazu gehörten unter anderem die Gespräche zur Begrenzung der strategischen Rüstung (Strategic Arms Limitation Talks, SALT) in den Jahren 1972 (SALT I) und 1976 (SALT II) und der Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) im Jahr 1987. Diese Verhandlungen führten auch zu weiteren Abkommen im Zuge der Transition zu einer Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges. Zuvorderst zu nennen sind hierbei die Verträge zur Verringerung strategischer Waffen (Strategic Arms Reduction Treaty, START). Dies weckte Erwartungen, dass die Zeit reif sei für Abrüstung. Hierfür ergaben sich zwei substanzielle Gelegenheiten. Im Rahmen

der 5. NPT-Überprüfungskonferenz des Jahres 1995 sollte entschieden werden, ob dieses Abkommen über das bisherige Fünfjahresintervall hinaus verlängert werden sollte. Zugleich wurden Verhandlungen über ein umfassendes Verbot von Nuklearwaffentests gefordert.

Höhen und Tiefen

Keine dieser Verhandlungen konnte die von der Zivilgesellschaft und NPT-Vertragsparteien geweckten Erwartungshaltungen erfüllen, die mit den langsamen Fortschritten im Abrüstungsbereich unzufrieden waren. Die Überprüfungskonferenz des Jahres 1995 entschied zwar, den NPT auf unbestimmte Zeit zu verlängern, aber ohne den Bereich der Abrüstung zu konkretisieren. Die Verhandlungen über ein umfassendes Verbot des Tests von Nuklearwaffen führte im Jahr 1996 zum Kernwaffenteststopp-Vertrag (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT). Dieser beinhaltet ein effektives Monitoring-System um nukleare Explosionen zu erfassen, aber gleichzeitig fehlen Spezifikationen für die nukleare Abrüstung und der Vertrag ist bis heute nicht in Kraft getreten.

Bei der NPT-Überprüfungskonferenz des Jahres 2000 kam es dann zu einem Durchbruch; man einigte sich auf die sogenannten 13 Schritte zur nuklearen Abrüstung. Nach sowohl Erfolgen als auch Misserfolgen im Rahmen der folgenden Überprüfungskonferenzen mobilisierte die sogenannte „Humanitäre Initiative“ Unterstützerinnen und Unterstützer für Verhandlungen über ein generelles Verbot von Nuklearwaffen. Diese wurden im Jahr 2017 abgeschlossen. Der Nuklearwaffen-Verbotsvertrag (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, TPNW) ist ein gefeierter Meilenstein, der durch die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und Staaten, die sich der nuklearen Abrüstung verschrieben haben. Nichtsdestotrotz ist dieses Abkommen nicht gewichtig genug, um dem Trend des Niedergangs der Nukleardiplomatie entgegenzuwirken.

Aktuelle Entwicklungen

Die Nuklearverhandlungen wiesen stets Höhen und Tiefen auf. Die aktuelle Flaute ist aber insbesondere beunruhigend, da sie sich auf alle Bereiche der Nukleardiplomatie auswirkt. Der NPT steht unter ernsthaftem politischem Druck, die bilateralen Rüstungskontrollabkommen

zwischen den USA und Russland funktionieren nicht und diplomatische Bemühungen, eine nordkoreanische Nuklearwaffe zu verhindern, scheiterten. Ebenso wenig waren die Bemühungen von Erfolg gekrönt, die iranische Produktion von waffenfähigem, hochangereichertem Uran zu reduzieren. Als eines der jüngsten Symptome des diplomatischen Niedergangs scheiterte die NPT-Überprüfungskonferenz im Jahr 2022 daran, einen Endbericht im Konsens zu beschließen und das Vorbereitungscommittee für die Überprüfungskonferenz 2026 konnte sich auf keine Empfehlungen einigen. Auch die diplomatischen Bemühungen, das Atomabkommen mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) wiederzubeleben, kollabierten mit dem militärischen Angriff auf die iranischen Nukleareinrichtungen.

Das einzige noch verbleibende Rüstungskontrollabkommen zwischen den USA und Russland ist New START, und dieses läuft im Februar 2026 aus. Die elfte NPT-Überprüfungskonferenz die für das Frühjahr 2026 angesetzt ist, stellt eine Gelegenheit für diplomatische Bemühungen dar, die Nukleardiplomatie wieder in Gang zu bringen. Der entscheidende Prüfstein dafür ist, ob die Überprüfungskonferenz einen Abschlussbericht im Konsens beschließen kann oder nicht. Im Dezember 2026 wird zudem die nächste Konferenz der TPNW-Vertragsparteien stattfinden, was die anhaltende Kritik an der nuklearen Abschreckung unterstreichen mag.

Keynotes

- Zwei Trends tragen zu einer Eskalation der nuklearen Bedrohungslage bei. Dabei handelt es sich um den Niedergang der Nukleardiplomatie und den Aufstieg nuklearer Aufrüstung.
- Der Niedergang der Nukleardiplomatie betrifft alle Bereiche: die Nichtverbreitung, die Rüstungskontrolle und die langfristige Abrüstung.
- Die Modernisierung der Nuklearwaffenarsenale unterstreicht die derzeitige Dominanz des Konzepts der nuklearen Abschreckung.
- Ein Ende der derzeitigen Flaute der Nukleardiplomatie ist noch nicht absehbar. Beispiele hierfür sind etwa das Scheitern der NPT-Überprüfungskonferenz, einen Abschlussbericht im Konsens zu erreichen, die militärischen Angriffe auf Nuklearanlagen im Iran und das Auslaufen von New START im Februar 2026.



Alessia Pierdomenico/Shutterstock.com

Der chinesische Balanceakt

Linda Liang und Sebastian Harnisch

Auch im Jahr 2026 wird die chinesische Führung unter Xi Jinping innenpolitische Erwartungshaltungen nach Wachstum und Stabilität mit außenpolitischen Ansprüchen nach Respekt und Einflussnahme einer Großmacht zu balancieren haben. Das Ergebnis wird ein voraussichtlich widersprüchlicher außenpolitischer Kurs sein, der zwar Kerninteressen durchsetzt, aber offene und womöglich gewalttätige Konfrontationen scheut – allen voran mit den USA. Mit diesem robust-resilienten Ansatz gegenüber der US-Administration wird sich China als neuer, verlässlicherer Partner jener präsentieren, die von der US-Politik enttäuscht oder gedemütigt wurden.

Handelskrieg und kalkulierte Stärke

Die Rivalität zwischen China und den Vereinigten Staaten hat in der zweiten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump zugenommen und immer wieder konfrontative Ausbrüche provoziert. Weitreichenden Zollerhöhungen und Exportkontrollen seitens der USA begegnete die

chinesische Führung mit robusten Gegenmaßnahmen, etwa im Bereich Seltener Erden, und nationalistischer Rhetorik nach Innen. Potenzielle wirtschaftliche Einbußen konnten so dem erratischen Verhalten des Weißen Hauses zugeschrieben werden.

Allerdings offenbarte der Handelskonflikt auch die Schmerzgrenzen der Trump-Administration, sodass dieser Etappenerfolg im Jahr 2026 zur Nachahmung einlädt. Peking zeigte unmittelbar vor dem geplanten Treffen der beiden Staatsführer im Oktober 2025, dass es bereit ist, mit kalkulierter Gegenwehr gezielt Spannungen zu erzeugen, um Verhandlungsmasse zu schaffen.

Regionales Machtbewusstsein

Taiwan bleibt der symbolische Kern chinesischer Souveränitätsansprüche. Die Spannungen sind ebenso real wie vielfältig: Luftraumverletzungen zählen ebenso dazu wie militärische Manöver bzw. militärische Präsenz im Allgemeinen. Bislang vermeidet China bewusst die Eskalation. Die Schwelle zum offenen Konflikt mit Taiwan wird nicht überschritten, zugleich rüstet das taiwanische Militär nach dem Vorbild der Ukraine strategisch klug auf.

Auch im Südchinesischen Meer verfolgt China eine Strategie der kontrollierten Konfrontation. Der Ton gegenüber Anrainerstaaten wie den Philippinen blieb auch im Jahr 2025 rau; es kam häufig zu Zusammenstößen und gewaltsamen Vorfällen. Gleichzeitig blieb die Gewaltanwendung bis dato unterhalb der Grenze, ab der ein militärischer Konflikt ausgelöst werden würde. Peking verfolgt eine hybride Gewaltstrategie, die immer mehr der Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres dazu bringt, enger mit Washington, aber auch untereinander zu kooperieren.

Zugleich bemüht sich Peking mit wirtschaftlichen Vorteilen gezielt um einzelne südostasiatische und pazifische Staaten wie Vietnam oder Malaysia. Es ist jedoch nicht klar erkennbar geworden, dass sein Werben eine klare Positionierung zu seinen Gunsten bewirkt hätte. Nur wenige asiatische Staaten weisen Pekings Offerte offen zurück, aber fast alle halten China nach wie vor auf Distanz.

Verhältnis zu Russland im Zwiespalt

China hat seine Partnerschaft mit Russland im Jahr 2025 vertieft. Peking bekennt sich offen dazu, eine russische Niederlage in dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine verhindern zu wollen. Gemeinsame Militärmanöver und wirtschaftliche Kooperation wurden enger, doch bleiben asymmetrisch. Während Moskau von einem faktischen Verteidigungsbündnis spricht, wahrt die chinesische Führung rhetorische Distanz. Gleichzeitig bemüht man sich in Peking um den Erhalt des chinesischen Einflusses auf Nordkorea – im Wettbewerb zu Russland. Es ist daher höchst unwahrscheinlich, dass es ein Versprechen Chinas geben wird, Russland im Jahr 2026 zu einem militärischen Sieg in der Ukraine zu verhelfen, wie immer dieser aussehen mag.

China will Russland nicht verlieren – aber Europa auch nicht. Zu wichtig ist der europäische Absatzmarkt, zu entscheidend die Spaltung zwischen Washington und Brüssel für die geopolitischen Ambitionen Pekings. Wenig hilfreich für diese Ambition ist dabei, dass die US-Zollpolitik China dazu zwingt, andere Märkte zu erschließen, die sich ihrerseits gegen eine Schwemme chinesischer Produkte zu erwehren versuchen.

Europa im Schatten wirtschaftlicher Rivalität

Die Beziehungen zwischen China und der Europäischen Union sind daher angespannt und werden es voraussichtlich auch im Jahr 2026 bleiben. Die Debatte um Zölle auf chinesische Elektroautos stellt dabei lediglich ein Symptom struktureller Reibungspunkte des staatsgeleiteten Wirtschaftsmodells Chinas dar. Strategische Industrien werden subventioniert, um die USA zu übertrumpfen und Regionen und Städte haben den politischen Vorgaben aus Peking zu folgen. Die Folge sind Fehlallokationen von Kapital und Ressourcen sowie Überkapazitäten, die weder in Europa noch in Asien willkommen sind.

Doch Peking führt den Wettbewerb mit Europa auch mit illegitimen Mitteln. Cyberangriffe dienen immer noch primär der Wirtschaftsspionage und auf Kritik reagiert man mit Desinformationskampagnen und der digitalen Verfolgung von Oppositionellen. Die EU hat bis dato keine robusten Gegenmaßnahmen hervorgebracht, da sie als friedlicher Verbund von Demokratien nur begrenzt fähig ist, die Sprache der Groß-

mächte zu sprechen. Das dürfte sich voraussichtlich auch im Jahr 2026 nicht ändern.

Die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“

China bekennt sich offiziell zur Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ (Women, Peace and Security, WPS) der Vereinten Nationen, ebenso wie zur UN-Resolution 1325. Deren Umsetzung bedarf allerdings einer sorgfältigen Betrachtung. China richtete bereits im Jahr 1995 die vierte UN-Weltfrauenkonferenz aus und war im Jahr 2025 erneut Gastgeber eines globalen Frauengipfels. Die innenpolitische Realität zeigt indes Rückschritte bei der Gleichstellung. Erstmals seit zwanzig Jahren ist keine Frau im Politbüro, dem Machtzentrum der Kommunistischen Partei.

Weiters geht die Regierung systematisch gegen die Zivilgesellschaft und unabhängige Frauenrechtsbewegungen vor. Noch schwerwiegender sind allerdings Berichte über systematische Menschenrechtsverletzungen an der uighurischen und anderen muslimischen Minderheiten in Xinjiang. Zwangssterilisationen und sexualisierte Gewalt in Internierungslagern stehen im starken Gegensatz zur offiziellen Selbstbeschreibung Chinas als Unterstützer der WPS-Agenda.

Keynotes

- China wird in seinem außenpolitischen Kurs innenpolitische Erwartungen und außenpolitische Ansprüche balancieren müssen und sich anderen Staaten als neuer verlässlicher Partner neben den USA präsentieren.
- Der Handelskrieg hat die Schmerzgrenzen der zweiten Trump-Administration aufgezeigt. Es kann davon ausgegangen werden, dass China auf Druck weiter mit kalkulierter Gegenwehr reagiert.
- Sowohl in der Taiwanstraße als auch im Südchinesischen Meer wird China mit kontrollierten Konfrontationen die Schwelle zum offenen Konflikt nicht überschreiten. Gleichzeitig wächst der Widerstand in der Region.
- Das Verhältnis mit Russland wird enger, dennoch wird China das Verhältnis zu Nordkorea oder zur EU nicht aufs Spiel setzen.
- Die Reibungspunkte mit der EU durch Chinas staatgeleitetes Wirtschaftsmodell nehmen zu. Auch auf wirtschaftlich motivierte Cyberangriffe, Desinformationskampagnen und digitale Verfolgung von Oppositionellen muss Europa eine Antwort finden.
- Indes sollte Chinas Unterstützung der WPS-Agenda im Hinblick auf die Rückschritte in der chinesischen Zivilgesellschaft und den Vorwürfen der Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang hinterfragt werden.



Tudoran Andrei/Shutterstock.com

Der Konflikt im Südchinesischen Meer

Thomas Eder

Für China bietet sich aufgrund der Handelspolitik der zweiten Trump-Administration im Südchinesischen Meer eine günstige Gelegenheit. Peking versucht, die südostasiatischen Staaten in seine neue Ordnung einzugliedern und von seiner Sicht auf die Spielregeln im Südchinesischen Meer zu überzeugen. Drohen Europa durch voraussichtlich fortgesetzte Spannungen höhere Transportkosten, leidet vor allem der Fischereisektor der Anrainerstaaten als auch die Umwelt im Südchinesischen Meer.

Mit Blick auf die hohen Zölle und den Entwurf der nationalen Verteidigungsstrategie der zweiten Trump-Administration bietet sich China in den Jahren 2025 bis 2029 ein sprichwörtliches „Fenster der Möglichkeiten“ mit Blick auf das Südchinesische Meer. Nach dem „Pivot“ der USA von Europa und dem Nahen Osten in Richtung Indo-Pazifik unter Präsident Barack Obama folgt nun unter Donald Trump der „Pivot“ zum amerikanischen Kontinent, und gar ins eigene Land. Konflikte im Inne-

ren drohen die USA zu paralisieren, während Washingtons Handelskonflikte mit den Staaten Südostasiens die regionale Stimmungslage in Richtung China verschieben. Gleichzeitig sind die USA weiterhin bestrebt, sich in der Machtkonkurrenz mit China durchzusetzen. Insgesamt bleibt ihre eingeschränkte Berechenbarkeit bestehen.

Chinas Möglichkeiten und neue Ansätze

China fokussiert sich im Jahr 2026 auf neue Anreize, um die Staaten des Verbands Südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN) in seine neue Ordnung einzugliedern. Zugleich versucht es, sie von seiner Sicht auf das Südchinesische Meer und dem damit verbundenen angestrebten Verhaltenskodex zu überzeugen. So begab sich Xi Jinping im April 2025 auf Staatsreise nach Vietnam, Malaysia und Kambodscha, um sich unter dem Druck durch US-verhängte Zölle der jeweiligen Beziehungen zu versichern. Im Mai folgte der erste trilaterale Gipfel zwischen China, den ASEAN-Mitgliedsstaaten und den Staaten des Golf-Kooperationsrats (Gulf Cooperation Council, GCC). Im Juni folgte die Erklärung Pekings, sich umfassend für den Beitritt zum transpazifischen Handelsabkommen CPTPP vorbereitet zu haben. Indes trat Indonesien der Staatengruppe BRICS+ bei.

Die ASEAN stellt bereits den wichtigsten Handelspartner Chinas dar, und mit den neuen Anreizen vermittelt Peking, dass Südostasien durch Kooperation mit einem chinesisch geführten „Globalen Süden“ noch deutlich mehr wirtschaftlich und diplomatisch profitieren kann. Mit Blick auf die geänderte US-Politik in dieser Region ein offenbar überzeugendes Argument: Das Handelsvolumen zwischen China und dem ASEAN-Raum wuchs bereits in den ersten acht Monaten des Jahres 2025 um 8,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dies half den südostasiatischen Staaten, den einbrechenden Handel mit den USA aufzufangen.

Anhaltender Druck

China verfügt im Südchinesischen Meer über drei „Flotten“: die Marine der Volksbefreiungsarmee (People's Liberation Army Navy, PLAN), die chinesische Küstenwache (Chinese Coast Guard, CCG) und die Maritime Volksmiliz. In ihrer jeweiligen Kategorie handelt es sich um

die jeweils größten Kräfte der Welt, die China das flexible Operieren innerhalb der Grauzone und unterhalb der Schwelle des Militäreinsatzes ermöglichen. Die CCG wird bei Training, Führung und Material umfassend von der Marine unterstützt und verfügt über die größten Küstenwachtschiffe der Welt. Wenngleich sich die Maritime Volksmiliz aus zivilen Fischern zusammensetzt, erhalten diese jedoch staatliches Training und Subventionen, auch sind sie in Milizstrukturen eingegliedert. Deren Fischerboote verfügen oft über eine beachtliche Größe, verstärkte Schiffsrümpfe und modernes Kommunikations- und Navigationsequipment sowie Wasserkanonen und angeblich sogar Handfeuerwaffen. Das ermöglicht ihnen, ergänzend Anti-Access- und Area-Denial-Missionen zu erfüllen.

Satellitenaufnahmen zufolge setzte China die Maritime Volksmiliz im Jahr 2024 in Rekordzahl ein. Große diplomatische Zwischenfälle wie etwa im Jahr 2021, als über 200 chinesische Fischerboote beim auch von den Philippinen beanspruchten Whitsun Reef ankerten, blieben jedoch aus. Auch nach wiederholten Zusammenstößen zwischen Schiffen der chinesischen und philippinischen Küstenwachen, die Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten grundverschieden beurteilen, war dies nicht der Fall – anders als etwa beim Zwischenfall am Sabina-Shoal-Atoll im Jahr 2024. Auch der Zusammenstoß zweier chinesischer Schiffe bei der Verfolgung der philippinischen Küstenwache im August 2025 zeigt, dass die Spannungen weiter bestehen, aber größere regionale Folgen bis dato ausgeblieben sind.

Künstliche Inseln, Überfischung und Ernährungssicherheit

Um seine Interessen auch gegenüber diesen chinesischen Flotten zu behaupten, holt Vietnam bei der Errichtung künstlicher Inseln in Hinblick auf die erschlossene Fläche gegenüber China immer weiter auf. Ebenso wie davor China, beschädigt es massiv Korallenriffe, die tausenden Arten Nahrung und Schutz bieten. Auch durch Befischung bedrohter Arten, etwa Riesenmuscheln, werden diese Riffe zerstört. Gleichzeitig überfischen die Anrainerstaaten dieses Fischfanggebiet, das für zwölf Prozent des globalen Fangs aufkommt.

Grund dafür ist eine fehlende Einigung, welche Staaten in welchem Gebiet Fischerei betreiben dürfen. Durch diese Überfischung wird sowohl eine weltweit fast einzigartige maritime Biodiversität als auch die regionale Ernährungssicherheit gefährdet. Laut Klimastudien wird die Erderwärmung auch im Südchinesischen Meer zu weniger produktivem Fischfang führen, was Fischereikonflikte nur weiter anheizen dürfte. Während allerdings der Wert des philippinischen Fischfangs im Südchinesischen Meer bereits stark zurückgegangen ist, wächst der Druck in China aufgrund des rasant steigenden Fisch- und Fleischkonsums, sowie der beschränkten Ackerfläche und wachsenden Importabhängigkeit.

Fazit und Folgen für Europa

Eine nachhaltige Beruhigung der Situation im Südchinesischen Meer ist auch im Jahr 2026 unwahrscheinlich. Grund dafür ist die Uneinigkeit über die Frage, ob ein Verhaltenskodex rechtlich bindend sein soll, wie er unter anderem „Zurückhaltung“ definieren soll und welche Gebiete umstritten sind. Gleichzeitig bestehen für China keine Anreize aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Probleme und den neuen Möglichkeiten vertiefter Beziehungen zu den ASEAN-Staaten, militärische Eskalationen zuzulassen. Wahrscheinlicher ist die Fortsetzung des Drucks auf die Philippinen unterhalb der Schwelle militärischer Gewalt.

Trotz zahlreicher Zusammenstöße und militärischer Übungen war auch bisher keine Seite daran interessiert, die Handelsschifffahrt durch militärische Eskalation zu beschränken. Dennoch könnten Transportversicherungen das Risiko höher einschätzen und mit Preissteigerungen in geringerem Ausmaß als beispielsweise im Roten Meer reagieren. Schifffahrtsunternehmen geben diese dann an ihre Kundinnen und Kunden weiter. Da die großen europäischen Volkswirtschaften etwa acht bis zwölf Prozent ihres Warenhandels über das Südchinesische Meer abwickeln, sind derartige Kostensteigerungen womöglich für die Inflation relevant. Der Möglichkeit limitierter bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Anrainerstaaten zum Trotz wären kritische Rohstoffe und industrielle Güter weiterhin zugänglich.

Keynotes

- Die zweite Trump-Administration eröffnet China durch hohe Zölle auf südostasiatische Staaten und die Konzentration auf Konflikte im eigenen Land mit Blick auf das Südchinesische Meer eine neue Gelegenheit.
- China versucht durch die Aussicht auf wirtschaftliche und diplomatische Vorteile Südostasien für eine Eingliederung in den von China geführten „Globalen Süden“ zu gewinnen.
- China hält gleichzeitig den Druck im Südchinesischen Meer durch seine drei „Flotten“ – Marine, Küstenwache, Maritime Volksmiliz – aufrecht, ohne die Schwelle von der Grauzone zum militärischen Konflikt zu überschreiten.
- Die Errichtung künstlicher Inseln und Überfischung, nach China auch verstärkt durch Vietnam, zerstört die Korallenriffe und gefährdet die Ernährungssicherheit in der Region.
- Europa wird 2026 nicht durch Konflikte im Südchinesischen Meer von kritischen Rohstoffen und Industriegütern abgeschnitten werden, aber höhere Transportkosten könnten die Inflation erhöhen.



Russlands flexible Partnerschaften

Netzwerke jenseits westlicher Isolation

Sarah Pagung

Russland verfügt über ein flexibles Netz an Partnerschaften. Dazu zählen enge Verbündete wie Belarus, Nordkorea und der Iran sowie strategische Partner wie China. Diese Beziehungen sichern Handel, militärische Kooperation und Sanktionsumgehung – und stützen eine autoritäre Gegenagenda, die traditionelle Werte betont und das westlich dominierte internationale System herausfordert.

Mit der Vollinvasion in der Ukraine im Jahr 2022 verlor Russland zahlreiche seiner internationalen Partner. Dennoch ist Moskau nicht isoliert, sondern pflegt ein Netz heterogener Beziehungen, geprägt durch transaktionale Logiken. Anstelle eines geschlossenen Bündnissystems verfügt Russland über flexible, interessenbasierte Partnerschaften, die teilweise verknüpft, teilweise parallel bestehen. Ziel ist die Erosion der

US-dominierten Weltordnung, die Sicherung militärischer Kooperation, wachsende Handelsbeziehungen, Sanktionsumgehung und De-Dollarisierung. Partnerschaften mit autoritären Staaten dienen der wechselseitigen Herrschaftsstabilisierung. Neben diesen Zielen wird auch im Jahr 2026 die Sicherung von Ressourcen für den Krieg gegen die Ukraine das maßgebliche Ziel Russlands bleiben.

Diese Partnerschaften variieren in ihrer Intensität. Belarus, Nordkorea und der Iran zählen zu den engsten Verbündeten Russlands, mit jeweils unterschiedlichen Graden der Abhängigkeit. China ist der wichtigste strategische Partner, verfügt jedoch über erheblich größere Machtressourcen, um die Beziehungen eigenständiger gestalten zu können. Dies gilt ebenso für Indien, das zwar nicht das autoritäre Herrschaftssystem teilt, jedoch ebenso interessenbasiert mit Moskau kooperiert.

Autoritäre Gegenagenda

Die Mehrzahl dieser Partner Russlands eint nicht nur ein antiwestliches Narrativ, sondern auch der damit verbundene Widerstand gegen Gleichstellungspolitik, Rechte für LGBTQIA+ oder feministische Bewegungen. Staaten wie der Iran, Belarus, China und Russland betrachten diese sowohl als Bedrohung für vermeintlich traditionelle Werte als auch als Risiko für den Machterhalt.

Die Verbindung der innen- und außenpolitischen Debatte wird auch anhand der Positionierung zur Resolution 1325 mit der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ der Vereinten Nationen deutlich. Russland lehnt zwar sexualisierte Gewalt ab, weigert sich jedoch, deren gesellschaftliche Ursachen zu adressieren, da es dies als Gefahr für das eigene Herrschaftssystem betrachtet. Russland, der Iran und andere autoritäre Staaten vertreten eine reaktionäre globale Gegenagenda, die sie als legitimen Ausdruck kultureller Werte und zugleich als Instrument gegen das westlich dominierte internationale System betrachten.

Russlands strategische Partnerschaften

Im Jahr 2022 vertieften Russland und China ihre „Partnerschaft ohne Grenzen“ mit einem Abkommen, das politische, ideologische und wirt-

schaftliche Rahmenbedingungen festlegt. Die Kooperation umfasst gemeinsame Manöver, Technologietransfer, intensiven Handel und abgestimmte Positionen in internationalen Organisationen. Chinesische Lieferungen von Mikrochips und Maschinenkomponenten sind kriegsentscheidend für Moskau, ebenso die Unterstützung bei der Sanktionsumgehung. Peking agiert jedoch vorsichtig, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Europa und den USA nicht zu gefährden. Die ökonomische Imbalance zugunsten Chinas verstärkt sich durch den russischen Handelseinbruch mit Europa infolge der Sanktionen. Auch militärisch schließt China auf, profitiert jedoch nach wie vor von der Rüstungskooperation mit Russland. Die chinesischen Kopien russischer Rüstungstechnologie, ebenso wie die wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit und die Konkurrenz um Einfluss in Zentralasien, stellen potenzielle Konfliktfelder zwischen Moskau und Peking dar.

Indien und Russland verbindet eine langjährige Kooperation, die seit der Sowjetzeit besteht. Es bleibt ein wesentlicher Abnehmer russischer Rüstungsgüter und russischen Öls und damit eine bedeutende Einnahmequelle. Inwiefern dies auch im Jahr 2026 der Fall sein wird, hängt vor allem von der Zoll- und Sanktionspolitik der USA ab. Die engen Beziehungen Indiens zu Europa und den USA verdeutlichen jedoch, dass die Beziehungen zwischen Moskau und Neu-Delhi vor allem wirtschaftlich motiviert und weniger ideologisch geprägt sind.

Abhängige Verbündete

Unter den engen Verbündeten nimmt Belarus aufgrund seiner Integration in den gemeinsamen Unionsstaat eine Sonderrolle ein. Minsk ist politisch, wirtschaftlich und militärisch von Moskau abhängig, das Belarus als verlängerte Werkbank und vorgeschobene Verteidigungslinie betrachtet. Mit der Stationierung russischer Nuklearwaffen und der Nutzung des belarussischen Territoriums als Aufmarschgebiet für den Krieg gegen die Ukraine schrumpfte der Bewegungsspielraum Minks weiter. Bereits infolge der Massenproteste gegen den Präsidenten Aleksandr Lukaschenka im Jahr 2020 hatte sich dieser vermindert. Beide Staaten betrachten sich als Teil der Russischen Welt (Russkij Mir) und teilen eine dezidiert antiwestliche Politik.

Im Jahr 2024 unterzeichneten Nordkorea und Russland ein Verteidigungsabkommen mit gegenseitiger Beistandsgarantie. Nordkorea entsendet zudem mehrere tausend Soldatinnen und Soldaten in den Krieg gegen die Ukraine und liefert ballistische Raketen und Artilleriemunition. Während die Partnerschaft für Pjöngjang vor allem ein Weg aus der Isolation und ein Mittel zum Technologietransfer darstellt, dient sie Russland als Entlastung und Ressourcensicherung für den Krieg.

Auch der Iran nimmt mit der Lieferung von Drohnen und Waffensystemen eine zentrale Rolle für Russlands Krieg gegen die Ukraine ein. Teheran ist von einem noch umfassenderen Sanktionsregime als Russland betroffen, was beide zu natürlichen Verbündeten bei der Sanktionsumgehung und in der Abkopplung vom US-Dollar macht. Die Ablehnung des westlich dominierten internationalen Systems und das Feindbild USA prägen das Weltbild beider Staaten. Trotzdem zeigt sich Russland in einigen Bereichen der Partnerschaft, u.a. der Unterstützung des iranischen Atomprogramms und der Lieferung von Rüstungsgütern, zurückhaltend, um die Beziehungen zu anderen Staaten der Region nicht zu gefährden.

Keynotes

- Trotz westlicher Sanktionen nach der russischen Invasion in der Ukraine ist Russland nicht international isoliert, sondern pflegt ein flexibles Netz von Allianzen.
- Während Belarus, Nordkorea und Iran in unterschiedlichem Maße von Russland abhängig sind, bestimmen China und Indien die Spielregeln weitgehend selbst.
- Russland und seine Partner eint eine autoritäre Gegenagenda und ein antiwestliches Narrativ, das „traditionelle Werte“ betont und Gleichstellungspolitiken aktiv bekämpft.
- Kooperationen folgen einer transaktionalen Logik und dienen der pragmatischen Sicherung von Handel, militärischen Ressourcen, Sanktionsumgehung und De-Dollarisierung.
- Russland nutzt seine Beziehungen zur Aufrechterhaltung der eigenen Kriegsfähigkeit, aber auch zum Aufbrechen der westlich dominierten internationalen Ordnung.



Butenkov Aleksei/Shutterstock.com

Indien als Global Player

Heinz Nissel

Indien wird bis 2030 als Big Player im globalen Ranking ökonomisch und militärisch an die dritte Position aufrücken, aber mit großem Abstand zu China und den USA. Schwächer dürften seine politischen Ambitionen greifen, trotz steigender geopolitischer Präsenz. Wird die künftige Weltordnung multipolar oder bipolar sein? Kann Indien seine „strategische Autonomie“ als neue Weltmacht bewahren oder muss es sich einem der beiden Gegner unterordnen?

Im Jahr 2022 feierte Indien 75 Jahre Unabhängigkeit. Tiefer verwurzelt im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung ist der Stolz auf die Einzigartigkeit seiner ca. 4000 Jahre andauernden Zivilisation, Kultur und Tradition. Dieser Exzeptionalismus eines indozentrischen Weltbilds, das sich anderen Nationen überlegen fühlt, ist zugleich Ausdruck von Selbstüberschätzung und Triebfeder für Indiens Anspruch auf eine Führungsrolle in der Welt. Offiziell strebt Indien weder in Asien noch weltweit nach der Vorherrschaft, sondern betont das „Recht auf einen angemessenen Platz“ in der internationalen Staatengemeinschaft. Konkret geht es um Anerkennung, Status und Respekt für den eigenen Weg.

Indiens Aufstieg zum Global Player

Indiens Aufstieg gründet vor allem auf der wirtschaftlichen Dynamik. Indien öffnete sich erst 1991 dem Welthandel, blieb aber lange weit hinter der Entwicklung Chinas zurück. Allerdings übertreffen Indiens Wachstumsraten bereits seit 2015 jene Chinas, ausgenommen von der Pandemiephase und wenn auch auf deutlich niedrigerem Ausgangsniveau. Mit einem BIP-Wachstum von 8,2 Prozent im Fiskaljahr 2023/24 und jährlich zu erwartenden Steigerungen von 6 bis 7 Prozent, gilt Indien als die neue Wachstumslokomotive der Welt. Kein anderer Staat der G-20 erreicht solche Wachstumswerte. Nominal liegt Indien mit ca. 4,19 Bio. US-Dollar Wirtschaftsleistung an weltweit fünfter Stelle, mit 14,6 Mrd. US-Dollar nach Kaufkraftparität auf Rang drei. Indien investiert jährlich 130 Mrd. US-Dollar in die Infrastruktur. Es wird erwartet, dass Indien spätestens 2030 Deutschland überholt, dann Japan und bis 2050 ganze 15 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung generiert.

Auch die indische Demografie und sein Militär tragen zu diesem Aufstieg bei. Im April 2023 löste Indien China als bevölkerungsreichstes Land der Erde ab. In Indien leben aktuell etwa 1,46 Mrd. Menschen, in China hingegen etwa 1,42 Mrd. Menschen – das Dreifache aller 27 EU-Mitgliedsstaaten und mehr als auf dem gesamten afrikanischen Kontinent. Die Bevölkerung ist vergleichsweise jung. So liegt das Durchschnittsalter bei 28 Jahren und 41 Prozent der Bevölkerung sind unter 18 Jahren. Aufgrund dieser Altersstruktur bleibt die indische Bevölkerung bis 2050 jung. Das stellt ein „Window of Opportunity“ für die Wirtschaft dar. Nichtsdestotrotz bestehen große Probleme wie „Jobless Growth“ und „Missing Girls“. Prognosen zeigen, dass in Indien bis zum Jahr 2050 1,7 Mrd. Menschen leben werden – in China hingegen bloß 1,35 Mrd. Personen. Der seit 2021 verschobene Zensus soll nunmehr im März des Jahres 2027 erfolgen.

Mit einer Stärke von etwa 1,5 Mio. Soldatinnen und Soldaten rangiert Indien auf Platz 2 hinter China, im Global Firepower Index an vierter Stelle. Mit Rüstungsausgaben in Höhe von 86,1 Mrd. US-Dollar im Jahr 2024 liegt Indien an fünfter Stelle, hinter den USA, China, Russland und Deutschland. Indien ist Nuklearmacht und verfügt mit etwa 180 Sprengköpfen und entsprechenden Trägersystemen über Zweitschlagskapazität. Weiters ist Indien einer der Top-5-Truppensteller der Vereinten Nationen, neben Nepal, Rwanda, Bangladesch und Indonesien.

Geopolitische Ziele

Indische Politikerinnen und Politiker stützten sich im Geiste Gandhis und Nehrus über Jahrzehnte hinweg auf die Prinzipien der Gewaltlosigkeit, der Blockfreiheit und der paktlosen Eigenständigkeit, woher auch der Ruf Indiens als „verhinderte Großmacht“ rührte. Inzwischen setzten sich in Neu-Delhi Vertreterinnen bzw. Vertreter einer Realpolitik durch, die Indiens Rolle in der Welt proaktiv neu zu gestalten suchen. Im Unterschied zu anderen geopolitischen Akteuren wie den USA, China oder Russland verfügt Indien bis heute über kein geopolitisches „Grand Design“. Der „Neighbourhood-First-Policy“ folgend, sind insbesondere erhöhte Anstrengungen gegenüber den Nachbarn in Südasien erkennbar. Diese misstrauen und fürchten jedoch die Macht des Hegemons mehr, als sie ihn schätzen.

Das ungelöste Kardinalproblem ist und bleibt seit der Teilung 1947 das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan. Mit Pakistan wurden drei Kriege und unzählige Konflikte ausgefochten, wie gerade erst im Beinahe-Krieg im Mai 2025. Überwiegend ging es dabei um die Kontrolle über das Territorium Kaschmir. Die „ewige Freundschaft“ zwischen China und Pakistan bedroht indes Indiens Sicherheit durch die Möglichkeit eines Zweifrontenkriegs.

Die tradierte West-Orientierung Indiens wurde im Jahr 1992 um eine „Look-East-Policy“ erweitert. Diese wurde im Jahr 2015 durch eine „Act-East-Policy“ ersetzt, die Kooperationen vor allem mit Japan und den Staaten Südostasiens vorsieht. Indien richtet sich geopolitisch allerdings insgesamt neu aus: vom tradierten „Non-Alignment“ in seiner „Self-Reliance“ zum „Multi-Alignment“ als „Big Player“ in einem polyzentrischen Weltsystem. So profiliert es sich als demokratische Führungsmacht des Globalen Südens gegen China, etwa beim Global South Summit, der Erweiterung auf BRICS+ und beim 18. Gipfel der G20. Dabei nimmt es sehr geschickt eine Vermittlungsposition zwischen dem „Westen“ und dem „Süden“ der Welt ein, dem Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten für globale Herausforderungen folgend.

Partnerschaften und Konflikte

Indien pflegt eine Vielzahl an Partnerschaften unterschiedlicher Intensität, lehnt aber rechtsverbindliche Bündnisse weiterhin ab. Seit Jahrzehnten besteht eine Freundschaft zu Russland (bzw. bestand zur Sowjetunion), was sich auch etwa in der Stimmenthaltung bei den Resolutionen zur Ukraine niederschlug. Gegenüber den USA wechselten Bewunderung und Ablehnung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mehrmals. Die USA versuchen, Indien als asiatisches Gegengewicht zu China aufzubauen, jedoch ohne dessen Zustimmung. Die jüngst durch die Trump-Administration verhängten Strafzölle in Höhe von 50 Prozent könnten eine Zäsur für die indisch-US-amerikanischen Beziehungen bedeuten. Das macht die Zusammenarbeit mit der EU umso relevanter; zuletzt wurde die Kooperation von beiden Seiten verstärkt.

Besonders schwierig gestaltet sich das Verhältnis zum systemischen Rivalen China. Dieses ist vielschichtig, kompliziert und in den Problemlagen polygonal. Auf globaler, regionaler und lokaler Ebene sind sowohl Konfrontationen und Konflikte als auch Kooperationen erkennbar. Angesichts der Kämpfe um Territorien und Landgrenzen im Himalaya als auch der Rivalität im Indischen Ozean und im Indo-Pazifik kann von einem „Kalten Frieden“ gesprochen werden. Indien ist ein erklärter Gegner des „Seidenstraßen“-Projekts; es betrachtet den Indischen Ozean als Indiens Ozean und strebt nach der Etablierung einer „Pax Indica“ zwischen den Straßen von Hormuz und Malakka. Im Indo-Pazifik wurde der quadrilaterale Sicherheitsdialog zwischen den USA, Japan, Australien und Indien (kurz Quad) wiederbelebt. Dessen Ziel ist die Eindämmung chinesischer Ambitionen.

Innenpolitik

Indiens Innenpolitik wird seit 2014 durch die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) unter ihrem charismatischen Anführer, Premierminister Narendra Modi, dominiert. Er ist sowohl ökonomischer Modernisierer des Landes als auch strenggläubiger Verfechter der Hindutva-Ideologie, der zufolge nur ein Hindu ein „wahrer“ Inder sein könne. Für seine Anhängerinnen und Anhänger ist Modi bereits der „Vishwaguru“ oder „Weltenlenker“.

Die „größte Demokratie der Welt“ steht jedoch unter verstärktem Druck durch autokratische Tendenzen und ausgehöhlte Rechte religiöser, ethnischer und sozialer Minderheiten. Entgegen aller Prognosen verlor die BJP trotz ihrer medialen Propagandaschlacht bei den Parlamentswahlen 2024 die absolute Mehrheit – ein starkes Lebenszeichen der indischen Demokratie.

Ausblick

Am 31. August 2025 betrat Indiens Premierminister Modi zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder chinesisches Territorium. Anlass dafür bot der Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Bei der Begrüßung sagte Chinas Präsident Xi Jinping, dass es nur richtig sei, wenn der „Drache und der Elefant gemeinsam tanzen“ würden. Politisches Tauwetter? Der sprichwörtliche indische Elefant verfügt über ein ausgeprägtes Langzeitgedächtnis und das Motto Narendra Modis lautet: „Let the world know our time has come“.

Keynotes

- Indien ist bereits jetzt das bevölkerungsreichste Land der Erde. Seine Bevölkerung wird bis 2050 vergleichsweise jung bleiben.
- Es ist zu erwarten, dass Indien bis spätestens 2030 zur drittgrößten Volkswirtschaft der Welt wird.
- Geopolitisch wechselte Indien vom „Non-Alignment“ zum „Multi-Alignment“ und strebt nach internationaler Verantwortung.
- Die „größte Demokratie der Welt“ sieht sich als demokratischen Anführer des Globalen Südens und gleichzeitig als Vermittler und Brückenbauer zum „Westen“.



Mister Din/Shutterstock.com

Die Bedrohungslage für Österreichs maritime Lieferketten

Jan Stockbrügger

Maritime Lieferketten bilden das Fundament der Weltwirtschaft. Daher hängen auch Binnenländer wie Österreich stark vom Seehandel ab. Die Erosion der liberalen Weltordnung sorgte jüngst für eine Verschärfung der maritimen Bedrohungslage. Zu den größten Sicherheitsrisiken gehören russische Angriffe auf Handelsschiffe im Schwarzen Meer, die Aktivitäten seiner Schattenflotte in europäischen Gewässern, die iranische Bedrohung von Erdöllieferungen durch die Straße von Hormuz und die Blockade wichtiger Handelsrouten im Roten Meer durch die jemenitischen Houthis. Im Südchinesischen Meer bedrohen Spannungen zwischen China und den USA globale Handelsflüsse. Österreich sollte verstärkt mit seinen europäischen Partnern kooperieren, um die Resilienz seiner Lieferketten zu stärken.

Maritime Lieferketten bilden das Fundament der Weltwirtschaft. Bis zu 80 Prozent des internationalen Waren- und Rohstoffhandels verlaufen über die Weltmeere. Selbst ein Binnenland wie Österreich ist daher tief in maritime Transportketten verstrickt. So ist Österreich nicht nur vom Seehandel mit den USA, Großbritannien und China abhängig, sondern auch von maritimen Rohstoff- und Finanzmärkten, etwa dem globalen Handel mit Erdöl.

Grundsätzlich sind maritime Lieferketten äußerst effizient und können sich rasch auf Störungen im Schiffsverkehr einstellen. Ihre Anpassungsfähigkeit ist jedoch nicht uneingeschränkt vorhanden und mit hohen Kosten verbunden. Beeinträchtigungen im Schiffsverkehr können beispielsweise zu Lieferengpässen und steigenden Transportkosten führen. So schätzen Expertinnen und Experten die gesamtwirtschaftlichen Kosten der nur sechstägigen Schließung des Suezkanals aufgrund eines Schiffsunglücks im Jahr 2021 auf mehrere Milliarden Euro. Anhaltende Störungen im maritimen Handelsnetzwerk können zudem die Inflation anheizen und die Wirtschaft eines Staates nachhaltig destabilisieren – wie die Auswirkungen des Lieferkettenchaos während der COVID-19-Pandemie gezeigt haben.

Verschlechterung der Bedrohungslage

In der Tat hat sich die Bedrohungslage auf den Weltmeeren – und damit auch für Österreich – in den letzten Jahren rapide verschlechtert. Grund hierfür ist die sich verstärkende Erosion der liberalen Weltordnung. Noch vor kurzem herrschte allgemein die Ansicht, dass alle Staaten von offenen Märkten und Handelsrouten profitieren. So unterstützten beispielsweise China, Russland und der Iran europäische und US-amerikanische Bemühungen, die Piraterie vor Somalia zu bekämpfen und den globalen Seehandel vor Angriffen zu schützen.

Heute scheint von diesem Konsens jedoch nicht mehr viel übrig zu sein. Stattdessen instrumentalisieren Staaten maritime Lieferketten zunehmend, um ihre geopolitischen Ziele und Interessen zu verfolgen. Die USA und die EU setzen immer häufiger auf Schiffssanktionen, um ihren Rivalen den Zugang zu globalen Märkten zu erschweren. So wurden in den letzten Jahren hunderte iranische und russische Öltanker sanktioniert. Iran und Russland wiederum greifen im Gegenzug immer wieder

wichtige Seehandelsrouten an, und China bemüht sich zunehmend um die Kontrolle seiner Handelsrouten.

Russlands maritime Bedrohung

Eine große Gefahr für maritime Lieferketten geht heutzutage vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine aus. Zwar ist es der Ukraine gelungen, die russische Blockade seiner Häfen im Schwarzen Meer zu durchbrechen, jedoch bombardiert Russland weiterhin ukrainische Hafenanlagen und Handelsschiffe. Diese Angriffe schaden nicht nur der Ukraine. Die Ukraine ist einer der größten Getreidelieferanten der Welt und die russischen Angriffe haben daher bereits zu hohen Nahrungsmittelpreisen insbesondere in ärmeren Staaten geführt.

Eine weitere Gefahr für maritime Lieferketten geht von Russlands Schattenflotte aus – alte, schlecht gewartete und unzureichend versicherte Öltanker, mit denen der Kreml internationale Sanktionen zu umgehen versucht. Schiffe der Schattenflotte werden verdächtigt, Europas Untersee-Energieinfrastrukturen mutwillig beschädigt zu haben. Es ist zu befürchten, dass Russland die Tanker auch einsetzen könnte, um Schiffsunglücke und Ölkatastrophen in europäischen Gewässern zu verursachen. Außerdem patrouillieren russische Kriegsschiffe vermehrt in der Ostsee, um Tanker der Schattenflotte vor europäischen Sicherheits- und Umweltkontrollen zu schützen. Das Risiko einer Eskalation des Konflikts zwischen Russland und der NATO sollte daher nicht unterschätzt werden.

Krisenherde im Roten Meer und im Südchinesischen Meer

Der vielleicht größte Gefahrenherd für den Seehandel befindet sich derzeit jedoch im Roten Meer, wo die vom Iran unterstützte Houthi-Miliz Handelsschiffe aus Protest gegen Israels Krieg im Gazastreifen attackiert. Seit Dezember 2023 wurden bei Raketen- und Drohnenangriffen bereits vier Schiffe versenkt und mehrere Seefahrer getötet. Viele Handelsschiffe umfahren daher diese Region und nehmen stattdessen die längere Route um den afrikanischen Kontinent, was die Handelskosten zwischen Europa und Asien erhöht.

Die Kriege im Nahen Osten gefährden auch immer wieder die Straße von Hormuz, eine lediglich 55 Kilometer weite Meerenge vor der Küste des Irans, durch die knapp ein Fünftel des auf den globalen Märkten gehandelten Öls fließt. So führten die israelisch-US-amerikanischen Luftangriffe gegen den Iran im Juni 2025 zu starken Turbulenzen auf den Ölmärkten und einer rapiden Erhöhung der Energiepreise – insbesondere nachdem der Iran damit drohte, die Straße von Hormuz zu blockieren.

Auch im Südchinesischen Meer nimmt das Kriegsrisiko zu. Mit fast einem Fünftel des globalen Seehandels ist diese Region eines der wichtigsten Zentren internationaler Lieferketten. China hängt stark von diesen Lieferketten ab und bezieht fast seine gesamten Rohölimporte über die angrenzende Meeresenge von Malakka. Peking versucht daher, die USA militärisch aus der Region zu verdrängen, und seinen Anspruch auf Souveränität über Taiwan und Inseln im Südchinesischen Meer auf Kosten der USA und seiner Verbündeten auszubauen. Eine Eskalation der daraus resultierenden Territorialkonflikte und militärischen Spannungen hätte enorme Auswirkungen auf den Seehandel und würde den globalen Wirtschaftskreislauf zerstören.

Handlungsoptionen für Österreich

Als Binnenland ohne Marine verfügt Österreich nur über geringe Möglichkeiten, seine Handelsrouten vor Angriffen zu schützen. Österreich sollte daher in erster Linie mit seinen europäischen Verbündeten zusammenarbeiten, um die Resilienz seiner Lieferketten zu stärken und seine Absatzmärkte und Rohstoffversorger zu diversifizieren. Zudem sollte es versuchen, die Vereinten Nationen und andere Organisationen darin zu unterstützen, die internationale und normenbasierte Zusammenarbeit zum Schutz maritimer Lieferketten zu stärken.

Keynotes

- Österreich ist ein Binnenland, das stark vom Seehandel mit den USA, Großbritannien und China sowie von maritimen Rohstoff- und Finanzmärkten abhängt.
- Die Auflösung der liberalen Weltordnung hat zu einer Verschärfung der Bedrohungslage auf den Weltmeeren geführt.
- Zu den größten maritimen Sicherheitsrisiken zählen derzeit Russlands „Schattenflotte“ und seine Angriffe auf Handelsschiffe im Schwarzen Meer, Irans Bedrohung der Ölhandelsrouten in der Straße von Hormuz sowie die Blockade wichtiger Handelswege im Roten Meer durch die Houthi-Miliz.
- Künftig könnte die größte Gefahr für maritime Lieferketten von einem militärischen Konflikt zwischen China und den USA sowie deren Verbündeten im Südchinesischen Meer ausgehen.
- Österreich sollte gemeinsam mit seinen europäischen Partnern daran arbeiten, die Resilienz seiner Lieferketten zu stärken und die internationale, regelbasierte Zusammenarbeit zum Schutz maritimer Handelsrouten zu fördern.



Ground Picture/Shutterstock.com

Zur Gefahr einer neuen Weltwirtschaftskrise

Gabriel Felbermayr

Eine neue Weltwirtschaftskrise liegt durchaus im Bereich des Möglichen. Ausgelöst werden könnte diese durch explodierende globale Schulden, strukturelle Handelsungleichgewichte, insbesondere zwischen den USA und China, sowie durch eine fehlgeleitete Wirtschaftspolitik – insbesondere Zölle. Das Ganze wird durch den fehlenden politischen Willen, notwendige Strukturreformen umzusetzen, verschärft. Einzig internationale Zusammenarbeit und teilweise schmerzhaft wirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen könnten die Lage stabilisieren. Das erscheint derzeit jedoch wenig wahrscheinlich.

Der Goldpreis ist ein verlässlicher Indikator bei Veränderungen von Erwartungshaltungen für die Zukunft. Steigt er, spricht das für wachsende Zukunftsängste. In den letzten 12 Monaten ist der Goldpreis um 54% gestiegen, in den letzten drei Jahren sogar um unglaubliche 150%. Zwar wirft Gold per se keinen eigentlichen Ertrag ab, und es ist

umständlich zu lagern. Aber es bietet den ultimativen sicheren Hafen für die Ersparnisse verunsicherter Menschen.

Es gibt durchaus Gründe, die globale wirtschaftliche Situation mit Sorge zu betrachten. Der zweifellos wichtigste ist der globale Schuldenstand: die Welt ächzt unter einem Schuldenstand von Staaten, Unternehmen und Haushalten, der nach Angaben des Weltwährungsfonds im Jahr 2024 ca. 235% des weltweiten BIP betrug. Das sind unglaubliche 251000 Mrd. US-Dollar, ca. 31000 US-Dollar pro Person, bei einem globalen Durchschnittseinkommen von etwa 14000 US-Dollar. Diese Schuldenberge müssen bedient und regelmäßig refinanziert werden.

Globale Schuldentreiber

Vor allem China und die USA fallen durch enorme Verschuldung auf, wobei China vor allem bei sich selbst in der Kreide steht. Die USA allerdings haben 210% ihres BIP an Auslandsverbindlichkeiten angehäuft. Darüber hinaus sind viele Entwicklungs- und Schwellenländer ebenfalls heftig überschuldet. Trotz steigender Staatsverschuldung ist die Lage in Europa vergleichsweise tragfähig, da hier die private und unternehmerische Verschuldung nicht so hoch gelegen ist. Allerdings würde Europa von einer globalen Schuldenkrise gleichwohl mitgerissen werden.

Vor allem die USA machen hier Sorgen. Im ersten Quartal 2025 lag deren Leistungsbilanzdefizit bei fast 440 Mrd. US-Dollar, also fast 6% des BIP. Das zweite Quartal wies zwar ein kleineres Defizit auf, aber die USA generieren seit mittlerweile 200 Quartalen immer weitere Auslandsverbindlichkeiten. Neu ist, dass die USA seit etwa zwei Jahren nicht mehr ausreichend Erträge aus den Auslandsguthaben generieren können, um damit die Kosten der Auslandsverbindlichkeiten auszugleichen. Die Zeiten, in denen die USA der „Venture Capitalist“ der Welt war, der sich zu günstigen Konditionen im Ausland verschuldet, renditenstarke Auslandsinvestments tätigt und daraus positive Leistungsbilanzenerträge schöpft, scheinen vorbei. Der Grund dafür sind höhere Zinsen auf dem immer größer werdenden Bestand von Bruttoauslandsschulden.

Die USA müssen also dringend ihren Leistungsbilanzsaldo unter Kontrolle bekommen und hier vor allem das überbordende Defizit im Güterhandel. Man könnte die von US-Präsident Donald Trump verhängten

Zölle in diesem Licht als einen – durchaus verzweifelten – Versuch werten, eine Verbesserung herbeizuführen. Ob dies gelingt ist allerdings fraglich. Jedem Defizit muss logischerweise ein Überschuss eines anderen Staats gegenüberstehen. Im Falle der USA ist hier in erster Linie China zu nennen, das in den letzten Jahren durch eine extrem stark wachsende Industrieproduktion bei gleichzeitig schwacher heimischer Nachfrage große Leistungsbilanzüberschüsse erzeugt. Würden die beiden größten Volkswirtschaften der Welt kooperativ am Abbau der Ungleichgewichte arbeiten, würde die Stabilität der Weltwirtschaft entscheidend profitieren.

Schuldenspirale?

Der Fokus der US-Administration auf Zölle ist fehlgeleitet. Das US-Leistungsbilanzdefizit resultiert vor allem aus dem Umstand, dass die heimische Produktion nicht ausreicht, um den Verbrauch zu decken. In anderen Worten: die USA leben über ihre Verhältnisse. Neue Zölle können dies nicht direkt bekämpfen, und wenn überhaupt, dann nicht ohne erhebliche Verwerfungen. Die USA müssten dafür weniger konsumieren und mehr sparen, um die Lage zu verbessern – sowohl die privaten Haushalte als auch der Staat, der unverändert sehr hohe Budgetdefizite anhäuft. Für einen solchen Schritt scheint es allerdings weder politische noch gesellschaftliche Mehrheiten zu geben. Gäbe es sie, wäre die Korrektur der makroökonomischen Ungleichgewichte mit einer heftigen Rezession verbunden, die wiederum Schockwellen durch die Weltwirtschaft senden würde.

Was würde geschehen, wenn die USA ihre Verschuldung nicht eindämmen können? Die Zinslasten in den staatlichen und privaten Haushalten als auch in den Firmen würden weiter steigen. Bei adversen Schocks würden Fragen zur Refinanzierbarkeit der Schuldenberge immer dringender, was wiederum die Zinsen steigen ließe. Die USA sind fast ausschließlich in eigener Währung verschuldet, sodass der Schuldendienst mithilfe der Notenbank immer möglich ist, wenn dies politisch gewünscht wäre. Selbst wenn also kein Zahlungsausfall droht, wäre mit einem starken Anstieg der Inflation zu rechnen. Dieser würde wiederum höhere Zinsen erfordern, um ihn zu bekämpfen. Eine Stellungnahme von Stephen Miran, Vorstandsmitglied der US-Notenbank,

bringt auch einen Zwangsumtausch von US-Schuldverschreibungen zu günstigeren Konditionen ins Spiel.

Die US-Schuldenspirale ist in jedem Fall eine Gefahr für die Weltwirtschaft, vor allem für ihrerseits hoch verschuldete Länder, die ihre staatlichen Aufgaben nicht mehr vollumfänglich zu erfüllen imstande sind. Daraus würde diesen Staaten erhebliche politische Instabilität erwachsen, die zu Konflikten und auch unkontrollierten Wanderungsbewegungen führen kann.

Zoll – Gegenzoll

Auch die Zollpolitik der USA, die eigentlich das Außenhandels- und Budgetdefizit reduzieren soll, birgt große Risiken für die Weltwirtschaft. Den gängigen volkswirtschaftlichen Modellen entsprechend werden die Zölle zwar neben den Konsumentinnen und Konsumenten in den USA zum Teil auch von den Produzenten in den Partnerländern getragen, da diese aufgrund der Zölle eine andere Preispolitik wählen. Handelspartner könnten sich mit Gegenzöllen wehren und so auf Kosten der US-Produzenten Steuereinnahmen generieren. Durch eine solche Eskalation würden sich die angegriffenen Staaten zwar besserstellen, aber die globalen ökonomischen Turbulenzen würden verstärkt.

Es ist daher nicht selbstverständlich, dass die meisten Staaten auf Gegenmaßnahmen verzichtet haben. Diese Strategie sollte es den USA erleichtern, auf die eigentlich verfehlte Zollpolitik wieder zu verzichten, wenn sich die Nachteile deutlicher zeigen. Um die globale Schuldenproblematik und die makroökonomischen Ungleichgewichte wirksam zu adressieren, bräuchte es ein globales Übereinkommen. Dieses müsste vermutlich unter anderem die Konvertibilität des chinesischen Renminbis beinhalten – ein Schritt, den zu akzeptieren sowohl Peking als auch Washington schwerfallen würde. Bleiben die großen globalen Ungleichgewichte unverändert bestehen, sorgt dies allerdings dauerhaft für wirtschaftliche Verwerfungen. Damit verbunden sind auch immer sicherheitspolitische Risiken.

Keynotes

- Der massive Anstieg des Goldpreises signalisiert ein wachsendes Misstrauen in die Stabilität der Weltwirtschaft. Trotz fehlender Erträge dient Gold als sicherer Hafen in Krisenzeiten.
- Die globale Verschuldung erreicht gefährliche Ausmaße. Mit weltweit 235% des globalen BIP und über 250 Bio. US-Dollar Schulden drohen Refinanzierungsprobleme, insbesondere für Staaten mit schwacher wirtschaftlicher Basis.
- Hohe Leistungsbilanzdefizite, wachsende Auslandsverbindlichkeiten und fehlende politische Bereitschaft zur Konsolidierung verschärfen die US-Schuldenspirale, was potenziell globale Folgen hat.
- Zölle stellen keine nachhaltige Lösung für das US-Handelsdefizit dar. Die US-Zollpolitik adressiert nicht die strukturellen Ursachen des Defizits und gefährdet stattdessen die Stabilität des Welthandels. So wird die Wahrscheinlichkeit wirtschaftlicher Eskalationen erhöht.
- Nur internationale Kooperation und globale Abkommen – etwa zur Konvertibilität des Renminbis – können systemische Risiken entschärfen. Bleiben Strukturprobleme bestehen, drohen langfristig wirtschaftliche und geopolitische Krisen.



Faraways/Shutterstock.com

Militarisierte Meere

Europas maritime Verwundbarkeit

Michael Zinkanell

Etwa 70 Prozent der Erdoberfläche sind von Meeren bedeckt und mehr als 80 Prozent des internationalen Warenverkehrs erfolgt über Seewege. Die Ozeane sind weit mehr als geografische Räume; sie bilden das Rückgrat der globalen Wirtschaft und sind von elementarer Bedeutung für globale Lieferketten, Datentransfers, Energieversorgung und Handelsströme. Ihre Sicherheit ist daher untrennbar mit globalem Wohlstand und politischer Stabilität verbunden. Die geopolitische und geoökonomische Relevanz der Weltmeere darf daher auch von Binnenstaaten wie Österreich keinesfalls unterschätzt werden.

Die völkerrechtlich geregelte Nutzung und Bewirtschaftung der Meere sowie die Freiheit und Sicherheit der Schifffahrt beruhen maßgeblich auf dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS), das den zentralen Rahmen der globalen maritimen Ordnung bildet. Die

gehemmte Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit der UN und zunehmende geopolitische Spannungen stellen bestehende Normen und Rechtsprinzipien der regelbasierten Weltordnung allerdings regelrecht auf die Zerreißprobe. Die Erosion dieser regelbasierten Ordnung drückt sich im Bereich des Seerechts besonders prekär in der Verschiebung maritimer Grenzen, der Störung von Navigationssystemen, der Sabotage kritischer Infrastruktur und der wachsenden Militarisierung ziviler Schifffahrt aus. Dadurch werden die maritimen Lebensadern globaler Lieferketten und Konnektivität nicht nur zum Raum wirtschaftlicher Konkurrenz, sondern zunehmend auch zum Schauplatz strategischer Konfrontation unter Einsatz konventioneller und unkonventioneller Mittel.

Maritime Verwundbarkeiten

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 haben sich maritime Verwundbarkeiten der EU-Mitgliedsstaaten vor allem in der Ostsee zunehmend intensiviert. Dort mehren sich hybride Angriffe auf kritische Infrastrukturen, insbesondere Unterwasser-Strom- und Datenkabel sowie Gaspipelines. In den meisten dokumentierten Fällen handelte es sich dabei um physische Sabotageakte, die bewusst auf eine Beeinträchtigung bzw. Zerstörung der europäischen Energie- und Kommunikationsnetze abzielten. Neben submarinen Versorgungslinien sind küstennahe kritische Infrastrukturen besonders exponiert, z.B. Übertragungsnetze etwa von Windparks und Hafenanlagen. Deren Störung kann erhebliche sicherheits- und wirtschaftspolitische Folgewirkungen für die gesamte EU nach sich ziehen.

Sabotageakte

Maritime Sabotageakte werden häufig bewusst als Unfälle getarnt, um Attribution und forensische Aufklärung zu beeinträchtigen, was die Entwicklung von Schutzmaßnahmen zusätzlich erschwert. Zu den gebräuchlichsten physischen Taktiken gehören u.a. das Schleifen von Ankern oder Ketten über den Meeresboden, um Kabel oder Leitungen gezielt zu beschädigen. Hinzu kommen Sprengstoffanschläge durch platzierte Sprengladungen an Pipelines oder Kabeln, der Einsatz unbemannter maritimer Systeme sowohl über als auch unter Wasser, sowie die Verlegung von Seeminen.

Zu den folgenschwersten und bekanntesten Fällen physischer Beschädigungen maritimer Infrastruktur zählt der Sprengstoffanschlag auf die Nord-Stream-Pipelines im Jahr 2022, der als Zäsur in der Wahrnehmung maritimer Verwundbarkeiten Europas gilt. Im Jahr 2023 kam es dann in der Ostsee zum sogenannten „Balticconnector“-Vorfall, bei dem sowohl eine Gasleitung als auch mindestens ein Telekommunikationskabel beschädigt wurden. Im Zentrum dieses Vorfalls, der aufgrund der grob fahrlässigen Anker- bzw. Schleppspur-Beschädigung als vorsätzliche Sabotage eingestuft wurde, stand das unter der Flagge Hongkongs fahrende Containerschiff „Newnew Polar Bear“.

Auch im November 2024 wurden mit der „BCS East-West Interlink“ zwischen Litauen und Schweden und der „C-Lion1“-Verbindung zwischen Finnland und Deutschland zwei weitere Unterseekabel in der Ostsee nahezu zeitgleich beschädigt. Beide Fälle lösten Untersuchungen aufgrund von Spionageverdacht aus, nachdem sich Hinweise auf externe physische Einwirkung verdichtet hatten. Im Fokus der Ermittlungen: das chinesische Frachtschiff „Yi Peng 3“. Ebenfalls Ende des Jahres 2024 wurde das Hochspannungs-Seekabel „Estlink 2“, das Finnland und Estland verbindet, erheblich beschädigt. Als Ursache wird der Anker des russischen Tankers „Eagle S“ vermutet, der über eine Strecke von rund 100 Kilometern über den Meeresboden geschliffen wurde. Dieser Vorfall führte zu einer zeitweisen Unterbrechung der Stromverbindung zwischen beiden Staaten.

Hybride Bedrohungsformen

Diese aufeinanderfolgenden Ereignisse verdeutlichen eine systematische Verwundbarkeit europäischer maritimer Infrastruktur und lassen auf ein Muster gezielter physischer Eingriffe schließen, das zunehmend hybride Bedrohungsformen annimmt. Neben physischen Angriffen zeigt sich diese schädliche Einflussnahme zunehmend auch in systematischer Aufklärung und Überwachung maritimer Infrastrukturen, die in Zukunft als Grundlage für potenzielle Sabotageakte dienen können. Häufig werden hierfür Forschungsschiffe eingesetzt, die unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Vermessungen detaillierte Kartierungen vornehmen, optische und akustische Aufnahmen machen sowie Positionsdaten erheben.

Parallel dazu steigert der Einsatz unbemannter Unterwasserfahrzeuge und Tauchroboter die Effektivität und Effizienz der Aufklärung. Diese können Geolokationen verifizieren, Kabel und Anlagen inspizieren und manipulative Werkzeuge platzieren. Außerdem wird durch das Positionieren von Sensoren die Langzeitüberwachungen von U-Boot- und Schiffsbewegungen ermöglicht, die für die Angriffsplanung und Ausnutzung von Schwachstellen förderlich sind.

Als ausführende Kraft jener physischen Angriffe und gezielten Spionageoperationen tritt vermehrt die sogenannte Schattenflotte in Erscheinung. Dabei handelt es sich um ein verschleiertes Netzwerk an meist älteren, schlecht gewarteten, nicht registrierten oder umgeflaggten Schiffen, zu meist Tankern. Mit diesen Schiffen ist es möglich, internationale Kontrollsysteme zu umgehen. Während im Jahr 2022 weltweit noch rund 200 Schiffe in diese Kategorie fielen, ist die Zahl bis 2025 auf mehr als 1000 angestiegen, was Schätzungen zufolge knapp 20 Prozent aller Öltanker ausmacht. Ungefähr die Hälfte aller Schiffe der Schattenflotte werden von Russland betrieben, gefolgt vom Iran, Venezuela und Nordkorea. Es ist evident, dass diese Schiffe nicht nur gegen internationales Regelwerk verstoßen, sondern auch ein zunehmendes Risiko für europäische Sicherheit und Wohlstand darstellen.

Ausblick

Die Sicherheit des maritimen Raums in europäischen Gewässern kann längst nicht mehr als gegeben betrachtet werden. Angriffe und Einflussoperationen im Spektrum hybrider Bedrohungen richten sich zunehmend gegen maritime Ziele oder beinhalten Elemente, die zur schleichenden Militarisierung der Schifffahrt beitragen. Auch Drohnensichtungen über dänischen Flughäfen deuten auf eine potenzielle maritime Komponente hin, da die Systeme möglicherweise von Schiffen aus gestartet wurden.

Solche Entwicklungen unterstreichen die zunehmende Verwischung operativer Grenzen und die wachsende Verwundbarkeit kritischer Infrastrukturen gegenüber schwer lokalisierbaren hybriden Angriffen. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind demnach gefordert, ihre maritimen Überwachungs- und Abwehrfähigkeiten sowie Frühwarnsysteme aus-

zubauen, als auch umfassende Resilienzstrategien zu entwickeln, die militärische, zivile und technologische Maßnahmen integrieren.

Keynotes

- Die zunehmende Militarisierung der Meere bedroht globale Handelsrouten, Datenströme und Energieversorgung und untergräbt die regelbasierte internationale maritime Ordnung.
- Hybride Angriffe auf maritime Infrastruktur, insbesondere in der Ostsee, nehmen seit 2022 stark zu und zielen auf die Sabotage von Energie- und Kommunikationsnetzen ab.
- Sabotageakte wie bei „Nord Stream“, „Balticconnector“ oder „Estlink 2“ zeigen ein Muster systematischer physischer Eingriffe und gezielter Verschleierungstaktiken.
- Die Nutzung unbemannter Systeme, Forschungsschiffe und die Ausbreitung der „Schattenflotte“ verstärken Überwachung, Spionage und Manipulation maritimer Anlagen.
- Europas maritime Sicherheit ist massiv gefährdet, weshalb die EU ihre Überwachungs-, Abwehr- und Resilienzfähigkeiten dringend ausbauen muss.



Geopolitik in der Arktis

Von Kooperation zu Konflikt

Kristina Spohr

Die Arktis ist zum geopolitischen Brennpunkt geworden, in dem Klimawandel, Ressourceninteressen und Machtpolitik aufeinandertreffen. Der frühere Geist multilateraler Kooperation ist seit Russlands Angriffskrieg und Chinas wachsenden Ambitionen einer „polaren Seidenstraße“ verloren gegangen. Russland remilitarisiert, China drängt mit Investitionen und Forschung in den Norden, und die NATO reagiert mit verstärkter Präsenz, Überwachung und Verteidigungsstrategien. Die Region gilt nun als strategischer Schauplatz globaler Rivalität und sicherheitspolitischer Neuordnung.

„Verlieren wir die Arktis, verlieren wir die gesamte Welt“, bemerkte der damalige finnische Präsident Sauli Niinistö im Jahr 2017. Was er meinte, war offensichtlich: der Klimawandel, im nördlichen Teil des Globus vier bis sieben Mal schwerwiegender als überall anders, wird die gesamte Menschheit betreffen. Die Menschheit allerdings bleibt in Staaten ge-

teilt, die in der neuen multipolaren Weltordnung zunehmend konkurrierende Interessen verfolgen. Dies wiederum resultiert in einer intensiven Rivalität um die natürlichen Ressourcen dieser Region.

Die Beziehungen zwischen den acht Arktis-Anrainerstaaten sind zurzeit weniger harmonisch als zu jedem beliebigen anderen Zeitpunkt seit dem Ende des Kalten Krieges. Neben Russland, den USA, Kanada, Dänemark, Island, Norwegen, Schweden und Finnland drängen auch exogene Akteure in Richtung Norden. Insbesondere China unter seinem Präsidenten Xi Jinping ist hier zu erwähnen. Vor dem Hintergrund seiner engen ökonomischen und militärischen Partnerschaft mit dem Kreml, fordert Peking die US-geführte Weltordnung zunehmend heraus, was in der Region bestehende Unsicherheiten vertieft.

In den vergangenen Jahren war ein starker Anstieg an militärischen Investitionen und strategischem Wettbewerb in der gesamten Region zu beobachten. Das Resultat: der genuin kollaborative Geist, der zur Gründung des Arktischen Rats im Jahr 1996 führte, wird nun negiert.

Ein Blick in die Vergangenheit

Die Arktis wurde zuerst von politischen Anführern in weit entfernten Hauptstädten kartografiert – und dann beansprucht, kontrolliert und militarisiert. Der ursprüngliche Wettlauf um die Suche nach nördlichen Seewegen, die den Atlantik mit dem Pazifik verbinden, wurde zu einem regelrechten Goldrausch um die Güter der Region: Felle, Tran, Fisch, fossile Brennstoffe, Edelmetalle und Mineralien. Auf die Händlerinnen und Händler folgte eine Welle von Siedlerinnen und Siedlern, die feste Grenzen absteckten. Im Zuge dieses Prozesses wurden die halbnomadischen Ureinwohner dieser Region zu glücklosen Opfern der gewalttätigen Raubgierigkeit der ausländischen Eindringlinge.

Erachteten die Großmächte die Arktis einst als peripher, nahm die Region einen essenziellen Platz im großen Spiel der nuklearen Abschreckung während des Kalten Krieges ein. Mit wachsender Sorge um den Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung und wissenschaftliche Kollaboration wurde die Arktis nur noch relevanter. Sie wurde zu einer Spezialzone sowohl für internationale politische Kooperation als auch für die zunehmend effektive Durchsetzung indigener Rechte.

Die Auflösung des „arktischen Exzeptionalismus“

Trotz massiver Machtgefälle, politisch-ideologischer Divergenzen und konkurrierender Interessen der acht Arktis-Anrainerstaaten bestand von Beginn der 1990er-Jahre bis zu Beginn der aktuellen Dekade ein multilaterales Einverständnis auf allen Ebenen – lokal, regional und national. Diese Kooperation, die ausdrücklich Verteidigungs- und Sicherheitsfragen außen vor ließ, wurde sowohl durch intergouvernementale als auch transnationale Nicht-Regierungs-Kooperation vermittelt. In der Arktis bestand das geteilte Bekenntnis zum Frieden und zum fortgesetzten Dialog im Vordergrund. Es gelang dem Arktischen Rat, diese fruchtbare regionale Kooperation vor negativen globalen Dynamiken abzusichern.

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hing dieses Kennzeichen des „arktischen Exzeptionalismus“ am sprichwörtlichen seidenen Faden – wenn sie nicht gänzlich ausgesetzt wurden. Nicht zu vergessen, die Obsession des US-Präsidenten Trump mit den Seltenen Erden Grönlands hat das wechselseitige Vertrauen und den Eindruck der Zuverlässigkeit unter den sieben „westlichen“ Arktis-Anrainerstaaten noch weiter unterminiert. Der „arktische Exzeptionalismus“ ist vorbei. Der offensichtlichste Grund ist das Verhalten von US-Präsident Trump und des russischen Präsidenten Vladimir Putin, allerdings verbergen sich tiefergehende Entwicklungen hinter deren Handlungen.

Russische Re-Militarisierung

Russland, der bei weitem größte Arktis-Anrainerstaat, begann in den späten 2000er-Jahren seine nördlichsten Regionen zu militarisieren. Dies war ein Teil von Präsident Putins Versuch, Russland wieder als Großmacht zu etablieren. Er nutzte das Paradigma des „arktischen Exzeptionalismus“ systematisch als Deckmantel, um den Westen auszu-manövrieren. Während er einen relativen militärischen Vorteil in der Region zu erreichen versuchte, hoffte er gleichzeitig, den militärischen Aufbau des Westens zu begrenzen. Seit dem Jahr 2008 reaktivierte der Kreml über 50 ehemalige sowjetische Arktis-Basen und baute gleichzeitig seine Nordflotte wieder auf, errichtete Flugfelder und stationierte fortgeschrittene Raketen und Verteidigungssysteme an strategischen Punkten nahe der Polarregion.

Regionale Zusammenarbeit und Energiepolitik

Die kleinen nordischen Nachbarn setzten zunächst auf leise Diplomatie anstelle von Konfrontation. Sie versuchten, Spannungen zu minimieren und möglichst neutral aufzutreten, während sie gleichzeitig Handel und das kollaborative Umfeld zum wechselseitigen Vorteil aufrechterhielten. Sie halfen Russland ebenfalls dabei, Zugang zu internationalen Forschungsprojekten und westlichen Geldmitteln zu erhalten, um sowohl die Infrastruktur in der Arktis als auch die dortigen Lebensbedingungen zu verbessern.

Diese regionale Kooperation stellte einen regelrechten Katalysator für den Energiesektor dar, indem der Eindruck einer stabilen Umgebung für Investitionen geschaffen wurde. Ausländisches Kapital floss in staatliche Mega-Projekte in der Arktis, beispielsweise in Novateks Hafen Sabetta oder Gazproms Gasabbau auf der Jamal-Halbinsel. Russland war es dadurch möglich, seine Position als Energie-Supermacht aufrecht zu erhalten. Dies ist auch im Zusammenhang mit der Nutzung seiner Energielieferungen als Waffe gegen den Westen, z.B. gegen Deutschland, zu sehen. Die Hoffnung, Interdependenz als politischen Stabilitätsfaktor zu nutzen, wurde spätestens im Jahr 2022 zunichte gemacht, als Putin den Westen kollektiv als „strategischen Feind“ bezeichnete.

Der China-Faktor

Die Volksrepublik China indes offenbarte ihre eigenen nördlichen Ambitionen und proklamierte sich selbst zu einem „arktischen Staat“, bevor es sein Projekt der „polaren Seidenstraße“ präsentierte. Seit 2013 ist China ein Beobachterstaat des Arktischen Rats. Peking hat zudem versucht, die Regierungsstrukturen in der Arktis in seinem Interesse zu gestalten, indem es für die „Internationalisierung“ der Region eintrat. Ende August 2022 warnte der damalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg vor der Bedrohung der regionalen Sicherheit durch Pekings Vorhaben in der Arktis. Er unterstrich, dass China Milliarden in Dual-Use-Energieinfrastruktur und wissenschaftliche Forschungsprojekte steckte, während es gleichzeitig den Bau der weltgrößten Eisbrecher-Flotte plante. Aus NATO-Perspektive ist noch schlimmer, dass Peking und Moskau vereinbart hatten, ihre praktische Kooperation in der Ark-

tis zu intensivieren – unmittelbar bevor Putin seinen Krieg gegen die Ukraine begann.

Pekings wachsender Einfluss wird in der chinesischen Handelsschifffahrt entlang der Nordseeroute ersichtlich, zusätzlich zu seinen Investitionen in Höhe von 2,5 Mrd. US-Dollar zur Verbesserung der Hafeninfrastuktur von Archangelsk. Er manifestiert sich ebenfalls in zunehmend großen, gemeinsamen chinesisch-russischen Militärübungen und der Kooperation zwischen deren beiden Küstenwachen in der Beringstraße und der Tschuktschensee. In der Arktisregion sind wirtschaftliche Staatsführung und Sicherheitspolitik offensichtlich zunehmend verstrickt.

Die Antwort der NATO

Seit Finnlands und Schwedens Beitritt zur NATO nach Beginn der russischen Vollinvasion in der Ukraine hat die Allianz ihre Arktisstrategie rekalibriert. Das Ziel: militärische Fähigkeiten durch zunehmende Übungen und Überwachungstätigkeit erhöhen, Partnerschaften stärken und kritische Infrastrukturen wie Unterseekabel und Handelsrouten sichern. Dies erfolgt vor dem Hintergrund der zunehmend feindlich gesinnten strategischen Landschaft und den zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels, einschließlich immer längerer Perioden eisfreien Wassers in der Arktis. Die NATO-Mitgliedsstaaten verstehen, dass in diesem Fall Präsenz gleichbedeutend mit Souveränität ist.

In gleicher Weise kündigte das US-Verteidigungsministerium im Jahr 2024 einen 4,1 Mrd. US-Dollar schweren Plan an, um die US-Sicherheit durch eine gestiegene Präsenz in der Arktis zu erhöhen. Im Jahr 2025 stellte Dänemark ein Investitionsprogramm für seine Marine in Höhe von 614 Mio. US-Dollar vor. Gleichzeitig entwickelt die NATO fortschrittliche Drohnen- und Satellitentechnologie, um die „grauen Zonen“ in der Arktis zu überwachen. Um „Stabilität zu wahren, die Freiheit der Schifffahrt zu gewährleisten“ und sicherzustellen, dass die zirkumpolare Region – ihr Land, ihre Gewässer und ihre natürlichen Ressourcen – weiterhin „vom Völkerrecht geregelt“ bleibt, ist die Verteidigung der Arktis nun zu einem erklärten strategischen Imperativ der NATO geworden.

Keynotes

- Der Klimawandel wirkt in der Arktis vier- bis siebenmal stärker als im globalen Durchschnitt und verschärft geopolitische Rivalitäten um Ressourcen.
- Das frühere kooperative Klima des Arktischen Rats ist seit Russlands Angriffskrieg und wachsender Großmachtrivalität zerbrochen.
- Russland betreibt seit den 2000er-Jahren eine massive Remilitarisierung seiner arktischen Gebiete und nutzt Energiepolitik als geopolitisches Druckmittel.
- China hat sich zum „arktischen Staat“ erklärt, verfolgt mit der „polaren Seidenstraße“ wirtschaftliche und strategische Interessen und intensiviert die Kooperation mit Russland.
- Die wachsende Verflechtung von Wirtschaft, Forschung und Sicherheitspolitik erhöht die strategische Bedeutung der Region.
- Die NATO hat ihre Arktisstrategie nach dem Beitritt Finnlands und Schwedens neu ausgerichtet, mit Fokus auf Abschreckung, Überwachung und Schutz kritischer Infrastruktur.
- Die Verteidigung der Arktis gilt nun als strategischer Imperativ der NATO, um Stabilität, freie Schifffahrt und Völkerrechtsordnung zu sichern.



Soloplayer13892/Shutterstock.com

Big Tech als Machtfaktor

Risiken für Staat und Sicherheit

Johannes Späth

Der zunehmende Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) in staatlichen Strukturen, insbesondere in den USA, führt zu einer wachsenden Machtverschiebung von Regierungen zu privaten Technologiekonzernen. Schleichend entsteht eine strukturelle Abhängigkeit, die politische Entscheidungsprozesse und Datenkontrolle maßgeblich beeinflusst. Durch den transatlantischen Deregulierungsdruck bedeutet das für Europa eine doppelte Verwundbarkeit. Einerseits die Abhängigkeit von US-Anbietern, andererseits der Import algorithmischer Verzerrungen, die gesellschaftliche Spaltungen und Menschenrechtsprobleme verschärfen können.

Im Jahr 2025 sind Regierungen weltweit von vereinzelt Pilotprojekten zu groß angelegten Experimenten mit Künstlicher Intelligenz in der Regierungsarbeit übergegangen. Dies spiegelt die wachsende Rolle algorithmischer Systeme in zentralen Staatsfunktionen wider. Insbesondere

die USA haben während der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps ihre Haltung gegenüber Big Tech geändert. Setzte die Regierung von US-Präsident Joe Biden auf das Kartellrecht und regulatorische Schutzmaßnahmen, forciert die Trump-Administration die Deregulierung der Branche und die rasche Einführung von KI in allen Bundesbehörden. So schloss etwa die General Services Administration Verträge mit den KI-Unternehmen Anthropic und OpenAI, um allen Behörden führende KI-Modelle zum symbolischen Preis von einem Dollar pro Jahr zur Verfügung zu stellen. Dabei handelt es sich um ein unmissverständliches Signal für das Bestreben der Branche, sich im Governance-Bereich zu etablieren.

Am deutlichsten sichtbar ist der Einsatz von KI im jüngst umbenannten Kriegsministerium und im Ministerium für Innere Sicherheit („Homeland Security“), die Aufträge in Milliardenhöhe für die Entwicklung von Prototypen „agentischer KI“ vergeben haben. Diese Systeme bilden bereits die Grundlage für Nachrichtenanalyse, automatisierte Überwachung, Profilerstellung im Migrationsbereich, Schlachtfeldanalysen sowie zunehmend auch für die Bewertung und Gewichtung diplomatischer und militärischer Handlungsoptionen. Somit ist Big Tech nicht mehr ausschließlich als Auftragnehmer zu sehen, sondern als struktureller Bestandteil der Entscheidungsfindung in den USA – ein Trend, der sich im Jahr 2026 voraussichtlich noch verstärken wird.

Daten-Macht

Diese Verflechtung schafft potenziell Abhängigkeiten und deutet auf eine schleichende Machtverschiebung von Staaten zu privaten Akteuren hin. Sobald Regierungsabläufe auf proprietären Systemen basieren, wird ein Wechsel problematisch: Die Umschulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Neuformatierung von Daten und die Neugestaltung von Prozessen stellen gewaltige Hindernisse dar. Eingespeiste sensible Informationen binden Institutionen noch stärker an ihre Anbieter.

KI-Modelle bleiben das Eigentum privater Unternehmen, wodurch diese über die Kontrolle von Software-Updates und grundlegende Designentscheidungen Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung nehmen können. Werden Algorithmen zur primären Schnittstelle für die Analyse von Handlungsoptionen und die Festlegung von Prioritäten, bestimmen diejenigen, die sie kontrollieren, die Grenzen der politischen Entschei-

derung. Hier zeichnet sich nicht nur ein neues Governance-Instrument ab, sondern eine vorgelagerte Machtebene: die Macht der Daten. Eine (infra-)strukturelle Kraft, die prädeterminiert, was Staaten als rational, möglich oder relevant empfinden, und die auf dem Weg ist, traditionellen Formen politischer Autorität Konkurrenz zu machen.

Das aktuelle politische Klima scheint dieses Risiko noch zu verstärken. Der Fokus auf Geschwindigkeit, um mit China im technologischen Bereich konkurrieren zu können, führt in Verbindung mit einer allgemein optimistischen Haltung gegenüber Technologie zu Entscheidungen, den Erwerb unmittelbarer Kapazitäten der strategischen Autonomie vorzuziehen.

Implikationen für Europa

Die Entwicklungen in den USA stellen Europa vor unmittelbare Herausforderungen. Die Big-Tech-freundliche Politik Washingtons führt dazu, dass EU-Vorschriften wie der AI Act oder der Digital Markets Act (DMA) zunehmend als feindselige Maßnahmen gegen US-amerikanische „nationale Champions“ angesehen werden. Trumps Vergeltungsdrohungen unterstreichen, wie sehr Unternehmensinteressen zu Instrumenten und Inhalten geopolitischen Drucks mutiert sind. Der weltweite Export US-amerikanischer KI-Systeme wurde zudem als strategische Priorität deklariert. Die USA drängen Partnerstaaten dazu, US-Modelle zu übernehmen, während regulatorische Abweichungen minimiert werden sollen.

Aufgrund seiner eklatanten digitalen Abhängigkeit gegenüber den USA befindet sich Europa gegenüber diesen Machtprojektionen in einer schlechten Verhandlungsposition. Etwa 85 Prozent der Produktivitätssoftware europäischer Regierungen wird vom US-Unternehmen Microsoft gestellt, während kritische Infrastrukturen – einschließlich der militärischen Kommunikation – auf US-Cloud-Dienste angewiesen sind. Österreich und andere kleinere EU-Mitgliedsstaaten sind besonders anfällig für einseitige Technologieabschaltungen oder Zwangsmaßnahmen.

Darüber hinaus importiert Europa mit US-amerikanischer KI und US-basierten Social-Media-Plattformen auch deren algorithmische Verzerrungen. KI-Modelle spiegeln unweigerlich sowohl die Vorurteile wider, die in ihren Trainingsdaten verankert sind, als auch die Designentscheidungen ihrer Entwicklerinnen und Entwickler. Bei verstärktem Einsatz

würden diese auch die europäische Regierungsführung beeinflussen. Interessensunterschiede zwischen US-Technologieunternehmen und europäischen Regierungen gäbe es durchaus. Solche Unternehmen bevorzugen oft maximale Meinungsfreiheit auf Kosten der Regulierung von Hassreden oder diskriminierenden Inhalten, während europäische Normen einen stärkeren Schwerpunkt auf den Schutz vulnerabler Gruppen legen.

Kritisch dabei ist, dass systematische Diskriminierungen und polarisierte Meinungsbilder durch algorithmische Verzerrungen nicht nur ein Menschenrechtsproblem darstellen. Sie bergen das Risiko, als strategisches Instrument hybrider Kriegsführung genutzt zu werden, indem sie gezielt gesellschaftliche Spaltungen vertiefen und das Vertrauen in staatliche Institutionen untergraben. Europa ist somit durch technologische Abhängigkeit von US-Anbietern sowie den Import algorithmischer Verzerrungen doppelt verwundbar.

Wege aus der Souveränitätsfalle

Um diesen Anfälligkeiten und Abhängigkeiten zu begegnen, sind gezielte Investitionen in die digitale Souveränität Europas erforderlich. Europa muss seine eigene KI- und Cloud-Industrie ausbauen, unabhängige Rechenzentren stärken und Open-Source-Alternativen erweitern, um die Abhängigkeit von US-Anbietern zu verringern. Entscheidungen, wie jene Dänemarks oder auch des Österreichischen Bundesheeres, digitale Systeme von Microsoft auf Open-Source-Infrastrukturen umzustellen, zeigen mögliche Wege auf. Gerade für kleinere EU-Staaten, darunter auch Österreich, sind solche Initiativen nicht optional, sondern unerlässlich, um demokratische Autonomie und Sicherheit im Zeitalter der Algorithmen zu gewährleisten.

Keynotes

- Big Tech wird zunehmend zu einem strukturellen Machtfaktor in staatlichen Entscheidungsprozessen. Dies schafft potenzielle Abhängigkeiten und deutet auf eine schleichende Machtverschiebung von staatlichen zu privaten Akteuren hin.
- Der wachsende Einfluss von Big Tech auf Washington führt zu einer strukturellen Verschmelzung von Unternehmensinteressen und US-amerikanischer Außenpolitik.
- US-Technologiekonzerne werden zu Instrumenten geopolitischer Strategie und setzen insbesondere europäische Regulierungen sowie die transatlantischen Beziehungen insgesamt unter Druck.
- Europa ist durch technologische Abhängigkeit von US-Anbietern sowie den Import algorithmischer Verzerrungen, die Risiken für Gesellschaft und Menschenrechte bergen, doppelt verwundbar.
- Wege aus der digitalen Souveränitätsfalle stellen Investitionen in eigene KI-, Cloud- und Open-Source-Infrastrukturen dar.



Oliver de la Haye/Shutterstock.com

Aktuelle Herausforderungen an das internationale Recht

Alexandra Duca

Das internationale Recht steht gegenwärtig unter erheblichem Druck. Aus europäischer Perspektive prägen vor allem vier Entwicklungen die aktuelle Bedrohungslage und bringen neue Herausforderungen mit sich. Hierzu zählen geopolitische Machtverschiebungen, hybride Konfliktformen und der Einsatz neuer Technologien, die Instrumentalisierung des Rechts für politische Zwecke sowie die Fragmentierung multilateraler Strukturen. Die zentrale Frage lautet, ob das bestehende Völkerrecht den neuen Formen staatlichen und zwischenstaatlichen Handelns gerecht werden kann.

Autoritäre Staaten wie Russland und China stellen die bisherige regelbasierte Weltordnung durch die selektive Anwendung des Völkerrechts zunehmend infrage. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, der einen eklatanten Bruch des in Artikel 2 Absatz 4 der

Charta der Vereinten Nationen verankerten Gewaltverbots darstellt, ist bei europäischen Staaten ein deutlicher Aufrüstungstrend zu beobachten. Das äußert sich beispielsweise in steigenden Verteidigungsausgaben, aber auch im Ausstieg mehrerer Staaten aus bedeutenden völkerrechtlichen Abrüstungsverträgen wie der Ottawa-Konvention zum Verbot von Antipersonenminen.

Bewährungsprobe für das Völkerrecht

Zwar befinden sich EU- und NATO-Mitgliedsstaaten rechtlich betrachtet in keinem bewaffneten Konflikt, sind aber sehr wohl mit hybriden Konfliktformen konfrontiert, die die Grenze zwischen Krieg und Frieden zunehmend verschwimmen lassen. Cyberangriffe, Desinformationskampagnen und Beeinflussungsoperationen sowie Luftraumverletzungen durch Drohnenüberflüge stellen Staaten vor die Herausforderung, zwar auf Bedrohungen reagieren zu müssen, die aber die Kriterien eines bewaffneten Angriffs nicht erfüllen. Daher sind sie nicht zur Ausübung des Selbstverteidigungsrechts nach Artikel 51 der UN-Charta ermächtigt.

Das bestehende Völkerrecht wird zudem aufgrund fortschreitender technologischer Entwicklungen auf die Probe gestellt. Innerhalb der Staatengemeinschaft besteht grundsätzlich Konsens darüber, dass das Völkerrecht auf neue Technologien wie KI und Cyber-Aktivitäten Anwendung findet, aber die konkrete Umsetzung und der allfällige Bedarf an zusätzlichen Regeln und Normen bleibt weiterhin ungeklärt.

Hinzu kommt, dass internationale Spannungen und geopolitische Blockbildungen die Handlungsfähigkeit multilateraler Institutionen schwächen. Internationale Organisationen wie die UN werden zunehmend zum Schauplatz politischer Rivalitäten. Das führt auch dazu, dass Entscheidungen oft nur noch auf Basis strategischer Interessen getroffen und auf Minimalkompromisse reduziert werden. Der UN-Sicherheitsrat ist in vielen Agenden blockiert und nicht handlungsfähig. Das beeinträchtigt nicht nur die Fähigkeit der Staatengemeinschaft, auf globale Krisen und Sicherheitsbedrohungen effektiv zu reagieren, sondern birgt auch die Gefahr, dass diese Institution ihre zentrale Rolle bei der Friedenssicherung verliert.

Rolle der Vereinigten Staaten

Die USA gelten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs als eine tragende Säule der internationalen Ordnung. Ihre wirtschaftliche, militärische und politische Macht hat nicht nur Institutionen wie die UN, die NATO oder die Welthandelsorganisation wesentlich geprägt, sondern machte die USA zur wichtigsten Stütze des internationalen Rechts. Angesichts rezenter Ereignisse wie der inkonsistenten Haltung der USA in bewaffneten Konflikten, dem Wiedererstarken der „America-First“-Bewegung und der rückläufigen Bereitschaft zu multilateraler Kooperation wird diese Rolle zunehmend infrage gestellt.

Ohne US-Finanzierung und -Engagement verlieren viele internationale Organisationen ihre Handlungsfähigkeit. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass andere Großmächte wie China und Russland die dabei entstehende Lücke nutzen, um ihren Einfluss weiter auszubauen, was eine Fragmentierung der globalen Ordnung beschleunigen würde. Diese Fragmentierung birgt die Gefahr, dass internationale Organisationen ihre einheitliche Handlungsgrundlage verlieren und Konflikte zunehmend bilateral ausgetragen werden.

Eine abnehmende Beteiligung der USA an multilateralen Foren könnte zudem einen Dominoeffekt auslösen und die Gefahr einer strukturellen Schwächung der internationalen Rechtsordnung mit sich bringen. Wenn Washington als „Hüterin der westlichen Weltordnung“ internationale Institutionen delegitimiert oder deren Entscheidungen ignorieren, liefert das anderen Staaten ein politisches Alibi, es ihnen gleich zu tun. Dies könnte eine Erosion des Vertrauens sowohl in die USA als auch den Multilateralismus insgesamt nach sich ziehen.

Stärkung des Völkerrechts durch regionale Kooperation

Aktuelle Entwicklungen zeigen jedoch auch, dass sich jenseits hegemonialer Strukturen neue Wege eröffnen, um die normative und praktische Wirksamkeit des Völkerrechts sowie die internationale Ordnung an sich zu festigen. Einerseits besitzt das Völkerrecht eigene normative Autorität, die über Machtpolitik hinauswirkt. Selbst völkerrechtswidrig agierende Staaten versuchen oft, ihr Verhalten durch rechtliche Argu-

mente zu legitimieren. Das zeigt, dass das Völkerrecht gemeinsamer Bezugspunkt der internationalen Politik bleibt. Um seine Wirksamkeit aber auch in Krisenzeiten zu gewährleisten, bedarf es in erster Linie der Stärkung regionaler Organisationen.

Hierbei kommt der EU besondere Bedeutung zu. Sie kann nicht nur die Verteidigung der regelbasierten internationalen Ordnung unterstützen, sondern auch aktiv zu ihrer Weiterentwicklung beitragen. Die EU ist durch verbindliche Rechtsnormen und durchsetzbare Verpflichtungen geprägt und zeigt vor allem, dass dauerhafte Stabilität nicht auf Zwang oder Macht, sondern auf gemeinsamen Regeln, institutioneller Kontrolle und Vertrauen beruhen kann. In Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen fungiert die EU auch als vermittelnde Kraft und bleibt ein Stabilitätsanker, der auf die Einhaltung des Völkerrechts pocht und auf diplomatische Konfliktlösung setzt.

Europa kann das Vertrauen in das Völkerrecht durch glaubwürdige Wertepolitik stärken. Das bedeutet, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz sollten nicht nur rhetorisch verteidigt, sondern in Handels-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik konsequent umgesetzt werden. Nur wenn Europa selbst als glaubwürdiger und verlässlicher Akteur wahrgenommen wird, kann es über seine geografischen Grenzen hinaus als Motor einer regelbasierten, multilateralen Weltordnung wirken.

Keynotes

- Machtpolitik, technologische Umbrüche und institutionelle Lähmung stellen das Völkerrecht vor neue Herausforderungen.
- Der Rückzug der USA aus internationalen Institutionen schwächt deren Autorität und Handlungsfähigkeit.
- Das Völkerrecht bleibt gemeinsamer Bezugspunkt der Staatengemeinschaft und trotz wiederkehrender Krisen eine Konstante.
- Regionale Zusammenschlüsse können dabei helfen, die Lage zu stabilisieren.
- Europa kann zum Impulsgeber einer neuen regelbasierten Ordnung werden und durch die Einnahme einer Vorbildfunktion die Wirksamkeit des Völkerrechts stärken.

3

Krisen und Konflikte im Umfeld Europas





ImageBank4u/Shutterstock.com

Das sicherheitspolitische Umfeld Europas im Jahr 2026

Günther Barnet

Der „Krisenbogen“ um Europa bleibt im Jahr 2026 von Kriegen, Vertreibung, Hunger und Armut nicht verschont. Der weitgehende Rückzug des Westens verschlechtert die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort und gleichermaßen die Stabilität des europäischen Umfelds. Der globale Aufstand der „Generation Z“ rückt näher und verstärkt Umfeldrisiken sowie Risiken im Inneren Europas. Terrorismus in und Flucht nach Europa werden mittelfristig sichtbar ansteigen. Aufgrund der effektiveren Machtprojektion außereuropäischer Rivalen sowie der ansteigenden ökonomischen Schwäche wird es für die EU immer schwieriger, Risiken einzudämmen.

Der Nahe und Mittlere Osten: Chaos oder Konfliktberuhigung?

Zwei Jahre des Krieges zwischen Israel und seinen Feinden und der Umsturz in Syrien haben die Konfliktlinien drastisch verändert, ohne dauerhaften Frieden herbeizuführen. Sowohl an der Palästina-Frage als auch am Libanon und an Syrien zeigt sich die Schwäche der internationalen Gemeinschaft sowie die Inkohärenz der EU. Der durch die USA erzwungene Abzug der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) bis spätestens Ende des Jahres 2027 ermöglicht im schlechtesten Fall die Rückkehr zum Bürgerkrieg. Der völkerrechtswidrige Einmarsch ostwärts des Golan durch die israelische Armee (IDF) führt das Mandat der United Nations Disengagement Observer Force (UNDOF) ad absurdum und der „Trump Plan“ für Gaza ist, trotz Integration wesentlicher arabischer Staaten, bis auf weiteres kein Konzept zur Koexistenz.

Weite Teile des politischen Israels setzen auf die Verhinderung eines souveränen palästinensischen Staates und die Annexion aller Gebiete. Die illegale Siedlungstätigkeit im Westjordanland schreitet brutal voran und verhindert sowohl die Rückkehr zum Oslo-Status als auch den Ausgleich mit und zwischen den palästinensischen Gruppen. Israel setzt auf die „Clanisierung“ und bewaffnete Auseinandersetzung unter der palästinensischen Bevölkerung sowie mit allfälligen Stabilisierungskräften. Aus der inner-palästinensisch-arabischen Uneinigkeit soll Legitimation für das eigene Handeln auch gegenüber kritischen Kräften westlicher Verbündeter gewonnen werden – vor allem aber Zeit vor dem nächsten Waffengang.

In Syrien stehen sich die Kräfte unversöhnlich und entschlossen gegenüber. Die Unterstützung diverser Gruppen durch alle regionalen Mächte sowie die USA ist der bestimmende Faktor, ob es zur Beruhigung oder Eskalation kommt. Sollte die Unterstützung der syrischen Kurden durch die USA deutlich abnehmen, ohne Ausgleich mit Damaskus und Ankara und zu deren Ungunsten, ergibt sich daraus die Möglichkeit für neue Allianzen, einschließlich des Irans, und des allgemeinen Wiedererstarkens terroristischer Kräfte. Der Landweg zur Unterstützung der ehemaligen „Achse des Widerstandes“ ist für den Iran weitgehend unterbrochen und seine Luftabwehrfähigkeit dauerhaft eliminiert. Das Ausscheren aus den Atom-Verhandlungen macht Angriffe durch Israel wieder wahrscheinlich. Von De-Eskalation bis neuerlichen Flächen-

brand ist alles möglich. Die Türkei ist Nutznießer dieser Entwicklung und betreibt gezielte Rücksiedelungen nach Syrien sowie den Ausbau ihres Einflusses im östlichen Mittelmeer.

Bürgerkriege und Machtkämpfe beiderseits des Roten Meeres

Sowohl für die Stabilität der Ankerstaaten Jordanien und Ägypten, als auch für den fragilen Irak stehen die Zeichen auf Unsicherheit. Langfristig gilt das auch für die Golfstaaten, deren wirtschaftliche Expansion von den Entwicklungen in der Region und insbesondere von den Meerengen beeinflusst wird, die für Europa von ebenso hoher Bedeutung sind. Ihre Konsolidierung mit dem Iran und das ausgewogene Verhältnis v.a. zwischen China und den USA bestimmen daher ihr Handeln. Der Angriff Israels auf die Hamas in Qatar hat eine weitgehend gemeinsame Linie der Golfstaaten zur Konfliktreduktion im Nahen und Mittleren Osten erzeugt. Ihre Furcht vor Massenflucht aufgrund von Krieg, Wasserknappheit und Verarmung ist hoch.

Das Streben nach regionaler, militärischer Machtprojektion hat beiderseits des Roten Meeres zur Eskalation beigetragen. Sowohl im jemenitischen Bürgerkrieg als auch im Sudan – der aktuell größten humanitären Krise weltweit – und den Kriegen von Äthiopien bis Somalia wird in inkohärenter Weise Einfluss genommen und es ist kein Ende dessen absehbar. Im Gegenteil kämpfen zahllose Söldnergruppen und Banden, deren Grenzen zu „terroristischen Organisationen“ fließend sind, in den verschiedensten Konfliktzonen mit Hilfe und im Auftrag verschiedener Regionalmächte. Russland nutzt diese Situation für seine Interessen und unterhält zu vielen arabischen und afrikanischen Staaten, trotz des Rückschlags in Syrien, gute und von beiderseitigem Interesse geprägte Beziehungen. Der ökonomische Nutzen ist für alle Seiten hoch, weshalb der Druck des Westens weitgehend ins Leere geht. Zumeist ist dieser kontraproduktiv und treibt v.a. Putsch-Regime in die Hände Russlands, aber auch Chinas, der Türkei und anderer Mächte.

Chaos im Sahel und Autoritarismus in (Nord-)Afrika

Das gilt auch für weite Teile des restlichen Afrikas. Das Chaos im Sahel, durch den militärischen Rückzug von EU und UN katalysiert, fordert fragile Staaten wie Ghana und den Senegal, aber auch nordafrikanische Staaten heraus. Die sich verschlechternde Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtslage wird zu Recht kritisiert. Zugleich setzt Europa auf Migrationssteuerung an der südlichen Mittelmeerküste und auf Eindämmung des Konglomerats aus organisierter Kriminalität und terroristischer Netzwerke. Dabei arbeitet es mit „liebsamen“ Regimen zusammen. Der, u.a. von Russland aufgegriffene, Vorwurf der „Doppelbödigkeit“ verstärkt die Entfremdung von Europa und verringert dessen Einfluss.

Die Angebote der EU sind kurzfristig weniger effektiv als jene Russlands oder der Türkei. Die auf Machterhalt ausgerichteten Systeme stehen im „Überlebenskampf“ gegen immer erfolgreichere Aufstandsgruppen, weshalb sie mit diesen nach Verhandlungslösungen suchen. Arbeitslosigkeit, Klimawandel, extensive Landwirtschaftsformen, illegaler Rohstoffabbau sowie extreme Umweltverschmutzung treiben in allen Regionen junge Menschen auf die Straßen – zuletzt in Marokko, Madagaskar oder Kenia. Gewaltexzesse zwischen Polizei, Opposition und Demonstrantinnen und Demonstranten werden voraussichtlich zunehmen. Ein durch soziale Netzwerke verstärkter, überregionaler „Generation-Z-Aufstand“ als neues Risiko ist möglich, kann weitere Systeme stürzen und durch Diaspora- und ideologische Solidaritätsgruppen auch in Europa auftreten.

Der östliche Krisenbogen

In den ostwärtigen Regionen bleiben bewaffnete Auseinandersetzungen auf der Tagesordnung. Zwischen Afghanistan und Pakistan bestehen große Spannungen, die wieder ausbrechen können. Die Ausbreitung jihadistischer Gruppierungen wie etwa des Islamischen Staats in der Khorasan-Provinz (ISKAP) in andere Teile Zentralasiens konnte v.a. durch die Einflussnahme Chinas bisher verhindert werden. Die Kriegsgefahr zwischen Aserbaidschan und Armenien wurde durch Vermittlung der USA und der Türkei weitgehend eingedämmt und zu Lasten des Irans durch wirtschaftliche Bestrebungen eingehegt. Die georgische und armenische Politik wird zunehmend autoritär, was auch zur Distanzierung dieser bei-

den Staaten gegenüber NATO und EU beiträgt. Die Unzuverlässigkeit Russlands und dessen schwindender Einfluss würden Chancen für Europa ermöglichen. Die Ausrichtung auf Energielieferungen aus Kasachstan und Aserbaidshan bestimmt jedoch das Verhalten vieler EU-Staaten unter Inkaufnahme der Stärkung der Türkei und neuer Abhängigkeiten.

Die gewaltsame Ausweitung des Ukraine-Krieges auf die Republik Moldau hat sich nicht manifestiert. Das Land bleibt nach den Wahlen tief gespalten, was hybride Destabilisierungsversuche Russlands weiterhin erwarten lässt. Ähnliche Methoden werden sich vermehrt auch gegen europäische Staaten richten und provokative Konfrontationen, analog zu jenen des Kalten Krieges, stehen auf der Tagesordnung – auch, um die Reaktionsfähigkeit und Solidarität des Westens zu testen. Ob mittelfristig ein Angriff auf den Westen realistisch in Erwägung gezogen wird, ist umstritten. Das Risiko steigt mit der Angst Russlands vor dem inneren Zerfall durch Erschöpfung. Die Anzeichen dafür sind schwer einschätzbar, wenngleich sich die verbale und reale Hochrüstung auf beiden Seiten fortsetzt und bis in die Arktis ausweitet. Die Eindämmung russischer Bedrohungen ist nur aus einer Position der Stärke zu erzielen. Die zeitgleiche Erhöhung der Kriegsfähigkeit und die Einflussnahme auf realistische Verhandlungslösungen reduzieren damit die Wahrscheinlichkeit jeder Form der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen dem Westen und Russland.

Ein Waffenstillstand oder gar Frieden zwischen der Ukraine und Russland wird auch von der Ernsthaftigkeit US-amerikanischer Einflussnahmen abhängen. Die Dominanz der USA über Entscheidungen der Konfliktlösung bleibt in negativer, gleich wie in positiver Weise in allen Räumen aufrecht. Hingegen sind Europas wirtschaftliche Schwäche und geringe Bereitschaft zum Einsatz eigener, robuster Kräfte in allen Konfliktregionen das größte Risiko.

Keynotes

- Ein Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten ist trotz Waffenruhe jederzeit möglich. Chaotische Zustände werden sich verfestigen.
- Israels Strategie umfasst Abschreckung, Vorwärtsverteidigung, Zersplitterung der palästinensisch-arabischen Einheit und Beeinflussung des Meinungsraums. Palästinensische Staatlichkeit soll verhindert und Zeit für weitere Waffengänge gewonnen werden.
- Die Türkei nutzt ihre gestiegenen Chancen sorgsam, während der Iran und seine Verbündeten versuchen, sich zu konsolidieren. Neue Allianzen sind möglich.
- Europa wird voraussichtlich keine kohärente Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten entwickeln und verliert durch die Akzeptanz von Völkerrechtsbrüchen und durch doppelbödige Toleranz gegenüber autoritär-islamistischen Regimen an Glaubwürdigkeit. Die dadurch erhoffte Chance auf Rückkehr von Migrantinnen und Migranten ist jedoch gering.
- Bewaffnete Konflikte beiderseits des Roten Meeres breiten sich, auch durch den Einfluss regionaler Mächte, weiter aus. Die Störung globaler Handelsrouten bleibt bestehen und destabilisiert fragile Staaten. Auch im Sahel weitet sich das Chaos aus, ermöglicht neue Umstürze und fördert autoritäre Strukturen in den umliegenden Regionen.
- Der Einflussverlust Europas setzt sich in nahezu allen Krisenregionen fort und wird durch wirtschaftliche Schwäche, strategische Abhängigkeiten, geringe Risikobereitschaft zum robusten Streitkräfteeinsatz und Inkohärenz verstärkt. Maßstab für die Handlungsfähigkeit im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit wird u.a. die effektive Unterstützung des Libanon nach Abzug von UNIFIL sein. Provokationen zwischen Europa und Russland werden im Jahr 2026 ansteigen, jedoch nicht bis zur Kriegsschwelle.
- Die Dominanz der USA auf Entscheidungen der Konfliktresolution oder Stabilisierung bleibt bestehen. Für den Ausgang des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist dieser Einfluss entscheidend.



Eugene Vishnya/Shutterstock.com

Der Krieg in der Ukraine

Europa in der Ära des Unfriedens

Loïc Simonet

Der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine jährt sich zum vierten Mal. Seit dem Ende des erfolglosen Gipfels zwischen Donald Trump und Vladimir Putin in Alaska am 15. August 2025 erachtet der Kreml es als vorteilhaft, den Krieg in die Länge zu ziehen. Gleichzeitig scheint Russland an Fahrt aufzunehmen.

Putins Regime hat zunächst nicht damit gerechnet, dass sich sein Angriffskrieg gegen die Ukraine derart in die Länge ziehen würde. Mittlerweile hat Russland jedoch Interesse daran, dass er andauert. Die politischen Eliten sind mittlerweile so sehr vom Kreml abhängig wie noch nie zuvor. Für viele Russinnen und Russen wurde der Krieg auch zu einer Möglichkeit des sozialen Aufstiegs, da er das Wohlstandsgefälle zwischen den Städten und der Peripherie in Teilen ausgleicht. Indem der militärisch-industrielle Komplex gefördert wird, werden regionale Industriezentren zumindest indirekt revitalisiert. Zugleich erhalten

hunderttausende Männer an der Front und deren Familien in den ärmsten Regionen Russlands großzügige Entlohnungen.

Russlands langer Krieg

Seit dem Jahr 2022 verzahnt Moskau das generierte Wissen der verteidigungsindustriellen Basis, der Universitäten und von Soldatinnen und Soldaten der gesamten Kommandokette. Das Militär institutionalisiert sein Know-How, und die Hersteller von Verteidigungsgütern und Forschungseinrichtungen werden auf die Unterstützung der Kriegsbemühungen ausgerichtet. Diese „Stabilität“ wäre durch ein Ende der Kämpfe gefährdet – und Stabilität ist die Parole von Russlands Präsident Putin, der seit über einem Vierteljahrhundert an der Macht ist. Dennoch intensiviert sich der Abnutzungskrieg an allen Fronten. Russland greift die ukrainische zivile Infrastruktur konstant an. Drohnen- und Raketenangriffe erreichten im September 2025 ein Rekordniveau. Indem Russland über einen längeren Zeitraum kontinuierlichen Schaden verursacht und die Ukraine zermürbt, will es seine strategischen Ziele graduell erreichen.

Russischen Truppen ist es jedoch nicht gelungen, Kontrolle über die Ukraine zu erringen. Der langsame Vorstoß an gewissen Frontabschnitten entpuppte sich als noch schwieriger als erwartet, und die Verluste gegen die zahlenmäßig unterlegene Ukraine sind schwerer als erwartet. Weder ist es Russland gelungen, die strategisch relevant gelegene Stadt Pokrovsk einzunehmen, noch irgendeinen wesentlichen Durchbruch zu erzielen. Im Gegenteil: Weite Teile des ukrainischen Territoriums konnten nicht erobert werden, und beim jetzigen Tempo würde es etwa 38 Monate dauern, die von Russland beanspruchten Gebiete zu erobern. Angesichts der eingesetzten Ressourcen und der erlittenen Verluste stellt Russlands Unfähigkeit, weiter vorzudringen, bereits jetzt eine Form der Niederlage dar.

Ogleich die russische Wirtschaft von den insgesamt 19 Runden internationaler Sanktionen nicht in die Knie gezwungen wurde, wiegen die Kriegsanstrengungen schwer. Das Land tritt in eine Phase des ökonomischen Abschwungs ein und musste sein Verteidigungsbudget des Jahres 2026 etwas reduzieren. Dieses bleibt allerdings bei enormen acht Prozent des BIP. Das Budgetdefizit nimmt gefährlich zu. Auch Russlands Öleinnahmen schrumpfen. Trotz der Umgehung internationaler Sanktio-

nen fielen diese in den ersten Monaten des Jahres 2025 um 19 Prozent, auch durch ukrainische Drohnenangriffe auf russische Raffinerieanlagen. Im August 2025 lag die jährliche Inflationsrate bei 8,1 Prozent. Insgesamt steht die russische Wirtschaft kurz vor einer Rezession, wie auch der Minister für wirtschaftliche Entwicklung Maxim Reshetnikov einräumte.

Ukrainische Überraschungen sind möglich

Im Donbas halten die ukrainischen Streitkräfte stand. Ende September 2025 gelang es ukrainischen Kräften, bescheidene Erfolge in der Region Sumy zu erringen und damit das russische Narrativ zu widerlegen, dass dessen Vorstöße „unaufhaltsam“ seien. Die ukrainischen Drohnenangriffe, wie beispielsweise auf russische Ölraffinerien, zeigen auf, dass Kyiv dazu bereit ist, ein Ausmaß an „strategischem Leid“ zu verursachen, das es für den Gegner zu kostspielig macht, den Krieg fortzusetzen. Ohne selbst über eine große Flotte zu verfügen, gelang es der Ukraine, die russische Marine im Schwarzen Meer zurückzuschlagen – wiederum dank seiner Drohnenkapazitäten. Die „Operation Spinnennetz“, ein verdeckter Drohnenangriff tief in Russland am 1. Juni 2025 wurde zu einem Lehrbuchbeispiel für Spezialeinsatzkräfte weltweit.

Nichtsdestoweniger sind die ukrainischen Truppen erschöpft und die Streitkräfte würden dreimal so viele Soldatinnen und Soldaten benötigen, um sie entsprechend von der Frontlinie rotieren zu können. Beim gegenwärtigen Tempo der Mobilisierung werden die durch Verluste erzeugten Lücken nicht aufgefüllt werden können. Darüber hinaus zerfasert der ukrainische Zusammenhalt. Im Juli 2025 füllten sich die Straßen Kyivs mit Demonstrantinnen und Demonstranten, die gegen den Versuch des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj protestierten, die unabhängigen Antikorruptions-Agenturen des Landes zu schwächen. Die ukrainische Demokratie ist damit in einen fragilen Zustand geraten, was es der russischen Seite erleichtert, Chaos zu stiften – als Abkürzung zum Sieg.

US-Position

Die Politik der US-Regierung während der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump ist unvorhersehbar. Einmal heißt es aus dem Weißen

Haus, die Ukraine habe „kein Blatt in der Hand“, dann, dass die Ukraine durchaus in der Lage sein könnte, all sein Territorium von Russland zurückzuerobern und vielleicht sogar darüber hinaus. Die von US-Präsident Trump gesetzte Frist für ein Treffen zwischen Putin und Selenskyj ist am 1. September 2025 ohne Ergebnis verstrichen. Sodann erfolgte Trumps Kehrtwende. Plötzlich schloss er auch nicht mehr aus, dass die USA hochmoderne Waffen an Kyiv liefern könnten. Tomahawk-Marschflugkörper würden es der Ukraine erlauben, die meisten militärischen Ziele im westlichen Russland zu treffen.

Wird Trumps Erfolg in Gaza ihn dazu anspornen, einen Waffenstillstand in der Ukraine herbeizuführen? Der Gaza-Waffenstillstand erwecke die Hoffnung auf Frieden in der Ukraine zum Leben, so Selenskyj. In- des drängte der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz Donald Trump dazu, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Aber ohne greifbaren Fortschritt wird es zunehmend schwer werden, Trumps Aufmerksamkeit weiterhin auf die Ukraine zu lenken. Zumal ihn dieses Thema einiges an politischem Kapital kosten könnte und er bei einem Fehlschlag an Glaubwürdigkeit einbüßen würde. In diesem Lichte ist Trumps Statement vom 23. September 2025 besorgniserregend, in dem er „beiden Staaten“ alles Gute ausrichtete und ankündigte, Waffen an die NATO zu liefern, die damit tun könne, was sie wolle. Ignoriert Trump die Thematik hinkünftig?

Europa in der Grauzone

Die Spannungen auf dem europäischen Kontinent stiegen aufgrund zahlreicher Luftraumverletzungen durch Russland sprunghaft an. Mitte September 2025 wurden mindestens 19 russische Drohnen gesichtet, die in polnischen Luftraum eindrangen. Ein noch schwerwiegenderer Vorfall ereignete sich am 13. September 2025, als drei russische Kampf- flugzeuge für über zehn Minuten in estnischen Luftraum eindrangen, bevor sie von einem NATO-Verband aus dem Luftraum eskortiert wurden. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich in Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Lettland, Norwegen und Rumänien. Anfang Oktober 2025 legten Drohnensichtungen den Flughafen München für mehrere Stunden lahm. Zeitgleich führte Russland eine beispiellose Desinformationskampagne in Polen durch, in der behauptet wurde, die Ukraine oder die NATO selbst stecke hinter diesen Vorfällen.

Obwohl Moskau jede Verwicklung abstreitet, wirken diese Vorfälle, als teste Russland die Einsatzbereitschaft des kollektiven Verteidigungsmechanismus der NATO. Putin will angesichts der ambivalenten außenpolitischen Haltung der USA wissen, wie weit Europa bei der Verteidigung der Ukraine zu gehen bereit ist. Russland operiert wissentlich und willentlich in der „Grauzone“ der hybriden Kriegsführung, jenem Raum zwischen Frieden und Krieg. So unterstrich auch Deutschlands Bundeskanzler Merz: „Wir sind nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden“.

Keynotes

- Russland zieht seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine bewusst in die Länge, um politische Kontrolle zu sichern und ökonomische sowie soziale Strukturen über den militärisch-industriellen Komplex zu stabilisieren.
- Trotz hoher Verluste bleibt Russland militärisch ohne entscheidenden Durchbruch und steht wirtschaftlich vor einer Rezession.
- Die Ukraine erzielt begrenzte taktische Erfolge, nutzt Drohnenangriffe effektiv, leidet aber unter Erschöpfung, Personalmangel und innerer politischer Spannung.
- Die Trump-Administration bleibt unberechenbar, schwankt zwischen Druck auf Verhandlungen und möglichen Waffenlieferungen.
- Russland testet Europas und NATOs Reaktionsfähigkeit durch hybride Angriffe und Luftraumverletzungen; Europa befindet sich in einer „Grauzone“ zwischen Krieg und Frieden.



Der Westbalkan zwischen Integration und Enteuropäisierung

Marie-Janine Calic

Die Südosterweiterung der EU stagniert seit Jahren. Die transformative Kraft der „europäischen Perspektive“ lässt nach. So konnte auf dem Westbalkan ein gefährliches sicherheitspolitisches Vakuum entstehen. Wengleich die Staaten der Region immer noch den Beitritt zur EU wünschen, suchen sie auch nach Alternativen. Geopolitische Mitbewerber – vor allem China, Russland, die Türkei und die Golfstaaten – haben Einfluss gewonnen. Reformen, wie beispielsweise die Umsetzung der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“, stehen häufig nur auf dem Papier.

Die Europäische Union verspricht seit einem Vierteljahrhundert immer wieder, allen Westbalkan-Staaten unter bestimmten Bedingungen den EU-Beitritt zu ermöglichen. Allerdings stagniert die Südosterweiterung seit dem Beitritt Kroatiens im Jahr 2013. Serbien und Montenegro

verhandeln bereits seit Jahren, Nordmazedonien und Albanien haben erst im Jahr 2022 Beitrittsverhandlungen begonnen, und Bosnien und Herzegowina stehen seit dem Jahr 2024 immerhin welche in Aussicht. Lediglich der Kosovo hat mangels Anerkennung durch fünf Mitgliedsstaaten den Kandidatenstatus noch nicht erhalten. Die „europäische Perspektive“ hat infolge dessen an Glaubwürdigkeit und transformativer Kraft eingebüßt. Laut Umfragen fühlt sich nur noch etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf dem Westbalkan der EU verbunden – im Jahr 2024 waren es 54 Prozent.

Geopolitische Mitbewerber

Derweil haben geopolitische Mitbewerber der EU, vor allem China, Russland, die Türkei und die Golfstaaten, mittels billiger Kredite, medialer Desinformation und religiöser Mission an politischem, wirtschaftlichem und ideologischem Einfluss gewonnen. Russland betont die slawisch-orthodoxe Solidarität, nutzt den Balkan aber vor allem als Bühne, um seine Rolle als Gestalter der Weltpolitik zu demonstrieren bzw. westliche Stabilisierungsbemühungen, vor allem in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo, zu hintertreiben. Die Türkei und die Golfstaaten fördern die Islamisierung, während China im Rahmen seiner Belt-and-Road-Initiative milliardenschwere Infrastrukturprojekte umsetzt. Da diese mit Krediten finanziert werden, sind gefährliche Abhängigkeiten entstanden. Die EU mag immer noch der bedeutendste Handelspartner der Westbalkanstaaten sein, aber China könnte es mittelfristig gelingen, sie auf seinen Markt und möglicherweise auch seine Politik umzuorientieren.

Innerhalb der EU sind die Vorbehalte groß, neue Mitglieder aufzunehmen, solange institutionelle Reformen ausbleiben. Beispielhaft zu nennen wären etwa Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik. Aus politischen Gründen hat Brüssel im Jahr 2022 die Ukraine, Moldau und Georgien unter Umgehung der Konditionalität zu Beitrittskandidaten erklärt und damit kritische Fragen in Bezug auf Funktionalität und Finalität der Union aufgeworfen.

Stockendes Reformtempo

Allerdings hat auch das Reformtempo in den Westbalkanländern nachgelassen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat erhebliche politische, wirtschaftliche und psychologische Auswirkungen in der Region. Die politische Klasse und die öffentliche Meinung zerfallen in pro-europäische und pro-russische Lager, was die Regierungen hindert, die häufig schmerzhaft EU-Konditionalität zu bedienen. Energie- und Lebensmittelpreise sind stark gestiegen. Populistische und nationalistische Kräfte machen sich die Existenzängste der Menschen zunutze, indem sie aus Konflikten mit Nachbarn politisches Kapital zu schlagen versuchen, zum Beispiel in Serbien und dem Kosovo oder auch in Nordmazedonien.

Aus all diesen Gründen ist an der Schnittstelle zwischen EU, NATO, Russland und der Türkei ein gefährliches sicherheitspolitisches Vakuum auf dem Westbalkan entstanden. Interessierte Mächte haben zudem ein Einfallstor für Propaganda, Desinformation und Cyber-Angriffe aufgestoßen. Organisierte Kriminalität, illegale Migration und extremistische Netzwerke bleiben unbehelligt. Nicht zuletzt: fehlende wirtschaftliche Perspektiven treiben viele junge, gut ausgebildete Menschen in die Emigration. Der Brain-Drain aber schwächt Innovationskraft, Wertorientierung und Reformfähigkeit der Herkunftsländer – und damit wiederum den EU-Integrationsprozess.

Gegenmaßnahmen?

Die EU hat diese Problematik zwar erkannt, jedoch fehlt es ihr an effektiven Gegenmitteln. Genauer: Es fehlt ihr an politischer Einigkeit. Die EU müsste, um Abhängigkeiten von Russland und den USA abzubauen, die Vertiefung ihrer Strukturen vorantreiben, wie beispielsweise im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder auch in der Energiemarktpolitik. Zudem müsste sie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stärken, wozu auch eine glaubwürdige Nachbarschafts- bzw. Erweiterungspolitik gehört.

Denkbar wäre auch, vor einem EU-Beitritt erst die Integration bestimmter Sektoren, wie Energie, Verkehr, Digitalmarkt, Cyber-Abwehr, Grenzschutz und Bildungsaustausch voranzutreiben. Werden aufgrund der selektiven Integration europäische Rechtsstaats- und Governance-Krite-

rien vernachlässigt, stünden die Funktionalität und die Glaubwürdigkeit der EU allerdings noch stärker infrage. Wie aber lassen sich pro-europäische Orientierungen in den Westbalkan-Staaten stabilisieren, ohne eigene Werte und Standards den geopolitischen Zwängen unterzuordnen?

Aktuelle Entwicklungen

Während neue Bürgerinnen- und Bürgerbewegungen wie „Protestiram“ in Nordmazedonien oder die „#1od5milionia“-Proteste in Serbien entstanden sind, bleibt der Einfluss der Zivilgesellschaft begrenzt. Die genannten Bewegungen sind in ihren Forderungen heterogen. Auch mag es in allen Westbalkan-Staaten Nichtregierungsorganisationen geben, die für Rechtsstaatlichkeit und gegen Korruption kämpfen oder sich für europäische Annäherung, Demokratieförderung, Bildung, regionale Zusammenarbeit, interethnischen Dialog und Konfliktprävention einsetzen. Viele sind jedoch von ausländischen Gebern abhängig, darunter auch solchen, die antieuropäische oder nationalistische Agenden in die Zivilgesellschaften hineintragen.

Die Westbalkan-Staaten haben allesamt mindestens einen nationalen Aktionsplan (NAP) zur Implementierung von UN-Resolution 1325 verabschiedet. In Serbien und Bosnien-Herzegowina geschah dies im Jahr 2010, in Nordmazedonien 2013, im Kosovo 2014, in Montenegro 2017 und in Albanien 2018. Sie haben sich dazu verpflichtet, den Anteil von Frauen in den Sicherheitskräften zu erhöhen, sie an Friedensmissionen zu beteiligen, vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Konflikten zu schützen und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. Die Gender-Perspektive wird auch in die Polizeiausbildung und die militärische Einsatzplanung integriert. Allerdings gibt es Umsetzungslücken. Die Zuständigkeiten sind diffus, es fehlen Finanzierungszusagen und klare Indikatoren, um die Umsetzung der NAPs zu überprüfen. Die Gender-Perspektive gilt häufig als vom Westen oktroyiert und in der Tat werden zahlreiche NAP-Projekte von ausländischen Geldgebern angeleitet und finanziert.

Zusammengefasst lässt sich sagen: Die EU zeigt sich der komplexen Risikolage auf dem Westbalkan derzeit kaum gewachsen. Während die EU-Beitrittsperspektive an Glaubwürdigkeit verliert, erstarken ihre geopolitischen Mitbewerber.

Keynotes

- Die EU muss Glaubwürdigkeit bei der Südosterweiterung zurückgewinnen, um geopolitisch handlungsfähig zu bleiben.
- EU-Reformen und Erweiterungspolitik müssen Hand in Hand gehen.
- Die Zivilgesellschaft kann notwendige Reformen nur erwirken, wenn Regierungen und EU-Mitgliedsländer sie dabei unterstützen.
- Bei der Umsetzung der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ fehlt es in der Region am politischen Willen, an finanzieller Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz.



Nik Yurginson/Shutterstock.com

Tendenzen zur Destabilisierung in Südosteuropa

Florian Bieber

Tiefgreifende politische Krisen in Bosnien-Herzegowina und in Serbien schaffen eine hohe Unsicherheit in der Region, die zu einer Verschärfung der Lage führen können. Gleichzeitig bieten sie die Gelegenheit zu strukturellen Verbesserungen. Während einige Staaten, darunter Montenegro und Albanien, Fortschritte in Hinblick auf ihre EU-Mitgliedschaft machen, haben die anderen Westbalkan-Staaten keine realistische EU-Perspektive. Indes gibt es keine Anzeichen, dass die grundlegenden Herausforderungen der Region – autoritäre Herrschaft, schwache Rechtsstaatlichkeit und ungelöste Konflikte – bearbeitet werden.

Die politische Lage auf dem Westbalkan ist von Instabilität und einer Institutionenkrise geprägt. Während Montenegro und Albanien große Fortschritte hinsichtlich ihres EU-Beitritts machen, stagniert der EU-

Erweiterungsprozess in den anderen Staaten. Doch auch wenn in den Fällen Montenegros und Albaniens ein EU-Beitritt vor Ende des Jahrzehnts denkbar ist, stellt die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten eine hohe und zum Teil unvorhersehbare Hürde dar. Auch bedeutet dies nicht, dass in beiden Staaten Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gleichermaßen vorankommen.

Reformen zwischen Unregelmäßigkeit und Stillstand

In Albanien wird der Beitrittsprozess von Premierminister Edi Rama angetrieben, was einerseits die Beschleunigung des Prozesses erklärt, andererseits aber die Herrschaft Ramas zunehmend in eine autoritäre Richtung lenkt. Die Kontrolle der Institutionen liegt fest in seiner Hand, und es gibt wenig Raum für eine kritische Diskussion. Diese Tendenz hat sich in den letzten Jahren verschärft, sodass der EU-Beitrittsprozess autoritäres Gebaren eher verstärkt hat.

Auch in Montenegro ist der Reformprozess unregelmäßig, obwohl hier keine einzelne Person das politische System so stark dominiert wie in Albanien. Der Beitrittsprozess ist somit derzeit eher von der Überzeugung der Kommission getrieben, durch erfolgreiche Beitrittsprozesse die Glaubwürdigkeit der EU auf dem Westbalkan aufrechtzuerhalten. Außerdem spielen geopolitische Überlegungen in den Prozess hinein, was zulasten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geht.

In den anderen Staaten der Region ist der EU-Erweiterungsprozess zum Stillstand gekommen. Die meisten Bürgerinnen und Bürger glauben nicht mehr an den Prozess, auch wenn überall – mit Ausnahme Serbiens – eine deutliche Mehrheit für die Mitgliedschaft in der EU besteht. Nordmazedonien wird durch Bulgarien blockiert, denn die geforderte Verfassungsänderung hat keine Unterstützung im Land und ist ein Produkt nationalistischer Forderungen aus Bulgarien. Diese haben die Machtübernahme der konservativ-nationalistischen Demokratischen Partei für Mazedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE) beschleunigt. Somit wird Nordmazedonien nach Beilegung der Streitigkeiten mit Griechenland erneut durch die nationalistische Position eines Nachbarstaates daran gehindert, der EU beizutreten.

Entwicklungen in Serbien

Die Entwicklungen in Serbien haben starke Auswirkungen auf die Region. Die Protestbewegung, die im November 2024 wegen des Einsturzes des Bahnhofsvordachs in Novi Sad begann, hat eine beeindruckende Dynamik entfaltet. Dies nicht nur aufgrund der Dauer, sondern auch aufgrund der Mobilisierung von hunderttausenden Bürgerinnen und Bürgern, selbst in kleinen Gemeinden. Die Protestbewegung zeigt damit die tiefgreifende Unzufriedenheit mit dem Regime. Eine klare Mehrheit der Bevölkerung unterstützt laut Umfragen die Proteste, die neben der Aufklärung des Unfalls auch Neuwahlen fordern.

Das Regime setzt zunehmend auf Gewalt und Repression bei der Bekämpfung der Proteste, die sich neben Demonstrationen in Streiks, Blockaden und zahlreichen anderen täglichen Aktionen manifestieren. Serbien befindet sich de facto seit November 2024 in einem Ausnahmezustand. Unabhängig vom Ausgang der Proteste ist das Regime von Aleksandar Vučić angeschlagen. Gelingt es dem Regime, die Proteste zu beenden, ist mit einem repressiveren Klima in Serbien zu rechnen. Derzeit bemüht sich Belgrad bereits, die verbleibenden kritischen Medien und NGOs unter seine Kontrolle zu bringen und selbst den Anschein politischen Pluralismus' zu zerstören. Dies ist durch die Proteste motiviert und wird durch das globale politische Klima erleichtert. Dabei erhält das Regime Rückendeckung aus Russland und China.

Die Position der EU ist bisher ambivalent, und die USA unter Trump sind eher abgelenkt, könnten aber als potenzielle Stütze des Regimes dienen, da Trumps Schwiegersohn Jared Kushner Geschäftsinteressen in Belgrad hat, die mit dem Vučić-Regime verknüpft sind. Ein Erfolg der Proteste ist ungewiss und es ist nicht klar, was das für die politische Zukunft in Serbien bedeutet, da die Protestbewegung ideologisch heterogen ist und es keine klaren Anführer gibt. Zugleich setzt sich eine Mehrheit für liberal-demokratische Werte ein und sucht eine Annäherung an die EU.

Beziehungen zum Kosovo und Bosnien-Herzegowina

Die Beziehungen zum Kosovo stellen für Serbien die größte Herausforderung dar. Der Verhandlungsprozess zwischen beiden Staaten ist

völlig zum Stillstand gekommen. Die politische Instabilität in Serbien, aber nach den Wahlen im Jahr 2025 auch im Kosovo, bedeutet, dass es derzeit auf beiden Seiten kein Interesse und keinen politischen Willen für einen Dialog gibt. Die Regierung von Albin Kurti hat durch ihre konfrontative Linie gegenüber EU und USA sowie die innenpolitische Polarisierung im Kosovo seit den Wahlen viel an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Ein Durchbruch zwischen beiden Staaten liegt in weiter Ferne. Im Kosovo fehlt eine Regierung mit klarem Mandat, und in Serbien ist Vučić politisch zu schwach, um Kompromisse eingehen zu können.

In Bosnien und Herzegowina hat sich die politische Krise verschärft, nachdem der Präsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, verurteilt wurde und für sechs Jahre kein öffentliches Amt ausüben darf. Es folgte eine Eskalation, als Dodik versuchte, das Urteil zu missachten und den Staat weiter zu schwächen. Der endgültige Ausgang des Kräftemesens zwischen Dodik und den gesamtstaatlichen Institutionen Bosnien und Herzegowinas ist noch unklar, aber Dodik verfügt über weniger Rückhalt als noch vor einigen Jahren, und ein Ende seiner 20-jährigen Dominanz in der Republika Srpska zeichnet sich ab. Auch wenn sich die anderen politischen Akteure in der Republika Srpska hinsichtlich nationalistischer Positionen kaum von Dodik unterscheiden, würde ein Ende der Dodik-Ära neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnen. So hat die dominante Partei der Kroaten in Bosnien und Herzegowina lange Zeit auf eine enge Kooperation mit Dodik gesetzt, die dadurch ebenfalls infrage gestellt wäre. Somit könnte sowohl der Einfluss Russlands in Bosnien und Herzegowina als auch die totale Blockade pragmatischer Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene schwinden.

Geopolitische Folgen

Aufgrund der gegenwärtigen Entwicklungen hat Russland derzeit am meisten in der Region zu verlieren. Mit einem Ende der Herrschaft von Dodik und Vučić würde Russland wichtige Partner verlieren. Auch wenn die Beziehungen über Kirche und andere kulturelle Bande aufrechterhalten blieben, würde der Einfluss und Ruf Russlands Schaden nehmen. Der Einfluss Chinas würde am stärksten durch einen Machtverlust Vučićs leiden. Serbien war das wichtigste Zielland chinesischen Engagements in der Region. Ohne gute Beziehungen zu Serbien würde Chi-

na zwar weiterhin wirtschaftlich präsent bleiben, doch der politische Einfluss würde schwinden.

Die größte geopolitische Unsicherheit stellen die USA unter Trump dar. Derzeit hat die Trump-Präsidentschaft kaum Zeichen gesetzt, doch die wirtschaftlichen Interessen in Albanien und Serbien bestärken eher autoritäre Entwicklungen in der Region. Die Konfrontation mit der EU bedeutet, dass die USA unter Trump nicht nur ein negatives Vorbild für die Region sind, sondern auch zu einem Störfaktor bei Reformprozessen werden können.

Keynotes

- Tiefe politische Krisen in Serbien und Bosnien-Herzegowina erhöhen die Unsicherheit auf dem Westbalkan, bergen aber auch Chancen für Reformen.
- Während Albanien und Montenegro Fortschritte machen, fehlt den übrigen Staaten eine realistische EU-Beitrittsperspektive; die Rechtsstaatlichkeit bleibt schwach.
- In Albanien und Serbien führen Machtkonzentration und Repression zu einer Verschärfung demokratischer Defizite.
- Massenproteste gegen den serbischen Präsidenten Vučić erschüttern das Regime in Belgrad, das mit Gewalt reagiert und Unterstützung aus Russland und China erhält.
- Weder im Verhältnis Serbien–Kosovo noch in Bosnien-Herzegowina zeichnen sich Fortschritte ab; Dodiks Machtverlust könnte neue Chancen eröffnen.
- Ein Ende der autoritären Regime würde Russlands und Chinas Einfluss schwächen, während die USA unter Trump einen unberechenbaren Faktor darstellen.



Neuordnungsversuche im Nahen Osten

Gudrun Harrer

Am 7. Oktober 2025, dem zweiten Jahrestag des Überfalls der Hamas auf Israel, der den Krieg im Gazastreifen ausgelöst hat, hatten alte Ordnungen und Gewissheiten im Nahen Osten bereits aufgehört, zu existieren. Israel begann im Jahr 2025 damit, den Iran und seine Stellvertreter in der arabischen Welt nicht mehr nur einzudämmen, sondern direkt anzugreifen. Das iranische Urananreicherungsprogramm wurde durch den von Israel begonnenen sogenannten Zwölfstagekrieg, in den auch die USA eingriffen, schwer degradiert. Seitdem hat die US-Regierung unter Präsident Donald Trump ihr politisches Engagement im Nahen Osten massiv verstärkt. Im Oktober 2025 zwang Washington die Hamas und Israel in einen Gaza-Plan, in den auch andere Staaten innerhalb und außerhalb der Region aktiv eingebunden sind.

Im Jahr 2026 wird sich weisen, ob der bei seiner Präsentation Anfang Oktober noch sehr skizzenhafte US-Entwurf zur Beendigung des Ga-

za-Krieges und zum Wiederaufbau des Gazastreifens weiterentwickelt werden kann. Dabei scheinen völlig konträre Szenarien nahe aneinander zu liegen. Vorstellbar ist einerseits eine Befriedung der Region durch Interessensausgleich zwischen Partnern und Gegnern der USA mit starken ökonomischen Anreizen, auch für die international agierende private Business-Community. Andererseits liegt ein Scheitern des Plans und ein Abgleiten der Region in noch größere Destabilisierung ebenso im Bereich des Möglichen.

Unvorhersehbar war Israels schwerer taktischer Fehler, am 9. September 2025 ein Gebäude in Qatars Hauptstadt Doha anzugreifen, in dem sich Hamas-Kader aufhielten. Israel, das im Jahr 2025 zur unbestritten dominierenden militärischen Kraft in der Region aufgestiegen war, verfehlte nicht nur sein Ziel, diese Hamas-Vertreter zu eliminieren. Dieses Vorgehen erlaubte US-Präsident Trump auch, im Sinne seiner arabischen Partner Druck auf Israels Premier Benjamin Netanyahu auszuüben. Qatars Rolle als sicherer Hafen für radikal-islamische Gruppen wie die Hamas wird zwar durch andere arabische Staaten seit jeher kritisch gesehen, ebenso wie andere Teile der qatarischen Politik. Aber Israels Angriff auf einen „Major Non-NATO Ally“ der USA, die mit al-Udeid ihren größten Luftwaffenstützpunkt in der Region in Qatar haben, rief bei anderen arabischen US-Verbündeten Empörung hervor, was letztlich Trumps Durchsetzungskraft gegenüber Netanyahu stärkte.

Stolpersteine für den Gaza-Plan

Wie bereits erwartet, vertraute Trump die Arbeit am Gaza-Plan nicht nur dem US-Sondergesandten Steve Witkoff, sondern auch seinem Schwiegersohn Jared Kushner an, der massive Geschäftsinteressen und gute Beziehungen in arabischen Golfstaaten hat. Etliche Elemente des Plans werden im Jahr 2026 krisenanfällig bleiben. Etwa die Administration des Gazastreifens, die die Palästinenserinnen und Palästinenser wieder zum Stakeholder machen sollte, die „International Stabilization Force“ sowie die Entwaffnung der Terrororganisation Hamas und die Zerstörung von deren Infrastruktur.

Zwar verfügte der US-Präsident im Herbst 2025 über genügend Autorität, das offene Zusammenbrechen des Waffenstillstands zu verhindern, das war aber nicht gleichbedeutend mit einem Ende der Gewalt. Für

Trump paradox: sein Plan ist bei der Umsetzung auf die Kooperationen von UN-Institutionen angewiesen, sowohl im humanitären als auch im politischen Bereich, etwa durch den UN-Sicherheitsrat. Auch die im Nahen Osten über Strecken gelähmt erscheinende EU wird im Jahr 2026 mit ihren Missionen EUBAM Rafah und EUPOL COPPS in den palästinensischen Gebieten eingebunden sein. Mehr ist zu erwarten, wenn sich der Plan entwickelt.

Sollte Trumps Gaza-Plan stocken, ist für den Gazastreifen ein Szenario denkbar, das mit jenem im Südlibanon nach der Waffenruhe-Vereinbarung im November 2024 vergleichbar ist: Stillstand. Das würde bedeuten, dass weder die Entwaffnung und Ausschaltung der jeweiligen Terrormiliz – im Libanon die Hisbollah, im Gazastreifen die Hamas – erfolgen kann, noch der zugesagte israelische Rückzug stattfindet. Das birgt das Potenzial regelmäßiger israelischer „Strafaktionen“, parallel zu wachsendem Aktivismus der Milizen, und damit ständiger Eskalationsgefahr.

Diese wuchs im Herbst 2025 im Libanon zusehends. Die Regierung in Beirut bekannte sich zwar politisch eindeutig zur Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols und der Reduktion der Hisbollah zur politischen Partei, konnte dieses Vorhaben jedoch kaum durchsetzen. Ein Grund dafür war die wachsende Polarisierung, in der man eine ethnisch-konfessionelle Bürgerkriegsgefahr orten könnte. Seit der islamistisch-geführten Machtübernahme in Syrien im Dezember 2024 fühlen sich auch sunnitische Islamisten im Libanon bestärkt, was wiederum Schiiten außerhalb der Hisbollah anfällig für Radikalisierung macht.

Aktuelle Entwicklungen in Syrien

Der syrische Interimspräsident Ahmed al-Sharaa, ein ehemaliger Kämpfer der al-Qaida im Irak, wurde im November 2025 von Trump im Weißen Haus empfangen. Die Lage des syrischen Regimes ein Jahr nach der Einnahme von Damaskus und dessen Zukunftsaussichten sind zwiespältig: Auf der einen Seite war Sharaa zu Beginn des Jahres 2026 international deutlich konsolidiert. Dazu haben die USA stark beigetragen. Auf der anderen Seite hat er intern an Vertrauen verloren, insbesondere durch anhaltende massive Probleme beim Wiederaufbau und der Stabilisierung der syrischen Wirtschaft, die durch den Klimawandel, besonders die Wasserknappheit, verschärft werden. Die Minderheiten sind nach

islamistischer Gewalt gegen Alawiten, Drusen und sogar Christen verunsichert. Die kurdischen Syrian Democratic Forces (SDF), von den USA gegen den Islamischen Staat (IS) aufgebaut, können sich bei ihrem Ringen um eine Form der Autonomie der Unterstützung Washingtons nicht mehr so sicher sein. Das liegt auch daran, dass Trump türkischen und arabischen Argumenten stark zugänglich ist.

Zu Trumps Ambition einer Neuordnung der Region gehört auch, in Syrien die Interessen zwischen externen Akteuren und Damaskus, aber auch untereinander auszugleichen. Israel hat nach dem Umsturz in Syrien das Entflechtungsabkommen von 1974 aufgekündigt und Teile des Südens besetzt, wobei der Schutz der syrischen Drusen als Vorwand für die Durchsetzung eigener Sicherheitsinteressen dient. Trump versucht nicht nur einen Kompromiss zwischen Israel und Syrien herbeizuführen, sondern auch zwischen Israel und der Türkei, der Schutzmacht Sharaas, sowie zwischen der Türkei und den arabischen Staaten. Doch Sharaa hat auch Schwierigkeiten, eigene jihadistische Kräfte im Zaum zu halten, die von seiner nach außen moderaten und syrisch-nationalen Haltung irritiert sind. Es besteht daher die Gefahr, dass die Abwanderung aus Sharaas ehemaliger Organisation HTS zum IS an Fahrt aufnimmt. Die IS-Aktivitäten werden im Jahr 2026 voraussichtlich nicht nur in Syrien, sondern auch im Irak zunehmen.

(De-)Stabilitätsfaktoren in der Region

Die irakischen Parlamentswahlen im November 2025 könnten sich möglicherweise als destabilisierender Faktor erweisen. Die Regierungsbildung nach Wahlen ist im Irak in der Regel schwierig und langwierig. Jene schiitischen Milizen im Irak, die eine Nähe zu Ali Khamenei, dem obersten Anführer des Irans, haben, wurden vom Niedergang der iranischen „Achse des Widerstands“ geschwächt und haben sich aus dem israelisch-iranischen Konflikt weitgehend herausgehalten. Das könnte sich im Falle einer neuen regionalen Eskalation ändern, aber auch, wenn ihre internen Machtansprüche nach den Wahlen infrage gestellt werden.

US-Präsident Trump dürfte im Jahr 2026 seine Bemühungen verstärken, weitere Staaten in die „Abraham Accords“ einzubeziehen, wobei das große Ziel Saudi-Arabien bleibt. Ein noch so umfassendes US-saudisches Sicherheitsabkommen, womöglich sogar inklusive F-35-Kampf-

jets und sicher mit zivilem Atomprogramm, wird Riad nicht genügen, wenn die in Trumps 20-Punkte-Plan vage angesprochene palästinensische Staatlichkeit nicht in glaubhafter Form weiterverfolgt wird.

Solange Trump seine Pläne aufrechterhält, wird er bei der kategorischen Ablehnung israelischer Annexionen im Westjordanland bleiben, die das bestehende Normalisierungsabkommen zumindest zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) gefährden würden. Für das jordanische Königshaus bleibt die physische Gefahr bei einem solchen Schritt Israels bestehen, während Ägyptens Regime durch die ihm durch Trump zugeordnete Rolle beim Gaza-Plan wieder etwas gestärkt wurde. Für Ägypten gilt jedoch auch, was in hohem Maße auf Saudi-Arabien, die VAE und gleichermaßen auf Israel zutrifft: die Irritation über das Erstarren des türkischen Einflusses im Nahen Osten. Konkret in Syrien an der Seite Sharaas und durch die führenden Aufgaben, die Trump Ankara bei der Verwirklichung seines Gaza-Plans zugeordnet hat.

Keynotes

- US-Präsident Donald Trump will nicht nur eine Lösung für den Gaza-Krieg durchsetzen, sondern die gesamte Region neu ordnen. Dazu gehört eine offizielle Einbindung Saudi-Arabiens in eine Sicherheitsarchitektur mit Israel.
- Die direkten Angriffe Israels auf den Iran und dessen Stellvertreter degradierten, zerstörten aber dessen Urananreicherungsprogramm nicht.
- Der Gaza-Waffenstillstand könnte sich, wenn die nur vage skizzierten Punkte zur Verwaltung und Sicherung des Gazastreifens nicht ausgearbeitet und umgesetzt werden, in eine Pattstellung mit Eskalationspotenzial verwandeln, vergleichbar der Situation im Südlibanon im Jahr 2025.
- Der IS profitiert von der internen Fragilität Syriens und könnte im Jahr 2026 weiteren Zulauf durch frustrierte Jihadisten bekommen, denen Interimspräsident Sharaa zu moderat agiert. Dies könnte auch Auswirkungen auf die Region und darüber hinaus haben.



Lucky-photographer/Shutterstock.com

Israels Sicherheit

Innenpolitische, regionale und internationale Trends

Stephan Stetter

Zwei Jahre nach dem Überfall der Hamas auf Israel und dem seither von Israel geführten Krieg in Gaza bleibt die Lage im Nahen Osten instabil und hoch dynamisch. Israel ist weiterhin von einem Machtkampf zwischen der Regierung und Teilen der israelischen Bevölkerung geprägt, während sich keine dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts abzeichnet. Der Gaza-Krieg ist weiterhin ein zentrales Element, ebenso die weltweit zu beobachtende Polarisierung infolge der Terroranschläge vom 7. Oktober 2023 als auch des Gaza-Krieges. Europas Rolle bleibt diplomatisch wichtig, aber limitiert.

Zwei Jahre nach dem Überfall der Hamas auf Israel und dem Beginn des seither von Israel geführten Krieges in Gaza bleibt die Lage im Nahen Osten instabil und hoch dynamisch. Ende September 2025 hat US-Präsident

Donald Trump einen Plan zur Beendigung des Krieges vorgelegt, dessen Umsetzung allerdings zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels noch in einigen Punkten ungewiss ist. Dieser vorgeschlagene Plan kann auch scheitern, wie bereits viele Friedensbemühungen zuvor. Mit Blick auf Israel zeichnen sich vier zentrale sicherheitspolitische Trends ab.

Innenpolitischer Machtkampf

Erstens wird seit Jahren ein innenpolitischer Machtkampf zwischen der nationalistisch-religiös fundamentalistischen Regierung und Teilen der israelischen Bevölkerung geführt. Letztere demonstrierte zunächst gegen eine die Gewaltenteilung infrage stellende Justizreform, und in weiterer Folge für ein Ende des Gaza-Krieges, ein Ende des Einsatzes der eigenen Soldatinnen und Soldaten, und vor allem für die Rückkehr der von der Hamas gefangen genommenen Geiseln. Israel ist innenpolitisch tief von den Anschlägen des 7. Oktober 2023 und deren Folgen gekennzeichnet. Das liegt daran, dass in der Folge der regionalen Ausweitung der Kämpfe im Norden mit der Hisbollah 2023 und 2024 mehrere zehntausende Israelis ihre Heimatorte verlassen und im Inneren des Landes temporären, teilweise bis heute andauernden, Schutz suchen mussten.

Umfragen zeigen, dass die Unzufriedenheit mit und das Misstrauen gegenüber der Regierung Netanyahu in größeren Teilen der Bevölkerung hoch ist. Gleichzeitig fehlt es der politischen Opposition jedoch an einer klaren Botschaft und an der Darlegung (sicherheits-)politischer Alternativen. Für das Jahr 2026, wenn die Wahl zur Knesset ansteht, ist eine Zuspitzung dieses innenpolitischen Machtkampfs zu erwarten – auch, weil die Regierung und der Premierminister persönlich einen Machtverlust zu befürchten haben. Es drohen Korruptionsprozesse, eine für die Regierung nachteilige Aufklärung der Versäumnisse um den 7. Oktober sowie der Verlust politischer Macht zur Durchsetzung der territorialen Ambitionen der Regierung und ihrer Anhängerinnen und Anhänger in Gaza und dem Westjordanland.

Dynamische regionale Trends

Diese angespannte innenpolitische Lage verläuft vor dem Hintergrund hochgradig dynamischer regionaler und globaler Trends. Hier ist, zweitens, die weiter anhaltende Verhärtung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu beobachten. Sowohl die Terroranschläge vom 7. Oktober 2023 als auch der Gaza-Krieg haben in beiden Gesellschaften tiefe Spuren hinterlassen, nicht nur was das aktuelle Konfliktgeschehen betrifft. Sowohl der brutale Überfall der Hamas auf Israel als auch die durch die israelische Kriegsführung entstandene dramatische humanitäre Lage in Gaza traumatisieren große Teile beider Bevölkerungen.

Hierdurch hat das Misstrauen gegenüber der jeweils anderen Seite noch zugenommen. Weder in Israel noch in den palästinensischen Gebieten wird eine innenpolitische Debatte über die Parameter eines möglichen Friedensprozesses und Ausgleichs mit der anderen Seite geführt. Die Hamas stellt zweifellos weiterhin eine strategische Bedrohung Israels dar, auch, wenn sie geschwächt ist. Mit Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt zeichnen sich daher für das Jahr 2026 auch wenig Veränderungen vor Ort ab – selbst im Idealfall eines von außen durchgesetzten Kriegsendes und einer Rückkehr der Geiseln.

Eine israelische Besiedelung des Gazastreifens, die in der derzeitigen israelischen Regierung zahlreiche Anhängerinnen bzw. Anhänger hat, scheint vorerst vom Tisch zu sein. Allerdings betrifft das nicht die weitere Zuspitzung des Konflikts mit Blick auf territoriale Ansprüche im Westjordanland. Ohne einen umfassenden Friedensprozess, der vorerst jedoch nicht zu erwarten ist, bliebe die Sicherheitslage selbst im besten Szenario – dem Ende des Gaza-Krieges – voraussichtlich weiterhin angespannt. In dieser fühlen sich Israelis von der palästinensischen Seite und Palästinenserinnen bzw. Palästinenser von Israel oftmals zurecht bedroht.

Regionale Entwicklungen

In Hinblick auf die regionale Lage hat Israel, drittens, einige militärische Erfolge zu verbuchen. Der Iran wurde durch den Krieg im Jahr 2025 geschwächt, die Hisbollah im Libanon durch israelische Angriffe noch weitaus mehr. Arabischer Kritik am Gaza-Krieg zum Trotz hat kein Staat

die mit Israel bestehenden diplomatischen Beziehungen beendet. Im Gegenteil, arabische Staaten haben mit dem Westen zusammen in einer „liquiden Allianz“ zur Abwehr zweier iranischer Raketenangriffe auf Israel beigetragen und sich etwa an der saudisch-französischen Initiative für eine Zweistaatenlösung interessiert gezeigt. Ein Grund hierfür ist auch, dass sich Israels regionale strategische Position durch die Schwächung der Hisbollah und aufgrund des Sturzes des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad Ende 2024 deutlich gebessert hat.

Die Frage wird sein, ob Israel diese vor allem militärisch begründete Stärkung in politisches und diplomatisches Kapital umwandeln können. Ohne eine Beendigung des Gaza-Krieges wäre das ohnedies nur begrenzt möglich; in diesem Falle ist eher von einer Fortsetzung der Abstimmung zwischen Israel und der Mehrzahl der Staaten der Region, die weiterhin unterhalb der Schwelle enger Kooperation verbleibt, auszugehen. All diese Staaten eint immerhin ein geopolitisches Interesse daran, dass sich der israelisch-palästinensische Konflikt nicht in einen regionalen Staatenkonflikt wandelt.

Israels internationale Position

Auch davon wird, viertens, abhängen, wie sich Israels internationale Position entwickeln wird. Der Gaza-Krieg ist auch hier ein zentrales Element. Israel steht weltweit im Zentrum teilweise stark polarisierender Proteste. Diese sind einerseits von menschenrechtlich bedingter – und berechtigter – Sorge um die Menschen in Gaza getragen, andererseits in Teilen von einer grundsätzlichen Ablehnung Israels und sogar Antisemitismus begleitet. Israels Regierung wiederum versucht, jegliche Kritik an seinem Vorgehen als Antisemitismus zu brandmarken, was letztlich ein Teil dieser starken, weltweiten Polarisierungstendenzen ist.

Ohne ein Ende des Gaza-Krieges ist jedenfalls eine Zunahme dieser Polarisierung zu erwarten. Mit Blick auf die internationale Politik sieht das jedoch etwas anders aus: Auch hier besteht, etwa innerhalb der Region, Kritik am Vorgehen Israels in Gaza, aber auch der Wunsch nach Stabilität. Geopolitische und geoökonomische Interessen an einer weiterhin engen Zusammenarbeit mit Israel sind stark, inklusive des Ausbaus der Beziehungen im Rahmen der Abraham Accords. Hier wird insbesondere die Rolle der USA zentral sein, und ob diese, wie es sich

im Sicherheitsabkommen zwischen den USA und Qatar aus dem September 2025 andeutet, ihre strategischen Interessen stärker mit anderen Staaten in der Region verbinden – etwa der Türkei, Saudi-Arabien, Qatar oder der Vereinigten Arabischen Emirate. Zwar stellt dies kein grundsätzliches Abrücken von Israel dar, verweist aber doch auf gewisse US-israelische Spannungen, die selbst innerhalb der Republikanischen Partei zu beobachten sind.

Für Europa besteht im diplomatischen Szenario bloß ein begrenzter, aber potenziell wichtiger Platz. Frankreich ist es im Bündnis mit Saudi-Arabien gelungen, Gehör zu finden. Das unterstreicht die Bedeutung einer engen strategischen Kooperation zwischen Europa und den Golfstaaten. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten können im Falle einer Beendigung des Gaza-Krieges vor allem finanziell und in sicherheitspolitischen Nischen eine Rolle spielen, etwa auch bei der internationalen Koordination der avisierten und äußerst relevanten Entwaffnung der Hamas und der Zerstörung der Tunnelsysteme in Gaza. Die Frage der Anerkennung eines palästinensischen Staates wird weiterhin auf der Tagesordnung bleiben.

Keynotes

- Zwei Jahre nach dem Überfall der Hamas auf Israel und dem seither von Israel geführten Krieg in Gaza bleibt die Lage im Nahen Osten instabil und hoch dynamisch.
- Für das Jahr 2026, wenn die Wahl zur Knesset ansteht, ist eine Zuspitzung des innenpolitischen Machtkampfs in Israel zu erwarten.
- Sowohl die Terroranschläge vom 7. Oktober 2023 als auch der Gaza-Krieg haben jeweils in der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft tiefe Spuren hinterlassen.
- Ohne einen umfassenden und vorerst nicht zu erwartenden Friedensprozess ist eine weiterhin anhaltend angespannte Sicherheitslage zu erwarten.
- Israel hat zahlreiche militärische Erfolge zu verbuchen, etwa gegen den Iran und die Hisbollah.
- Die Rolle der USA wird in Zukunft zentral sein. Ebenso relevant ist, ob die USA ihre strategischen Interessen stärker mit anderen Staaten der Region verbinden.
- Für Europa ist im diplomatischen Szenario nur ein begrenzter, aber potenziell wichtiger Platz.



Regionales Kräftemessen im Nahen Osten

Walter Posch

Nach dem Sturz des Assad-Regimes verschieben sich die Machtverhältnisse im Nahen Osten. Der Iran verliert an Einfluss, die Türkei stärkt ihre Position in Syrien, während Israel eine ambivalente Haltung einnimmt und den Druck auf verschiedene Akteure in der Region aufrechterhält. Der regionale Konflikt bleibt ungelöst und vielschichtig.

Mit dem Fall des syrischen Assad-Regimes veränderte sich die strategische Gleichung im Nahen Osten. Der Einfluss des Irans wurde reduziert, während der Einfluss der Türkei nun bis Damaskus und somit an die israelische Einflusszone heranreicht. Die neue syrische Regierung unter Ahmad al-Sharaa wurde anstandslos anerkannt – ihrer jihadistischen Wurzeln und der gültigen Terrorlistung in allen internationalen sowie nationalen Terrorlisten westlicher Staaten, der Türkei, Russlands und der arabischen Staaten zum Trotz. Selbst die Islamische Republik Iran versucht, normale diplomatische Beziehungen mit Damaskus zu unterhalten.

Die neue syrische Regierung ist auf sich alleine gestellt nicht in der Lage, die großen Herausforderungen zu bewältigen, vor denen das Land steht. Unterstützung kommt vor allem aus Qatar und aus der Türkei. Letztere fungiert als Schutzmacht und will ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss in Syrien verstetigen. Gleichzeitig ist man in Ankara darum bemüht, die kurdische Entität „Rojava“ einzuhegen, wobei eine friedliche Auflösung und eine Integration dieser in den syrischen Staat angestrebt wird. Vor diesem Hintergrund ist auch der Friedensprozess mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in der Türkei zu sehen. Vor allem aber ist die Türkei dazu bereit, die neue syrische Armee aufzubauen. Dagegen stellt sich Israel, das bereits unmittelbar nach dem Sturz Assads die strategischen Waffensysteme Syriens ausschaltete.

Im Zwiespalt

Israels Haltung gegenüber den neuen Machthabern in Syrien ist zwiespältig. Einerseits hegt man die nicht unbegründete Hoffnung, dass Jihadisten aus dem Umfeld Sharaas ihren Einfluss im Libanon geltend machen und dort eine neue Front gegen die Hisbollah, den wichtigsten Verbündeten des Irans, eröffnen. Andererseits hat Israel den strategisch wichtigen Golan annektiert und beansprucht Südsyrien als permanente Pufferzone. Eingedenk ihrer Schwäche scheute die syrische Regierung die Konfrontation mit Israel, wofür sie von ihren Anhängerinnen und Anhängern kritisiert wurde. Erst nach dem Gewaltausbruch gegen die Drusen und die anschließende israelische Intervention im Sommer 2025 kritisierte Sharaa Israel und beschwor die Einheit des Landes.

Sharaas Versuch, sich als Präsident aller Syrerinnen und Syrer sowie als Beschützer der Minderheiten zu inszenieren, scheiterte. Denn der aus dem Jihadismus hervorgegangenen Regierung fällt es schwer, die Rechte der christlichen, drusischen und alawitischen Minderheiten zu schützen – das zeigen die Massaker im Frühjahr 2025 in Latakia und im Sommer 2025 in Suwaida deutlich. Sharaa befindet sich damit in einer Zwickmühle: Dem Westen gegenüber muss er sich aus wirtschaftlichen Gründen minderheitenfreundlich zeigen, was von seiner Basis abgelehnt wird, da diese das Assad-Regime mit Alawitinnen und Alawiten gleichsetzt. Es ist davon auszugehen, dass die notwendigen Versöhnungs- und Reformprozesse durch unterschwellige und eruptiv ausbrechende Identitätskonflikte verschleppt oder verhindert werden.

Zwischen Kalkül und Kontrolle

Für Israel stellt das gegenwärtige Syrien keine akute Bedrohung dar. Das kann sich ändern, sollte sich Israel dazu entscheiden, mit Bodentruppen zu intervenieren. Trotz Waffenstillstands wird Israel den militärischen Druck auf die Hisbollah weiter aufrechterhalten und versuchen, mit internationaler Hilfe die Entmachtung und vielleicht sogar Entwaffnung der Organisation im Libanon zu erreichen. Gleichzeitig bleiben Gaza und die West Bank im Zentrum der israelischen Politik. Teilweise scharfer internationaler Kritik zum Trotz setzt Israel seine harte Politik gegen die Palästinenserinnen und Palästinenser in Gaza fort, in der Hoffnung, diese mögen „freiwillig“ das Land verlassen. Bisher sträuben sich potenzielle Aufnahmestaaten dagegen, diese aufzunehmen, woran auch die Bilder von Hungersnot und massenweisem Elend nichts ändern.

Militärisch sind die Hamas und ihre Verbündeten noch immer dazu in der Lage, israelische Truppen im Gazastreifen anzugreifen, ohne jedoch eine Entscheidung auf dem Gefechtsfeld herbeiführen zu können. Neben Gaza eskaliert die Lage in der West Bank, wo radikale Siedler im Verbund mit rechtsextremen Milizen regelmäßig palästinensische Dörfer angreifen und auch die Konfrontation mit israelischen Sicherheitskräften nicht scheuen, wenn diese intervenieren. Der beständige Druck der Siedlungsbewegung wird sich politisch in der Annexion weiterer Gebiete in der West Bank manifestieren. Dadurch wird die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) sowohl für die palästinensische als auch die israelische Bevölkerung immer uninteressanter. Das erklärt israelische Überlegungen, die PA durch kleinere, regionale Herrschaftsformen einflussreicher Clans und Stammesführer zu ersetzen.

Hauptfeind: Iran

Auf strategischer Ebene bleibt der Iran der Hauptfeind Israels. Der militärische Schlagabtausch zwischen Israel und Iran im Juni 2025 führte zu keiner Entscheidung. Israel nahm über tausend unbeteiligte iranische Opfer in Kauf, um wichtige Nuklearanlagen zu zerstören und die gesamte Führungsebene der iranischen Streitkräfte und führende Nuklearwissenschaftler zu töten. Iran wiederum traf wichtige Elemente der kritischen Infrastruktur Israels wie Raffinerien, militärische Anlagen und Forschungseinrichtungen. Aufgrund des effizient ausgebauten Zi-

vilschutzes kamen in Israel jedoch weniger als 30 Personen zu Schaden. Die Auseinandersetzung endete nach dem Eingreifen der USA, die drei Nuklearanlagen zerstörten, und dem iranischen Gegenschlag auf den US-Luftwaffenstützpunkt al-Udeid in Qatar, bei dem keine Todesopfer zu beklagen waren.

Unmittelbar vor dem israelischen Angriff hatten die USA und der Iran Gespräche über das iranische Nuklearprogramm geführt. Dabei sollte die Möglichkeit einer Wiederbelebung des gemeinsamen Aktionsplans (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) erwogen werden, der 2015 auf EU-Initiative hin beschlossen und 2018 von den USA einseitig aufgekündigt worden war. Dieser Plan regelte die Umsetzung von Sanktionserleichterungen; im Gegenzug erlaubte der Iran Inspektionen der in Wien ansässigen internationalen Atomenergiebehörde (IAEA).

Hintergrund ist das zivile Nuklearprogramm des Irans, das mit russischer Hilfe im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags betrieben wird. Stein des Anstoßes ist dabei das Urananreicherungsprogramm, das internationalen Expertinnen und Experten zufolge nicht in diesem Umfang für ein rein ziviles Programm notwendig ist. Es wird befürchtet, dass dieses Programm das technologische Tor zur Entwicklung von Nuklearwaffen darstellen könnte. Der israelische – und später US-amerikanische – Angriff auf die iranischen Nuklearanlagen sollte die Entwicklung eines potenziellen Nuklearwaffenprogramms bereits im Keim ersticken.

Aus israelischer Sicht muss der Iran weiterhin international isoliert bleiben. Vor allem sollen wichtige Wirtschaftspartner wie die EU ihre Beziehungen zum Iran begrenzen und das Land dadurch einen Schritt näher an den Staatskollaps gebracht werden. Die Nuklearfrage ist dabei nur ein Element, mindestens ebenso relevant ist die Tatsache, dass der Iran der letzte verbliebene Staat ist, der die Palästinenserinnen und Palästinenser gegen Israel unterstützt. Die anderen Regime im Irak, Libyen und Syrien wurden, einer Strategie aus den 1990er Jahren folgend, in den letzten 20 Jahren neutralisiert – oft um den Preis des Staatszerfalls.

Ausblick

Der iranisch-israelische Gegensatz wird auf absehbare Zeit der dominierende Faktor bleiben. Dabei ist jedoch noch unklar, wie sich der Jihadismus weiterentwickeln wird, also ob er auf Syrien begrenzt bleiben, oder der IS mit globalem Anspruch zurückkehren wird. Das bedeutet auch, dass das Kapitel der „irregulären“ bzw. ideologischen Akteure noch lange nicht abgeschlossen ist. Das trifft auch auf die jemenitischen Houthis zu, die nach wie vor in der Lage sind, strategisch zu wirken und sowohl die internationale Schifffahrt als auch Israel aus ideologischen Gründen zu bedrohen.

Den politisch-ideologisch handelnden Akteuren im Nahen Osten fällt die Regression der westlichen (inkl. israelischen) Fähigkeit zur Machtprojektion auf. Operationen wie der Einmarsch Israels in Beirut im Jahr 1982 oder die Befreiung Kuwaits im Jahr 1991 wären heute in dieser Art nicht mehr möglich. Ganz abgesehen vom strategischen Desaster, dass nach 20 Jahren Krieg nun iranfreundliche Gruppen im Irak an der Macht sind und die Taliban nun wieder Afghanistan kontrollieren. Schließlich müssen strategische Planer in Zukunft auch die demographischen Veränderungen und engen Beziehungen der eigenen Bevölkerung mit dem Nahen Osten berücksichtigen.

Keynotes

- Nach dem Sturz von Bashar al-Assad verschiebt sich das Machtgefüge im Nahen Osten. Der Iran verliert, die Türkei gewinnt an Einfluss bis nach Damaskus.
- Die neue syrische Regierung unter Ahmad al-Sharaa wird trotz ihrer jihadistischen Wurzeln international anerkannt. Während er sich gegenüber dem Westen minderheitenfreundlich zeigt, werden die notwendigen Versöhnungs- und Reformprozesse wahrscheinlich durch Identitätskonflikte verzögert oder verhindert.
- Israels Ziel ist einerseits die Schwächung der Hisbollah und der Hamas, andererseits die Etablierung und Sicherung von Pufferzonen.
- Der Iran bleibt Israels Hauptgegner, der regionale Konflikt bleibt komplex und ungelöst.



Osteuropa und Südkaucasus

Christoph Bilban

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine seit 2022 hat die geopolitische Lage in Europa grundlegend verändert. Zwar war eine Änderung der Dynamik mit Beginn der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps in den USA absehbar, ein Ende des Krieges ist aber auch Ende 2025 noch nicht in Sicht. Für das Jahr 2026 ist eine Vereinbarung zwischen dem russischen Machthaber Vladimir Putin und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj deutlich wahrscheinlicher. Der Fortgang des russischen Krieges in der Ukraine bleibt auch im Jahr 2026 bestimmend für die Lage in Osteuropa und dem Südkaucasus.

Der im Jahr 2022 begonnene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine veränderte die geopolitische Lage in Europa und bleibt auch im Jahr 2026 ein für die Lage in Osteuropa und dem Südkaucasus bestimmender Faktor. Derzeit verschlechtert sich die Lage für die Ukraine aufgrund von Rekrutierungsschwierigkeiten, aber auch aufgrund

der im zweiten Halbjahr 2025 nachlassenden Unterstützung der EU und aufgrund ausbleibender US-Waffenlieferungen. Es war abzusehen, dass sich die Lage der Ukraine mit Beginn der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps verschärfen würde.

Aber auch für Russland brachte das Jahr 2025 keine militärischen Durchbrüche, wenngleich der russische Präsident Vladimir Putin durch die Aufnahme von Verhandlungen mit den USA einen Erfolg erzielen konnte. Die US-Vermittlung zwischen Kyiv und Moskau brachte allerdings bisher keinen Durchbruch. Für das Jahr 2026 erscheint eine Vereinbarung zwischen Putin und Selenskyj als deutlich wahrscheinlicher, da sich die bestehenden militärischen und wirtschaftlichen Probleme beider Seiten aller Voraussicht nach nicht verbessern werden.

Russlands nicht-militärischer Angriff auf Europa

Russlands Völlinvasion der Ukraine zu Beginn des Jahres 2022 machte deutlich, dass es sowohl das Potenzial als auch den Willen besitzt, seine Ziele in internationalen Konflikten mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Mit Blick auf die Kriegsdefinitionen der russischen Militärdoktrin 2014 befindet sich Russland in der Ukraine in einem „regionalen Krieg“, wenngleich es offiziell noch immer von einer „speziellen Militäroperation“ spricht. Die russischen militärischen und politischen Ziele bleiben die „Demilitarisierung“ und die sicherheitspolitische Neutralisierung der Ukraine sowie ein Regimewechsel. Als weiteres Ziel strebt Moskau die Schaffung einer sicherheitspolitischen Pufferzone bis nach Mitteleuropa an, was auch im Jahr 2026 mit allen Mitteln, ausgenommen militärischen, weiterverfolgt wird.

Russlands hybride Maßnahmen reichen dabei von physischen Angriffen auf kritische Infrastrukturen über Cyber-Angriffe bis hin zu Sabotage und Spionage. Moskau setzt außerdem auf die Beeinflussung regierender als auch oppositioneller Parteien, eine gezielte Informationskriegsführung gegen die Bevölkerung und die Unterstützung radikaler Gruppen im gesamten politischen Spektrum – sowohl in Europa als auch den USA. Die Frage, ob Russland EU-Mitgliedsstaaten „angreifen“ wird, stellt sich daher nur bedingt. Es verfolgt seine Ziele bereits in drei von vier Machtkategorien: Diplomatie, Wirtschaft und Information. Es ist anzunehmen, dass diese Aktivitäten im Jahr 2026 zunehmen werden,

insbesondere vor dem Hintergrund rezenter Wahlsiege pro-russischer Politikerinnen und Politiker.

Krieg als Option

Ein bewaffneter Angriff auf einen EU-Mitgliedsstaat bleibt in absehbarer Zeit eine denkmögliche Option. Die Eigenwahrnehmung als Großmacht steht auch im Jahr 2026 im Zentrum russischer Außenpolitik. Donald Trumps Haltung gegenüber dem Krieg in der Ukraine, die als immer stärker genervt charakterisiert werden kann, zeigte Putin, dass er seine Ziele durch diese „spezielle Militäroperation“ erreichen kann. Dabei geht es nicht nur um den militärischen Sieg über die Ukraine, sondern auch um Russlands Wunsch, wieder als hegemoniale Macht in Europa Einfluss nehmen zu können. Ein Rückzug der USA in eine neue „Splendid Isolation“ würde Putin den Weg dafür ebnen.

Seit 2025 ist unklar, wie die USA ihre Rolle in der NATO und in Europa verstehen. Entscheidend für Russlands Absicht, einen EU-Mitgliedsstaat anzugreifen, bleibt daher die russische Einschätzung der US-Rolle in Europa. Solange die NATO-Beistandsverpflichtung funktioniert und insbesondere die USA dabei ihre militärischen Mittel im vollen Umfang weiterhin für die Bündnisverteidigung bereitstellen, würde ein solcher Angriff für Russland wohl nur zur Erreichung eines „fundamentalen Ziels“ infrage kommen. Das umfasst etwa das eigene Überleben als Staat. Für einen solchen, als „großen Krieg“ bezeichneten, Fall könnte Moskau wohl bereits heute seine noch vorhandenen wirtschaftlichen, militärischen und personellen Ressourcen mobilisieren – auch, wenn die Erfolgsaussichten gering erscheinen mögen. Die Motivation für einen solchen „großen Krieg“ scheint in den militärischen und politischen Führungskreisen in Russland, soweit erkennbar, gering. Nichtsdestotrotz wird die russische Bevölkerung seit 2012 und verstärkt seit 2022 propagandistisch auf einen solchen Fall vorbereitet. Das Risiko ist daher nicht zu ignorieren.

Risiko: Dysfunktionale NATO

Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos nimmt mit der, in Moskau allenfalls so beurteilten, Dysfunktionalität der NATO deutlich zu. Ein Rückzug der USA aus den Verteidigungsstrukturen oder die Zunahme

ruslandfreundlicher Regierungen in NATO-Mitgliedsstaaten könnten diese Beurteilung in Moskau fördern. Würde ein räumlich begrenzter Angriff auf einen EU- und NATO-Mitgliedsstaat keine militärische Reaktion, sondern eine Spaltung der NATO hervorrufen, könnte Russland einen Angriff aus heutiger Sicht als möglich erachten. Neben einer begrenzten militärischen Operation wäre mit nuklearen Drohungen und umfangreichen Sabotageaktionen in Europa zu rechnen.

Durch einen Zusammenbruch der NATO, und möglicherweise infolgedessen auch der EU, würde Russland seine gewünschte sicherheitspolitische Puffer- und politische Einflusszone bis Mitteleuropa erreichen. Für ein solches Szenario müsste Russland jedoch davor den Krieg in der Ukraine zumindest temporär beenden, um sein volles militärisches Bedrohungspotenzial wiederzuerlangen. Europäische und nordamerikanische Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass Russland nach einem Waffenstillstand zwischen fünf und zehn Jahre benötigen wird, um seine Streitkräfte wieder zu regenerieren und neu auszurichten. Bereits heute ist erkennbar, dass nicht alle neu produzierten Rüstungsgüter bzw. Munition im Krieg gegen die Ukraine eingesetzt werden – der Aufbau neuer Reserven läuft bereits.

Österreich wäre von einem solchen Risiko vor allem dadurch betroffen, dass es eine zentrale Drehscheibe für Bewegungen von Süd- nach Nordeuropa oder von West- nach Mittelost- und Südosteuropa darstellt. Um die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Szenarios kontinuierlich zu verringern, sollten einerseits schon getroffene Maßnahmen zur Auf- und Nachrüstung fortgesetzt werden. Zudem muss Europa seine eigenständige Verteidigungsfähigkeit unabhängig von den USA ausbauen. Flexible europäische militärische Führungsstrukturen und ein umfassendes Luftverteidigungssystem sind ein wesentlicher Teil davon. Andererseits sollten diplomatische Begleitmaßnahmen nicht außer Acht gelassen werden.

Vulnerable Region zwischen den Machtblöcken

Von der Schwäche der regelbasierten Weltordnung besonders betroffen bleiben die Staaten zwischen der EU und Russland. Im Südkaukasus wird im Jahr 2026 die autoritäre Regierungsführung in Georgien wohl weiter ausgebaut werden. Die Regierung der Partei „Georgischer Traum“ hat sich

die EU-Beitrittsperspektive damit vorerst verwehrt. Für die ungelösten Konflikte mit Abchasien und Südossetien hat dies vor allem humanitäre Folgen. Gemeinsam mit der Auflösung der US-Behörde für internationale Entwicklung (United States Agency for International Development, USAID) trifft die Einstellung von Hilfsprogrammen in erster Linie die vom Konflikt betroffene Bevölkerung. Russlands De-Facto-Herrschaft über diese beiden Regionen wird von Tiflis hingenommen. Moskau zeigt keine Absichten, die beiden Gebiete zu annektieren. Tiflis baut seine Beziehungen mit Moskau vor allem wirtschaftlich weiter aus. Es ist damit zu rechnen, dass sich dieser Trend auch im Jahr 2026 fortsetzen wird.

Positivere Aussichten bestehen für die Republik Moldau. Dort konnte sich nach den Präsidentschaftswahlen 2024 und Parlamentswahlen 2025 die pro-europäische Präsidentin Maia Sandu mit ihrer Regierungspartei trotz russischer Einflussnahme an den Wahlen behaupten. Entscheidend für die weitere Entwicklung wird im Jahr 2026 sein, ob die Regierung die bestehende Polarisierung auflösen kann. Im Jahr 2026 könnte indes eine Lösung des Konflikts mit der Region Transnistrien vorangetrieben werden. Das pro-russische Regime in Tiraspol gerät seit der Einstellung der russischen Gaslieferungen über die Ukraine Anfang 2025 immer mehr unter Druck. Dennoch bleibt Transnistrien für Moskau ein Hebel für Versuche, die Republik Moldau zu destabilisieren. Die EU kann hier mit ihrer GSVP-Mission und im Rahmen des Beitrittsprozesses aktiv zur Stärkung der Resilienz des Landes beitragen.

Im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan zeichnet sich, nach Unterzeichnung der von US-Präsident Trump vermittelten Washingtoner Deklaration vom August 2025, mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Friedensabkommen ab. Die Zeitleiste dafür ist aber nicht ganz klar. Positive Signale sind sichtbar, aber schwierige Fragen könnten auch im Jahr 2026 noch vertagt werden. Baku hat 2025 sein Ziel des Korridors durch Südarmenien zu seiner Exklave Nachitschewan – nun als Trump Road for International Peace and Prosperity bezeichnet – erreicht. Der Korridor wird bereits umgesetzt.

Der größte Unsicherheitsfaktor dafür, ob Armenien einen Friedensvertrag auch langfristig akzeptieren können wird, sind die armenischen Parlamentswahlen im Jahr 2026. Armeniens Premierminister Nikol Patschinyan zeigt sich jedenfalls gewillt, einen solchen Vertrag zu unterzeichnen, während Aserbaidschan noch die armenischen Wahlen ab-

warten könnte. In Armenien zeichnete sich Ende des Jahres 2025 ein Konflikt zwischen Regierung und Opposition ab, der von Russland noch zur Destabilisierung ausgenutzt werden könnte. Sollte es zu einem nachhaltigen Frieden im Südkaukasus kommen, müsste Moskau um seine Militärbasis in Armenien fürchten. Die armenischen Wahlen 2026 sind daher mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Folglich wird Armenien seine multivektorielle Außenpolitik, die zukünftige Abhängigkeiten vermeiden soll, weiter ausbauen. Die EU ist dabei einer von mehreren Partnern Jerewans.

Keynotes

- 2026 werden die sprunghafte Außenpolitik der USA und die Fähigkeit Europas, weiterhin Unterstützung für die Ukraine zu leisten, wesentliche Faktoren für den Fortgang des Ukrainekrieges sein.
- Eine gemeinsame EU-Linie in sicherheitspolitischen Fragen gegenüber Russland und auch Osteuropa wird zunehmend schwieriger zu finden sein.
- Österreich sollte im Jahr 2026 daher im Rahmen seiner rechtlichen und politischen Möglichkeiten zur Stärkung einer geeinten europäischen Außen- und Sicherheitspolitik beitragen.
- Angesichts der kontinuierlichen hybriden Angriffe in Europa sollte Österreich die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern zur Erkennung und Abwehr dieser Bedrohungen 2026 noch verstärken.
- Die EU-Politik gegenüber den meisten Nachbarn in Osteuropa und im Südkaukasus wird 2026 vor allem von pragmatischer Kooperation geprägt sein. Die Ukraine und die Republik Moldau werden als EU-Beitrittskandidaten weiterhin besonders unterstützt.



Fred Marie/Shutterstock.com

Sicherheitslage im Sahel

Russlands imperialistischer Schachzug an Europas Südflanke

Will Brown

Russland nutzt das Machtvakuum im Sahel nach dem Rückzug des Westens, um mit Söldnern, Propaganda und wirtschaftlicher Einflussnahme neue Abhängigkeiten zu schaffen. Die daraus entstehende Instabilität bedroht Europas Sicherheit durch Migration, Desinformation und regionale Konflikte.

Der Rückzug des Westens aus dem zentralen Sahel hat ein Vakuum hinterlassen, das Moskau nunmehr befüllt – mit einer potenten Mischung aus angeheuerten Kräften und Kriegsführung im Informationsraum. Libyen dient als Eintritts- und Knotenpunkt in den Sahel; indes haben Mali, Burkina Faso und Niger ihre Partnerschaften mit dem Westen durch die Zusammenarbeit mit russischen Auftragnehmern und Propagandamühlen ersetzt. Das Resultat: Ein Fragilitätsgürtel, der sich über West- und Nordafrika zieht, bis zum Sudan reicht und Europa

über Migration, transnationale organisierte Kriminalität und Informationsoperationen beeinflusst.

Aktuelle Lage im Sahel

Das russische Afrikakorps, das größtenteils aus Überbleibseln der Gruppe Wagner besteht, umfasst etwa 10 000 Personen und hat Ambitionen, aufzuwachsen. Trotz eines formellen „Rückzugs“ der Wagner-Gruppe, sind nach wie vor etwa 2 000 russische Söldnerinnen bzw. Söldner in Mali aktiv. Deren Bilanz ist verheerend: Das Massaker in Moura im Jahr 2022 forderte etwa 500 zivile Todesopfer, Unfälle im Luftraum und veraltete Ausrüstung widerlegen Behauptungen der malischen Junta, dass es Fortschritte im Sicherheitsbereich gebe. Das Debakel von Tinzouatène im Juli 2024, bei dem ein Konvoi der malischen Armee und der Gruppe Wagner in einen Hinterhalt gelockt wurde, resultierte in schweren Verlusten für sowohl Mali als auch Russland. Infolgedessen begann sich der Zusammenhalt der Junta zu lockern, was zu zahlreichen Verhaftungen führte.

In Burkina Faso haben sich jihadistische Gruppen in ländlichen Gegenden verankern können, während sich die Regierung langsam in Richtung der Hauptstadt Ouagadougou zurückzieht und ihre dürftigen Ressourcen in die Online-Mythosserzeugung steckt. Nigers „Pivot“ von Frankreich und den USA bewirkte, dass es sich nunmehr auf eine dünnere Mischung aus Partnern und Ausbildnern verlassen muss. Es folgt nun demselben Weg wie Burkina Faso und verlässt sich auf Mitglieder sogenannter „Patriotischer Milizen“, was voraussichtlich Schwierigkeiten in der Regierungsführung und sich weiter ausbreitende Gewalt zur Folge haben wird.

Regionale Instabilität

Sind die Regime im Sahel stabil? Sie kontrollieren Städte, befehlen Luftschläge und dominieren das Internet. Nichtsdestotrotz fällt ihnen die Kontrolle von Straßen, Märkten oder des Landes schwer. Verlustreiche Operationen, Korruption in Zusammenhang mit Vertragsabschlüssen und die Auslagerung von Aufgaben an Milizen stellen die Streitkräfte vor große Herausforderungen und unterminieren sie von innen heraus. Regionale Instabilität breitet sich aus. Togo rückte näher an Moskau heran, um

Unterstützung gegen jihadistische Gruppen zu erhalten, die über seine nördliche Grenze in das Land eindringen. Wahrscheinlich wird es in Bälde Operationen des Afrikakorps zulassen. Indes betreibt Guinea eine Hedging-Strategie, während Äquatorialguinea russischen Truppen bereits gestattet, im Land zu operieren, um das Regime zu schützen.

Zugleich führte die Joint Force der Konföderation der Sahelstaaten zu einem offiziellen Bruch mit der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS und vertieft die strategische Neuausrichtung der Region. ECOWAS hat zwar einiges an Relevanz und Glaubwürdigkeit eingebüßt, insbesondere nach der gescheiterten Politik der Abschreckung nach dem Putsch in Niger im Jahr 2023, ist aber nicht irrelevant. Die Organisation spielt immer noch eine wichtige Rolle für Sanktionen, Mediation und Handel. Hier besteht die größte Herausforderung darin, ihren Einfluss bei den Juntas der Region wieder aufzubauen.

Die Republik Tschad verdient besondere europäische Aufmerksamkeit. Zwischen dem sudanesischen Bürgerkrieg, den libyschen Milizen und dem Söldnerkorridor der Zentralafrikanischen Republik gelegen, steht das Land vor besonderen Herausforderungen. Nach dem Rückzug Frankreichs umwirbt der Tschad die Türkei aufgrund von möglichen Drohnenlieferungen und die Vereinigten Arabischen Emirate aufgrund des Geldflusses. Zugleich testet es russische Offerte. Diese Fragilität lockte zuletzt auch andere europäische Akteure an. Ungarn beispielsweise prüft eine Präsenz im Tschad, offiziell zur Migrationskontrolle und Unterstützung für christliche Gruppen. Dies würde mit seiner toleranten Außenpolitik gegenüber Russland in Einklang stehen. Ob dies den Tschad stabilisiert oder die EU in einen weiteren fragwürdigen Sicherheitsdeal verwickelt, bleibt abzuwarten.

Flucht und Propaganda

Vertreibung ereignet sich aktuell lediglich regional. Die meisten Flüchtlinge aus dem Sahel bewegen sich eher innerhalb Westafrikas als nach Europa. Allerdings sind die Zahlen alarmierend. Allein im Jahr 2024 flohen über 127 000 Burkinerinnen und Burkiner in Richtung der westafrikanischen Küstenstaaten. Ungefähr Mitte des Jahres 2025 kam es zu neuerlichen Flüchtlingsströmen aus Burkina Faso nach Mali. Diese bleiben vor allem aufgrund der Kosten, des Gemeinschaftszusammenhalts

und der Gefahren der nördlichen Routen intra-regional. Das könnte sich allerdings bald ändern. Sollten die Hauptstädte und die Küstenstaaten des Sahel weiterhin Druck verspüren, werden sich wahrscheinlich weitere Personen in Richtung Nordafrika und Europa aufmachen. Manche Berichte zeigen zudem, dass Russland Einfluss auf diverse Migrantenschmuggel-Netzwerke in Libyen nimmt.

In jedem Fall gedeihen Schmuggel und Jihadismus in Räumen, in denen ein Machtvakuum vorherrscht. Libyens Häfen und Routen durch die Wüste verbinden das Chaos des Sahel mit dem Mittelmeer, was auch Flüchtlingsströme betrifft. Die Ankünfte in Italien über die libyschen Korridore nehmen bereits wieder zu. Russland versteht die Politik dieser Flüchtlingsströme, und eines seiner Kernziele ist offensichtlich, Einfluss über an Küsten gelegene Knotenpunkte und die Routen im Sahel zu gewinnen. Das würde Moskau Einfluss auf innereuropäische Debatten geben.

Souveränitätsdiskurse und Informationsarchitektur

Die Juntas der Sahel-Region folgen einem Souveränitätsdiskurs, spielen mit legitimen afrikanischen Diskussionen um Pan-Afrikanismus, Anti-Kolonialismus und Souveränismus – über die extensiven, russisch trainierten Propagandanetzwerke. Diese Bemühungen werden durch russische Narrative in diversen Sprachen, darunter Französisch, Englisch, Arabisch und weitverbreitete afrikanische Sprachen unterstützt. Diese Kanäle wurden dabei sorgfältig kultiviert, sodass sie organisch und lokal erscheinen. Die Auswirkungen dieses Netzwerks sind schwer zu quantifizieren, aber sie beeinflussen zweifellos die Wahrnehmung westlichen Engagements negativ. Im Gegenzug befeuern sie Russlands Attraktivität. Ein weiteres Ziel scheint die Einflussnahme auf die afrokaribische Diaspora in Europa und Nordamerika zu sein.

Russland versucht mit seiner Politik im Sahel, diese Staaten in Richtung Moskau zu orientieren. Desillusioniert von der westlichen Konditionalität sehen manche Regierungen das Modell der BRICS+ als Finanzierungsquelle und diplomatische Deckung. Moskaus Souveränitätsnarrativ trifft in der jeweiligen Bevölkerung einen Nerv – sogar dort, wo Eliten gegenüber Russland vorsichtig bleiben, da der Westen als moralisierend wahrgenommen wird, was Menschenrechte und Regierungsführung betrifft.

Das Risiko für Europa besteht nicht nur darin, dass sich mehr Putsche ereignen können, sondern in einer langlebigen Informationsarchitektur, die Befremdung zwischen Europa und Afrika fest etabliert.

Handlungsoptionen für Europa

Europas Glaubwürdigkeit kann durch eine robustere Sicherheitsantwort in der Region gestärkt werden, die russischer Einflussnahme entgegenwirken würde. Die Europäische Friedensfazilität ist hier auf dem richtigen Weg, aber Europa hat nach wie vor kein wirksames Gegenmittel gegen feindliche staatliche Akteure. So kann beispielsweise europäische Munition in Benin lediglich zu Trainingszwecken verwendet werden, was für Kritik an der europäischen Scheinheiligkeit sorgt. Lieferungen, die eine genuine Veränderung auf dem Schlachtfeld herbeiführen sind dabei relevant: Trainings mit echter Ausstattung, Enabler für schnelle Reaktionsfähigkeit und das Tracking von Schäden für Zivilistinnen und Zivilisten – gemeinsam mit afrikanischen Partnern.

Russische Einflussnahme und Finanzierungsketten sollten dabei als transnationale, kriminelle Unternehmungen behandelt werden. Diejenigen, die diese Unternehmungen ermöglichen, sollten konsequent sanktioniert werden, und zwar durch die EU, Großbritannien, die USA, Kanada, die Schweiz und Norwegen. Der Druck auf Propagandistinnen und Propagandisten, die ungestört auf europäischem Boden tätig sind, sollte erhöht werden. Weiters sollte Europa damit beginnen, sich im Informationsraum zu wehren. Geldmittel sollten nicht in Konferenzen, sondern in afrikanische Medien wie beispielsweise in Lokalradios und vertrauenswürdige Kabelanbieter fließen. Ebenso können vertrauenswürdige Fact-Checker und lokale Influencer finanziert werden, die Moskaus Korruption, Misshandlungen und Sicherheitsschwächen in der Region offenbaren.

Keynotes

- Der Rückzug des Westens aus dem Sahel hat ein Machtvakuum geschaffen, das Russland mit militärischen Mitteln und Informationskriegsführung zu füllen versucht.
- Moskau nutzt Söldner, Propaganda und Souveränitätsrhetorik, um Regierungen in Mali, Burkina Faso und Niger an sich zu binden und seinen Einfluss regional auszuweiten.
- Die Kombination aus fragilen Regimen, Milizen, Migration und russischer Einflussnahme destabilisiert Westafrika und wirkt über Libyen bis nach Europa.
- Europas Antwort muss in glaubwürdiger Sicherheitsunterstützung, Sanktionen gegen russische Netzwerke und einer offensiven Informationsstrategie bestehen.



Langwieriger Krieg im Sudan und die Gefahr regionaler Folgen

Sara de Simone und Lucia Ragazzi

Die in der Anfangsphase des Krieges im Sudan befürchteten Folgen beginnen nun, 31 Monate nach Beginn des Konflikts, zunehmend einzutreten. Im Sudan ereignet sich eine der schwersten humanitären Krisen der Welt, im Zuge derer es auch zu Massenvertreibungen kommt. Das stellt sowohl den Sudan als auch dessen Nachbarstaaten vor massive Herausforderungen. Diplomatischen Bemühungen sind oft durch die Entwicklungen vor Ort Grenzen gesetzt. Sollte der Konflikt fort dauern, werden dessen Schockwellen in der gesamten Rotmeer-Region und darüber hinaus zu spüren sein.

Der Krieg im Sudan eskalierte zu einer der schwersten humanitären Krisen weltweit, über deren Ausmaß kaum berichtet wird. Der Konflikt weitete sich über Schlüsselregionen hinaus aus und verwandelte urbane Zentren ebenso wie das landwirtschaftlich geprägte Kernland in ein Schlachtfeld. Im Jahr 2025 schätzte das UN-Büro für die Koordinierung von humanitären Angelegenheiten (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, UN OCHA), dass überwältigende 30 Mio. Menschen dringend humanitäre Hilfe benötigen – über die Hälfte der sudanesischen Bevölkerung. Etwa zwölf Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht; bei acht Millionen handelt es sich um Binnenvertriebene und vier Millionen haben Zuflucht in den Nachbarstaaten des Sudan gesucht, insbesondere im Tschad, dem Südsudan und Ägypten.

Situation vor Ort

Der Kollaps essenzieller Leistungen führte zu akuten Mangellagen. Die Gesundheitsversorgung hat weitgehend aufgehört, zu funktionieren, und weite Gebiete sehen sich einer katastrophalen Lebensmittelknappheit ausgesetzt. Im Norden der Provinz Darfur ist bereits bestätigt, dass es sich um eine Hungersnot handelt, und weitere Regionen sind einem erheblichen Risiko ausgesetzt. Berichte über die weitverbreitete Tötung von Zivilistinnen und Zivilisten, sexuelle Gewalt und die Zerstörung von Infrastruktur intensivieren diese Krise.

Die Kämpfe zwischen den Sudan Armed Forces (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) begannen, als die fragile Allianz zwischen deren Anführern, Abdel Fattah al-Burhan und Mohammed Hamdan „Hemedti“ Dagalo, zusammenbrach. Das Ziel dieser Allianz war es eigentlich, die Kontrolle über den post-revolutionären Sudan nach der Entmachtung Omar al-Bashirs wiederzuerlangen. Seither durchlief der Konflikt mehrere Phasen, in denen sich beide Konfliktparteien mit verschiedensten lokalen Milizen verbündeten. Die SAF schienen Ende 2024 und Anfang 2025 monatelang die Oberhand zu gewinnen; so gelang es ihnen etwa, die Hauptstadt Khartum zu erobern. Allerdings starteten die RSF Offensiven in Kordofan und den wenigen Gebieten in Darfur, die nach wie vor nicht unter ihrer Kontrolle standen. Am wichtigsten dabei war die Hauptstadt Nord-Darfurs, al-Fashir.

Nach einer 18-monatigen Belagerung fiel die letzte SAF-Garnisonstadt in Darfur an die RSF. Obgleich der Zugang zu diesem Gebiet strikt begrenzt bleibt, vermeldeten sowohl UN-Agenturen als auch Hilfsgruppen zahlreiche Gräueltaten, ethnisch motivierte, gezielte Tötungen und eine Massenflucht in das benachbarte Tawila. Der Durchbruch der RSF stärkt die Position der paramilitärischen Gruppe, die nun die Kontrolle über fast ganz Darfur ausübt. Die RSF werden sich nun wahrscheinlich darauf konzentrieren, ihre Präsenz in der Region zu konsolidieren, während sich die Kämpfe in Schlüsselgebiete ins nördliche und südliche Kordofan verlagern werden.

Teilung steht im Raum

Die gegenwärtige Verteilung der Kräfte, bei der die RSF den Westen und die SAF sowohl den Osten als auch den Norden des Landes kontrollieren, lässt die Furcht vor einer faktischen Teilung des Sudan aufkommen. Diese wird durch den Umstand bestätigt, dass beide Seiten Parallelregierungen gebildet haben. Die SAF bildeten eine Regierung in Port Sudan, während die RSF eine zivile Parallelregierung (Tasis) in Nyala eingerichtet haben, die von Hemedti angeführt wird.

Eine derartige Teilung würde sowohl für die Region als auch die bereits zutiefst leidgeprüfte Bevölkerung des Sudan wesentliche Unsicherheiten bedeuten. Die Ereignisse, inklusive wiederholter Drohnenangriffe in Kordofan und um Khartum im November 2025, legen nahe, dass weder al-Burhan noch Hemedti dieses Szenario als optimal beurteilen. Es ist wahrscheinlich, dass beide versuchen, einen militärischen Sieg herbeizuführen, um ihre Autorität über das gesamte Land zu etablieren.

In den vergangenen Monaten wurden neue Friedensinitiativen gesetzt. Die afrikanisch geführte Diplomatie hat zwar an Schwung verloren, allerdings hat eine quadrilaterale Gruppe bestehend aus den USA, Ägypten, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) am 12. September 2025 eine gemeinsame Erklärung verlautbaren lassen, in der ein Waffenstillstand im Sudan gefordert wird. Es folgten indirekte Verhandlungen, die allerdings durch die militärischen Entwicklungen Ende Oktober 2025 unterbrochen wurden.

Die Zusammensetzung dieser Initiative reflektiert die Rolle der regionalen Dynamik im Sudan. Die VAE sollen die RSF unterstützen, was Abu Dhabi wiederholt bestritten hat. Die SAF erhalten angeblich sicherheitspolitische Unterstützung aus Ägypten und Saudi-Arabien. Ein vorgeschlagener humanitärer Waffenstillstand, den die RSF am 6. November 2025 akzeptiert haben, trat aufgrund der Weigerung der SAF, direkt mit der RSF zu verhandeln, nicht in Kraft. Vor diesem Hintergrund und wiederholter Versuche diese Pattsituation aufzubrechen zum Trotz, erzeugten starke externe Allianzen eine Situation, in der beide Konfliktparteien eine militärische Lösung einer Verhandlungslösung vorziehen.

Auswirkungen weit über den Sudan hinaus

Angesichts der anhaltenden Gewalt besteht Sorge über die Instabilität der weiteren Entwicklungen. Die Vielzahl von Flüchtlingen setzt bereits vulnerable Nachbarstaaten unter Druck, wie in den Grenzgebieten zum Tschad und dem Südsudan zu beobachten ist. Dort haben die ökonomischen Auswirkungen des Krieges die bereits volatile politische Situation noch verschlimmert. Regionale Nachbarn fürchten auch die indirekten Konsequenzen eines fortgesetzten Konflikts. Schwache Regierungen innerhalb eines solch weitreichenden Gebiets könnten kriminelle Netzwerke befördern, die unter anderem in Waffenschmuggel bzw. Menschenhandel verwickelt sind, und terroristischen Gruppen einen sicheren Hafen bieten. Das würde die regionale Stabilität weiter gefährden.

Die lange Küstenlinie des Sudan verleiht ihm strategische Bedeutung, sowohl für die Anrainerstaaten des Roten Meeres als auch für Europa, sowohl in Zusammenhang mit Sicherheit als auch maritimer Lieferketten. Dieses Gebiet ist durch seine räumliche Nähe zum Gaza-Krieg im Norden und Houthi-Aktivitäten im Süden von extremer Volatilität geprägt. Die Krise im Sudan hat jedoch auch für die Mittelmeerregion Auswirkungen, etwa durch eine Vielzahl an Flüchtlingen, die in Libyen und Ägypten Zuflucht suchen, obwohl die meisten Sudanesischen und Sudanesen innerhalb der Region bleiben.

In diesem Kontext wurde europäisches Engagement primär durch humanitäre Hilfe sichtbar, insbesondere durch Initiativen wie etwa die London Sudan Conference im April 2025. Humanitäre Hilfe ist zwar essenziell, aber unzureichend. Eine militärische Lösung erscheint auf-

grund der fehlenden klaren Überlegenheit einer der beiden Seiten auf dem Schlachtfeld zunehmend außer Reichweite. Eine Waffenstillstandsvereinbarung ist also dringender denn je.

Keynotes

- Die Lage vor Ort erhöht das Risiko der Spaltung des Sudan, während die Kämpfe andauern.
- Es kommt zu neuen diplomatischen Vorstößen, obwohl diese mit den militärischen Entwicklungen nicht mithalten können.
- Fortgesetzte Kämpfe gefährden die Stabilität der gesamten Region und könnten zur Bildung einer unregierbaren Zone in Nachbarstaaten und über das Rote Meer beitragen.
- Humanitäre Hilfe und ein langfristiger Waffenstillstand sind essenziell.



Sicherheitskonzeptionen und der Globale Süden

Oliver Keßler und Siddharth Tripathi

Dominante Sicherheitskonzeptionen im Bereich der internationalen Politik stellen westliche Erfahrungen und Modelle ins Zentrum. Insbesondere trifft die Intensivierung geopolitischer Rivalitäten, die zu einer zunehmend fragmentierten internationalen Sicherheitsordnung führt, den Globalen Süden auf andere Weise. Die ambivalente Positionierung von Mächten wie Brasilien, China, Indien und Russland verstärkt diese Komplexität. Ihre Beziehungen zu anderen Staaten vereinen rhetorische Unterstützung für transformativen Wandel, aber auch aktive Beteiligung am breiteren geopolitischen Wettbewerb um Einfluss und normative Autorität im internationalen System.

Die neue internationale Konstellation, die zunehmend Mächte wie Brasilien, China, Indien und Russland berücksichtigt, führt zu einer Vielzahl an Vorstellungen und Projekten. Wenn sich westliche Staaten weiterhin an etablierten Deutungsmustern orientieren, bleiben diese unverständ-

lich. Stattdessen müssen westliche Staaten Sicherheitskonzepte aus dem Globalen Süden verstehen und rekonstruieren, auch wenn diese westlichen Expertinnen und Experten als fremd erscheinen mögen. Diese Notwendigkeit ist nicht nur aufgrund des westlichen Anspruchs gegeben, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, sondern aus dem Interesse, die eigene Zukunft zu sichern.

Sicherheit aus Sicht des Globalen Südens

Mit dem Aufstieg der Länder des Globalen Südens haben sich eigenständige regionale und ideologische Verständnisse von Sicherheit herausgebildet. Für viele postkoloniale Staaten geht Sicherheit weit über die Abwesenheit militärischer Bedrohungen hinaus und umfasst Handlungsfähigkeit, Autonomie, Entwicklung und Resilienz innerhalb einer strukturell ungleichen internationalen Ordnung. Aus postkolonialer Perspektive spiegelt das Sicherheitsverständnis des Globalen Südens historische Erfahrungen von Kolonialismus, Unterwerfung, Marginalisierung und Abhängigkeit wider. Hier könnte etwa auf Tarak Barkawis und Mark Laffey's Artikel „The Postcolonial Moment in Security Studies“ oder auf Peter Kragelunds Artikel „South–South cooperation“ verwiesen werden. Das Fortbestehen ungleicher Handelsbeziehungen, Schuldenhierarchien und politischer Auflagen, die von Großmächten und multilateralen Institutionen erzwungen werden, gilt als strukturelle Form von Unsicherheit.

Daraus folgt, dass Sicherheit im Globalen Süden anders ausgerichtet ist, als es im Westen üblich ist. Für die USA und Europa hängt globale Stabilität mit der Bewahrung einer liberalen Ordnung zusammen, die auf demokratischer Regierungsführung und offenen Märkten beruht – ein Anspruch, der jedoch oftmals bestritten wird (vgl. „Contestation in a World of Liberal Orders“, 4(2) Global Studies Quarterly). Aus Sicht des Globalen Südens war diese liberale Ordnung jedoch nie wirklich liberal. Westliche Sicherheitsstrategien werden dort häufig als Instrumente von Zwangsbeeinflussung wahrgenommen, die Entwicklungsprioritäten geopolitischen Kalkülen unterordnen.

Nicht-westliche Sicherheitsprojekte

Im Vergleich zu den USA und Europa positioniert sich China als Partner des Globalen Südens, etwa durch Initiativen wie die Belt and Road Initiative (BRI), die den Ausbau von Infrastruktur und gemeinsame Entwicklung in Asien und Afrika fördern sollen. Viele Entwicklungsstaaten sehen Chinas Engagement als Chance, wirtschaftliche Partnerschaften zu diversifizieren und ihre Abhängigkeit von westlichen Institutionen zu verringern – Bedenken hinsichtlich Verschuldungsabhängigkeit, Umweltstandards und asymmetrischer politischer Einflussnahme zum Trotz (vgl. hierzu Georg Lammichs Artikel „China’s evolving security engagement in Africa“).

In ähnlicher Form behauptet Russland seinen Einfluss durch Waffenlieferungen, Energiediplomatie und politische Unterstützung für anti-westliche Regime, insbesondere in Afrika und Teilen Lateinamerikas. Indiens Konzept umfassender Sicherheit und seine Politik des Multi-Alignment, die wirtschaftliches Wachstum, Energiezugang, technologische Eigenständigkeit und maritime Stabilität im Indo-Pazifik umfasst, spiegeln den Anspruch wider, Autonomie und Handlungsfähigkeit zu bewahren. Brasilien wiederum repräsentiert die lateinamerikanische Ausprägung eines Sicherheitsverständnisses des Globalen Südens, das stärker auf friedliche Konfliktlösung, regionale Integration und entwicklungsorientierte Souveränität setzt und einen Ansatz fordert, der Armutsbekämpfung, Klimagerechtigkeit und eine gerechte Verwaltung globaler Gemeingüter in den Mittelpunkt stellt.

Schlussfolgerungen

Das Eintreten des Globalen Südens für eine multipolare, inklusive Ordnung spiegelt den breiteren Konsens wider, dass echte Sicherheit eine Demokratisierung globaler Entscheidungsprozesse und eine Neubalance institutioneller Autorität erfordert. Wenn westliche Staaten weiterhin als legitime Partner gelten wollen, müssen sie verstehen, wie die verschärfte geoökonomische und geopolitische Rivalität zu spezifischen Neupositionierungen sowohl innerhalb der Länder des Globalen Südens als auch innerhalb internationaler Institutionen führt.

Zugleich müssen westliche Staaten begreifen, dass Sicherheit und Wirtschaft untrennbar miteinander verbunden sind. Die koloniale Ver-

gangenheit des Globalen Südens ist nicht bloß ein Gegenstand historischer Forschung, sondern prägt alltägliche Erfahrungen und das dortige Selbstverständnis – und damit auch die Art und Weise, wie sicherheitspolitische Anliegen formuliert werden.

Keynotes

- Die angenommene liberale Ordnung hat außerhalb des Westens nie wirklich existiert; dort finden sich andere Geschichten und Narrative über Weltpolitik und ihren Wandel.
- Geoökonomische Rivalität führt zu einer Vielzahl von Internationalisierungsprojekten – auch aus dem Globalen Süden selbst.
- Kolonialismus ist kein rein historisches Thema, sondern prägt Sicherheitsfragen weiterhin strukturell.
- Sicherheitsbedenken im Globalen Süden sind nicht nur militärischer Natur, sondern eng mit Fragen von Autonomie, Entwicklung, Hierarchien und Handlungsfähigkeit verknüpft.

4

Risiken und Herausforderungen für die EU





Christophe Licoppe/Shutterstock.com

Risiken und Herausforderungen für die EU

Klaus Anderle

Seit der völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim 2014 und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine 2022 steht die EU vor einer Zeitenwende. Der Krieg hat die Illusion eines dauerhaften Friedens in Europa zerstört und die Dringlichkeit der Stärkung einer Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeiten verdeutlicht. Europas Sicherheit kann nicht länger ausschließlich auf transatlantische Garantien gestützt werden. Die EU muss dazu in der Lage sein, sich selbst zu schützen.

Bereits zwei Jahre nach der völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim durch Russland am 27. Februar 2014 verfolgte die Europäische Union das Ziel, ihre strategische Autonomie im Bereich Sicherheit und Verteidigung schrittweise auszubauen. Mit der Veröffentlichung der EU-Globalstrategie im Jahr 2016 wurde erstmals ein kohärenter Rahmen geschaffen,

der die Union dazu aufrief, „Verantwortung für ihre eigene Sicherheit zu übernehmen“. Diese Neuausrichtung war eine Reaktion auf tiefgreifende geopolitische Veränderungen: den zunehmenden Rückzug der USA aus der Rolle des globalen Ordnungshüters, den Austritt Großbritanniens aus der EU, der die sicherheitspolitische Architektur Europas veränderte, und neue Bedrohungen an den EU-Außengrenzen.

Ziel ist es seither, die Abhängigkeit von externen Sicherheitsgarantien zu reduzieren, eigene Fähigkeiten zur Krisenbewältigung, Abschreckung und Verteidigung zu entwickeln, und der geforderten Lastenteilung innerhalb des transatlantischen Bündnisses gerecht zu werden. Mit Initiativen wie der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) und dem im Jahr 2022 verabschiedeten Strategischen Kompass hat die Union konkrete Schritte unternommen, um ihre militärische Handlungsfähigkeit zu stärken und langfristig die Grundlage für eine Europäische Verteidigungsunion zu legen.

Rückkehr des Krieges

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine am 24. Februar 2022 markierte eine Zäsur. Der Krieg kehrte nach Europa zurück, und mit ihm die Erkenntnis, dass Sicherheit weder selbstverständlich noch kostenlos ist. Die Union sah sich mit einer Realität konfrontiert, die viele lange für überwunden hielten: Machtpolitik, Abschreckung und militärische Stärke sind wieder zentrale Parameter internationaler Ordnung. In dieser Situation musste die Union erkennen, dass Frieden kein Zustand, sondern ein Projekt ist, das ständig verteidigt werden muss. In gewisser Weise gilt für die Union, was Virginia Woolf einst formulierte: „Aufwachsen bedeutet, einige Illusionen zu verlieren, um sich andere anzueignen.“ Die Union hat die Illusion einer unantastbaren Friedensordnung verloren und sich zugleich eine neue, realistischere Sichtweise angeeignet – die Überzeugung, dass nur Entschlossenheit, Stärke und strategische Eigenständigkeit den Frieden bewahren können.

Die Reaktion der Union war tiefgreifend und entschlossen. Binnen weniger Wochen koordinierte die Union Waffenlieferungen an die Ukraine, mobilisierte Milliarden zur Unterstützung der Verteidigungsfähigkeit, stärkte die Rüstungsindustrie und leitete eine strategische Neubewertung ihrer Sicherheitsarchitektur ein. Diese Entwicklung markiert einen

Paradigmenwechsel. Die Union strebt nicht mehr nur nach sicherheitspolitischer Kooperation, sondern nach echter Eigenständigkeit und strategischer Handlungsfähigkeit als Ausdruck seiner politischen Reife und Verantwortung in einer zunehmend multipolaren Welt. Der Krieg in der Ukraine wurde zum Katalysator einer sicherheitspolitischen Wende, zum Ausgangspunkt für den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsunion.

Von strategischer Neuausrichtung zur Europäischen Verteidigungsunion

Gleichzeitig bleibt der Weg zu strategischer Autonomie mit erheblichen Herausforderungen verbunden. Die sicherheitspolitischen Interessen der EU-Mitgliedsstaaten sind weiterhin unterschiedlich ausgeprägt, und die militärische Abhängigkeit von der NATO und insbesondere den Vereinigten Staaten wird auf absehbare Zeit bestehen bleiben. Auch die industrielle und finanzielle Fragmentierung erschwert den Aufbau einer kohärenten europäischen Verteidigungsarchitektur. Dennoch zeigt der Krieg in der Ukraine eindrucksvoll, dass der politische Wille wächst, Europas sicherheitspolitische Rolle neu zu definieren und die Verteidigungsunion nicht länger als abstraktes Ziel, sondern als dringende sicherheitspolitische Notwendigkeit zu begreifen.

In den europäischen Hauptstädten ist zunehmend die Erkenntnis gereift, wie zerbrechlich der Frieden ist und wie verwundbar die europäische Sicherheitsordnung in einer Welt bleibt, in der die regelbasierte internationale Ordnung zunehmend durch Machtpolitik und militärische Gewalt ersetzt wird. Der langjährigen Forderung, die Union müsse im Bereich Sicherheit und Verteidigung handlungsfähig werden, sich selbst verteidigen und potenzielle Gegner abschrecken können, wird nun von der Kommission und den Mitgliedsstaaten mit neuem Nachdruck nachgekommen.

Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Ein fairer Frieden zwischen Russland und der Ukraine oder ein stabiler Waffenstillstand sind derzeit nicht in Sicht. Militärische wie diplomatische Durchbrüche bleiben aus, während der Konflikt unvermindert fortgesetzt wird. Dies unterstreicht einmal mehr: Die Union kann und will sich keine passive Beobachterrolle leisten. Die Zeit, eine handlungsfähige, strategisch autonome europäische Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur aufzubauen,

ist längst gekommen – denn Sicherheit ist weder selbstverständlich noch verhandelbar.

Sicherheit als Priorität

Bereits zu Beginn der zweiten Amtszeit von Ursula von der Leyen und dem Amtsantritt der neuen EU-Kommission am 1. Dezember 2024 war klar, dass Europas Sicherheit und Verteidigung in den kommenden Jahren zentrale Prioritäten darstellen würden. Präsidentin von der Leyen erklärte die Jahre 2024–2029 zur Ära der europäischen Verteidigung und Sicherheit. Damit stellte die Kommission unmissverständlich klar, dass es ihr in erster Linie um die Gewährleistung größerer Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger geht – insbesondere durch den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsunion als Grundlage für den Erhalt und die Weiterentwicklung des europäischen Lebensstils, sowie des europäischen Werte- und Gesellschaftsmodells.

Ohne militärisch gesicherten Frieden, also ohne die Fähigkeit, potenzielle Aggressoren glaubwürdig abzuschrecken, kann es keinen dauerhaften Fortbestand dieses Modells geben. Deshalb soll bis 2030 die Verteidigungsfähigkeit der Union umfassend sichergestellt sein. Damit wird der Grundstein für die angekündigte Europäische Verteidigungsunion gelegt, die Europa in die Lage versetzen soll, seine Sicherheit eigenständig zu schützen und glaubwürdig zur globalen Stabilität beizutragen. Ein wichtiger Schritt war die Schaffung der Position des neuen Kommissars für Verteidigung und Raumfahrt, der die 2019 gegründete Generaldirektion für Verteidigungsindustrie und Raumfahrt leitet und die Entwicklung gemeinsamer europäischer Verteidigungsfähigkeiten koordiniert.

Als eine der ersten Aufgaben dieses neuen Verteidigungskommissars, seit dem Jahr 2024 der litauische Politiker Andrius Kubilius, galt die Ausarbeitung des Weißbuchs für die europäische Verteidigung 2030. Dieses stellt die strategische Grundlage für den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsunion dar. Das Weißbuch definiert die langfristige strategische Vision der Union im Verteidigungsbereich. Es legt die militärischen Fähigkeitslücken in Schlüsselbereichen offen und formuliert das Ziel, dass die Union über das gesamte Spektrum militärischer Fähigkeiten verfügen soll – zur Abschreckung von Aggressionen und zur

Verteidigung seiner Grenzen zu Lande, in der Luft, zur See, im Cyber-Raum und im Weltraum. Mit dem 800 Mrd. Euro schweren Programm ReArm Europe soll der Ausbau der Modernisierung der Europäischen Verteidigungsfähigkeit finanziert werden. Ziel ist es, die Rüstungsproduktion zu steigern, Größenvorteile zu erzielen und die gemeinsame Beschaffung zu fördern.

Fahrplan zur Friedensbewahrung und Herstellung der Verteidigungsbereitschaft

Am 16. Oktober 2025 stellte die EU-Kommission die Roadmap Preserving Peace – Defence Readiness 2030 vor. Dabei handelt es sich um einen Fahrplan zur Friedensbewahrung und Herstellung der Verteidigungsbereitschaft bis 2030, der die im Weißbuch formulierten strategischen Ziele in konkrete operative Maßnahmen übersetzt. Der Fahrplan umfasst neben den prioritären Fähigkeitsbereichen weitere vier Leuchtturmprojekte:

1. Die European Drone Defence Initiative, die die Entwicklung eines EU-weiten Drohnennetzes zur Grenzüberwachung und Bedrohungserkennung bis Ende des Jahres 2027 vorsieht,
2. die Eastern Flank Watch, ein integriertes Überwachungssystem zum Schutz der EU-Ostgrenze, einschließlich der Luftraumverteidigung, Bodenabwehrsysteme und Drohnenabwehr bis Ende des Jahres 2028,
3. das European Air Shield, ein integriertes, NATO-kompatibles europäisches Luft- und Raketenabwehrsystem mit Start der Umsetzung im zweiten Quartal 2026 und
4. das European Space Shield, ein Schutzmechanismus für Satelliten und Kommunikationsinfrastrukturen mit Umsetzungsbeginn im zweiten Quartal 2026.

Ausblick auf das Jahr 2026

Das Jahr 2026 und auch die nächsten Jahre werden im militärischen Bereich im Zeichen der Stärkung der Europäischen Verteidigungsbereitschaft stehen. Bereits im ersten Quartal 2026 beginnen die konkreten Umsetzungen der vier Leuchtturmprojekte, die neben anderen

EU-weiten Verteidigungsprojekten die Basis der Europäischen Verteidigungsunion bilden werden. Weitere wesentliche Maßnahmen zur Konsolidierung der Europäischen Verteidigungsunion werden vorangetrieben. Dazu gehören der EU-Binnenmarkt für Verteidigung, die Förderung von Verteidigungstechnologie-Allianzen, die Stärkung der Rolle des Kommissars für Verteidigung und Weltraum und die Stärkung der Militärischen Mobilität, weiterhin die Achillesferse der europäischen Verteidigungsfähigkeit.

Die Militärische Mobilität bildet das Rückgrat einer handlungsfähigen Europäischen Verteidigungsunion. Ohne die Fähigkeit, Truppen, Material und Ausrüstung schnell und koordiniert über nationale Grenzen hinweg zu verlegen, bleiben sämtliche Bemühungen um eine glaubwürdige europäische Verteidigungsfähigkeit unvollständig. Die Stärkung der Militärischen Mobilität ist somit ein entscheidender Schritt hin zu einem Europa, das seine Sicherheit nicht nur koordiniert, sondern kollektiv gewährleistet. Vor diesem Hintergrund sollen Militärstützpunkte und unterstützende Infrastrukturen gezielt gefördert werden, um eine verstärkte Stationierung und dauerhafte Präsenz von Streitkräften in den EU-Mitgliedsstaaten zu ermöglichen und langfristig aufrechtzuerhalten.

Hierzu wird die Kommission ein umfassendes Militärisches Mobilitätspaket, bestehend aus einem Aktionsplan, einem EU-Verordnungsentwurf und einer Simplifizierungsverordnung Militärische Mobilität vorlegen. Die Umsetzung ist für das Jahr 2026 geplant und soll von der EU-Verordnung „European Competitiveness Fund“ (ECF) begleitet werden. Der ECF spielt eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des Fahrplans zur Friedensbewahrung und Herstellung der Europäischen Verteidigungsbereitschaft bis 2030. Gleichzeitig trägt er zum Aufbau einer glaubwürdigen Europäischen Verteidigungsunion bei. Mit einer finanziellen Ausstattung von vorerst 131 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt ermöglicht der ECF die gezielte Finanzierung gemeinsamer Verteidigungsprojekte. Weiters werden die Förderung von Forschung, Innovation und technischer Überlegenheit, der Ausbau industrieller Kapazitäten, gemeinsame Beschaffungsprojekte, sowie die Sicherstellung logistischer Einsatzbereitschaft gefördert. Der ECF wird damit sicherstellen, dass die im Weißbuch formulierten Ziele in die Tat umgesetzt werden.

Keynotes

- Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat eine sicherheitspolitische Zeitenwende ausgelöst und die Notwendigkeit einer eigenständigen europäischen Verteidigungsfähigkeit verdeutlicht.
- Mit der EU-Globalstrategie, PESCO, dem Europäischen Verteidigungsfonds und dem Strategischen Kompass wurde der Grundstein für strategische Autonomie und eine künftige Verteidigungsunion gelegt.
- Das Weißbuch für die europäische Verteidigung 2030 und das Programm ReArm Europe (800 Mrd. Euro) bilden die strategische und finanzielle Basis für den Ausbau gemeinsamer militärischer Fähigkeiten.
- Die Roadmap Preserving Peace – Defence Readiness 2030 übersetzt strategische Ziele in operative Maßnahmen und umfasst Leuchtturmprojekte wie beispielsweise Drone Defence, Eastern Flank Watch, Air Shield und Space Shield.
- Die Jahre 2024–2029 gelten als Ära der europäischen Verteidigung; bis 2030 soll die EU-Verteidigungsfähigkeit umfassend gesichert sein.
- 2026 beginnt die Umsetzung der zentralen Projekte, einschließlich eines EU-Binnenmarktes für Verteidigung und verstärkter Militärischer Mobilität als Rückgrat kollektiver Verteidigungsfähigkeit.
- Der European Competitiveness Fund (131 Mrd. Euro) finanziert Forschung, Innovation, Beschaffung und logistische Einsatzbereitschaft, um die Umsetzung der Verteidigungsziele bis 2030 sicherzustellen.



Bordovski Yauheni/Shutterstock.com

Konfrontation zwischen Russland und der EU

Franz-Stefan Gady

Eine potenzielle militärische Konfrontation zwischen Russland und der EU würde fundamentale Schwächen der europäischen Einheit und Verteidigungsbereitschaft offenlegen. Russland setzt dabei auf eine bewährte „Scheibchentaktik“ kleinerer Provokationen, um die Geschlossenheit der EU systematisch zu untergraben und nukleare Eskalationsängste zu schüren. Die unmittelbare Gefahr 2026 liegt nicht in einem Großangriff, sondern in gezielten Hybridoperationen und Informationskriegsführung, die angebliche „Friedensparteien“ und EU-kritische Bewegungen stärken und die europäische Solidarität erodieren lassen.

Über Jahrzehnte perfektionierte Russland seine sogenannte „Scheibchentaktik“ – eine Methode schrittweiser Provokationen, die jeweils unter der Schwelle einer starken westlichen Antwort blieben. Diese Taktik zeigte sich bereits in der Republik Moldau, in Georgien und auch in der Ukraine im Jahr 2014. Jüngste Drohnenoperationen, Anschläge,

Sabotageaktionen und Angriffe im Cyber-Raum offenbaren diese Strategie, wenngleich davor zu warnen ist, alles als Teil einer umfassenden Militärstrategie Russlands zu verstehen. Jede einzelne Aktion muss kühl und nüchtern bewertet und entsprechend eingeordnet werden.

Jede einzelne Provokation, ob es sich nun um Luftraumverletzungen, Cyber-Angriffe oder Sabotageakte handelt, erscheint isoliert betrachtet zu gering für eine militärische Antwort. Allerdings schwächt sie systematisch die Glaubwürdigkeit sowohl von NATO als auch EU. Diese Methode ist besonders effektiv, da sie Unsicherheit über die Angemessenheit von Reaktionen ausnutzt und vor allem mit Eskalationsängsten der europäischen Bürgerinnen und Bürger spielt. Hierbei ist zu unterstreichen, dass Moskau in den kommenden Jahren verstärkt auf die nukleare Abschreckung setzen wird, während sich die konventionellen russischen Streitkräfte neu aufbauen und rekonstituieren.

Großereignisse und Kleinprovokationen

Die bisherige EU-Politik zeigt ein klares Muster. Bei großen Bedrohungen wie der russischen Vollinvasion in der Ukraine reagierte die Union geschlossen, bei kleineren Provokationen jedoch bröckelt die Einheit. Artikel 42, Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) wurde erst ein einziges Mal aktiviert, und zwar nach den Pariser Terroranschlägen des Jahres 2015. Zwar gilt Artikel 42(7) EUV als textuell stärker als Artikel 5 des NATO-Vertrags, praktisch ist er jedoch nur sehr schwer anwendbar. So ist die neue (und viel zu schwach aufgestellte) EU-Krisenreaktionskapazität mit etwa 5000 Soldatinnen und Soldaten zwar seit Mai 2025 operativ, aber jede Aktivierung erfordert die einstimmige Zustimmung aller Mitgliedsstaaten. Diese institutionelle Schwäche macht die EU anfällig für russische Spaltungsversuche, die gezielt Differenzen auszunutzen versuchen.

Informationskriegsführung

Russlands Informationsoperationen zielen darauf ab, diese Spaltungen innerhalb der EU zu vertiefen. Das funktioniert durch die Unterstützung angeblicher „Friedensparteien“ und EU-kritischer Bewegungen in Deutschland, Österreich und anderen Mitgliedsstaaten. Diese Opera-

tionen nutzen bestehende gesellschaftliche Risse aus und verstärken sie durch gezielte Desinformation zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und anderen Themen.

Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Unterstützung für Politikerinnen und Politiker, die russlandfreundliche Positionen vertreten – in Staaten wie Ungarn, der Slowakei und Tschechien, aber auch in Frankreich, Italien und Polen. Die dokumentierte Finanzierung linker und rechter Parteien in Europa durch Russland dient der Schwächung der liberalen Demokratie und der Institutionen der Europäischen Union.

Zunehmende Bedrohungen gegen Österreich

Russland wird gegenüber Österreich eine „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Strategie bis zur maximalen Verunsicherung betreiben. So drohte der Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medvedev Österreich sowohl mit „Gegenmaßnahmen“, sollte Österreich der NATO beitreten, als auch der Verlagerung internationaler Organisationen aus Wien. Andererseits pochen russische Stellen auf Sonderbeziehungen zwischen Österreich und Russland und den angeblichen Wert der österreichischen Neutralität als Vermittlungsinstanz und besonderen diplomatischen Akteur. Derartige Drohungen geschehen nicht zufällig, sondern sind Teil der russischen hybriden Kriegsführung gegen Österreich. Russland testet systematisch die Reaktionen und nutzt innenpolitische Debatten über die Neutralität aus. Dass im Falle eines Krieges zwischen Russland und der NATO auch Österreich zum Ziel russischer Sabotageaktionen und von Angriffen mit Marschflugkörpern, ballistischen Raketen und Drohnen werden würde, ist wegen seiner Signifikanz in der strategischen Tiefe und als wichtiger Verkehrsknotenpunkt für NATO-Verbände mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen.

Zeitfenster russischer Militäroperationen

Das Tempo russischer Militäroperationen in der Ukraine wird im Jahr 2026 voraussichtlich abnehmen. Es ist unwahrscheinlich, dass Russland 2026 einen entscheidenden Sieg erzielen wird. Eher ist zu erwarten, dass wirtschaftliche und militärische Ressourcenbeschränkungen greifen werden, was Russland dazu zwingen würde, sein Tempo zu

drosseln. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die russische Kriegswirtschaft aufrechterhalten wird, da eine strukturelle Änderung in den kommenden Jahren nicht mehr möglich sein wird.

Für einen Angriff auf das Baltikum würde Russland etwa vier Feldarmeen benötigen, was einer Anzahl von ca. 80 000 bis 100 000 Soldatinnen und Soldaten, 800 bis 1 200 gepanzerten Fahrzeugen und entsprechender Artillerie und anderer Unterstützungseinheiten entspricht. Die Bereitstellung von vier Feldarmeen kann mit großer Wahrscheinlichkeit bis 2029 abgeschlossen sein, obwohl es keine konkreten Anzeichen für die Planung einer solchen Operation aufseiten Russlands gibt. Doch bereits jetzt arbeitet Moskau daran, die Legitimität von sowohl NATO als auch EU in einem Verteidigungsfall „Baltikum“ zu untergraben.

Europäische Verteidigungsbereitschaft

Entgegen gängiger Annahmen zeigen Umfragen eine hohe Verteidigungsbereitschaft der europäischen Bevölkerung. 77% der EU-Bürgerinnen und -Bürger befürworten eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In Deutschland sprechen sich 65% für höhere Verteidigungsausgaben aus, und 54% der Männer weisen eine persönliche Verteidigungsbereitschaft auf. In Österreich genießt das Österreichische Bundesheer (ÖBH) hohe Zustimmungswerte. 80% der Bevölkerung sprechen dem ÖBH das Vertrauen aus, wobei 70% der Österreicherinnen und Österreicher die Beibehaltung der Wehrpflicht befürworten. Allerdings würden lediglich zwischen 13% und 25% der Österreicherinnen und Österreicher ihr Land mit der Waffe verteidigen. Das Problem dabei liegt in der abstrakten Wahrnehmung militärischer Bedrohungen. Solange die Gefahr nicht konkret und unmittelbar erscheint, bleibt die Mobilisierung schwierig. Insbesondere jüngere Europäerinnen und Europäer sehen die Bedrohungen als entfernt an, was natürlich Rekrutierung und Unterstützung erschwert.

Auswirkungen auf Österreich

Österreichs Neutralität wird in der EU zunehmend als Anachronismus betrachtet und isoliert das Land sicherheitspolitisch. Als einer der letzten neutralen EU-Staaten steht Österreich unter wachsendem Druck,

sich eindeutiger zu positionieren. Auch militärisch kann sich ein Kleinstaat wie Österreich nicht optimal schützen, da die Nicht-Einbindung in ein Militärbündnis operative Nachteile aufweist – insbesondere im Bereich der Bekämpfung von Bedrohungen aus der Luft, aber auch bei hybriden Bedrohungen.

Die Realität zeigt: Österreich ist, mit Ausnahme der Schweiz und Liechtensteins, faktisch von NATO-Staaten umgeben und verlässt sich nach wie vor auf deren Schutz. Dabei handelt es sich um sicherheitspolitisches „Trittbrettfahrertum“, das bei konkreten Bedrohungen problematisch wird. Russische Drohungen haben das Potenzial, die Neutralitätsdebatte in Österreich zu verstärken, da die Neutralität keinerlei effektiven Schutz vor hybriden Bedrohungen bietet. Gleichermäßen könnten sie eine neue Zustimmungswelle für die Neutralität auslösen, solange die Mehrheit der politischen Klasse am Mythos „Neutralität“ als Schutzgarant für Österreich festhält.

Keynotes

- Russlands „Scheibchentaktik“ nutzt systematisch die Unfähigkeit der EU aus, auf kleinere Provokationen einheitlich zu reagieren.
- Russische Desinformation und Unterstützung für angebliche „Friedensparteien“ und EU-kritische Randparteien schwächen die europäische Geschlossenheit nachhaltiger als rein militärische Drohungen.
- Ein absoluter militärischer Sieg Russlands in der Ukraine ist auch im Jahr 2026 unwahrscheinlich. Das erhöht jedoch die Gefahr der Zunahme hybrider Bedrohungen und des nuklearen Säbelrasselns, um Eskalationsängste vor einem Weltkrieg zu schüren.
- Russland würde vier Feldarmeen für einen Angriff auf das Baltikum benötigen. Das ist mit mittlerer Wahrscheinlichkeit ab 2029 möglich. Aus heutiger Sicht lassen sich hierfür keine konkreten Intentionen erkennen.
- Europäische Bürgerinnen und Bürger sind durchaus verteidigungsbereit, aber die Abstraktheit der Bedrohungswahrnehmung erschwert die Mobilisierung und die konkrete Unterstützung der Streitkräfte.
- Österreich ist als einer der letzten neutralen EU-Staaten zunehmend isoliert und sicherheitspolitisch marginalisiert.



Eine neue Ära der transatlantischen Beziehungen

Josef Braml

Die transatlantischen Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten stehen an einem Wendepunkt. Die Wiederwahl Donald Trumps im Jahr 2024 und die Wahl der neuen deutschen Bundesregierung unter Friedrich Merz im Jahr 2025 markieren den Beginn einer Phase geopolitischer Neujustierung, die sowohl Risiken als auch Chancen für das Jahr 2026 birgt.

Geopolitische Verschiebungen

Die zweite Amtszeit von US-Präsident Donald Trump ist vor allem von einem transaktionalen Politikstil gekennzeichnet, der nationale Interessen über multilaterale Verpflichtungen und traditionelle Allianzen stellt. Die USA orientieren sich zunehmend in Richtung Indo-Pazifik,

während Europa an strategischer Priorität verliert. Die EU muss daher an sicherheitspolitischer Eigenständigkeit gewinnen. Höhere Verteidigungsausgaben und die Modernisierung der europäischen Streitkräfte, etwa der Bundeswehr, markieren eine Zäsur. Massive Aufrüstung und strategische Ausrichtung auf die europäische Souveränität stellen eine Reaktion auf die veränderten transatlantischen Beziehungen dar.

Die Rolle der NATO für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bleibt zentral, doch die USA fordern eine stärkere finanzielle Beteiligung der europäischen Mitgliedsstaaten. Deutschland hat sich verpflichtet, zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung auszugeben und investiert massiv in die Modernisierung seiner Streitkräfte. So legte die deutsche Bundesregierung einen umfassenden Rüstungs- und Beschaffungsplan im Umfang von bis zu 83 Mrd. Euro vor. Zwischen September 2025 und Dezember 2026 sind insgesamt 154 größere Rüstungsprojekte vorgesehen.

Ein zentrales Merkmal des Plans ist die klare Priorisierung europäischer Hersteller: Nur etwa acht Prozent der Mittel sollen in die USA fließen, etwa für Patriot-Raketen und Torpedos für Boeing-Flugzeuge. Der Großteil der Aufträge geht an Unternehmen aus Deutschland und anderen EU-Staaten – ein bewusster Schritt zur Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie und zur Reduzierung der Abhängigkeit von den USA. Ebenso setzt Frankreich auf europäische Rüstungsprojekte und warnt vor einer zu starken Abhängigkeit von US-Technologie. Gleichwohl wird US-Präsident Trump weiterhin Europas militärische und nachrichtendienstliche Abhängigkeit zu nutzen wissen, um Zugeständnisse in wirtschafts- und handelspolitischen Fragen zu erreichen.

Wirtschaftliche Spannungen und Protektionismus

Die wirtschaftspolitische Agenda der USA unter Trump 2.0 setzt auf Autarkie und Protektionismus. Strafzölle auf europäische Produkte und Importbeschränkungen belasten die transatlantischen Handelsbeziehungen. Gleichzeitig wächst der Druck auf deutsche Unternehmen, ihre Lieferketten US-konform auszurichten. Die EU muss sich auf eine härtere Gangart im internationalen Handel einstellen und ihre Industriepolitik neu ausrichten.

Trotz gemeinsamer Handelspolitik nutzt die EU ihre Marktmacht kaum und gibt US-Präsident Trump nach. Am 27. Juli 2025 verkündeten die USA und die EU im schottischen Turnberry ein vorläufiges Handels- und Investitionsabkommen. Während die USA einseitig Zölle auf europäische Importe erhoben, sollte Europa verstärkt in den USA investieren und US-Energie kaufen.

Abkommen mit Präsident Trump haben wegen seiner Historie gebrochener Verträge kaum Bestand. Kurz nach dem „Deal“ drohte Trump erneut, diesmal wegen europäischer Digitalgesetze (Digital Markets Act, Digital Services Act), die Wettbewerb und Inhaltsmoderation auf digitalen Plattformen sichern sollen. US-amerikanische Tech-Konzerne besitzen weiterhin zu große Marktmacht, betreiben zu wenig Inhaltskontrolle und missachten Datenschutzrechte – mit gravierenden Folgen für die europäische Gesellschaft und Demokratie.

Technologie und digitale Souveränität

In der Technologiepolitik setzen die USA auf nationale Standards, Innovation und Technologieführerschaft durch große Unternehmen, während die EU vor allem Wert auf Datenschutz, digitale Souveränität und ethische Regeln legt. Unterschiede werden besonders bei KI, Big Tech und Cloud-Politik deutlich: Die USA setzen auf proprietäre Lösungen; Europa leidet unter Fragmentierung und fehlenden Hyperscalern. Mit dem „Quantum Act“ will die EU Forschung und Infrastruktur bündeln, um wettbewerbsfähiger zu werden, und stärkt dies durch Gesetze wie den Digital Services Act und den Digital Markets Act.

Dennoch bieten sich Chancen zur Zusammenarbeit, etwa bei der Entwicklung gemeinsamer Standards im Bereich Cybersicherheit oder Quantumcomputing. Cybersicherheitsbedrohungen, etwa durch „Harvest-Now-Decrypt-Later“-Angriffe, zwingen beide Seiten zur Entwicklung quantensicherer Verschlüsselungssysteme. Die EU arbeitet an einer eigenen Cybersicherheitsstrategie für Quantenbedrohungen, während die USA bereits erste kommerzielle Anwendungen testen.

Klimapolitik und Energiefragen

Neue Technologien wie KI und Quantumcomputing sind energieintensiv und fordern auch ein Umdenken in der Energiepolitik. Während die USA verstärkt auf Kernenergie setzen, gibt es in Europa erhebliche Spannungen bei der Bewertung von Kernenergie oder der Reform des Strommarktes. Die Abkehr von russischem Gas und die Suche nach neuen Energiepartnern wie Qatar verdeutlichen die geopolitische Neuorientierung Europas. Zwar verpflichtete sich die EU in Schottland zum verstärkten Kauf US-amerikanischer Energieträger, insbesondere Flüssigerdgas, im Umfang von 750 Mrd. US-Dollar über drei Jahre. Mangels Kapazitäten auf US-Seite und daraus resultierender Kosten ist indes weiterer transatlantischer Streit vorprogrammiert.

Zudem sorgt Trumps Klimapolitik für Spannungen mit der EU. Während die USA aus der internationalen Klimakooperation aussteigen wollen und eigene Interessen verfolgen, setzt die EU auf ihre Klimaziele: Bis 2040 sollen die Emissionen um 90 Prozent sinken, die Nutzung erneuerbarer Energien ansteigen und fossile Brennstoffe zurückgehen – selbst unter US-Druck. Die USA forcieren hingegen den Export fossiler Energieträger nach Europa.

Zwischen Anpassung und Eigenständigkeit

Die transatlantische Beziehung ist mehr als ein Bündnis von Interessen – sie ist ein Spiegel unterschiedlicher politischer Kulturen. Europas normative, oft moralisierende Außenpolitik trifft auf eine US-Strategie, die unter Trumps Transaktionslogik auf bilaterale Deals und Machtprojektion setzt. Europa muss lernen, seine Interessen geschlossen zu vertreten, strategische Autonomie zu entwickeln und gleichzeitig den Dialog mit den USA aufrechtzuerhalten. Das kommende Jahr wird entscheidend sein für die Rolle Europas in der Weltordnung – und für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen.

Keynotes

- Die Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und die Wahl der neuen deutschen Bundesregierung markieren eine Phase geopolitischer Neujustierung mit sowohl Risiken als auch Chancen für Europa.
- Europa muss sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständiger werden und weiterhin in die eigene Verteidigung und Rüstungsindustrie investieren.
- Die USA unter Donald Trump verfolgen eine protektionistische Wirtschaftspolitik, was zu Handelskonflikten und Druck auf europäische Unternehmen führt.
- Unterschiedliche Ansätze sowohl bei Datenschutz, KI und Cloud-Politik, aber auch Klimapolitik und erneuerbaren bzw. fossilen Energieträgern prägen die transatlantischen Beziehungen.
- Europas normative Außenpolitik trifft auf die transaktionale US-Strategie. Europa muss lernen, seine Interessen geschlossen zu vertreten.
- Das Jahr 2026 wird für die Rolle Europas in der Weltordnung und für die weitere Entwicklung der Beziehungen zu den USA entscheidend sein.



funkyfrogstack/Shutterstock.com

Europas postkoloniales Erbe

Zwischen Partnerschaft und kolonialen Kontinuitäten

Dorothy Makaza-Goede

Die kommenden Jahre werden für Europas globale Position entscheidend sein, da sich verändernde globale Dynamiken die Verschiebung von Machtzentren zur Folge haben. Erneuerte Forderungen des Globalen Südens definieren die postkoloniale Ordnung neu. Europas Beziehungen zu Afrika, Lateinamerika und Asien werden unter dem Druck des Klimawandels, Debatten über Reparationen und geopolitischer Neuausrichtungen rekali­briert. Diese Entwicklungen werden Europas Glaubwürdigkeit einem Test unterziehen und künftige Politiken formen – dies gilt auch für kleinere EU-Mitgliedsstaaten wie Österreich.

Globale Verschiebungen und die Rückkehr der kolonialen Frage

Jener Trend, den Nelson Maldonado-Torres im Jahr 2017 in seinem, gemeinsam mit Robert Cavooris herausgegebenen Buch als „dekoloniale Wende“ bezeichnete, setzt sich fort und verändert die globale Landschaft. Mit dieser Bezeichnung beschrieb er politische, künstlerische und epistemische Bewegungen, die koloniale Macht- und Wissenslogiken aufzulösen versuchen. Regional betrachtet markieren die BRICS-Erweiterung und die Bemühungen um eine De-Dollarisierung durch neue Kreditsysteme und Handel in nationalen Währungen eine Verlagerung des ökonomischen Zentrums aus dem Westen. Quer durch Afrika setzen Staaten historische Handlungsfähigkeit durch. Am 9. Oktober 2025 entfernte Mali die Französische Revolution aus dem Curriculum und ersetzte sie durch malische bzw. afrikanische Geschichte. Das stellt einen klaren Ausdruck der epistemischen Souveränität innerhalb des breiten Kontexts der Dekolonisierung im Bereich der Bildung dar.

Gleichzeitig intensivierte sich die Debatte um Reparationen und Restitutionen. Im April 2025 jährte sich die erzwungene Schadenersatzzahlung Haitis an Frankreich zum 200. Mal, was globale Debatten um koloniale Schulden befeuerte. Frankreich zwang Haiti im Jahr 1825 zur Kompensation der ehemaligen Sklavenbesitzer, was das Land in eine Schuldenspirale stürzte. Der Zehnpunkteplan der Karibischen Gemeinschaft (Caribbean Community and Common Market, CARICOM) gewann beim karibischen Kunstfestival CARIFESTA XV am 27. August 2025 an Zugkraft. Schließlich beschleunigten einige europäische Museen die Rückgabe geraubter Artefakte.

Diese Entwicklungen zeigen, dass koloniale Ungerechtigkeiten nicht länger bloß abstrakte Teile der Geschichte darstellen, sondern Standorte der Auseinandersetzung, die Diplomatie und Soft Power formen. Europas Glaubwürdigkeit wird nun an seiner Bereitschaft gemessen, sich transparent mit diesen Bedenken und Forderungen auseinanderzusetzen. Für Österreich und die EU bedeutet das eine Neubewertung materieller Restitution und intellektueller Praktiken, die nach wie vor Eurozentrismus reproduzieren. In diesem Zusammenhang bildet die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ (Women, Peace and Security, WPS) einen wesentlichen Zugangspunkt. Frauen aus ehemaligen kolonisierten Gesellschaften, oftmals Bewahrerinnen kulturellen und ökologi-

schen Wissens, müssen als Akteurinnen reparativer Prozesse anerkannt werden. Ihre fortgesetzte Marginalisierung reproduziert geschlechtlich geprägte koloniale Schweigemuster, die Versöhnung und Bemühungen um reparative Gerechtigkeit schwächen und delegitimieren.

Klimawandel und neue Fronten der Gerechtigkeit

Drei Rechtsgutachten des Internationalen Seegerichtshofs, des Inter-amerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Internationalen Gerichtshofs aus den Jahren 2024 und 2025 zeigen einen noch nicht dagewesenen Konsens. Staaten sind verbindlich dazu verpflichtet, Schaden durch den Klimawandel zu verhindern und etwaige Schäden zu beheben. Größtenteils durch Staaten und Gruppen des Globalen Südens initiiert, zeigen diese Gutachten den kolonialen Ursprung der CO₂-Ungerechtigkeit auf – da, wo Europas Industrialisierung auf Extraktionswirtschaft beruhte. Auch positionierten sie den Globalen Süden neu, als Normunternehmer im Bereich des internationalen Umwelt- und Klimarechts.

Dieser Trend stärkt ebenso Ansprüche auf Klimareparationen und wird wahrscheinlich die Architektur im Rahmen des Fonds zur Bewältigung von Verlusten und Schäden (Loss and Damage Fund) beeinflussen. Die europäische Glaubwürdigkeit wird dabei mehr an konkreten und gleichberechtigten Beiträgen sowie am Technologietransfer hängen als an bloßen Willensbekundungen. Für Österreich würde ein proaktives Engagement in gerechter Klimafinanzierung und geschlechter- sowie intersektional sensibler Klimawandelanpassung die Legitimität stärken.

Europas Glaubwürdigkeit und Machtkontinuitäten

Europas Selbstbild als normative Macht steht zunehmend in Konflikt mit Außenwahrnehmungen. Koloniale Kontinuitäten bleiben durch asymmetrischen Handel, paternalistische Sicherheitspartnerschaften und Migrationsregime, die Grenzen an Drittländer externalisieren, bestehen. Die gemeinsame Vereinbarung zwischen Großbritannien und Mauritius vom 22. Mai 2025 betreffend die Chagos-Inseln verkörpert

solche Widersprüchlichkeiten. Diese Übereinkunft zementierte die 99-jährige britische Pacht der Diego-Garcia-Basis, einschließlich einer Option auf Verlängerung um 40 Jahre. Während Europa das Rückkehrrecht für vertriebene Chagossianerinnen und Chagossianer debattiert, allerdings nicht für jene aus Diego Garcia, festigt es seine eigenen Grenzen und verwehrt Migrantinnen und Migranten aus ehemals kolonisierten Gebieten ähnliche Würde. Bewegungsfreiheit bleibt daher ein Privileg der Metropole, kein universelles Recht.

Weitere Glaubwürdigkeitslücken entstanden im Oktober 2025, als die Demokratische Republik Kongo die EU der Doppelstandards bezichtigte. Grund dafür war die Aufrechterhaltung eines Mineralienabkommens mit Rwanda, trotz der Vorwürfe gegen Rwanda, bewaffnete Gruppen im Kongo zu unterstützen. Dies steht im scharfen Kontrast zu den umfassenden Sanktionen Europas gegen Russland. Im Kontext mit dem neuen Wettlauf um Seltene Erden, von Lithium im Sahel bis hin zu Kobalt in Zentralafrika zeigt dies die Replikation extraktiver kolonialer Muster, diesmal unter dem Banner der europäischen „grünen Wende“. Europas schwache Antwort auf den Gaza-Krieg hat seine moralische Autorität ebenfalls untergraben, da Grundprinzipien des internationalen Rechts anscheinend abhängig von der geopolitischen Bequemlichkeit selektiv angewendet werden.

Für kleinere EU-Staaten wie Österreich stellen solche Widersprüchlichkeiten sowohl Risiken als auch Möglichkeiten dar. Risiken, da sie als Komplizen erscheinen können, was die Replikation und die Verstärkung struktureller Ungleichheit betrifft. Möglichkeiten, da sie als glaubwürdige Brückenbauer agieren können, was intersektionale Inklusion, gleichberechtigte Regierungsführung und dekoloniale Partnerschaften betrifft.

Ausblick

Europa ist heute nicht wirklich postkolonial. Das Ende des Imperialismus schaffte nicht die Hierarchien der Macht bzw. des Wissens ab, selbst wenn Europas globale Beziehungen als gleichwertige Partnerschaften dargestellt werden. Da der Globale Süden seinen narrativen, ökonomischen und normativen Raum zurückverlangt, hängt Europas Glaubwürdigkeit davon ab, historische Privilegien in gleichwertige Kooperation zu verwandeln. Im Jahr 2026 und darüber hinaus wird Legi-

timität nicht auf Rhetorik, sondern auf Reziprozität basieren müssen, darauf, ungleiche Geschichte anzuerkennen, intersektionale reparative Gerechtigkeit zu unterstützen – einschließlich WPS, Klimaschutzmaßnahmen und weitere. Außerdem sollten Sicherheitsarchitekturen geschaffen werden, die zum beiderseitigen Vorteil gereichen. Österreich kann als Beispiel dafür dienen, was aus einem wahrhaft dekolonialen Europa werden könnte.

Keynotes

- Europas globale Rolle verändert sich im Zuge einer weltweiten dekolonialen Wende.
- Europas Glaubwürdigkeit wird durch koloniale Kontinuitäten untergraben.
- Reparationen und Restititionen bleiben umkämpfte Themenfelder, die Europas Soft Power und Legitimität prägen.
- Die WPS-Agenda bietet transformative Ansatzpunkte für geschlechtergerechte, reparative Zusammenarbeit.
- Klimagerechtigkeit markiert die neue Grenze globaler rechtlicher Verantwortlichkeit.
- Indem Österreich Chancen und Risiken klug auslotet, kann es zu einem Modell dekolonialer globaler Partnerschaft werden.



Miles Astray/Shutterstock.com

Asyl in Österreich und Europa

Judith Kohlenberger

Asylgewährung in Europa muss auf klaren Zuständigkeiten, Rechtsstaatlichkeit und Verantwortungsteilung aufbauen. Statt nationaler Zuständigkeit und Instrumentalisierung wäre deshalb eine Übertragung der Verantwortung für Asylverfahren auf die europäische Ebene zielführend, gestützt durch eine ausgebaute Asylagentur und ein unionsweites Aufenthaltsrecht. Bei der Verteilung Geflüchteter können sowohl europa- als auch bundesweit bedarfsorientierte Matching-Modelle und Anreize für Gemeinden zum Einsatz kommen, um Integration zu fördern und Sekundärmigration zu reduzieren. Schließlich müssen geschlechtsspezifische Vulnerabilitäten berücksichtigt werden.

Asyl als europäische Aufgabe

Innerhalb Europas sind Teile der nationalen Zuständigkeit in Asylfragen an die EU übertragen: Sie bestimmt die Kriterien für Asyl und legt mittels der Dublin-III-Verordnung fest, welcher Mitgliedsstaat für das Verfahren verantwortlich ist. Das führt jedoch zu einer paradoxen Situation. Während Mitgliedsstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger zunehmend den Eindruck gewinnen, Souveränität in Asylangelegenheit zu verlieren, setzt die EU zwar Rechte und Normen, ist aber nicht dazu in der Lage, deren Umsetzung zu gewährleisten.

Somit besteht eine zentrale Herausforderung darin, klare Zuständigkeiten festzulegen. Damit geht auch einher, den politischen Diskurs von den Interessen einzelner Nationalstaaten hin zu einer föderalen Verantwortungsstruktur zwischen der EU und ihren Regionen zu verlagern. Dafür gilt es, neue sozialstaatliche, aufenthaltsrechtliche und legislative Kompetenzen auf europäischer Ebene zu entwickeln und umzusetzen. Das angestrebte Ziel muss also lauten, die Mitgliedsstaaten zu entlasten und die Verantwortung für Asylverfahren vollständig auf die europäische Ebene zu übertragen. Nationalen politischen Akteuren wird damit bis zu einem gewissen Grad die Möglichkeit entzogen, das Thema zu instrumentalisieren; Debatten über eine „Lastenverteilung“ oder eine Quotenverteilung würden damit obsolet.

Zur Unterstützung einer gesamteuropäischen Verantwortung sollte die Asylagentur der Europäischen Union (European Union Agency for Asylum, EUAA) als leistungsfähige, zentrale Behörde ausgebaut werden, in der das Fachwissen und die Erfahrungen der nationalen Asylbehörden gebündelt werden. Eine robuste digitale Infrastruktur ist die Grundvoraussetzung, der EUAA europaweites Handeln effizient und zeitgemäß zu ermöglichen. Die EUAA sollte somit erweiterte Kompetenzen bei der Feststellung des jeweiligen Asylstatus erhalten, sodass sowohl die legislative als auch die exekutive Verantwortung für Asylverfahren bei der EU läge. Dies würde zu einer tatsächlichen Harmonisierung von Asylverfahren und -quoten in der EU beitragen. Parallel dazu ist die Entwicklung eines eigenständigen unionsweiten Aufenthaltsrechts erforderlich, das losgelöst von nationalen Regelungen Bestand haben kann und europaweit anwendbar ist.

Faire Verteilung?

Für die Unterbringung und Versorgung von Asylwerberinnen und Asylwerbern während des Verfahrens ist die EU weiterhin auf Territorien von Mitgliedsstaaten angewiesen. Eine solche Verteilung muss aber nicht zwangsläufig auf Nationalstaaten fokussieren, sondern kann sich auf eine Ebene darunter, also Städte, Gemeinden oder Regionen, konzentrieren – also dort, wo Integration tatsächlich stattfindet. Dies würde nicht nur ein System nach dem Vorbild der Dublin-III-Regelung ausschließen, sondern auch ein „Free-Choice“-Modell, das aus ordnungspolitischen und verwaltungstechnischen Gründen nur bedingt praktikabel ist. Sofern Asylwerbende nicht selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, sei es durch ausreichende eigene Mittel oder Sponsoring durch Dritte, kann der Erhalt sozialer Unterstützung mit einer Residenzpflicht verknüpft werden.

Einstige Best-Practice-Beispiele aus dem europäischen Umfeld, etwa aus Norwegen und Schweden, zeigen, dass Anreizmodelle für aufnehmende Gemeinden, die mit privater Unterbringung und sozialer Einbindung verknüpft sind, positive Effekte zeigen und die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung erhöhen können. Dabei können etwa Matching-Modelle eine Rolle spielen, die strukturelle, demografische und ökonomische Bedarfslagen von Regionen mit Fertigkeiten und Bedürfnissen geflüchteter Personen zusammenbringen. Städtische Netzwerke, die sich besonders für die Aufnahme Geflüchteter engagieren, können gezielt durch EU-Mittel und -Programme gefördert und sichtbar gemacht werden.

Innerhalb Österreichs würde eine faire Verteilung Schutzsuchender bedeuten, dass die in der Grundversorgungsvereinbarung Art. 15a B-VG festgelegte Bundesländerquote eingehalten bzw. ihre Nicht-Einhaltung auch tatsächlich sanktioniert wird, was eine anfänglich ausgeglichene Verteilung auf dem Bundesgebiet sichern würde. Sodann können bereits erwähnte Matching-Modelle eingesetzt werden. Ein Beispiel wäre der algorithmengestützte Mechanismus „Match’In“, entwickelt von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern der Universität Hildesheim und der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Mit solchen Modellen können bessere Übereinstimmungen zwischen individuellen Voraussetzungen Schutzsuchender und vorhandener Ressourcen von Gemeinden erzielt werden. Auf diese Weise wird das Potenzial von Migration für lokale und regionale Strukturen besser genutzt, Integra-

tion verbessert und Sekundärmigration, etwa in die Bundeshauptstadt, verringert.

Geschlechtergerechter Zugang zu Asyl

Unschwer lassen sich für Frauen und Mädchen auf der Flucht geschlechtsspezifische Gefahren erkennen, die ihre Vulnerabilität im Vergleich zu jener der Männer erhöhen. So können Frauen durch Grenzpolizei, Schmuggler, Camppersonal und andere Geflüchtete, aber auch durch den eigenen Partner, Bekannte oder Verwandte, Gewalt und Zwang erfahren. Auch die Gesundheitsversorgung von Frauen auf der Flucht ist prekär, etwa was den Zugang zu Toiletten, Monatshygiene und Schwangerschaftsbetreuung betrifft. So berichtete die Hilfsorganisation CARE International im Zuge des Fluchtherbst 2015, dass erwachsene Frauen in Flüchtlingslagern auf europäischen Boden Windeln trugen oder auf ausreichende Flüssigkeitszufuhr verzichteten, um nachts nicht die Toiletten aufsuchen zu müssen. Sowohl am Weg dorthin als auch in den ungeschützten Nassräumen selbst waren sie einer erhöhten Gefahr sexueller Übergriffe und Gewalt ausgesetzt.

Aufgrund geschlechtsspezifischer Vulnerabilitäten stützt sich die Schutzgewährung für Frauen auf ihre „Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe“, aufgrund derer sie im Herkunftsland verfolgt werden. Soziale Diskriminierung und Verfolgung aufgrund des (meist weiblichen) Geschlechts sind also Gründe für die Gewährung von Asyl. So argumentierte auch die EUAA im Jänner 2023, dass Frauen und Mädchen unter den Taliban pauschal von Verfolgung bedroht seien und ihnen daher im Allgemeinen Schutz in Europa gewährt werden könne, die Einzelfallprüfung also entfallen dürfe. Diese Schlussfolgerung ist nicht nur als Reaktion auf sachliche Veränderungen nach der Machtübernahme der Taliban im Jahr 2021, sondern auch als Ausdruck außenpolitischer Interessen zu verstehen, wird dem Regime dadurch doch seine Legitimität aberkannt und die westliche Akzentuierung von Menschen- und Frauenrechten bekräftigt.

Vor der Schutzgewährung steht jedoch der Zugang zum Schutz. Generell lässt sich festhalten, dass legale und sichere Fluchtwege überproportional oft Frauen und Kindern zugutekommen. Neben Resettlement- und humanitären Aufnahmeprogrammen spielt die Fami-

lienzusammenführung eine wesentliche Rolle. Aufgrund des demographischen (Selbst-)Selektionseffekts der Selbsteinreisenden sind es vor allem weibliche und minderjährige Familienangehörige, die so aus Krisen- und Konfliktregionen gerettet werden können. Um Flucht nach Europa geschlechtergerechter zu gestalten, sollte die derzeit ausgesetzte Familienzusammenführung für Schutzberechtigte wieder ermöglicht werden.

Keynotes

- Die Verantwortung für Asylverfahren sollte auf die europäische Ebene übertragen werden, um nationale Alleingänge zu vermeiden, klare Zuständigkeiten zu schaffen und eine Harmonisierung von Zuerkennungsquoten zu erreichen.
- Die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) kann zu einer zentralen, leistungsfähigen Behörde mit legislativen und exekutiven Kompetenzen ausgebaut werden, um europaweit einheitliche und effiziente Asylverfahren sicherzustellen.
- Städte, Gemeinden und Regionen können stärker in die Verteilung und Integration von Geflüchteten eingebunden werden, unterstützt durch Matching-Modelle und gezielte EU-Förderungen.
- Auf Bundesebene ist eine ausgeglichene Verteilung von Geflüchteten durch Einhaltung und Exekution der Grundversorgungsvereinbarung und, nach Abschluss des Verfahrens, eine auf lokale Bedarfslagen abgestimmte Residenzpflicht erreichbar.
- Dem besonderen Schutzbedarf von Frauen und Mädchen auf der Flucht muss durch sichere Zugangswege zu Asyl Rechnung getragen werden, etwa durch humanitäre Aufnahmeprogramme und Familienzusammenführung.



Zhenya Voevodina/Shutterstock.com

„Gendered Disinformation“ als hybrides Wirkmittel

Thilo Geiger

Hybride Bedrohungen zielen auf die innere Stabilität westlicher Demokratien, indem sie gesellschaftliche Bruchlinien ausnutzen. Ein zentrales Instrument dafür ist die Einflussnahme im Informationsraum. Eine wirkungsvolle Form dessen stellt die „Gendered Disinformation“ dar, also gezielte Falschinformationen, die Frauen in öffentlichen Rollen diskreditieren, traditionelle Geschlechterrollen verstärken, und so eine weibliche politische Teilhabe unterminieren. Solche Strategien tragen zur Fragmentierung europäischer Gesellschaften bei und werden von Russland gezielt gefördert. Um langfristige demokratische Stabilität zu sichern, bedarf es einer ganzheitlichen Sicherheitsstrategie, die Informationssouveränität, kritischen Medienkonsum und gesellschaftliche Resilienz fördert.

Hybride Bedrohungen stellen einen festen Bestandteil der sicherheitspolitischen Realität dar. Sie zielen nicht nur auf militärische Strukturen, kritische Infrastrukturen oder ökonomische Abhängigkeiten, sondern

auch auf die Führungsfähigkeit von Staaten. In Demokratien bedeutet das, sie zielen auf die Substanz des politischen Systems: das Vertrauen in Institutionen und die Bereitschaft, am politischen Prozess teilzuhaben.

Wesentliche Akteure hybrider Aktionen, mit dem Ziel westliche Demokratien zu schwächen, sind Russland und China. Gerade bei autokratischen Systemen verschwimmt dabei die Grenze zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. Letztere agieren in solchen Kontexten selten unabhängig. Sie sind in der Regel in Netzwerke staatlicher Kontrolle eingebunden, die ihre Wirksamkeit im Sinne strategischer Ziele sicherstellen.

Einflussnahme im Informationsraum

Ein Mechanismus hybrider Einflussnahme ist „Foreign Information Manipulation and Interference“ (FIMI). FIMI entfaltet dort Wirkung, wo konkrete Zielgruppen erreicht werden können. Das klingt trivial, entfaltet in der Praxis aber enorme Reichweite. Unterschiedliche Generationen bilden eigene Resonanzräume mit spezifischen Informationskanälen, Interessen und Vulnerabilitäten.

Die Mediennutzung hat sich von der Nutzung klassischer Formate in Richtung digitaler Plattformen und sozialer Medien verschoben. Teile der „Babyboomer“, der Generation X und der Millennials bewegen sich bereits zwischen diesen beiden Welten und sind dadurch anfällig für Mischformen aus seriösen Informationen und subtiler Desinformation. Bei den Generationen Z und Alpha dominieren soziale Medien, die gezielt für Manipulation genutzt werden können.

Patriarchale Geschlechterrollen als Wirkmittel

FIMI ist kein eindimensionales Werkzeug. Es entfaltet sich über vielschichtige Ansätze und greift dort an, wo gesellschaftliche Bruchlinien bestehen. Eine Form dessen ist die sogenannte „Gendered Disinformation“. Auf diese Weise sollen Frauen, insbesondere in politisch und gesellschaftlich relevanten Positionen, durch gezielte Falschinformationen aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt und damit langfristig von politischer Partizipation ausgeschlossen werden. Es werden da-

bei persönliche Qualifikationen oder die Motive politischen Handelns ebenso in Frage gestellt wie die Identität als Frau selbst – so geschehen etwa bei der ehemaligen First Lady der Vereinigten Staaten Michelle Obama und der ehemaligen neuseeländischen Premierministerin Jacinda Ardern. Eine Demokratie, die strukturell Frauen und andere Geschlechterperspektiven ausschließt, verliert Legitimität und damit einen Kern ihrer Stabilität.

Gerade in den jüngeren Generationen zeigt sich ein wachsendes Spannungsfeld. In Teilen der Generationen Z und Alpha werden übersteigerte Vorstellungen von Männlichkeit und die Rückkehr zu „klassischen“ Geschlechterrollen sichtbar. Weiblich gelesene Personen werden in diesen Diskursen auf „traditionelle“ Rollen reduziert. Das geschieht innerhalb der sogenannten „Mannosphäre“, einem sich ausbreitenden, männlich dominierten Onlinemilieu. FIMI wirkt so auch im Kontext eines breiten und immer unversöhnlicher scheinenden Kulturkampfes.

Diese Entwicklung ist keineswegs zufällig und baut auf gesellschaftlich erlernten, gefestigten und damit Sicherheit suggerierenden Rollenbildern auf. Nationalistische, reaktionäre Bewegungen in Europa nutzen dieses Fundament, gestützt durch gezielte russische Einflussnahmen, um einen Gegenpol zu einem liberalen, von Diversität geprägten Gesellschaftsentwurf zu festigen. Russland profitiert dabei von der vielfältig herbeigeführten Fragmentierung europäischer Gesellschaften, denn insbesondere demokratische Nationalstaaten mit einer in Konflikten gespaltenen Bevölkerung erscheinen im Vergleich mit geschlossenen Bündnissen stabiler Staaten als für die eigenen geopolitischen Ambitionen weniger bedrohlich.

Unterstützung erhalten diese Strömungen durch Inhalte aus den USA, die spätestens seit der Trump-Regierung nicht-traditionelle Geschlechtsbilder bekämpfen. Solche Narrative finden Anschluss in Teilen bürgerlich-konservativer Milieus in Europa. Wird diese Anschlussfähigkeit erreicht, steigt die Wirksamkeit der Desinformation erheblich, weil sie nicht mehr ausschließlich als externe Einflussnahme, sondern als legitimer Bestandteil gesellschaftlicher Debatten wahrgenommen wird.

Stabilität in Demokratien: Herausforderung der Zukunft

Diese Entwicklungen treffen auf eine junge Generation, die inmitten multipler Krisen aufwächst: Krieg in Europa und im Nahen Osten, die Dynamik der KI-Revolution, die spürbaren Auswirkungen des Klimawandels sowie die Transformation von Arbeitswelt und Sozialsystemen durch den demografischen Wandel. In Bezug auf „Gendered Disinformation“ verfängt der Inhalt dabei unabhängig von der Geschlechtsidentität der Zielgruppe, da alle mit denselben Geschlechterrollen und damit verbundenen Erwartungen und Versprechungen sozialisiert wurden.

Junge Menschen sind sich der Existenz von Desinformation bewusst, doch das konkrete Erkennen und Einordnen einzelner Narrative fällt schwer. Genau hier entfaltet FIMI seine Wirksamkeit. Nicht im offenen Widerspruch, sondern im gezielten Säen von Zweifeln und Unsicherheiten und der Präsentation einfacher, haltgebender Narrative. Für gesellschaftliche und staatliche Institutionen ergibt sich daraus ein klarer Auftrag. Informationssouveränität, kritischer Medienkonsum und eine wachsame Öffentlichkeit sind ebenso Teil der Verteidigungsfähigkeit von Staaten. Die hybride Dimension dieser Bedrohung zwingt dazu, Sicherheit nicht länger rein militärisch, sondern ganzheitlich zu denken.

Die strategische Botschaft ist eindeutig: Sicherheit im 21. Jahrhundert bedeutet, die demokratische Stabilität nach innen ebenso zu sichern wie die Handlungsfähigkeit nach außen. Wer die Gesellschaft spaltet, fördert Nationalismus und schwächt damit langfristig internationale Zusammenarbeit und Bündnisse. Genau das ist das Ziel hybrider Einflussoperationen.

Keynotes

- Hybride Bedrohungen zielen auf das Vertrauen und die Legitimität von Demokratien.
- Einflussnahme im Informationsraum ist vielseitig und zielgruppenorientiert.
- „Gendered Disinformation“ soll Frauen aus politischer und gesellschaftlicher Teilhabe drängen.
- Russische Einflussnahme verstärkt gesellschaftliche Spaltung.
- Nationale Stabilität in Demokratien erfordert ein hohes Maß an Informationssouveränität.



Gorodenkoff/Shutterstock.com

Cyber-Verteidigung in Europa

Die derzeitige Bedrohungslage

David Song-Pehamberger

Mit der fortschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft nehmen auch die Bedrohungen im Cyber-Raum weiterhin rasant zu. Vor allem seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben Cyber-Angriffe auf EU-Mitgliedsstaaten sprunghaft zugenommen. Russische Cyber-Akteure nehmen vor allem jene Staaten ins Visier, die sich mit der Ukraine solidarisch zeigen.

Bedrohungsakteure

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Akte der Cyber-Sabotage bzw. Cyber-Angriffe russischen Staatsakteuren zugeschrieben. So veröffentlichte beispielsweise Frankreich im Jahr 2025 eine offizielle Attribu-

ierung, die mehrere schwere Cyber-Angriffe, u.a. gegen französische Einrichtungen, die an der Austragung der Olympischen Spiele 2024 beteiligt waren, dem russischen Militärgeheimdienst GRU zugeordnet hat. Russland nutzt jedoch über die staatlichen Netzwerke hinausgehend auch eine Reihe an staatsnahen und nicht-staatlichen Cyber-Akteuren für Sabotage- und Spionagenetzwerke. Das erschwert die eindeutige Beweisfindung und Attribuierung jedoch erheblich.

Bei Russland handelt es sich aber nicht um den einzigen Bedrohungsakteur. Chinesische Akteure sind seit Jahrzehnten für ihre Spionage-Kampagnen im Cyber-Raum bekannt. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren auch zunehmend Fälle vorplatzierte Schadsoftware in kritischen Infrastrukturen der USA bekannt, vermutlich mit der Absicht, die Energieversorgung und die Telekommunikation im Falle eines zukünftigen Konflikts zu sabotieren.

China griff auch wiederholt öffentliche Einrichtungen im europäischen Cyber-Raum an. So schrieb Tschechien einen seit drei Jahren andauernden Cyber-Spionage-Angriff auf sein Außenministerium im Mai 2025 dem chinesischen Ministerium für Staatssicherheit zu. Chinas offensichtliche Cyber-Spionage-Kampagnen nehmen im EU-Raum weiterhin zu, wobei die Dunkelziffer unbekannter Angriffe wahrscheinlich ebenfalls enorm ist. Anders als bei russischen Akteuren, die in den letzten Jahren zunehmend rücksichtslos vorgingen, ist es Peking weiterhin wichtig, bei seinen Spionageakten möglichst unerkannt zu bleiben. China ist bestrebt, auch im Cyber-Raum eine globale Führungsrolle einzunehmen. Hierfür werden die Grauzonen des Cyber-Raums weitgehend ausgenutzt und jegliche Attribuierungsversuche westlicher Staaten zurückgewiesen und als politisch motiviert verurteilt.

Nordkorea ist ein weiterer prominenter Bedrohungsakteur, dessen Ransomware-Kampagnen und Krypto-Diebstähle bereits mehrere Milliarden Euro für das autoritäre Regime eingespielt haben. Nordkorea soll Schätzungen zufolge im Jahr 2024 über 1,3 Mrd. US-Dollar allein durch Krypto-Diebstähle eingenommen haben. Im Februar 2025 stahl die nordkoreanische Hacker-Gruppe „Lazarus“ weitere 1,5 Mrd. US-Dollar von der Krypto-Börse ByBit, was den bislang größten Krypto-Diebstahl darstellt. Anders als bei chinesischen Cyber-Akteuren, ist es den nordkoreanischen Akteuren relativ gleichgültig, ob sie bei der Tat ertappt werden. Nordkorea ist im internationalen Raum bereits weitgehend iso-

liert und stark sanktioniert, weshalb die staatliche Cyber-Kriminalität eine bedeutende Einnahmequelle für Pjöngjang darstellt.

Cyber-Verteidigung auf Unionsebene

Um dieser vielfältigen Bedrohungslage durch Cyber-Sabotage, -Spionage und -Kriminalität entgegenzuwirken, bedarf es eines vielschichtigen Ansatzes, der über die Möglichkeiten eines einzelnen Staates hinausgeht. In Anerkennung der Notwendigkeit unionsübergreifender Zusammenarbeit, haben die 27 EU-Mitgliedsstaaten beschlossen, sich der Cyber-Bedrohungslage gemeinsam anzunehmen.

Im März 2022, kurz nach Beginn der russischen Vollinvasion der Ukraine, wurde der „Strategische Kompass für Sicherheit und Verteidigung“ beschlossen, der die Strategie zum Aufbau gemeinsamer Verteidigungsmaßnahmen darstellte. Auch die Cyber-Verteidigung wurde berücksichtigt. Hierfür wurde anschließend die „EU Cyber Defence Policy“ konzipiert, die den strategischen Rahmen zum Fähigkeitsaufbau in dieser Domäne absteckte.

Stärkung europäischer Cyber-Defence

Die Cyber Defence Policy verbindet und erweitert bestehende Stränge der Cyber-Sicherheit und -Verteidigung in Europa. Neue Initiativen beinhalten unter anderem die Etablierung eines Netzwerks aller militärischen Cyber-Notfallteams (Cyber Emergency Response Team, CERT), den Aufbau eines gemeinsamen Cyber-Lage- und Koordinierungszentrums (EU Cyber Defence Coordination Centre) und die Erstellung eines Rahmens zur regelmäßigen Übung von Cyber-Notfällen (CyDef-X). Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen zur Verbesserung der gemeinsamen Interoperabilität, zum Schutz kritischer Infrastruktur und zur Steigerung der Investitionen in Cyber-Abwehrfähigkeiten vorgesehen. Im Rahmen sämtlicher Initiativen wurden sowohl zivile als auch militärische Maßnahmen identifiziert, um eine sektorenübergreifende Umsetzung zu gewährleisten.

Auch die Stärkung bestehender Strukturen wurde berücksichtigt, wie beispielsweise der bereits existierende Attribuierungsmechanismus

der EU-Mitglieder, die „Cyber Diplomacy Toolbox“. Im Rahmen dieses Mechanismus wurden in den letzten Jahren Cyber-Angriffe auf Unionsmitglieder mit zunehmender Frequenz attribuiert und sanktioniert. Dies beinhaltete sowohl den russischen Cyber-Angriff am 24. Februar 2022, mit dem die Vollinvasion in die Ukraine begann, sowie die gemeinsame Verurteilung des zuvor erwähnten Cyber-Angriffs auf Tschechien.

Auch die EU-Agentur für Cyber-Sicherheit (ENISA) wurde in ihren Kompetenzen gestärkt. Zusätzlich wurde 2023 das EU-Kompetenzzentrum für Cyber-Sicherheit eröffnet und mit der strategischen Verwaltung der EU-Fördergelder zur Stärkung nationaler Cyber-Sicherheitsinitiativen beauftragt. Darüber hinaus ist auch eine Reihe an legislativen Initiativen erwähnenswert, wie beispielsweise die überarbeitete Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit (NIS-2), die Regulierungen für die Cyber-Sicherheit in allen EU-Staaten ausweitet und somit die Cyber-Resilienz unionsweit stärkt. Die NIS-2 wird derzeit auf nationaler Ebene umgesetzt. Hinzukamen außerdem der „Cyber Resilience Act“, der strikte Cyber-Sicherheitsvorschriften in digitalen Produkten einführt, sowie der „Cyber Solidarity Act“, der mitunter ein gemeinsames „Cyber-Schutzschild“ der EU und den Aufbau einer Cyber-Reserve vorsieht.

Ausblick

Im Jahr 2026 werden diese und weitere Rechtsnormen schrittweise auf nationaler Ebene umgesetzt und die Initiativen zur verbesserten Cyber-Resilienz und -Verteidigung implementiert und ausgebaut. Das EU-Lage- und -Kordinierungszentrum geht mit Anfang 2026 ebenfalls in die erste Phase der Implementierung.

Die europäische Cyber-Sicherheit und -Verteidigung befindet sich somit auf einem positiven Pfad zur gemeinsamen, EU-weiten Cyber-Resilienz. Die Implementierung benötigt noch mehrere Jahre, und ob sie rasch genug voranschreitet, bleibt abzuwarten. Denn die Bedrohungslage nimmt weiterhin rasant zu und böswillige Cyber-Akteure nutzen jegliche Vulnerabilität, die sich innerhalb der zunehmend digitalisierten Gesellschaften auftut.

Keynotes

- Cyberangriffe auf EU-Staaten haben seit dem russischen Angriff auf die Ukraine stark zugenommen, wobei besonders pro-ukrainische Länder im Fokus russischer, chinesischer und nordkoreanischer Akteure stehen.
- Russland nutzt ein Netzwerk aus staatlichen, staatsnahen und kriminellen Gruppen, was eine eindeutige Attribuierung und Gegenmaßnahmen erschwert.
- China setzt auf verdeckte, langfristige Spionage im Cyber-Raum, um geopolitische und wirtschaftliche Vorteile zu sichern und seine globale Führungsrolle zu festigen.
- Die konstante Bedrohungslage durch Cyber-Sabotage, -Spionage und -Kriminalität bedarf einer umfassenden Lösung, die über die Mittel einzelner Staaten hinausgeht.
- Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich auf einen vielschichtigen Ansatz geeinigt, um Cyber-Resilienz unionsweit anzuheben.
- Das Ziel ist eine gemeinsame, EU-weite Cyber-Resilienz, doch die Umsetzung dauert noch mehrere Jahre, während sich Bedrohungen weiter dynamisch entwickeln.



Internationale organisierte Kriminalität in Europa

Jugend im Fokus

Daniela PISOIU

Europäische Netzwerke im Bereich der organisierten Kriminalität binden zunehmend Minderjährige in niedrighschwellige, risikoreiche und teils gewalttätige Tätigkeiten ein. Die Rekrutierung verläuft offen über soziale Medien, über Zwang gegenüber vulnerablen Gruppen und über altersgestufte Hierarchien. Zugleich verschieben sich Deliktfelder in den digitalen Raum. Dazu gehören Cyber-Betrug, Grooming und Sextortion. Letztere fungiert dabei als eigenständige Täterökonomie und als Hebel zur Anwerbung, Kontrolle und Monetarisierung. Wirksam sind mehrdimensionale, evidenzbasierte Strategien, die frühe Hilfe, schulische und gemeinwesenorientierte Maßnahmen, digitale Resilienz und die gezielte Störung von Rekrutierungsketten miteinander verbinden.

Die Einbindung Jugendlicher in Strukturen der organisierten Kriminalität steigt in mehreren Phänomenbereichen parallel. Dazu zählen Gewalt- und Messerkriminalität, drogenbezogene Delikte, inkl. Darknet-Beschaffung und Party-Drogen, online vermittelte Schädigungen und ausbeuterische Anwerbung über diverse Plattformen. Europäische Lagebilder verweisen auf die gezielte Rekrutierung von Ersttäterinnen und -tätern, zum Teil im Rahmen von Violence-as-a-Service-Modellen. Prägnante räumliche Knoten sind Häfen an der Nordsee und am Atlantik, Nightlife-Zonen und urbane Randlagen. Dort verdichten sich Logistik, Verkaufsräume und digitale Kontaktabahnung. In allen Settings treten digitale Erpressungslagen durch Sextortion zunehmend als Eintritts- oder Beschleunigungsfaktor auf.

Push-Faktoren wie Armut, Bildungsabbrüche und familiäre Belastungen treffen auf Pull-Faktoren wie Status, schneller Gewinn und Gruppenzugehörigkeit. Täterökonomisch gelten Minderjährige als „niedriges Risiko“, was Rekrutierung erleichtert und Führungsebenen abschirmt. Beobachtet werden lose geknüpfte, aber zugleich hierarchisch gesteuerte Netzwerke, in denen ältere Jugendliche jüngere anlernen, überwachen und über ökonomische Anreize oder Erpressung (bis hin zu Sextortion) binden. Wachsende Drogenmärkte, Konkurrenzdruck und verfügbare Waffen verschieben die Deliktschwere nach oben und senken Ausstiegchancen.

Digitale Vektoren und Datenlage

Mit Blick auf individuelle Verläufe senken Plattformaffordanzen wie Direktnachrichten, Empfehlungsalgorithmen und anonyme Zahlungswege die Einstiegshürden. Anwerbung erfolgt in Social-Media-, Messenger- und Gaming-Umgebungen, flankiert von Gamification, Influencer-Mimikry und vermeintlich legitimen „Jobs“. Sextortion wirkt querliegend: kompromittierende Inhalte werden genutzt, um Zahlungen, weiteres Material oder operative Mithilfe zu erzwingen. Steuerung und Bezahlung laufen zunehmend verschlüsselt; Überschneidungen mit extremistischen und misogynen Online-Milieus verstärken Normalisierungseffekte von Gewalt und Abwertung.

Mit Bezug auf Datenerhebung und -analyse, leidet Vergleichbarkeit unter heterogenen Definitionen, Altersgrenzen und Datenschutzvor-

gaben. Datenauswertungen unterschätzen oft die Dunkelfelder, insbesondere bei online vermittelter Ausbeutung. Für evidenzbasierte Steuerung bräuchte es Mixed-Methods-Ansätze, Frontline-Befragungen und integrierte Datenpools über Polizei, Justiz, Bildung, Soziales und Gesundheit hinweg. Helpline- und Plattformdaten zu Sextortion sind als Frühindikatoren nutzbar, müssen jedoch in Monitoring- und Evaluationssysteme überführt werden, die Verläufe (Einstieg, Verbleib, Ausstieg) und Wirkungen von Maßnahmen abbilden.

Prävention, Politik und Ausblick

Wirksamkeit zeigt sich vor allem bei früh einsetzenden, mehrdimensionalen Programmen. Dazu gehören hochwertige Frühförderung, familienbasierte Unterstützung, soziales und emotionales Lernen in Schulen, kommunale Mehrkomponentenansätze und digitale Resilienzbildung. Co-Responder-Modelle zwischen Polizei, Gesundheits- und Sozialdiensten, Diversion statt Haft bei Ersttäterinnen bzw. Ersttätern und lokale Allianzen an Hotspots reduzieren Schäden, erfordern aber stabile Finanzierung und konsequente Outcome-Evaluation.

Auf EU-Ebene gewinnen Plattformverantwortung und Kinderschutz online an Gewicht; Priorität haben die Unterbrechung digitaler Rekrutierung, der Ausbau von Schutzarchitekturen an Häfen und Knotenpunkten, spezifische Sextortion-Prävention (Aufklärung, Meldewege, rasche „Takedowns“) sowie indikatorengestütztes Längsschnitt-Monitoring zur Skalierung wirksamer Modelle.

Für die Situation in Österreich sind drei Schwerpunkte zentral. Erstens die Unterbindung digitaler Rekrutierungspfade und die Absicherung logistischer Korridore durch administrative Auflagen, Plattformkooperation und lagebildgestützte Präsenz interdisziplinärer Teams. Sextortion-Fälle sind über Helplines, Schulen und Jugendhilfe systematisch zu erfassen und zu bearbeiten. Zweitens der Ausbau früh ansetzender Prävention in Schule und offener Jugendarbeit, inklusive digitaler Resilienz und spezifischer Module zu Grooming und Sextortion, flankiert von Diversion und abgestuften Alternativen zur Haft. Drittens die Institutionalisierung der Kooperation zwischen Strafverfolgung, Gesundheitswesen und dem Sozialwesen (Law Enforcement, Public Health, Social Services; LEPH). Hierbei sind standardisierte Schnittstellen zu

Kinder- und Jugendhilfe, Migration und Arbeitsmarkt sowie die Einführung harmonisierter Indikatoren, Längsschnitt-Monitoring und konsequente Outcome-Evaluation zur belastbaren Skalierung kommunaler Modelle erforderlich.

Keynotes

- Minderjährige werden EU-weit vermehrt in riskante und gewalttätige Handlungen hineingezogen. Häfen, Nightlife-Zonen und urbane Peripherien sind zentrale Knoten.
- Die Rekrutierung erfolgt digital vermittelt, durch Zwang und innerhalb altersgestufter Strukturen. Sextortion wirkt als Anwerbe-, Kontroll- und Monetarisierungshebel.
- Wirksam sind frühe, mehrdimensionale Interventionen, Kooperation zwischen Strafverfolgung, Gesundheitswesen und Sozialwesen sowie administrative und situative Barrieren an Hotspots.
- Datenlücken erfordern integrierte Datensysteme, longitudinale Designs und konsequente Outcome-Evaluation für skalierbare Prävention.
- Politische Prioritäten verschieben sich hin zu Prävention, Rehabilitation und Plattformverantwortung – mit Fokus auf digitale Resilienz und Praxistransfer.

5

Risiken und Herausforderungen für Österreich





BMLV/Daniel Trippolt

Risiken und Herausforderungen für Österreich

Silvia Angerbauer

Die westlich geprägte, liberale Weltordnung ist massiv in Bedrängnis geraten. Die globale Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird durch ein veritables Autoritätsvakuum bestimmt. Europa muss es gelingen, sich als handlungsfähiger und -williger Machtakteur zu positionieren. Je stärker die umfassende Verteidigungsfähigkeit der EU ist, umso höher ist der Sicherheitsgewinn auch für Österreich. Es werden daher weiter entschiedene, gesamtstaatliche Maßnahmen gesetzt werden müssen, um in dieser Gemengelage die eigene Sicherheit zu stärken, zur Sicherheit Europas glaubwürdig beizutragen und so ernst genommen zu werden.

Die Ära der westlich geprägten, liberalen Weltordnung scheint mittelfristig zu Ende zu gehen; Hoffnungen auf deren Fortführung werden langfristig vermutlich nicht erfüllt werden. Großmächte ringen um Deu-

tungshoheit, strategische Vorteile, und Koalitionen. Internationale Organisationen, allen voran die Vereinten Nationen und die OSZE, sind durch den Unwillen der großen Mächte, diese als Autoritäten zu akzeptieren, und angesichts weltpolitischer Entscheidungserfordernisse nahezu handlungsunfähig.

Auch Europas strategisches Defizit wird vor diesem Hintergrund besonders dringlich. Das nunmehr als untauglich verbriefte Modell „Wandel durch Handel“, gepaart mit der Unfähigkeit der EU, geopolitisch wirksam zu werden, verringern die Reaktions- und Aktionsfähigkeit der Union und verstärken den Glaubwürdigkeitsverlust. Wenn die USA ihre Planungen umsetzen und rund die Hälfte ihrer Truppen aus Europa abziehen, wird die EU gezwungen sein, ihren Worten Taten folgen zu lassen. Regeltreue, langwierige Konsensbildungsprozesse, politische Schlussfolgerungen und Strategiedokumente reichen dann nicht mehr aus. Um die gegenwärtige Machtkonstellation schadlos überstehen zu können, sind Investitionen in die umfassende Verteidigungsbereitschaft und in handlungsfähige militärische Kapazitäten keine Option mehr, sondern Notwendigkeit. Auch Österreich wird gefordert sein, sich in dieses System der kollektiven Sicherheit in Europa einzubringen.

Wege zum Erfolg

In konzeptioneller Hinsicht hat die EU im Jahr 2025 ihre vorzeigbare Strategiearbeit im Themenbereich Sicherheitspolitik fortgesetzt. Auf der Ziel-Ebene wurde zum einen die Strategie zur Errichtung einer „Bereitschaftsunion“ (Preparedness Union) zur Stärkung der allgemeinen Krisenreaktionsfähigkeit von Bürgerinnen und Bürgern, Gesellschaft und staatlichen Institutionen angenommen. Zum anderen wurde das Weißbuch der Verteidigung – Bereitschaft 2030 beschlossen, das die Verteidigungsfähigkeit und die militärische Eigenständigkeit Europas ausbauen soll.

In der im Herbst 2025 angenommenen Roadmap Verteidigungsbereitschaft 2030 sind nun Maßnahmen dargelegt, wie die EU das Ziel der Verteidigungsbereitschaft bis 2030 erreichen will. Mit dieser Roadmap (inkl. Ziele, Indikatoren, Fristen etc.) soll das EU-Weißbuch der Verteidigung vom März 2025 in den nächsten fünf Jahren strukturiert abgearbeitet werden. Ein jährlicher Bericht an den Europäischen Rat erhöht

die Verbindlichkeit der Umsetzung und der Mitgliedsstaaten. Der Fokus dieses Dokuments liegt auf der Schließung kritischer Fähigkeitslücken in neun prioritären Bereichen, für die unter anderem vier Flaggschiff-Projekte vorgeschlagen wurden: Initiative zur Drohnenabwehr, Schutz der Ostflanke, Luftschild und Weltraumschild. Die Souveränität der EU-Mitgliedsstaaten, was nationale Verteidigung betrifft, bleibt freilich erhalten – der Schritt zur europäischen Verteidigung, wie er im Vertrag über die Europäische Union als Möglichkeit verankert ist, wird nicht angestrebt.

Schließlich soll die Ressourceninitiative „ReArm Europe“ bis zu 800 Mrd. Euro für den Ausbau und die Modernisierung der europäischen Verteidigung mobilisieren. Ziel ist es, strukturelle Lücken zu schließen und Europas strategische Autonomie zu stärken, um die Abhängigkeit von externen Sicherheitsgarantien zu reduzieren. Dabei werden den Mitgliedsstaaten durch den EU-Haushalt beispielsweise abgesicherte Darlehen zur Verfügung gestellt, sowie die koordinierte Aktivierung der nationalen Ausweichklausel durch alle Mitgliedsstaaten ermöglicht, um zusätzliche Flexibilität für höhere Verteidigungsausgaben zu schaffen. Ergänzend dazu finanziert die Europäische Investitionsbank nunmehr auch militärische Ausrüstung, Infrastruktur, Dienstleistungen und Technologie, um Europa sicherer und wehrhafter zu machen. Waffen und Munition werden allerdings nicht finanziert.

Und Österreich?

Österreich hat alle EU-Beschlüsse solidarisch mitentschieden. Folgerichtig ist die „aktive Beteiligung“ an der „Entwicklung der Europäischen Verteidigungsunion“ auch im Regierungsprogramm 2025–2029 verankert. Im Ministerrat wurde diese europäische Ausrichtung Österreichs in gemeinsamen außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen im April 2025 zusätzlich unterstrichen.

Daher sollte erstens die neue Österreichische Sicherheitsstrategie die nationalen Zielsetzungen zur Umsetzung der EU-Beschlüsse aufzeigen. Zweitens wären konkrete Maßnahmen zur Erreichung der österreichischen gesamtstaatlichen „Bereitschaft“ in Teilstrategien und weiteren Planungs- und Umsetzungsdokumenten festzuhalten, wie etwa einem neu zu schaffenden Resilienzplan. Drittens wären im Bundesfinanzrahmengesetz und im Bundesfinanzgesetz die Budgetplanung und Res-

sourcenzuordnung für die Zielerreichung der europäischen und nationalen Sicherheitsvorsorge und Verteidigungsbereitschaft abzusichern.

Besonders wichtig wird es auch sein, die Bevölkerung niederschwellig und zielgruppengerecht über vorhandene Risiken, richtiges Verhalten in Krisenfällen und die Notwendigkeit zur umfassenden Verteidigung aufzuklären. Eine Bestandsaufnahme im Kontext der COVID-19-Krise führt dabei zur Grundannahme, dass Organisationen, die sich bereits intensiv mit Diversität und Inklusion, und damit verbundenen Herausforderungen und Chancen auseinandergesetzt haben, möglicherweise besser auf die Krise vorbereitet waren und ein höheres Ausmaß an Resilienz entwickelt hatten – und, dass sich dieser Vorteil vielleicht auch in anderen zukünftigen Krisen bewähren könnte.

Ökonomische Chancen

Auch für den europäischen und nationalen industriellen Sektor stellt der geo- und europapolitische Wandel weit mehr als ein theoretisches Konzept dar. Strategische Entscheidungen müssen künftig stärker im Licht der geopolitischen Entwicklungen beurteilt werden – sei es zu Standortwahl, Rohstoffbezug oder Kooperationspartnern. Wer heute etwa in neue Werkzeugstraßen investiert, sollte nicht nur ökonomische Faktoren beurteilen, sondern auch den gesicherten Zugang zu Rohstoffen und Lieferketten im Blick behalten.

Die geopolitische Wende bringt zudem auch Chancen, sowohl für die Wirtschaft als auch für die Sicherheitspolitik. Sicherheitspolitisch bringt ein mehr an Eigenständigkeit in Europa ein höheres Maß an strategischer Autonomie. Ein vernünftiges Maß an offener strategischer Autonomie böte wiederum die Möglichkeit, „eigenständig zu handeln, wann und wo immer dies erforderlich sein sollte, und gemeinsam mit Partnern tätig zu werden, wenn immer dies möglich ist“, wie im Ratsbeschluss vom November 2016 grundgelegt. Mit Blick auf den industriellen Sektor können umfassend geplante, resiliente Wertschöpfungsketten ökonomische Vorteile bringen. Ebenso erhöhen die gesteigerten Erfordernisse im Sicherheits- und Verteidigungsbereich die Nachfrage. Dies kann dabei helfen, die in Krise befindliche deutsche Automobil- und damit die österreichische Automobilzulieferindustrie zu unterstützen.

Fazit

Die westlich geprägte, internationale Ordnung befindet sich in einem tiefergehenden Transformationsprozess. Sowohl die Sicherheitspolitik von Staaten als auch Unternehmen stehen vor enormen Herausforderungen. Langatmige Strategien und liebgewonnene Strukturen und Prozesse müssen durch agile Modelle ersetzt werden, die prospektiv angelegt sind und mit Unberechenbarkeit, politischen Krisen und Umbrüchen umgehen können – also resilient sein. Wer heute international bestehen will, braucht ein tiefes Verständnis geopolitischer Dynamiken und muss zur Kenntnis nehmen, dass politische Stabilität innerhalb Europas keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Klar ist, sollte es zu einer Fortsetzung der US-Politik kommen, wird die sicherheitspolitische Verantwortung stärker auf europäischen Schultern lasten. Auch Österreich wird aufgefordert sein, einen angemessenen Beitrag in das sich ändernde europäische Sicherheitsmodell einzubringen.

Keynotes

- Die Ära der westlich geprägten, liberalen Weltordnung ist massiv in Bedrängnis geraten.
- Für die EU sind eine umfassende Verteidigungsbereitschaft und handlungsfähige militärische Kapazitäten keine Option mehr, sondern Notwendigkeit.
- Je stärker die umfassende Verteidigungsfähigkeit der EU ist, desto höher ist der Sicherheitsgewinn auch für Österreich.
- Der geo- und europapolitische Wandel bringt Herausforderungen und Chancen für Sicherheitspolitik aber auch den industriellen Sektor.
- Österreich ist gefordert, einen angemessenen Beitrag in das sich ändernde europäische Sicherheitsmodell einzubringen.



BMLV/Daniel Trippolt

Die Rückkehr der Landesverteidigung

Bruno Günter Hofbauer

Der russische Angriffskrieg hat die Bedeutung klassischer Kriegsführung und glaubwürdiger Abschreckung neu verdeutlicht. Österreich richtet das Bundesheer mit dem Aufbauplan ÖBH 2032+ konsequent auf die militärische Landesverteidigung aus. Dazu braucht es mehr Kampfkraft, rasche Mobilmachung, eine gestärkte Miliz und gesamtstaatliche Wehrbereitschaft. Um Bedrohungen vom Cyber-Bereich bis hin zu konventionellen Bedrohungen zu begegnen, sind rechtliche Anpassungen und ein Verteidigungsbudget in Höhe von zwei Prozent des BIP bis 2032 notwendig.

Die Liste an Schlagworten, die uns seit einigen Jahren im sicherheits- und verteidigungspolitischen Kontext begleitet, ließe sich beinahe endlos führen: Angriffskrieg, Zeitenwende, Abschreckung, Annexion, Drohnen über NATO-Gebiet, Spionage, Luftraumverletzungen, Mittelstreckenraketen, militärische Provokation, Großmanöver in Osteuropa. Die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind auch

an Österreich nicht spurlos vorübergegangen. Im Gegenteil, zentrale Ideen der Kriegsführung aus der Zeit des Kalten Krieges sind wieder in den Vordergrund gerückt. Dazu zählen Elemente wie Nuklearwaffen, Artillerie, Kampfpanzer, Luftabwehr, Fernwaffen oder auch Mobilmachung. Ergänzt und überlagert werden diese Konzepte durch neue Entwicklungen wie Proliferation von billigen, unbemannten Systemen mit tödlicher Wirkung, Lagebilder in hoher Genauigkeit, die durch Nutzung offener Quellen das Gefechtsfeld noch gläserner machen, Künstliche Intelligenz und Quantentechnologie.

Ausrichtung auf die Landesverteidigung

Das Österreichische Bundesheer (ÖBH) legte mit dem Streitkräfteprofil „Unser Heer“ bereits im Jahr 2021, also ein Jahr vor der russischen Invasion in der Ukraine, das mittel- und langfristige Schwergewicht auf die Landesverteidigung für Österreich. Damit verbunden ist auch die Abkehr von der primären Ausrichtung des ÖBH auf Stabilisierungseinsätze im Ausland und Assistenzleistungen im Inland. Im Generalstab erfolgte die Umsetzung der Vorgaben aus dem Streitkräfteprofil durch den „Aufbauplan ÖBH 2032+“. Dieser ist jedoch nicht nur auf Hardware, wie beispielsweise neue Waffensysteme oder Infrastruktur, zu reduzieren. Es geht insbesondere auch darum, das militärische Denken und Handeln der gesamten Organisation wieder auf die militärische Landesverteidigung und den Kampf im eigenen Land gegen einen möglichen externen Aggressor auszurichten.

Wie schnell sich politische Absichten ändern können und vorhandene Potenziale genutzt werden, um politische Ziele zu erreichen, wurde 2022 eindrücklich gezeigt. Ebenso wurde bewiesen, dass zumeist kaum Vorbereitungszeit gegeben ist. Bereitet man sich nicht auf die Verteidigung des eigenen Landes vor, ist das Scheitern im Verteidigungsfall vorprogrammiert. Das ÖBH muss daher rasch dazu befähigt werden, den erwartbaren Bedrohungen der Zukunft effektiv entgegenzutreten. Auch wenn Österreich derzeit eine relativ sichere Position aufweist, sind mehrere Faktoren für die Zukunft zu beachten.

- Eine künftige militärische Konfrontation an den Rändern Europas wird nicht ohne militärische Auswirkungen auf Österreich bleiben.

- Es ist nicht sicher, dass die derzeit komfortable geostrategische Lage Österreichs auch in 10 oder 15 Jahren weiterhin Schutz bietet.
- Es müssen in der langfristigen Ausrichtung des ÖBH alle Optionen der Entwicklung in Europa und seinem Umfeld beachtet werden. Das schließt unweigerlich auch die Abwehr eines konventionellen Angriffs auf österreichisches Staatsgebiet ein.

Damit reicht der Rahmen der mittel- bis langfristigen Bedrohungen von hybriden Bedrohungen unterschiedlichster Art über subkonventionelle militärische Handlungen bis hin zu Angriffen mit konventionellen Mitteln in unterschiedlichsten Ausprägungen.

Erfordernisse für eine ernstzunehmende Landesverteidigung

Für eine ernstzunehmende Landesverteidigung bedarf es in erster Linie qualitativ hochwertiger Kräfte und Mittel, die über hohe Kampfkraft verfügen und mit ihren Fähigkeiten diesen umfassenden Bedrohungen wirksam begegnen können. Sie benötigen aber auch die entsprechende Quantität, denn Masse spielt wieder eine wichtige Rolle. Um den militärischen Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können, ist also mittelfristig der Umfang des Heeres zu erhöhen. Das ÖBH muss wieder dazu in die Lage versetzt werden, in seiner Gesamtheit als Heer zusammenzuwirken und den Kampf aller Teilstreitkräfte in allen Domänen zu führen. Dazu bedarf es der Stärkung von Kampfkraft, Reaktionsfähigkeit, Führungsüberlegenheit und Durchhaltevermögen.

Das bedeutet, vorhandene Fähigkeiten auszubauen, und parallel dazu neue Fähigkeiten in das ÖBH zu bringen. Neben der Notwendigkeit einer ernstzunehmenden Luftverteidigung oder dem Kampf im Cyber-Raum ist auch die Fähigkeit zur weitreichenden Wirkung mit Feuer erforderlich. Ein Gegner soll dort getroffen werden können, wo es ihn schmerzt. Dies muss durch umfassende Aufklärungs- und Führungsfähigkeit, aber auch durch exzellente Logistik gestützt werden. Versäumnisse in diesem Zusammenhang aufzuholen bedarf Zeit: für die ersten wesentlichen Schritte des Nachrüstens und der Ausstattung mit bedrohungsadäquaten Mitteln wird zumindest eine Dekade veranschlagt werden müssen.

Das ÖBH ist eine Milizarmee; Die Miliz muss einen neuen Stellenwert erhalten. Die Fähigkeit zur raschen Mobilmachung ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Einsatz. Mobilgemachte Kräfte müssen möglichst rasch in den Einsatz treten können, da im Falle eines Konflikts die verfügbare Zeit äußerst begrenzt ist. Das Beherrschen des militärischen Handwerks ist somit sowohl für präsente als auch für mobilzumachende Kräfte unverzichtbar. Ein qualitativ hochwertiger und zeitlich ausreichend bemessener Grundwehrdienst, ergänzt durch regelmäßige Übungsphasen der Miliz zur Aufrechterhaltung des Qualifikationsstandes, ist unerlässlich. Die derzeit noch vorhandene Vorbereitungszeit muss auch für Ausbildung und Übung intensiv genutzt werden.

Landesverteidigung ist keine ausschließliche Aufgabe der bewaffneten Macht, sondern eine Aufgabe des gesamten Staates, wobei die politische Führung, der Bevölkerung und der Wirtschaft wesentliche Rollen zukommen. Das setzt ein abgestimmtes, gesamtstaatliches Zusammenwirken voraus. Handlungsfähigkeit in der Krise oder im Konflikt erfordert die Stärkung des Wehrwillens; Voraussetzung dafür ist die Wiederbelebung und Modernisierung der verfassungsmäßig verankerten umfassenden Landesverteidigung. Einem möglichen Angreifer muss demgegenüber klargemacht werden, dass man sich nicht kampfflos ergeben wird. Im Gegenteil: man ist gewillt und fähig, sich einer Aggression entgegenzusetzen und den Kampf zu führen. Das ist der Kern der Abhaltung, die wiederum auf glaubwürdigen militärischen Fähigkeiten beruht.

Rahmenbedingungen

An der Bedeutung der militärischen Landesverteidigung hat sich im Kern nichts verändert. Weder ist ein „Ende der Geschichte“ eingetreten, noch sind Kriege zwischen Staaten verschwunden. Ebenso wenig hat sich an der Clausewitz'schen Feststellung geändert, dass Krieg ein Akt der Gewalt ist, in dem ein Gegner dem anderen seinen eigenen politischen Willen aufzwingen will, indem er diesen durch physische Gewalt wehrlos macht. Demgemäß sind zwingend rechtliche und budgetäre Rahmenbedingungen zu schaffen, um die erforderliche Handlungssicherheit für die Zukunft zu gewährleisten.

Eine der essenziellen Bedingungen für die Sicherstellung der militärischen Landesverteidigung ist das Festhalten am Zwei-Prozent-Ziel bis zum Jahr 2032 – also die Erhöhung des Budgets für die militärische Landesverteidigung auf zwei Prozent des BIP. Ebenso müssen Anpassungen der rechtlichen Rahmenbedingungen rechtzeitig erfolgen, um Bedrohungen etwa im Informationsumfeld, Cyber-Raum oder durch unbemannte Systeme effektiv begegnen zu können.

Der Aufbauplan ÖBH 2032+ verfolgt das eindeutige Ziel, die umfassende militärische Verteidigungsfähigkeit Österreichs wiederherzustellen. Die Verlagerung des Schwergewichts auf die Landesverteidigung führt jedoch nicht zu einer Abkehr von der Zusammenarbeitsfähigkeit mit anderen Streitkräften. Im Gegenteil: Interoperabilität ist sowohl im internationalen Zusammenwirken als auch im Kriegsfall überlebensnotwendig. In Umsetzung dieser Zielsetzungen gilt es nun, zunächst das bestehende ÖBH zu „reparieren“, also bestehende Mankos rasch zu beseitigen. Parallel dazu ist die Konsolidierung von Fähigkeiten durchzuführen und ab Ende der 2020er Jahre zu expandieren.

Keynotes

- Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat gezeigt, dass konventionelle Kriegsführung wieder zentrale Bedeutung hat – ergänzt durch neue Technologien wie Drohnen und Künstliche Intelligenz.
- Das ÖBH konzentriert sich mit dem Aufbauplan 2032+ wieder auf die militärische Landesverteidigung anstatt auf Auslandseinsätze und Assistenzleistungen.
- Eine wirksame Landesverteidigung erfordert qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende Kräfte, inklusive einer modernen Luftabwehr, Cyberabwehr, und weitreichender Feuerkraft.
- Landesverteidigung betrifft nicht nur das ÖBH, sondern ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Sie erfordert Wehrwillen, politische Führung, und glaubwürdige Abhaltewirkung. Eine Stärkung der Miliz, um rasch einsatzfähige Kräfte bereitstellen zu können, ist entscheidend.
- Die Erhöhung des Verteidigungsbudgets auf zwei Prozent des BIP bis 2032 sowie rechtliche Anpassungen sind unerlässlich, um die militärische Handlungsfähigkeit zu sichern.



Österreichs Neutralität und die Risiken der Nicht- Debatte

Martin Senn

Österreich hat nach seinem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1995 den rechtlichen Rahmen seiner Neutralität angepasst, und damit die Grundlage für solidarisches Handeln in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen. Das Spannungsverhältnis zwischen Neutralität und Solidarität wurde jedoch nicht öffentlich diskutiert. Damit ist die Bevölkerung auf die Anforderungen einer militärischen Verteidigung Österreichs oder auch einen europäischen Beistandsfall nicht ausreichend vorbereitet.

Auch fast vier Jahre nach Beginn der russischen Vollinvasion in der Ukraine kommt eine Debatte über Wesen und Wert der österreichischen Neutralität kaum in Gang. Angesichts des tiefgreifenden Wandels der europäischen und globalen Sicherheitsordnung wäre es jedoch dringend geboten, sowohl in als auch mit der Öffentlichkeit mehr über die

Neutralität zu sprechen. Das betrifft sowohl ihr Verhältnis zur europäischen Solidarität im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) als auch ihren bewaffneten Charakter.

Es wäre jedoch verfehlt, sich ausschließlich auf eine Diskussion der Neutralität zu beschränken – so relevant dies auch sein möge. Vielmehr wäre nunmehr eine umfassende und dauerhafte Debatte über Österreichs Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik im 21. Jahrhundert nötig.

Differenzielle Neutralität

Das Ende des Ost-West-Konflikts markierte eine Zäsur in der Geschichte der österreichischen Neutralität. In dieser Phase wurde ein schrittweiser Wandel zu einer differenziellen, also in ihrer Gültigkeit eingeschränkten, Neutralität eingeleitet. Österreich wandte sich angesichts des Endes der Blockade im UN-Sicherheitsrat und der Annexion Kuwaits durch den Irak im Jahr 1990 einer Neuinterpretation der Neutralitätspflichten und der Pflichten aus der UN-Mitgliedschaft zu. Die Pflichten im Rahmen des Systems der kollektiven Sicherheit der Vereinten Nationen sollten nunmehr Vorrang genießen. Dementsprechend beteiligte sich Österreich auch an Zwangsmaßnahmen gegen den Irak und später auch gegen andere Staaten.

Der zweite, noch weitreichendere Schritt war Österreichs Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1995. Um der Teilnahme an der GASP und damit der GSVP eine rechtliche Basis zu verleihen, beschloss der Nationalrat Art. 23f (später Art. 23j) des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG). Dieser ermöglicht nicht nur die Beteiligung an Missionen und Operationen im Rahmen der sogenannten „Petersberger Aufgaben“, sondern nach gängiger Rechtsmeinung auch die Beteiligung an der gemeinsamen Verteidigung auf Basis des Art. 42, Abs. 7 des Vertrags über die Europäische Union (EUV). Artikel 23j B-VG „überlagert“ also das Neutralitätsgesetz des Jahres 1955 und erlaubt es Österreich, seine Neutralität für Maßnahmen im Rahmen der GASP/GSVP auszusetzen. Art. 42(7) bietet jedoch mit der sogenannten „Irischen Klausel“ den neutralen EU-Staaten die Möglichkeit, von Maßnahmen Abstand zu nehmen, die sie als mit ihrer Neutralität unvereinbar erachten.

Solidarität und bewaffnete Neutralität

Wie sich Österreich im Anlassfall innerhalb dieses rechtlichen Rahmens bewegen würde, ist eine politische Frage. Die österreichische Bevölkerung ist auf diese Frage jedoch nicht vorbereitet. Es wurde weder in bzw. mit der Öffentlichkeit diskutiert, was Solidarität in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas bedeutet, noch wie Österreich seinen durch die differenzielle Neutralität entstandenen Handlungsspielraum nutzen könnte. Die Abwesenheit einer öffentlichen Debatte zu diesen Fragen erhöht das Risiko, dass die Regierung in einem Beistandsfall zwischen dem Widerstand der Bevölkerung und den Solidaritätserwartungen der EU-Mitgliedsstaaten unter erheblichen Druck kommt.

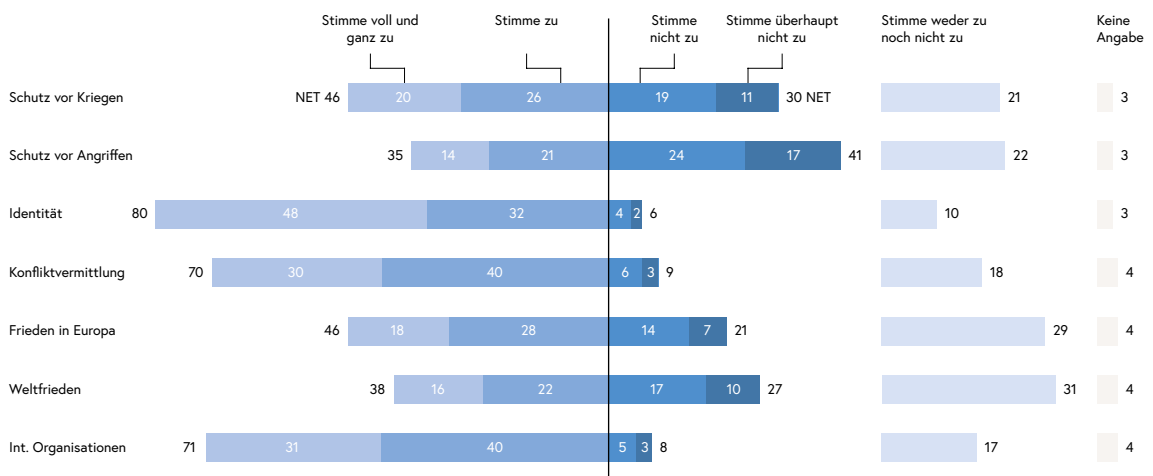


Abb. 2: Funktionen der Neutralität. Austrian Foreign Policy Panel Project (<https://afp3.at/>, 3. Welle 2025, n = 3.000). Frage: Welcher Aussage zur Neutralität würden Sie zustimmen?

Auch die Vernachlässigung des bewaffneten Charakters der Neutralität stellt ein nicht zu vernachlässigendes Risiko dar. Im Zuge der politischen Auslegung betonte Österreich stets die nicht-militärische Dimension seiner Neutralität, also internationales Engagement und gute Dienste. Die militärische Landesverteidigung wurde darüber allerdings vernachlässigt. Dass die Verteidigung der Neutralität stiefmütterlich behandelt werden konnte, war nicht zuletzt der Rolle der USA als Sicherheitsgarant Europas nach 1945 geschuldet.

Obwohl sich die USA zusehends aus dieser Rolle zurückziehen und Europa gegenüber zunehmend antagonistisch auftreten, scheint diese „behütete Phase“ der Neutralität noch nachzuhalten. In den Umfragen des Austrian Foreign Policy Panel Projects (AFP3) zeigt sich zwar, dass der Schutz vor Angriffen von allen Funktionen der Neutralität am wenigsten Zuspruch erhält, wenngleich immer noch von 35 % aller Befragten. Gleichzeitig wären nur 14 % aller Befragten (22 % der männlichen Befragten) dazu bereit, das Land mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Damit rangiert Österreich unter den Schlusslichtern Europas.

Dieses Nachhalten einer nicht-militärischen Auslegung der Neutralität erschwert es Österreich, sich auf die geänderten Anforderungen europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzustellen.

Keynotes

- Art. 23j B-VG „überlagert“ das Neutralitätsgesetz und bietet Österreich weitreichende Möglichkeiten zur Teilnahme an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.
- Das Verhältnis zwischen Österreichs Neutralität einerseits und der europäischen Solidarität andererseits wurde nicht ausreichend in und mit der Öffentlichkeit diskutiert.
- Die österreichische Bevölkerung ist aufgrund der fehlenden öffentlichen Diskussion nur unzureichend auf einen europäischen Beistandsfall vorbereitet.
- Das Nachhalten einer überwiegend nicht-militärischen Auslegung der Neutralität erschwert es Österreich, sich auf die geänderten Anforderungen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzustellen.

Gesamtstrategie für eine Zeit epochalen Wandels

Markus Kornprobst

Österreich hat in den vergangenen Jahren eine Reihe an Strategiedokumenten auf den Weg gebracht, darunter die Außenwirtschafts- und die Sicherheitsstrategie. Damit gibt es zahlreiche, auf bestimmte Politikbereiche zugeschnittene Strategiedokumente, jedoch ohne eine Gesamtstrategie, die über die diversen Politikbereiche und seine spezifischen Strategien hinausgeht.

Das Zwischenzeitalter des epochalen Wandels

Drei Aspekte des Umfelds österreichischer Außenpolitik unterliegen derzeit einem fundamentalen Wandel. Materiell mischt die vierte Industrielle Revolution die Karten neu. Zu den Gewinnern technologischen Fortschritts zählen nicht nur Staaten, vor allem in Asien und Amerika, sondern auch nichtstaatliche Akteure wie große Technologiekonzerne. Institutionell sind die Pfeiler der bis vor Kurzem als solide erscheinenden

den, liberalen bzw. regelbasierten Weltordnung ins Wanken geraten. Die Welthandelsorganisation, errichtet, um globalen Freihandel zu fördern, steht im Abseits, während US-Präsident Donald Trump regelmäßig mit neuen Zöllen droht und diese in vielen Fällen auch implementiert. Die Vereinten Nationen, gegründet, um internationalen Frieden und Sicherheit zu erhalten, sind allzu oft lediglich Zuschauer in den bewaffneten Konflikten dieser Welt, selbst dann, wenn diese flagrant gegen ihre Satzung und Prinzipien verstoßen.

Auch epistemisch hat sich viel verändert. Die menschliche Sicherheit etwa kratzte am Ende des Kalten Krieges in Gestalt der Schutzverantwortung noch am sakrosankten Prinzip der Souveränität. Mittlerweile zählt sie nicht mehr zu den einflussreichen Sichtweisen auf die internationale Politik. Stattdessen blicken immer mehr Entscheidungsträgerinnen und -träger durch die Brille der Geopolitik auf die Weltpolitik. Parallel dazu setzt eine kognitive Deglobalisierung ein. Zwar besteht weiterhin ein hohes Maß an materieller Globalisierung, aber ein romantisierender Nationalismus gibt vor, nationalstaatliche Lösungen für Globalisierungsströme erreichen zu können.

Österreichisch-Sein in der internationalen Politik

Die Neutralität ist ein Eckpfeiler der gesetzlichen Grundlagen österreichischer Außenpolitik und darüber hinaus identitätsstiftend. Die Zustimmung der öffentlichen Meinung zur Neutralität ist weiterhin hoch. Allerdings obliegt es der Politik, diese auszugestalten und, gemessen am Wandel der Zeit, zu adaptieren. So, wie einst eine Neuinterpretation der Neutralität den österreichischen Beitritt zu den UN ermöglichte, gilt es heute, die Neutralität an die in der EU gebündelten Souveränität und der Bedrohungslage in Europa anzupassen.

Österreichs Außenpolitik ist mit den Außenpolitiken der EU und anderer EU-Mitgliedsstaaten verschränkt. Dasselbe trifft ebenfalls sehr stark auf die Wirtschaftspolitik zu, aber auch zunehmend auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es gilt, nicht bloß souveräne Staaten, sondern auch die in der EU gebündelte Souveränität zu verteidigen. Die Verletzung der territorialen Integrität Polens und Estlands durch russische Drohnen etwa richtet sich nicht nur gegen diese spezifischen EU-Mitgliedsstaa-

ten, sondern gegen die EU insgesamt. Dasselbe trifft auf nukleare Drohungen ebenso wie auf hybride Kriegsführung zu.

Ein weiterer, relevanter Bestandteil österreichischer Akteursidentität ist kosmopolitischer Natur. Österreich hat sich immer wieder als Friedensstifter, Mediator und Vermittler hervorgetan – egal, ob es sich dabei um friedenserhaltende Einsätze im Rahmen der UN oder die Weiterentwicklung von internationaler Rechtsstaatlichkeit handelte. Österreich hat sich immer wieder erfolgreich dabei eingebracht, die internationale Ordnung mitzugestalten.

Internationale Ordnung im nationalen Interesse

Die Außen- und Sicherheitspolitik Österreichs dient seinen Interessen – von wirtschaftlichen Interessen bis hin zur Verteidigung der territorialen Integrität. Letzteres ist nicht nur Staatsraison, sondern auch völkerrechtliche Verpflichtung. Neutrale Staaten müssen ihr Territorium selbstständig verteidigen können. In diesem Sinne ist das Ziel österreichischer Außenpolitik *raison d'état*. Richelieu wies allerdings auch auf die *raison de système* hin. Es liegt also nicht nur im Interesse Österreichs, sich für das kurzfristige, utilitaristische Wohl des Landes einzusetzen. Vielmehr gilt es, auf eine internationale Ordnung hinzuwirken, welche die Macht des Rechts über die Macht des militärischen Zwangs stellt.

Internationale Rechtsstaatlichkeit ist, gerade für Staaten wie Österreich, von enormer Bedeutung. Nur mit ihr kann es eine Chance dafür geben, dass Großmächte sich in ihrer (militärischen) Machtausübung zügel lassen. Folgerichtig liegt der Multilateralismus der österreichischen Außenpolitik regelrecht in der DNA. Dieser befindet sich im Moment jedoch fraglos in einer veritablen Krise, was aber nichts am Interesse Österreichs ändert, dem Multilateralismus in dieser Krise beizustehen.

Frage der Kapazitäten

Österreich muss, gemeinsam mit der EU und ihren Mitgliedsstaaten, zumindest in fünf Bereichen weitere Kapazitäten entwickeln, um seine außenpolitischen Interessen wahren zu können. Erstens muss die mili-

tärische Landesverteidigung dazu imstande sein, die territoriale Integrität Österreichs zu wahren. Dazu bedarf es adäquater militärischer Ausstattung, inklusive neuer digitaler Technologien, und gesellschaftlicher Akzeptanz für das Österreichische Bundesheer (ÖBH). Zweitens benötigt Österreich zivil-militärische Kapazitäten, um seine kritische Infrastruktur zu schützen und hybride Angriffe abzuwehren, die auf die Polarisierung der Gesellschaft und das Auseinanderdriften von Österreich und EU abzielen. Auch hierbei ist es zentral, dass die Bevölkerung getroffene Maßnahmen mitträgt.

Wirtschaftlich gilt es für Österreich und Europa drittens, innovative Kräfte freizusetzen, um nicht noch weiter ins internationale Hintertreffen zu geraten. Fortschritte in den Bereichen Quantencomputer, Künstliche Allgemeine Intelligenz oder gar Künstliche Superintelligenz können das Leben der Menschen auf fundamentale Weise beeinflussen. Das Verständnis und die Antizipation dafür, wie Innovationen für welche politischen und militärischen Zwecke genutzt werden können, muss zudem nachgeschärft werden. Viertens ist die Regulierung neuer Technologien diplomatisch relevant. Dazu ist es erforderlich, dass Spezialistinnen und Spezialisten für neue Bereiche wie Tech-Diplomatie aus- oder weitergebildet werden müssen. Schließlich ist fünftens Expertise im wissenschaftlich-technischen Bereich gefragt. Das macht Hochschulen, Denkfabriken und Forschungsinstitute zu einem entscheidenden Teil der Infrastruktur für wirksame Außen- und Sicherheitspolitik im Zeitalter der Innovation.

In Lieu eines Resümees: Eine Frage des Konsensus

Strategiepapieren droht ein Schattendasein in Schubladen, wenn sie nicht mit einem möglichst breiten Konsens hinterlegt sind. Ein solch breiter Konsens kann dafür sorgen, dass ein Land auf Kurs bleibt, auch wenn auf der hohen See der Weltpolitik die Wogen hart gegen das Schiff schlagen. Insbesondere eine Gesamtstrategie, die über den Politikbereich spezifischer Strategien hinausgeht, benötigt einen solch breiten Konsens. Die Umriss sollten klar erkennbar geworden sein. Auf diesen könnte eine öffentliche Debatte aufbauen.

Keynotes

- Österreich agiert in einem Umfeld tiefgreifenden Wandels, geprägt von technologischen Umbrüchen, geschwächter Weltordnung und einer Rückkehr geopolitischer Denkmuster.
- Neutralität bleibt identitätsstiftend, muss aber im Kontext der EU-Souveränität und neuer Bedrohungen modern interpretiert werden.
- Internationale Rechtsstaatlichkeit und Multilateralismus bilden den Kern österreichischer Interessen und stellen die Voraussetzung für die Sicherheit kleiner Staaten dar.
- Um wirksam zu handeln, braucht Österreich mehr militärische, zivile, technologische und diplomatische Kapazitäten – getragen von breitem politischem Konsens.



Parilov/Shutterstock.com

Zwischen Krieg und Frieden

Russlands hybride Kriegsführung in Europa

Elisabeth Hoffberger-Pippan

Die Invasion des polnischen Luftraums durch zumindest 19 russische Drohnen in der Nacht vom 9. auf den 10. September 2025 kann zweifellos als entscheidendes sicherheitspolitisches Ereignis für Europa bezeichnet werden. Das Eindringen in NATO-Luftraum reiht sich in eine Vielzahl hybrider Operationen ein, die Russland unternimmt, um seine geopolitische Vormachtstellung wiederherzustellen und seine imperialistischen Pläne durchzusetzen. Die Debatte über hybride Kriegsführung beinhaltet auch eine Gender-Dimension, da frauenfeindliche Ressentiments bewusst geschürt werden, um die russlandfreundliche Wähler- und Wählerinnenschaft in westlichen Demokratien zu unterstützen.

Grundsätzlich fehlt es bislang an einer allgemeingültigen Definition des Begriffs „hybride Kriegsführung“, wenngleich dieser bereits seit den 1990er-Jahren geläufig ist. Erst ein Beitrag von James N. Mattis und Frank Hoffman aus dem Jahr 2005 verwendete erstmals den Begriff der hybriden Kriegsführung, wie er heute verstanden wird. Mattis und Hoffman gingen davon aus, dass in Zukunft, also heute, feindliche Staaten eine Kombination verschiedenster Techniken und Taktiken in der Grauzone zwischen Krieg und Frieden anwenden werden. Diese würden sich auf verschiedene Domänen erstrecken, einschließlich der zivilen bzw. gesellschaftlichen, aber auch der militärischen.

Russland selbst verwendet den Begriff der „hybriden Kriegsführung“ nicht. Ein im Jahr 2016 erschienener Artikel vom Chef des Generalstabs der Streitkräfte Russlands, General Valery Gerasimov, wird indes als Hauptquelle für das Verständnis russischer hybrider Kriegsführung verstanden, obschon die Begriffe der „hybriden Kriegsführung“ und der „hybriden Operation“ kein einziges Mal im Text erscheinen.

Hybride Kriegsführung

Um die Herausforderungen zu erfassen, mit denen insbesondere Österreich konfrontiert ist, lohnt ein Blick in die Österreichische Sicherheitsstrategie. Dabei wird deutlich, dass sich Österreich vor allem auf die erhöhte Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation zwischen Russland und einem NATO-Mitgliedsstaat vorbereiten muss. Die exakte juristische sowie politische Einordnung einer derartigen Konfrontation könnte sich durchaus als schwierig gestalten, wie das Eindringen russischer Drohnen in polnischen Luftraum zeigt.

Kurz nach diesem Vorfall riefen NATO-Generalsekretär Mark Rutte und der Alliierte Oberkommandierende in Europa (Supreme Allied Commander Europe, SACEUR) Alexis G. Grynkewicz die Operation Eastern Sentry ins Leben und verurteilten dabei eindeutig Russland als Verursacher des Angriffs. Allerdings äußerte US-Präsident Donald Trump im Zuge eines Besuchs des polnischen Präsidenten Karol Nawrocki in den USA Zweifel daran, dass Russland dieses Eindringen vorsätzlich begangen habe. Auch US-Außenminister Marco Rubio äußerte ähnliche Bedenken. Denn der russische Verteidigungsminister Andrey Belousov behauptete, nicht für diesen Angriff verantwortlich zu sein.

Wenngleich also sowohl der NATO-Generalsekretär als auch der SA-CEUR das russische Vorgehen rasch verurteilt haben, zeigen die Äußerungen sowohl des US-Präsidenten als auch des Außenministers das Potenzial hybrider Kriegsführung auf. Durch hybrides Vorgehen, das stets in einem politischen und oft auch juristischen Graubereich stattfindet, können außenpolitische Auffassungsunterschiede bis hin zu außenpolitischen Inkohärenzen entstehen. Diese sind letztlich dazu geeignet, die Glaubwürdigkeit und das Abschreckungspotenzial der NATO zu unterminieren.

Infolge einer weiteren Inkursion durch Russland am 22. September 2025, diesmal in estnischen Luftraum, berief Estland eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats ein. Im Zuge dieser Sitzung betonte allerdings der US-Botschafter bei den UN, Mike Waltz, dass die USA jeden Zentimeter NATO-Territoriums verteidigen werden würden. Ob dies tatsächlich der Fall sein wird, kann gerade aufgrund der aktuellen innenpolitischen Entwicklungen in den USA nicht abschließend beantwortet werden. Es wird daher umso wichtiger werden, dass europäische Staaten in Zukunft insgesamt stärker zusammenhalten und so auch militärisch von den USA unabhängiger werden. Auch Österreich sollte sich angesichts dieser Entwicklungen im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten aktiv für eine Stärkung europäischer strategischer Autonomie einsetzen. Das würde einen Beitrag zur Vorbereitung Europas auf einen etwaigen Ausfall der US-Unterstützung und gleichzeitig zur weiteren Einhegung russischer hybrider Kriegsführung leisten.

Umgang Österreichs mit hybrider Kriegsführung

Das Eindringen russischer Drohnen in NATO-Luftraum zeigt deutlich, dass eine adäquate, umfassende und kosteneffiziente Flugabwehr unerlässlich ist. Österreich möchte sich konsequenterweise weiterhin an der European Sky Shield Initiative (ESSI) beteiligen. Wurde vielfach über die Beschaffung der Flugabwehrsysteme „IRIS-T SLM“ und zumindest in Deutschland „Arrow 3“ diskutiert, dürfte jetzt der Bedarf kosteneffizienter Drohnenabwehr stärker in das Bewusstsein politischer Entscheidungsträgerinnen und -träger rücken.

Eine weitere Frage im Kontext hybrider Kriegsführung stellt die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen dar. Zwar bezieht Österreich seit

dem Jahr 2025 kein Gas mehr direkt über die Transgas-Pipeline aus Russland, es sind aber weiterhin Gaslieferungen aus der Slowakei möglich, die Gas zum Teil wiederum aus Russland erhält. Die Europäische Kommission hat bereits angekündigt, vor 2028 vollständige Unabhängigkeit von russischem Gas erreichen zu wollen. Doch auch die Rohöllieferungen stellen ein Problem dar; Österreich bezieht zwar kein Rohöl direkt aus Russland, aber seine derzeitige Bezugsquelle Kasachstan liefert dieses über Pipelines, die größtenteils über russisches Territorium laufen. Auch hierbei besteht die Gefahr, dass Russland finanziell von Öllieferungen nach Europa profitiert und über einen machtpolitischen Hebel verfügt, den es bei Bedarf im Rahmen seiner hybriden Kriegsführung einsetzen kann.

Die Gender-Dimension hybrider Kriegsführung

Insbesondere während des US-Wahlkampfs 2016 zwischen Donald Trump und seiner Gegenkandidatin Hillary Clinton konnte beobachtet werden, wie frauenfeindliche Narrative in sozialen Netzwerken durch russische, aber auch chinesische Bots geschürt wurden, um die Kompetenz und Glaubwürdigkeit der weiblichen Kandidatin zu unterminieren. Russland verfolgt eine antifeministische Außenpolitik, mit der es auch russlandfreundliche Bevölkerungsgruppen in westlichen Staaten mobilisieren möchte. Dies führt nicht nur zu einer weiteren Polarisierung demokratischer Gesellschaften, es verwässert auch das Bewusstsein für die aktuell bestehende Bedrohungslage.

Es ist daher umso wichtiger, auch innerhalb Europas gesamtgesellschaftlich gegen die Herabwürdigung und Diskriminierung von Frauen, insbesondere im Kontext von Wahlkämpfen vorzugehen. Weiters sollten auch soziale Netzwerke dazu verpflichtet werden, deutlich stärker gegen Falschinformationen und frauenverachtende Äußerungen vorzugehen. So könnte Präsident Putin davon abgehalten werden, noch mehr Wählerschichten in Europa für sich zu gewinnen.

Ausblick

Wenngleich das Konzept der hybriden Kriegsführung nur schwer zu erfassen ist, hilft der Begriff politischen Entscheidungsträgerinnen und

-trägern dabei, die Vielschichtigkeit und Komplexität politisch relevanter Handlungen im Graubereich zwischen ziviler und militärischer Komponente besser zu verstehen. Die Förderung europäischer strategischer Autonomie, die Beteiligung an ESSI sowie die Beschaffung und der Aufbau einer hoch technologisierten Drohnenabwehr scheinen diesbezüglich einen wichtigen Schritt darzustellen. Die Abhängigkeiten von russischem Gas hat Österreich bereits reduziert, wohingegen der Bezug kasachischen Öls durch den Verlauf der Pipeline durch größtenteils russisches Territorium problematisch ist.

Österreich sollte daher weiter versuchen, Rohöl aus alternativen Quellen zu beziehen und auch Gas primär aus Ländern zu importieren, die nicht auf russische Gasimporte angewiesen sind. Dass hybride Kriegsführung aber nicht nur militärische oder wirtschaftliche, sondern vor allem demokratiepolitische und gender-spezifische Fragen aufwirft, zeigt nicht zuletzt die Einflussnahme Russlands auf den US-amerikanischen Wahlkampf 2016. Im Zuge des Kampfes gegen hybride Kriegsführung ist daher dringend anzuraten, auch die Gender-Dimension, die sich bekanntlich in verschiedensten Lebensbereichen manifestiert, ausreichend in den Blick zu nehmen.

Keynotes

- Russland setzt hybride Kriegsführung gezielt ein, um geopolitische Dominanz wiederherzustellen und westliche Demokratien zu destabilisieren.
- Das Eindringen russischer Drohnen in polnischen und estnischen Luftraum zeigt die Schwierigkeit juristischer und politischer Reaktionen auf Handlungen in der Grauzone zwischen Krieg und Frieden.
- Hybride Kriegsführung zielt darauf ab, Uneinigkeit innerhalb der NATO zu fördern und deren Abschreckungspotenzial zu schwächen.
- Österreich sollte seine Beteiligung an der European Sky Shield Initiative vertiefen und den Aufbau kosteneffizienter Drohnenabwehrsysteme vorantreiben.
- Energetische Abhängigkeiten – insbesondere bei Öl und Gas – bleiben ein sicherheitspolitisches Risiko, das Russland als Machtinstrument nutzen kann.
- Die Gender-Dimension hybrider Kriegsführung, etwa durch antifeministische Narrative in Wahlkämpfen, erfordert gesellschaftliche und regulatorische Gegenmaßnahmen in Europa.



Squaremotion/Shutterstock.com

Ausländische militärische Nachrichtendienste im Fokus

Reinhard Ruckstuhl

Die instabile Sicherheitslage im Umfeld Europas erfordert sowohl von der NATO als auch der EU, sich verstärkt der militärischen Verteidigung zu widmen. Rüstungs- und Verteidigungsanstrengungen Österreichs und seiner Nachbarn stellen daher insbesondere für ausländische militärische Nachrichtendienste lohnende Ziele dar. Dazu werden zunehmend auch Zivilpersonen für einzelne nachrichtendienstliche Tätigkeit auf digitalem Wege angeworben, ohne diese einschlägig auszubilden. Die Möglichkeiten der österreichischen Spionageabwehr müssen daher den Herausforderungen der nachrichtendienstlichen Zeitenwende umfassend entsprechen.

Das Österreichische Bundesheer als Ziel ausländischer Nachrichtendienste

Die erodierende regelbasierte internationale Ordnung, gepaart mit interessengeleiteter Politik, führt zunehmend in eine Ära der Systemkonkurrenz. Vor diesem Hintergrund kommt militärischen Nachrichtendiensten als Instrumente der Interessendurchsetzung gestiegene Bedeutung zu. Ein wesentlicher Faktor im Wettkampf um die Vorherrschaft ist die nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung, die letztendlich immer dem Ziel dient, Maßnahmen zum Nachteil eines Gegners setzen zu können. Diese können sowohl nicht-kinetischer (z.B. Spionage oder Desinformationskampagnen) als auch kinetischer Natur (Sabotageakte oder gezielte Tötungen) sein.

Gerade in Konflikt- bzw. Kriegszeiten legen insbesondere militärische Nachrichtendienste ihren Fokus verstärkt auf Informationen von taktischem und gefechtstechnischem Wert. Das bedeutet, dass militärische Technologien und deren Anwendung, Forschung und Entwicklung, Verfahren, aber auch bestimmte Funktionsträgerinnen und -träger erhöhtem Aufklärungsinteresse ausgesetzt sind. Auch Österreich und das Österreichische Bundesheer (ÖBH) unterliegen diesem Wandel. Das ÖBH ist mit dem Aufbauplan 2032+ in eine Phase der Nach- und Aufrüstung eingetreten, wodurch in den nächsten Jahren eine Vielzahl moderner Rüstungstechnologien und -güter, die oftmals auch von NATO-Staaten genutzt werden, zulaufen werden.

Menschliche Quellen sind en vogue

Ebenso wie Streitkräfte streben auch Nachrichtendienste nach ständiger Modernisierung. Moderne Technologien eröffnen neue und bessere Möglichkeiten der Informationsbeschaffung. Wenngleich technische Methoden der Informationsgewinnung einen integralen Bestandteil ausländischer militärischer nachrichtendienstlicher Aufklärung darstellen, bleibt die Informationsbeschaffung über menschliche Quellen von unverändert hoher Bedeutung, da Informationen immer kontextabhängig sind und daher Interpretation bedürfen.

Ausländische militärische Nachrichtendienste werden ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter daher auch weiterhin beispielsweise als For-

scherinnen, Forscher, Journalistinnen und Journalisten abtarnen oder sie als sogenannte „Illegale“ unter vollständiger Verschleierung der wahren Identität und Herkunft im Zielland positionieren. In Österreich werden sie überwiegend unter einem diplomatischen Deckmantel eingesetzt. Bei letztgenannter Legendierungsmöglichkeit profitieren sie speziell in Österreich von der hohen Präsenz internationaler Organisationen und den jeweiligen nationalen Missionen.

Non-Professionalisierung als Trend?

Im europäischen Umfeld ist zu beobachten, dass russische Nachrichtendienste vermehrt auf digital angeheuete Zivilpersonen zur Auftragerfüllung zurückgreifen. Im Unterschied zu Agenten erfahren diese jedoch keine Ausbildung. Die Aufträge reichen von einfachen Tätigkeiten wie der Durchführung gesellschaftlich polarisierender Aktionen über die Ausspähung militärischer Unterstützungsleistungen für die Ukraine bis hin zu konkreten Sabotageakten. Aufgrund der damit erschwerten Attribuierung und glaubwürdigen Bestreitbarkeit sowie in Verbindung mit der hohen Anzahl aus Europa ausgewiesener russischer Nachrichtendienstoffiziere der vergangenen Jahre, wird sich dieser Trend der Non-Professionalisierung nachrichtendienstlicher Tätigkeit im Jahr 2026 fortsetzen.

In Anbetracht des Erfolges dieser Methode ist von einer Nachahmung durch andere Nachrichtendienste auszugehen. Es zeigt sich also, dass ausländische Nachrichtendienste alle verfügbaren Mittel und Methoden anwenden und in der Entwicklung neuer mitunter auch sehr kreativ vorgehen. Dadurch sehen sich die österreichischen Nachrichtendienste mit Herausforderungen konfrontiert, denen, aufbauend auf einer entsprechenden gesetzlichen Basis, mit ebenso angepassten Methoden zu begegnen sein wird.

Nachrichtendienstliche Zeitenwende erkannt?

Der Weg Europas in Richtung Nachrüstung bzw. Aufrüstung und Verteidigung wurde nachhaltig eingeschlagen. Gleichzeitig wird die Sicherheitslage im Umfeld der EU weiterhin angespannt und militärische nachrichtendienstliche Aktivitäten auf hohem Niveau verbleiben – auch

bei einer möglichen Beendigung des Krieges in der Ukraine. Als Folge dessen wird die nachrichtendienstliche Bedrohung Österreichs im Jahr 2026 unverändert bestehen bleiben, kann sich bei einem stärkeren militärischen Engagement Österreichs für die Ukraine oder die NATO jedoch zusätzlich verschärfen.

Die hohe Innovationsgeschwindigkeit nachrichtendienstlich-militärischer Bedrohungen wird aufrecht bleiben und es gilt diesen legislativ, methodisch als auch technisch Rechnung zu tragen. Gleichzeitig hinkt auch die Strafandrohung für ausländische nachrichtendienstliche Tätigkeiten in Österreich anderen Staaten im europäischen Umfeld hinterher, wodurch die abschreckende Wirkung begrenzt bleibt. Österreich wird dementsprechend als Drehscheibe und Rückzugsort ausländischer Nachrichtendienste von Bedeutung bleiben.

Keynotes

- Das Österreichische Bundesheer rückt bis auf die gefechtstechnische Ebene in den Fokus ausländischer Nachrichtendienste.
- Die Nutzung menschlicher Quellen bleibt von hoher Bedeutung.
- Der Trend der Non-Professionalisierung nachrichtendienstlicher Tätigkeiten wird sich fortsetzen.
- Der Innovationsgeschwindigkeit nachrichtendienstlicher Bedrohungen muss umfassend begegnet werden.



Pressmaster/Shutterstock.com

Wirtschaftliche Landesverteidigung

Thomas Feßl und Sonja Linskeseder

Die wirtschaftliche Landesverteidigung ist seit über 50 Jahren Teil der umfassenden Landesverteidigung und damit Teil der Sicherheitsvorsorge in Österreich. Der Erhalt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie die Vermeidung von Störungen der Wirtschaft und daraus resultierend die Versorgungssicherheit der Bevölkerung stehen im Mittelpunkt. Zahlreiche Krisen seit dem Jahr 2020 haben die Verwundbarkeit der Versorgungssysteme aufgezeigt. In Europa gibt es seither mehrere Initiativen, um die Resilienz der Wirtschaft zu erhöhen. Auch in Österreich wird der wirtschaftlichen Landesverteidigung wieder vermehrt Aufmerksamkeit zuteil.

Im Jahr 1975 wurde die umfassende Landesverteidigung (ULV) in Artikel 9a des österreichischen Bundes-Verfassungsgesetzes verankert. Die ULV gliedert sich in vier Bereiche: die militärische, die geistige, die wirtschaftliche und die zivile Landesverteidigung. Die wirtschaftliche Landesverteidigung (WLV) zielt dabei darauf ab, durch Vorsor-

maßnahmen sowohl ökonomische Störungen zu vermeiden, als auch die Versorgungssicherheit und Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft in Krisenzeiten zu gewährleisten. Die Koordinierung der WLV obliegt laut dem Bundesministerengesetz dem Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET).

Ziele der wirtschaftlichen Landesverteidigung

Ein Ziel einer modern interpretierten wirtschaftlichen Landesverteidigung ist es, außereuropäische Abhängigkeiten zu minimieren, die Sicherheit und Diversität von Lieferketten zu stärken, und die nationale wirtschaftliche und technologische Resilienz zu erhöhen. Der Anwendungsbereich der WLV ist damit sehr breit und schließt grundsätzlich jede Situation ein, in der Güter oder Leistungen knapp werden. So umfasst sie die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern, die Gewährleistung der Währungsstabilität und die Bereitstellung der für die Verteidigung erforderlichen materiellen Mittel. Hinzu kommen Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und der Stabilisierung des Arbeitsmarktes sowie der Erhalt des sozialen Friedens und Zusammenhalts.

Zu den konkreten Aufgaben der wirtschaftlichen Landesverteidigung zählen die Aufrechterhaltung des internationalen Handels, die Gewährleistung der Roh- und Grundstoffversorgung und die Sicherstellung der Bargeldversorgung. Ebenso davon umfasst sind eine verlässliche Energie- und Treibstoffversorgung, die Organisation der Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie die rechtzeitige Beschaffung und gesicherte Bereitstellung von Gütern und Daten – einschließlich der für die Verteidigung notwendigen Bereiche. Eine wesentliche rechtliche Grundlage für die WLV bilden die Wirtschaftslenkungsgesetze, mit denen die Versorgung der Bevölkerung bei absehbaren Marktstörungen gesichert werden soll. Hierzu zählen das Versorgungssicherheitsgesetz und das Energielenkungsgesetz, die beide im Zuständigkeitsbereich des BMWET liegen. Darüber hinaus ist das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz aus dem Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK) zu nennen.

Internationale und nationale Initiativen

Die Erfahrungen und Krisen der vergangenen Jahre haben sowohl die Wichtigkeit der Resilienz als auch die Verwundbarkeit der Versorgungssysteme verdeutlicht: beispielhaft zu nennen sind die COVID-19-Pandemie, drohende Energieengpässe und Lieferkettenunterbrechungen. So führte etwa der Exportstopp medizinischer Schutzausrüstung aus Deutschland zu Engpässen im medizinischen Bereich in Österreich. Das zeigte die Abhängigkeit von internationalen Lieferketten und die Notwendigkeit nationaler Produktionskapazitäten deutlich auf. In Reaktion auf die Entwicklungen seit 2020 wurden mehrere Initiativen auf sowohl nationaler als auch europäischer Ebene gestartet, um die strategische Resilienz und die ULV wieder aktiver zu beleben.

Auf europäischer Ebene werden Maßnahmen entwickelt und umgesetzt, die eine autarke Versorgung für mindestens 72 Stunden sowie die Resilienz kritischer Einrichtungen sicherstellen sollen. Dazu zählen Strategiepapiere wie die Preparedness Union Strategy und die EU-Stockpiling-Strategie ebenso wie die Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen (RKE). Im seit 2024 gültigen österreichischen Bundes-Krisensicherheitsgesetz (B-KSG) ist die Erstellung eines kontinuierlichen, strategischen Gesamtlagebilds vorgesehen. Damit einher geht die Notwendigkeit zur Erfassung der für die ULV relevanten Lagebildbeiträge.

Ressortübergreifendes Zusammenwirken

Neben dem B-KSG dient auch das Österreichische Programm zum Schutz kritischer Infrastrukturen (APCIP) der Erhöhung der Resilienz Österreichs. Dieses Programm bindet Unternehmen auf freiwilliger Basis in den Schutz kritischer Infrastrukturen ein und trägt damit zur Erhöhung der nationalen Versorgungssicherheit bei. Mit dem Bundesgesetz zur Sicherstellung eines hohen Resilienzniveaus kritischer Einrichtungen (RKEG) wurden zudem die Vorgaben der europäischen RKE-Richtlinie umgesetzt, und erstmals rechtliche Vorgaben zur Erhöhung der Resilienz und dem Schutz kritischer Einrichtungen in Österreich normiert.

Sowohl APCIP als auch RKEG tragen damit zur Zielerreichung der WLIV bei. Beide liegen jedoch im Kompetenzbereich des Bundesministeriums für Inneres (BMI), was ressortübergreifendes Zusammenwirken zwi-

schen BMI, BMWET und BMLUK erforderlich macht. Weiters zu nennen ist der Objektschutz für ausgewählte kritische Infrastrukturen, der durch die Polizei und im Wege des Assistenzeinsatzes auch durch das Österreichische Bundesheer sichergestellt wird.

Herausforderungen für Unternehmen

Es liegt allerdings auch im Interesse von Unternehmen selbst, in Krisenzeiten resilient und handlungsfähig zu bleiben und flexibel auf Störungen reagieren zu können. Voraussetzung dafür sind Krisen- und Notfallpläne, eine flexible Organisationsstruktur und sichere IT-Systeme. Soweit wie möglich soll zudem auf stabile Lieferketten geachtet und eine vorausschauende Finanzplanung betrieben werden. Das ist nicht nur betriebswirtschaftlich relevant, sondern trägt auch als entscheidender Faktor zur wirtschaftlichen Landesverteidigung bei. Für die weitere Umsetzung nationaler und internationaler Vorgaben wird es wesentlich sein, dass Unternehmen durch klare Rahmenbedingungen und praxisnahe Rahmenbedingungen keine Nachteile erfahren und ihr Engagement für die wirtschaftliche Landesverteidigung nicht wettbewerbsverzerrend wirkt.

Keynotes

- Wirtschaftliche Landesverteidigung ist als Teil der umfassenden Landesverteidigung seit über 50 Jahren in Österreich etabliert.
- Ziel einer modern interpretierten wirtschaftlichen Landesverteidigung ist es, außereuropäische Abhängigkeiten zu reduzieren, die Sicherheit von Lieferketten zu stärken und die Resilienz in Österreich zu erhöhen.
- Seit den Krisen ab dem Jahr 2020 werden in Europa Initiativen zur Erhöhung der Resilienz gesetzt.
- Der Schutz kritischer Einrichtungen wirkt in die wirtschaftliche Landesverteidigung und erfordert ein ressortübergreifendes Zusammenwirken.
- Maßnahmen zur Erhöhung der Resilienz in Unternehmen müssen gesetzt werden, dürfen aber nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen.



Zivile Landesverteidigung

Im Spannungsfeld zwischen gestern und heute

Josef Farda

Die zivile Landesverteidigung (ZLV) wurde in den 1960er-Jahren zum Schutz der Bevölkerung und zur Sicherstellung staatlicher Handlungsfähigkeit etabliert. In den vergangenen vierzig Jahren haben sicherheitspolitische und gesellschaftliche Entwicklungen das Umfeld grundlegend verändert. Angesichts einer zunehmend dynamischen und hybriden Gefahrenlandschaft ist die Rolle der ZLV neu zu denken und zukunftsorientiert aufzustellen.

In Form eines Ministerratsbeschlusses wurden im Jahr 1961 die ersten Weichen für die umfassende Landesverteidigung (ULV) gestellt. Diese besteht aus einer militärischen, einer wirtschaftlichen, einer geistigen und einer zivilen Komponente. Dieses Konzept wurde in den folgenden Jahren weiterentwickelt, 1975 in der Bundesverfassung verankert und mündete schließlich im Landesverteidigungsplan (LV-Plan) des Jahres

1985. Unter der zivilen Landesverteidigung (ZLV) wurde dort eine Vielzahl an Aufgaben in vier Kapiteln zusammengefasst:

1. Schutz der Bevölkerung (Zivilschutz),
2. Sicherung der Funktionsfähigkeit der staatlichen Organe und sonstiger wichtiger Einrichtungen,
3. Kulturgüterschutz und
4. Sicherstellung der Personalerfordernisse für die zivile Landesverteidigung.

Diese Definitionen sind formal bis heute gültig. Die ZLV verfolgt somit in Summe den Schutz der Bevölkerung sowie die Funktionsfähigkeit staatlicher Organe und sonstiger wichtiger Einrichtungen, die man heute wohl als Kritische Infrastruktur bezeichnen würde. Weiters wird unter Zivilschutz aus öffentlicher Sicht die Vorbereitung auf Einsätze, das Warn- und Alarmsystem, der öffentliche Schutzraumbau sowie sonstige Maßnahmen, wie etwa die human- oder veterinärmedizinische Versorgung oder Maßnahmen des Strahlenschutzes verstanden. Für Private sind im Gegenzug die Durchführung von Selbstschutzmaßnahmen und der Bau privater Schutzräume von Bedeutung.

Die an dieser Stelle durch den Autor getroffene Gliederung in öffentlich und privat zeigt dabei eine Eigenheit der ZLV auf: Im Gegensatz zu den anderen Sphären der ULV, spielt die Bevölkerung in der ZLV eine aktive Rolle, indem jede Person dazu angehalten ist, eigenverantwortlich Vorsorge- und Schutzmaßnahmen durchzuführen. Die Beteiligung geht dabei über den Empfang von Informationen oder die Mitwirkung im Rahmen einer Organisation hinaus.

Ungeklärte Zuständigkeiten

Die Zuständigkeit für die ZLV ist bis heute nicht klar definiert. So liegt die Verantwortung über die Bewältigung von Katastrophen bei den Bundesländern. Diese wiesen bereits 1985 darauf hin, dass die neun Katastrophenschutzgesetze in den Anlassfällen der ULV (Krisenfall, Neutralitätsfall und Verteidigungsfall) nicht anwendbar seien. Gleichzeitig wurden die auf Länderebene organisierten Feuerwehren und Rettungsorganisationen als geeignete Instrumente der ZLV begriffen. Die

im LV-Plan empfohlene 15a-Vereinbarung über eine Heranziehung dieser Kräfte durch den Bund wurde nie abgeschlossen.

Unabhängig von der ULV entwickelte sich ein staatliches Krisenmanagement, das 2004 als Staatliches Krisen- und Katastrophenschutzmanagement (SKKM) neu organisiert wurde. In dessen Rahmen wurden unter anderem österreichweite Standards für die Katastrophenbewältigung und die Zusammenarbeit von Behörden und Einsatzorganisationen festgelegt. Die operativen Zuständigkeiten bleiben dabei weiterhin klar bei den Ländern.

Inklusiver Katastrophenschutz

Krisensituationen stellen besondere Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen (MmB) dar. So sind etliche Kommunikationskanäle und Botschaften nicht barrierefrei, und nicht jede kommunizierte Maßnahme kann von allen Menschen gleichermaßen durchgeführt werden. Dies betrifft sowohl Einzelpersonen als auch ganze Institutionen wie beispielsweise Pflegeeinrichtungen. Der Nationale Aktionsplan Behinderung 2022–2030 sieht deshalb konkrete Maßnahmen für die Einbindung von MmB vor.

Insbesondere seit dem Hochwasser im Jahr 2024 wird von den Behörden verstärkt an der Umsetzung eines inklusiven Katastrophenschutzes gearbeitet. Das Sozialministerium hielt etwa im Jahr 2025 gemeinsam mit dem Österreichischen Behindertenrat (ÖBR), dem BMI sowie weiteren Stakeholdern diverse Workshops dazu ab. Auch der Österreichische Zivilschutzverband bindet seit dem Jahr 2025 den ÖBR bei der Erstellung von individuellen Vorsorge- und Verhaltensempfehlungen direkt ein. Aufbauend auf diesen Prozessen können Folgerungen für die zivile Landesverteidigung gezogen werden.

Hybride Bedrohungen

Eine resiliente Kommunikation der im Katastrophenmanagement verantwortlichen Organisationen ist essenziell – sowohl bei der Vorbereitung als auch bei der Bewältigung von Katastrophen oder militärischen Konflikten. Deshalb stellen hybride Bedrohungen auch für die ZLV ein

nennenswertes Gefahrenpotenzial dar. Durch die Störung von Kommunikation (sei es Hard- oder Software) wird beispielsweise die Erstellung von Lagebildern eingeschränkt und die Befehlsreichweite potenziell verringert.

Ebenso wie die Kommunikation öffentlicher Stellen untereinander, kann auch die Kommunikation zwischen Behörden und Bevölkerung Ziel hybrider Angriffe sein. Seien es bewusste Störungen von Lieferketten, Infrastrukturausfälle oder bewaffnete Konflikte: Es ist davon auszugehen, dass der Informationsraum künftig als Sphäre der Konfliktaustragung weiter an Bedeutung gewinnen wird und ein Angriff besonders die Zivilbevölkerung zum Ziel hat. Bereits heute stellen Falschmeldungen bei der Bewältigung von Notsituationen ein Problem für Einsatzkräfte, Behörden und die Zivilbevölkerung dar. In einigen Staaten wurden bereits spezialisierte Teams etabliert, die während eines Ereignisses kursierende Informationen im Internet monitoren und analysieren. So wird Falschinformationen rasch entgegengewirkt. In Österreich werden hierfür in Stäben bereits Kräfte eingesetzt und eine bundesweite Koordinierung angedacht.

Fazit

Die ZLV wurde begrifflich und inhaltlich seit 1985 nicht mehr aktualisiert. Während ihre Institutionen (Ausschüsse und Arbeitsgruppen) heute nicht mehr existieren, hat sich parallel dazu das Katastrophenmanagement in Österreich professionalisiert und eigene Formate der Zusammenarbeit geschaffen. Es liegt an den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, die Bedeutung und die Ziele der ZLV mit Blick auf die seit dem Ende des Kalten Krieges veränderten Herausforderungen neu zu definieren und daraus abgeleitet Abläufe und Zuständigkeiten festzulegen.

Keynotes

- Die zivile Landesverteidigung verfolgt den Schutz der Bevölkerung sowie die Funktionsfähigkeit staatlicher Organe.
- Insbesondere seit dem Hochwasser im Jahr 2024 wird von den Behörden verstärkt an der Umsetzung eines inklusiven Katastrophenschutzes gearbeitet.
- Eine resiliente Kommunikation der im Katastrophenmanagement verantwortlichen Organisationen ist essenziell.
- Ebenso wie die Kommunikation von öffentlichen Stellen untereinander kann auch die Kommunikation zwischen Behörden und Bevölkerung Ziel hybrider Angriffe sein.



Santa Bushueva/Shutterstock.com

Geistige Landesverteidigung

Demokratiebildung als Chance für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt

Anna Katharina Obenhuber und Jan Sisko

Schulen kommt in der Stärkung der Demokratie und der Sicherung des Friedens eine wesentliche Rolle zu. Sowohl die Demokratisierung der Institution Schule, als auch die Befassung mit demokratischen Prozessen im schulischen und außerschulischen Unterricht machen Selbstwirksamkeit erfahrbar und tragen zur Vermittlung demokratischer Werthaltungen und damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Dies ist eine wesentliche Grundlage für die geistige Landesverteidigung.

Demokratische Kompetenzen und Haltungen stärken

Die Geistige Landesverteidigung (GLV) ist neben der militärischen, zivilen und wirtschaftlichen Landesverteidigung Teil der umfassenden Landesverteidigung (Artikel 9a des Bundes-Verfassungsgesetzes). Dabei handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure zentral ist. Dem „Sozialisationsraum“ Schule kommt zur Stärkung der demokratischen Kompetenzen und Haltungen in der Gesellschaft und zur Sicherung des Friedens jedoch eine grundlegende Bedeutung zu. Im Unterricht ist die GLV untrennbar mit der Politischen Bildung verwoben, was bereits im ersten Grundsatz-erlass zur Politischen Bildung abgebildet wurde und auch in den Bezügen in den Lehrplänen erkennbar ist. Darüber hinaus spielen auch andere Ressorts wie das Bundesministerium für Landesverteidigung, das Bundeskanzleramt und weitere Institutionen eine wichtige Rolle.

Die demokratischen Strukturen und Möglichkeiten der Mitbestimmung auf nationaler und europäischer Ebene sind nicht selbstverständlich, und sie stehen unter Druck – das zeigen tagesaktuelle politische Ereignisse, geopolitische Bedrohungen und Studien hinsichtlich der zunehmenden Distanz zu demokratisch legitimierten Institutionen sowie verfassungsgesetzlich geschützten Grund- und Freiheitsrechten deutlich. Auch der letzte Nationale Bildungsbericht zeigt dies in der Auseinandersetzung mit dem Entwicklungsfeld „Demokratiebildung“ umfassend auf.

Unter diesen Voraussetzungen zielt die GLV im schulischen Kontext insbesondere darauf ab, sich mit sicherheitspolitischen Themen und der Rolle Österreichs in einem europäischen und globalen Kontext auseinanderzusetzen und so für die Notwendigkeit der Verteidigung demokratischer Werte und Prinzipien zu sensibilisieren.

Demokratiebildung fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt

Demokratie und demokratische Beteiligung bedeutet schließlich um einiges Mehr als die Teilnahme an Wahlen. Sowohl die Demokratisierung der Institution Schule, als auch die Befassung mit demokratischen Prozessen im schulischen und außerschulischen Unterricht sollen demokratische

Mitbestimmung und Selbstwirksamkeit für Kinder und Jugendliche erfahrbar machen. Damit soll auch Zugehörigkeitsgefühl erzeugen, das als sicherheitspolitische Ressource einen großen Wert aufweist. Die Maßnahmen im aktuellen Regierungsprogramm zielen auf eine breite Verankerung der „Demokratiebildung“ im Schulsystem ab. Dies betrifft die geplante Einführung eines eigenen Unterrichtsfaches in der Sekundarstufe I sowie weitere Maßnahmen zur Etablierung einer demokratischen Schulkultur. Dabei spielen auch schulpartnerschaftliche Netzwerke und Angebote, die Realbegegnungen von demokratischer Mitbestimmung und sozialem Engagement ermöglichen, eine wichtige Rolle.

Durch gemeinsame Projekte erleben Schülerinnen und Schüler, wie wichtig Solidarität und Verantwortung sind. Sie entwickeln Empathie, begegnen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und bauen Vorurteile ab. So entsteht ein stärkeres Wir-Gefühl. Das respektvolle Diskutieren von unterschiedlichen Meinungen und Zugängen ist darüber hinaus eine wesentliche Grundlage einer liberalen und pluralistischen Demokratie. In einem aktuellen Forschungsprojekt des österreichischen Förderprogramms für Sicherheitsforschung (KIRAS), an dem das Bundesministerium für Bildung sowie das Bundesministerium für Landesverteidigung als Projektpartner mitwirken, werden Zugänge, Herausforderungen und Wahrnehmungen der GLV im Bildungskontext erforscht und zukünftige Bedarfe abgeleitet. Die Erkenntnisse aus dem Projekt „SEEDS – Security Education by Empowering Democratic Strength“ werden für die Maßnahmen zur Stärkung der Demokratiebildung ebenfalls eine Grundlage bilden.

Digitale politische Bildung im Zeitalter hybrider Bedrohungen

Der Wandel im Angebot und Konsum von Informationen, eröffnet Interessensträgerinnen und -trägern aller Art breitere Möglichkeiten der Einflussnahme auf die öffentliche Meinung und vor allem auf jüngere Bevölkerungsgruppen. Soziale Medien und Künstliche Intelligenz folgen einer anderen Logik als klassische Medien. Diese erschweren häufig die staatliche Kontrolle und die Beschränkung von Inhalten hinsichtlich der pädagogischen Eignung für bestimmte Altersgruppen.

Dies rückt die Notwendigkeit, Schülerinnen und Schüler für Desinformationskampagnen und andere digitale Bedrohungen der verfassungsmäßigen Ordnung und des demokratischen Staatswesens zu sensibilisieren, in den Mittelpunkt. Die damit verbundenen, vielfältigen Herausforderungen werden auf unterschiedlichen Ebenen der Politischen Bildung bereits adressiert. Insbesondere der Europarat setzte in der jüngeren Vergangenheit mit mehreren Initiativen darauf, Digitale Politische Bildung und Maßnahmen gegen Hass im Netz in seinen Mitgliedsstaaten auf die Agenda zu setzen. Das Jahr 2025 wurde zum Jahr der Digitalen Politischen Bildung ausgerufen und das Zentrum polis, die durch das Bildungsministerium beauftragte Anlaufstelle für die schulische politische Bildung, setzt regelmäßig Angebote für Schulen um.

Darüber hinaus zielen auch das Unterrichtsfach „Digitale Grundbildung“ und damit verbunden die Medienbildung darauf ab, Kinder und Jugendliche zu einem verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien zu befähigen. Auch im neuen Unterrichtsfach „Demokratiebildung“ werden die Verknüpfungen der Politischen Bildung im Umgang mit Medien eine wichtige Rolle spielen.

Keynotes

- Politische Bildung und Demokratiebildung tragen wesentlich zur geistigen Landesverteidigung bei.
- Lehrpläne bieten für die geistige Landesverteidigung zahlreiche Anknüpfungspunkte.
- Demokratische Kompetenzen und Haltungen müssen in der Schule erfahrbar gemacht und gestärkt werden.
- Demokratiebildung in der Schule fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Gesellschaft.
- Digitaler Politischer Bildung kommt angesichts hybrider Bedrohungen eine zentrale Bedeutung zu.



BMLV/Daniel Trippolt

Die „Preparedness Union Strategy“ und die ULV

Europäische Vorbereitung auf Krisen – aber wie?

Matthias Resch

Die vergangenen 15 Jahre waren für Europa aus sicherheitspolitischer Sicht durchgehend von Konflikten geprägt. Diese traten in unterschiedlichen Formen und Arten und mit schwierig vorauszu- sehenden Zeitverläufen auf. Als Reaktion versucht die EU daher, diesen künftig gemeinsam und vorausschauend zu begegnen.

Sicherheits- und gesellschaftspolitische Verantwortung

Nach Antritt der neu formierten EU-Kommission im Jahr 2024 wurde vom finnischen Sonderberater Sauli Niinistö im Herbst des gleichen Jahres der „Niinistö-Bericht“ veröffentlicht. Dessen Ziel war es, die EU auf die

kommenden sicherheitspolitischen Herausforderungen vorzubereiten. Eine umfassende und aktive, von der EU koordinierte Vorsorge gegen Krisen jeglicher Art sollte entstehen, und dabei sowohl zivile als auch militärische Aspekte einer umfassenden Prävention beinhalten.

Auf Basis dieses Berichts erstellte die Europäische Kommission im März 2025 die „EU-Strategie der Bereitschaftsunion“ (EU Preparedness Union Strategy). Als Bedrohungen wurden darin Katastrophen, hybride Gefahren durch unterschiedliche Akteure und geopolitische Krisen (inkl. Angriffe auf EU-Mitgliedsstaaten) definiert. Realisiert werden soll die Strategie mittels eines gesamtgesellschaftlichen, regierungs- und behördenübergreifenden Ansatzes („Whole-of-Society“ bzw. „Whole of Government“ Approach). Deren sieben Bereiche sind:

1. Stärkung der Antizipationsfähigkeiten durch eine umfassende Risiko- und Bedrohungsanalyse auf EU-Ebene,
2. Schutz der kritischen Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Schulen, Verkehr und Telekommunikation sowie Bevorratung,
3. Selbstversorgung,
4. öffentlich-private Vorsorgemaßnahmen,
5. verstärkte zivil-militärische Zusammenarbeit,
6. verbesserte Krisenreaktion, auch auf Ebene der EU und
7. Resilienz mittels Partnerschaften, z.B. mit der NATO.

Für Österreich ergibt sich daraus, dass die bereits bestehenden nationalen Maßnahmen zu diesen Themenbereichen eine zusätzliche konzeptionelle Anknüpfung erfahren. Anzumerken ist jedoch, dass Konzepte der EU-Kommission keinen rechtlichen Charakter aufweisen und folglich auch nicht verbindlich sind.

Europäische Anschlussfähigkeit nationaler Konzepte

Die EU arbeitet intensiv daran, die Mitgliedsstaaten auf Krisen jeglicher Art vorzubereiten. Dazu erfolgen bereits in zahlreichen Themengebieten umfangreiche Kooperationen. Während die EU im Bereich der Verteidigung primärrechtlich keine Zuständigkeit aufweist, ist speziell im Bereich der Inneren Sicherheit die Verteilung der Zuständigkeiten und Aufgaben zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten auch se-

kundärrechtlich ausjudiziert. Der Begriff „Resilienz“ zielt konzeptionell hauptsächlich auf jene Bedrohungen und Gefährdungen ab, die nicht die Verteidigung betreffen. Was bedeutet dies nun für die Verwirklichung der „Bereitschaftsunion“?

Die umfassende Landesverteidigung (ULV) der Republik Österreich ist in der Bundesverfassung verankert. Artikel 9a spezifiziert als deren Zweck: „[...] die Unabhängigkeit nach außen sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu bewahren [...] vor gewaltsamen Angriffen von außen zu schützen und zu verteidigen.“ Des Weiteren legt sie fest, dass die ULV die militärische, geistige, zivile und wirtschaftliche Landesverteidigung umfasst. Der Zweck der ULV an sich ist also die militärische Verteidigung des Landes, welche gesamtstaatlich durch das Instrument dieser vier Teilbereiche erreicht wird.

Seit Etablierung des Bundes-Krisensicherheitsgesetzes (B-KSG) sind auch die entsprechenden Gremien dazu gesetzlich verankert. Das B-KSG bildet mit den enthaltenen Aufgaben (§5) „zur gesamthaften strategischen Beratung der Bundesregierung in Fragen der Krisenvorsorge, der Krisenbewältigung, der umfassenden Landesverteidigung, der nationalen Sicherheit und der staatlichen Resilienz“ die nationale Anknüpfung zur „Bereitschaftsunion“.

Die dargelegten Vorschläge der EU werden hauptsächlich in jenen Bereichen der ULV zu verwirklichen sein, die nicht unmittelbar der militärischen Landesverteidigung zuzuordnen sind. Nichtsdestotrotz ist aufgrund der sogenannten „Hybridität“ moderner Kriegsführung von einer Überschneidung mit militärischen Kernthematiken auszugehen und eine Trennung der Bedrohungen analog dem säulenartigen Aufbau der ULV ist illusorisch. Resilienz gegen krisenhafte Bedrohungen trifft alle gesellschaftlichen und staatlichen Bereiche: Sie beinhaltet ein breites Spektrum an Maßnahmen, die von der Bewusstseins-schaffung in der Bevölkerung (geistige LV) über die individuelle und organisierte Krisenvorbereitung im Rahmen des Zivilschutzes (zivile LV) bis hin zur Bevorratung von Gütern (wirtschaftliche LV) reichen.

Die Frage der Anschlussfähigkeit der nationalen Maßnahmen an die Konzepte der EU beinhaltet somit zwei wesentliche Punkte: Zum einen ist festzuhalten, dass es keine genormten und vereinheitlichten Prozesse zur Resilienz in der EU und deren Mitgliedsstaaten geben kann, nachdem

einerseits Kompetenzen auf nationaler Ebene liegen und andererseits die Ausgestaltung der Krisenbewältigungsmechanismen durch jeden Staat unterschiedlich geregelt ist. Zum anderen ist die jeweilige nationale sicherheitspolitische Ausprägung jedes Staates zu berücksichtigen, wie z.B. die Mitgliedschaft in Bündnissen, die gegebenenfalls ebenso wie die EU thematische Vorgaben zur Resilienz geben. Die Frage der Anschlussfähigkeit ist also nicht singular auf die EU zu beziehen.

In Konsequenz bedeutet dies, dass Österreich im Rahmen seines nationalen Krisenreaktionsmechanismus die Leitlinien der „Bereitschaftsunion“ der EU berücksichtigen sollte. Je besser dabei eine allfällig stattfindende Kooperation – jedenfalls aber der Informationsaustausch mit weiteren Staaten – implementiert ist, umso besser wird auf Krisen reagiert werden können. Ausgangspunkt für tatsächliche Kooperationen ist dabei aber, dass die eingetretene Krise auch einen Charakter aufweist, angesichts dessen ein Vorteil in der gemeinsamen Bewältigung besteht. Anders ausgedrückt: Kooperation darf kein Selbstzweck sein.

Ableitungen

Der gesamtstaatliche österreichische Ansatz der ULV beinhaltet in sich bereits die von der EU angedachten „Whole-of-Society“- bzw. „Whole-of-Government“-Konzepte. Das B-KSG bildet den prozessualen Rahmen zur gesamtheitlichen Krisenvorsorge. Es gilt daher, die „Anschlussfähigkeit“ der bestehenden nationalen Prozesse, vom Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagement (SKKM) über den Zivilschutz bis hin zur militärischen Landesverteidigung an die neuen konzeptionellen Ideen der EU sicherzustellen.

Konkret bestehende nationale Maßnahmen, wie das neu implementierte gesamtstaatliche Lagebild im Rahmen des B-KSG, fügen sich etwa fließend in die oben erwähnten „umfassenden Risiko- und Bedrohungsanalysen auf EU-Ebene“ ein. Auch die bestehenden nationalen Kooperationen auf bi-, multi- und internationaler Ebene lassen sich im Bereich „Resilienz mittels Partnerschaften“ der EU verorten.

Keynotes

- Die 2025 von der EU-Kommission erarbeitete „EU-Strategie der Bereitschaftsunion“ soll die Mitgliedsstaaten mittels gesamtgesellschaftlicher und gesamtstaatlicher Konzepte auf künftige Bedrohungen vorbereiten.
- Die Strategie umfasst sieben konkrete Bereiche, die von der Antizipationsfähigkeit von Krisen bis hin zur koordinierten Krisenreaktion verschiedene Verwaltungsebenen, Streit- und Sicherheitskräfte, aber auch die Zivilgesellschaft umfassen.
- In Österreich besteht aufgrund der in der Bundesverfassung verankerten umfassenden Landesverteidigung mit ihren vier Teilbereichen bereits ein entsprechendes Konstrukt. Das B-KSG bildet den prozessualen Rahmen zur gesamtheitlichen Krisenvorsorge.
- Es gilt, die bestehenden Mechanismen der umfassenden Landesverteidigung an die EU-Konzepte anschlussfähig zu gestalten.



Artsiom P/Shutterstock.com

6G ohne Weltraum?

Österreichs orbitale Abhängigkeit

Robert Toni Pfaffenbauer

Der Weltraum ist zur unverzichtbaren Grundlage moderner Gesellschaften und Sicherheitssysteme geworden. Weltraumdienste ermöglichen globale Vernetzung, unterstützen kritische Infrastrukturen und schaffen Redundanzen für Kommunikation, Navigation und Erdbeobachtung. Mit dem Übergang zu 6G und hochgradig vernetzten Anwendungen wächst zugleich die Abhängigkeit von satelliten-gestützten Diensten und damit die Verwundbarkeit. Geopolitische Rivalitäten werden zusehends auch im Weltraum ausgetragen, der sich zu einem sicherheitspolitischen Konfliktfeld entwickelt hat. Staaten stehen daher vor der Aufgabe, Resilienz, Handlungsfähigkeit und technologische Souveränität im Umgang mit weltraumge-stützten Diensten abzusichern, um Stabilität und Krisenfestigkeit zu gewährleisten.

In der digital vernetzten Welt des 21. Jahrhunderts ist der Weltraum zum wesentlichen Raum tragender Infrastruktur moderner Staaten geworden. Mit dem Übergang zur sechsten Mobilfunkgeneration (6G) entsteht eine tiefgreifende Vernetzung bisher getrennter Systeme in Echtzeit. Anwendungen wie das Internet-of-Things, autonome Mobilität, KI-gestützte Logistik oder Virtual-Reality-Umgebungen benötigen globale Netzwerkverbindungen mit minimaler Latenz, hoher Datenrate und maximaler Ausfallsicherheit. Diese Anforderungen sind ohne satellitengestützte Komponenten nicht mehr erfüllbar. Sie ergänzen terrestrische Netze, sichern Konnektivität in entlegenen Regionen und ermöglichen flexible Reaktionsfähigkeit.

Der Weltraum ist damit bereits jetzt eine tragende Säule der digitalen Infrastruktur. In sicherheitsrelevanten Lagen zeigt sich sein Nutzen besonders deutlich. Bei Katastrophen sind Erdbeobachtung, unabhängige Kommunikation und präzise Navigation unverzichtbar. Auch militärisch sind Satellitendienste zentral, beispielsweise für Lagebilder, sichere Kommunikation, Navigation und Zeitdienste. Vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Rivalitäten, die sich auch im Wege der Sabotage von Glasfaserkabel-Verbindungen äußern können, kann Weltraum-Infrastruktur eine wertvolle Redundanz darstellen. Da ein Großteil des transkontinentalen Datenverkehrs über Unterseekabel verläuft, die für Beschädigungen durch Anker bzw. Sabotage anfällig sind, könnten ganze Regionen von der globalen Kommunikation abgeschnitten werden. Eine derartige Beschädigung bedarf unter Umständen Wochen der Reparatur. In solchen Fällen stellt Satellitenkommunikation eine wichtige Redundanz dar, die im Krisenfall rasch kritische Funktionen übernehmen kann.

Gesamtstaatliche Verwundbarkeiten

Die starke Abhängigkeit dieser Fähigkeiten von Weltraumdiensten schafft allerdings neue Verwundbarkeiten. Satellitengestützte Infrastrukturen werden zunehmend zu attraktiven Zielen hybrider Konfliktführung. Besonders anfällig sind viele globale Navigationssatellitensysteme, die größtenteils veraltet und besonders leicht zu stören bzw. zu manipulieren sind. Derartige Angriffe können militärische Fähigkeiten, aber auch das tägliche Leben der Bevölkerung massiv beeinträchtigen. Das zeigt sich exemplarisch anhand des russischen Angriffskriegs gegen

die Ukraine, im Zuge dessen gezielte Angriffe auf die Energieinfrastruktur die Belastbarkeit der Zivilbevölkerung erheblich auf die Probe stellen.

Ähnliche Effekte können durch die Störung von Weltraumservices erzielt werden, wofür nicht zwingend Marschflugkörper, ballistische Raketen oder Drohnen erforderlich wären. Oftmals wären Cyber-Operationen dafür ausreichend. Durch Störungen der gesellschaftlichen Basisdienste ist denkbar, dass auch der innenpolitische Druck auf Regierungen ansteigt, militärische Konfrontationen möglichst rasch zu beenden oder präventiv zu verhindern. Damit werden Angriffe auf Weltraum-Infrastruktur zu einem Instrument strategischer Einflussnahme, das unterhalb der Schwelle konventioneller Gewalt eingesetzt wird, aber dennoch erhebliche gesellschaftspolitische Wirkung entfalten kann.

Zunehmende Herausforderungen

Hinzu kommen neue Möglichkeiten der verdeckten Einflussnahme, wie man sie beispielsweise aus dem Cyber-Raum kennt. Reversible Effekte wie das zeitweilige Blenden optischer Sensoren durch Laser oder die Störung von Kommunikationsverbindungen mit gerichteten Mikrowellen sind technisch zwar fallweise nachweisbar, lassen sich allerdings dennoch schwer eindeutig einem bestimmten Akteur zuordnen. Der Weltraum entwickelt sich dadurch zunehmend zu einem Schauplatz für hybride Konflikte. Neben physischen Eingriffen gehören auch die Nutzung satellitengestützter Dienste zur Desinformation, zur Aufklärung, zur Überwachung und Cyber-Operationen gegen Weltrauminfrastruktur zu diesem Spektrum.

Eine besondere Herausforderung stellt weiters die wachsende Abhängigkeit von kommerziellen Kapazitäten dar. Staaten, die keine eigenen Weltraumprogramme unterhalten, müssen im Ernstfall auf die Systeme und Dienste privater Anbieter oder verbündeter Staaten zugreifen. Entscheidungen über Zugang, Bandbreitenpriorisierung oder Steuerung solcher Systeme erfolgen dann nicht zwangsläufig im Einklang mit nationalen Sicherheitsinteressen, sondern orientieren sich an unternehmerischen oder geopolitischen Erwägungen.

Zugleich fehlt es an einem klaren internationalen Verkehrsmanagement im Orbit. Der Wettbewerb zwischen großen Raumfahrtstaaten sowie zwischen staatlichen und privaten Akteuren führt zu einer immer dichteren Belegung strategisch wichtiger Positionen im erdnahen Welt- raum. Internationale Abstimmungen sind oftmals unzureichend. Der zunehmende geopolitische Wettbewerb erschwert zusätzlich verbind- liche Kooperationen. Dies steigert nicht nur das Risiko von Kollisionen im Orbit, sondern auch das Potenzial für Eskalationen, wenn beispiele- weise Annäherungen als Bedrohung gewertet werden.

Implikationen

Diese Entwicklungen beeinträchtigen die politische, wirtschaftliche und technologische Souveränität. Staaten, die den Zugang zum Welt- raum nicht selbst gestalten können, bleiben in zentralen Bereichen abhängig. Das betrifft sowohl die Sicherheitsvorsorge als auch wirt- schaftliche und technologische Wettbewerbsfähigkeit und die Fähig- keit, Krisen eigenständig zu bewältigen. Es geht dabei nicht um eine abstrakte Vision vollständiger Autarkie, sondern um die strategische Maximierung und Sicherung von Handlungsfähigkeit. Gesellschaften und Institutionen müssen erkennen, dass weltraumgestützte Dienste weder gegeben noch unverwundbar sind. Ihr Ausfall, ihre Störung oder ihr Entzug müssen im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung und der umfassenden Sicherheitsvorsorge auf technischer, organisato- rischer und kognitiver Ebene mitgedacht werden.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen gewinnen innovative Kon- zepte und neue Technologien an sicherheitspolitischer Bedeutung. „Responsive Space“ zielt beispielsweise auf die schnelle Bereitstellung zusätzlicher Satellitenkapazitäten bei Ausfällen oder Bedrohungen ab. Auch satellitengestützte Quantenkommunikation wird künftig durch eine sichere Verschlüsselung eine zentrale Rolle spielen. Der Weltraum ist somit nicht lediglich Übertragungsmedium, sondern integraler Be- standteil nationaler Resilienz. Eine aktive Rolle als Weltraumakteur ist Voraussetzung für souveränes Krisenhandeln und den Erhalt politischer Gestaltungsfähigkeit.

Keynotes

- Satellitengestützte Systeme sind unverzichtbar für globale Vernetzung, Kommunikation, Navigation, Erdbeobachtung und damit für die Resilienz moderner Gesellschaften.
- Mit 6G, KI, autonomen Systemen und globalen Datenströmen steigt die Abhängigkeit von weltraumgestützten Diensten, was die Verwundbarkeit erhöht.
- Angriffe auf Satelliten und Infrastrukturen können gezielt militärische aber auch zivile Bereiche treffen und damit große politische und gesellschaftliche Wirkungen entfalten.
- Der zunehmende Wettbewerb zwischen Staaten und privaten Akteuren im Weltraum, Weltraumschrott sowie fehlende internationale Regeln verschärfen Eskalations- und Sicherheitsrisiken.
- Staaten müssen im europäischen Kontext Redundanzen, Schutzmaßnahmen und souveräne Fähigkeiten entwickeln, um Handlungsfähigkeit und Stabilität in Krisen zu sichern.



Alexandros Michailidis/Shutterstock.com

Spaltung als Strategie

Polarisierung und Radikalisierung als sicherheitspolitische Herausforderung

Roman Schuh

Gesellschaftliche Polarisierung und Radikalisierung sind zentrale Risikofaktoren im sicherheitspolitischen Umfeld Europas, und zunehmend auch für kleinere EU-Mitgliedsstaaten wie Österreich. Diese Entwicklungen sind eng mit geopolitischen, sozialen und technologischen Dynamiken verknüpft, die sich in den nächsten Jahren weiter zuspitzen werden. Besonders die gezielte Einflussnahme externer Akteure, die Fragmentierung der Öffentlichkeit durch soziale Medien und die zunehmende Instrumentalisierung von Geschlecht und Sexualität in extremistischen Narrativen verdienen besondere Aufmerksamkeit.

Polarisierung ist kein bloßes Symptom gesellschaftlicher Veränderung, sondern ein strategisch genutztes Mittel, etwa durch ausländische Desinformationskampagnen oder durch inländische extremistische Be-

wegungen, die gezielt Misstrauen säen. Themen wie Migration, Geschlechtergerechtigkeit, sexuelle Identität oder Klima- und Energiepolitik wirken dabei als besonders polarisierend. Diese Konfliktlinien verlaufen quer durch Bevölkerungsgruppen und machen Europa anfällig für politische Instabilität.

Neue Akteure, neue Räume, neue Narrative

Im Jahr 2026 ist zu erwarten, dass sich Radikalisierung weiter digitalisiert und individualisiert. Die klassischen Milieus rechtsextremer oder islamistischer Radikalisierung bleiben bestehen, doch neue hybride Mischformen entstehen: etwa verschwörungsideologische Gruppen mit religiöser oder identitätspolitischer Aufladung. Frauen und Mädchen treten zunehmend als Akteurinnen in diesen Prozessen auf. Im rechts-extremen Umfeld sind sie nicht nur als passive Unterstützerinnen aktiv, sondern auch als Multiplikatorinnen in sozialen Medien, als ideologische Trägerinnen eines „traditionellen Frauenbilds“ und als Schlüsselpersonen in frauenzentrierten Influencer-Kreisen, die bewusst Emotionalität und Lifestyle mit radikalen Inhalten verbinden. Auch im islamistischen Extremismus zeigt sich eine wachsende Einbindung von Frauen – sei es als ideologische Missionarinnen im Netz, als Heiratsanwärterinnen für Jihadisten oder in selteneren Fällen als aktiv handelnde Täterinnen.

Sexualisierte Gewalt als Propaganda- und Machtmittel

Terroristische Gruppen nutzen sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt strategisch: als Machtdemonstration, zur Rekrutierung (z.B. durch Versprechen von sexueller Verfügbarkeit) oder zur Entmenschlichung von Gegnerinnen und Gegnern. In Propagandamaterialien wird Gewalt oft explizit sexualisiert dargestellt, um Dominanz zu inszenieren und Loyalität innerhalb der Gruppe zu stärken.

Diese Instrumentalisierung trifft häufig auf besonders vulnerable Zielgruppen. Dazu gehören Frauen in prekären sozialen Lagen, LGBTQIA+-Personen oder Jugendliche mit geringer Bindung an gesellschaftliche Strukturen. In Europa und insbesondere in kleineren Staaten wie Öster-

reich stellt dies eine besondere Herausforderung dar, etwa für Justiz, Integrationspolitik, Schulen und soziale Einrichtungen.

Während Männer in vielen Fällen durch autoritäre Männlichkeitsbilder angesprochen werden, wirken auf Frauen oft andere Narrative. Rechtsextreme Gruppen mobilisieren weibliche Personen vermehrt über Themen wie Kinderschutz, Genderkritik, Familienwerte oder die vermeintliche „Übersexualisierung“ der Gesellschaft. Islamistische Gruppen hingegen versprechen Reinheit, Zugehörigkeit und klare Rollenzuweisung, was in Phasen persönlicher oder sozialer Desorientierung besonders wirksam ist.

Resilienz durch Inklusion und Bildung

Die wirksamste Gegenstrategie gegen Radikalisierung liegt nicht allein in restriktiven sicherheitspolitischen Maßnahmen, sondern in der Förderung gesellschaftlicher Resilienz, insbesondere in Randgruppen, die sich von Politik und Institutionen abgehängt fühlen. Zielgruppenorientierte politische Bildung, Empowerment-Initiativen für benachteiligte Jugendliche, digitale Medienkompetenzprogramme und psychosoziale Unterstützungsangebote sind zentrale Pfeiler nachhaltiger Prävention.

Gerade für kleinere Staaten wie Österreich empfiehlt sich ein verstärkt intersektionaler Zugang: Präventionsmaßnahmen müssen sozialräumlich, geschlechtersensibel und lebensweltlich orientiert sein und einen Fokus auf frühzeitige Intervention und aufsuchende Jugendarbeit legen. Die EU kann hier als Multiplikator und Fördergeber eine tragende Rolle übernehmen.

Auch das Österreichische Bundesheer (ÖBH) kann einen Beitrag zur gesamtstaatlichen Resilienz leisten. Neben seiner zentralen Funktion zur militärischen Landesverteidigung verfügt es über besonderes Potenzial, durch die Entwicklung und Pflege einer starken Militärkultur gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Militärkultur kann Werte wie Kameradschaft, Disziplin, Verantwortungsbewusstsein und demokratische Loyalität vermitteln und damit als identitätsstiftendes Gegengewicht zu fragmentierenden Extremismus-Narrativen wirken. Indem das ÖBH diese Werte auch nach außen sichtbar macht, trägt es dazu bei, Resilienz nicht nur innerhalb der Streitkräfte, sondern auch gesamtgesellschaftlich zu verankern. Geeignete Instrumente für eine inklusive

Militärkulturentwicklung wären staats- und wehrpolitische Bildung, die Integration junger Menschen in die Milizstruktur, internationale Kooperationen sowie die volle Integration von Frauen in das ÖBH.

Polarisierung erkennen, Radikalisierung verhindern

Polarisierung und Radikalisierung bleiben im Jahr 2026 zentrale Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa. Besonders bedrohlich sind jene Dynamiken, die gezielt über Geschlechterrollen, sexuelle Identität oder kulturelle Ängste orchestriert werden. In einer Zeit wachsender globaler Spannungen und technologischer Beschleunigung liegt die sicherheitspolitische Herausforderung nicht allein in der Reaktion auf Gewalt, sondern im frühzeitigen Erkennen und Unterbrechen von Radikalisierungsprozessen, sowohl in der analogen als auch der digitalen Welt. Für Staaten wie Österreich ist es entscheidend, über eine klare Strategie zur Demokratieförderung, digitale Zivilcourage und zielgruppenspezifische Präventionsarbeit zu verfügen. Nur so kann langfristig sichergestellt werden, dass Polarisierung nicht zur dauerhaften Spaltung wird – und Radikalisierung nicht zur offenen Bedrohung.

Keynotes

- Polarisierung wird gezielt als strategisches Mittel genutzt, etwa durch Desinformation oder extremistische Bewegungen, um Misstrauen zu säen und gesellschaftliche Konfliktlinien zu vertiefen.
- Radikalisierung digitalisiert und individualisiert sich zunehmend, wobei neue hybride Bewegungen entstehen, die Verschwörungsideologien, Religion und Identitätspolitik verbinden.
- Frauen spielen eine wachsende Rolle in extremistischen Milieus, sowohl als ideologische Multiplikatorinnen im Netz als auch als Akteurinnen, die Geschlechter- und Familiennarrative instrumentalisieren.
- Sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt dient als Propaganda- und Machtinstrument in terroristischen und extremistischen Kontexten, um Dominanz, Loyalität und Angst zu erzeugen.
- Gesellschaftliche Resilienz entsteht durch Inklusion, Bildung und Militärkultur, nicht allein durch sicherheitspolitische Maßnahmen – insbesondere durch frühzeitige, geschlechtersensible Präventionsarbeit und die Förderung demokratischer Werte etwa im Österreichischen Bundesheer.



Im Gleichschritt zur Gleichbehandlung

Das Österreichische Bundesheer im Wandel

Alexander Scheidl

Ein geringer Frauenanteil und langsame Fortschritte auf dem Gebiet der Gleichstellung stellen potenzielle Risiken für die Leistungsfähigkeit, die Legitimität und die Resilienz der Streitkräfte dar. Seit der Öffnung des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) für Frauen im Jahr 1998 wurden diverse Maßnahmen zur Gleichstellung ergriffen – darunter der Frauenförderungsplan und der seit 2023 bestehende „freiwillige Grundwehrdienst“ für Frauen. Langfristig zeigt sich, dass echte Gleichbehandlung und eine geschlechtergerechte Personalstruktur nicht nur gesellschaftspolitische Ziele, sondern zentrale Voraussetzungen für die Sicherheit und Zukunftsfähigkeit Österreichs darstellen.

Aller Anfang ist schwer

Egal, ob als Berufssoldatinnen, ob im Rahmen der Miliz, oder auch im Rahmen des „freiwilligen Grundwehrdienstes“: Frauen sind mittlerweile in allen Bereichen ein fester Bestandteil des ÖBH. Ihr Anteil ist mit rund sechs Prozent allerdings nach wie vor gering und zeigt, dass der Soldatenberuf weiterhin stark von Männern dominiert wird. Das stellt das ÖBH im Bereich der Gleichbehandlung und der tatsächlichen Umsetzung von Chancengleichheit vor erhebliche Herausforderungen.

Als 1998 die ersten Frauen beim ÖBH einrückten, war dies vielerorts umstritten – diversen Bestrebungen auf europäischer Ebene und insbesondere innerhalb der Vereinten Nationen, die bestehenden Gleichbehandlungs- und Gleichstellungsrichtlinien auch in den Streitkräften konsequent umzusetzen, zum Trotz. Damit folgte Österreich dem skandinavischen Beispiel vergleichsweise rasch; diese hatten bereits Ende der 1980er Jahre den Zugang zum Militär für Frauen geöffnet.

Trotz einer grundsätzlichen gesellschaftlichen und politischen Befürwortung existierten von Beginn an zahlreiche Hürden und Herausforderungen. So musste einerseits die Infrastruktur neu geplant werden, was z.B. sanitäre Einrichtungen und Unterkünfte für zwei Geschlechter betrifft, neue Bekleidung musste beschafft und bei medizinischen und sportlichen Standards mussten Änderungen vorgenommen werden. Andererseits hatten Frauen sowohl bei der Truppe als auch auf ministerieller Ebene mit Vorurteilen und Diskriminierung zu kämpfen.

Ein Mittel zur Bekämpfung der Ungleichbehandlung ist das bereits im Jahr 1993 eingeführte Bundesgleichbehandlungsgesetz (B-GIBG). Dieses verfolgt das Ziel, eine der Demografie entsprechende Zusammensetzung des Personals im öffentlichen Dienst zu erreichen – insbesondere eines Frauenanteils von 50 Prozent. Damit verbunden ergibt sich naturgemäß auch die Notwendigkeit, die strukturellen und prozessualen Rahmenbedingungen an eine solch heterogene Belegschaft anzupassen.

Um diese Ziele auch nachhaltig zu erreichen, wurde bereits Mitte der 1990er Jahre im Bundesministerium für Landesverteidigung die Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen eingerichtet. Um die Gleichbehandlung von Soldatinnen auch langfristig zu fördern, besteht seit der Einführung des B-GIBG auch die Pflicht, einen umfassenden Frauen-

förderungsplan (FF-Plan) zu erstellen, der in regelmäßigen Abständen novelliert wird.

Mangelnde Diversität als Sicherheitsrisiko

Ein Mangel an Diversität und an gezielter Frauenförderung stellt langfristig ein sicherheitspolitisches Risiko dar. Streitkräfte, die die Gesellschaft nicht in ihrer Vielfalt widerspiegeln, laufen Gefahr, an Legitimität, Innovationskraft und operativer Anpassungsfähigkeit einzubüßen. Der internationale Vergleich zeigt, dass gemischte Teams insbesondere in Friedensmissionen und Kriseneinsätzen über höhere Effektivität und Kommunikationskompetenz verfügen. Eine unzureichende Einbindung von Frauen bedeutet daher nicht nur den Verlust wertvoller Perspektiven und Fähigkeiten, sondern auch eine Schwächung institutioneller Resilienz. Zudem untergräbt fehlende Gleichstellung das Ziel einer modernen, demokratisch verankerten Sicherheitsarchitektur. Diversität stärkt hingegen die Glaubwürdigkeit, Effizienz und Zukunftsfähigkeit des ÖBH und damit letztlich auch die Sicherheit Österreichs.

Dieser Gedanke liegt sämtlichen Maßnahmen der Förderung von Frauen und Diversität im ÖBH zugrunde. Nicht zuletzt ist dies auch der Grund für zahlreiche Personalplanungs- und Steuerungsinitiativen, wie die im FF-Plan verankerte bevorzugte Aufnahme, Besetzung und Zulassung zu Ausbildungen von weiblichen Bediensteten im BMLV und im ÖBH bei gleicher Qualifikation. Neben der Förderung von Frauen umfasst das B-GIBG auch das Gebot der Gleichbehandlung ohne Berücksichtigung des Alters, der Sexualität, der Herkunft und der Weltanschauung – was essenziell ist, um die Streitkräfte im Zentrum der Gesellschaft zu verankern.

Frauen im ÖBH als Chance

Aufgrund der demografischen Entwicklungen und den damit verbundenen Herausforderungen im Personalstand des ÖBH bietet die Inklusion von Frauen eine mögliche Chance, die entstehenden Lücken qualitativ und quantitativ zu besetzen. Ebenso eröffnet ein höherer Frauenanteil dem ÖBH die Möglichkeit, unterschiedliche Zugänge und Blickwinkel in

die Entscheidungsfindung miteinzubeziehen. Auf diese Weise trägt die Inklusion von Frauen zur Qualität der Entscheidungsfindung bei.

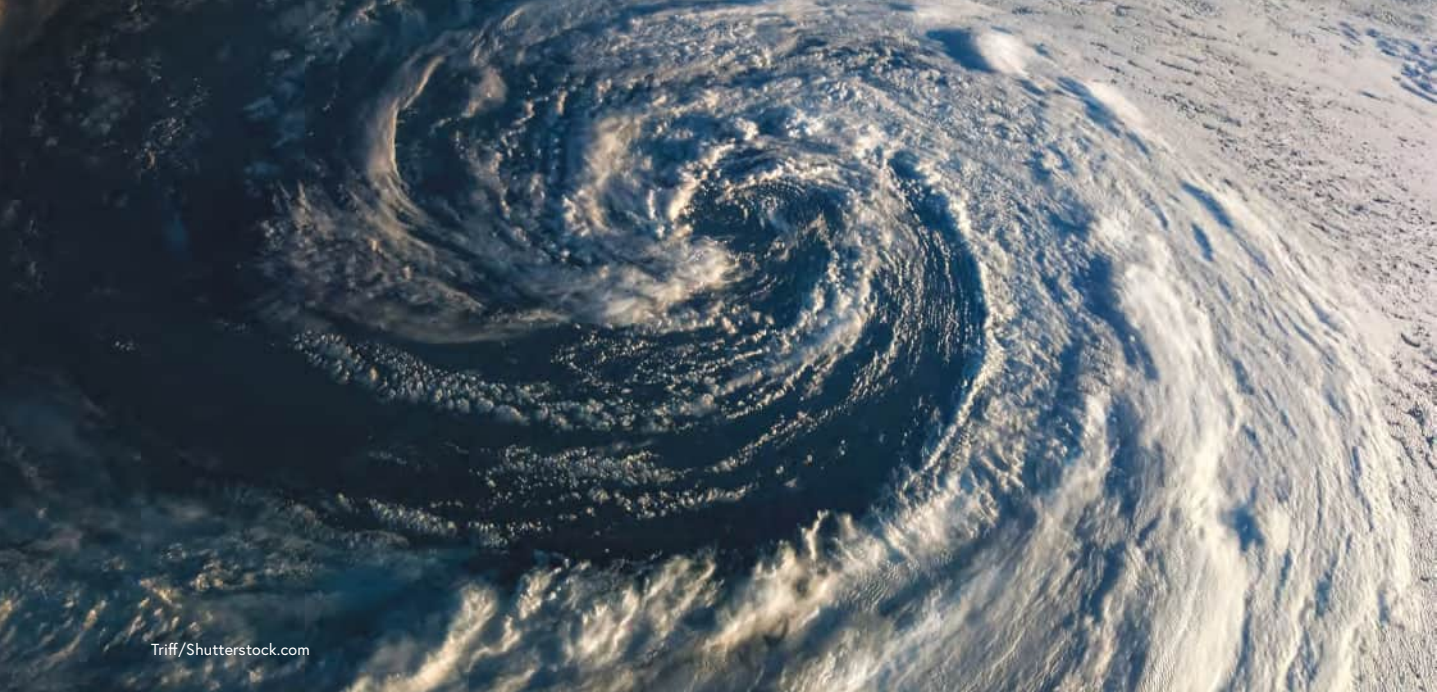
Die Inklusion von Frauen ist damit nicht nur eine Notwendigkeit, sondern muss auch als Chance begriffen werden, hochqualifiziertes Personal zu gewinnen. Insofern sind gezielte Rekrutierungsmaßnahmen für Frauen erforderlich. So verfolgt das BMLV das Ziel, mit dem seit April 2023 bestehenden „freiwilligen Grundwehrdienst“ für Frauen den Zugang zum ÖBH zu erleichtern, den Frauenanteil zu erhöhen und langfristig die Integration von Frauen in allen militärischen Bereichen zu stärken. Erste Erfahrungen mit diesem Modell werden durchaus positiv bewertet. Andere Beispiele für die gezielte Adressierung von Frauen wären etwa der „Girls Day“, mit dem junge Frauen über Tätigkeiten beim ÖBH informiert und so für den Soldatinnenberuf interessiert werden sollen.

Das Bundesheer von morgen

Der Weg zur vollständigen Gleichbehandlung im ÖBH ist noch lange nicht abgeschlossen. Zahlreiche Initiativen, Reformen und strukturelle Anpassungen zeigen jedoch, dass sich das BMLV aktiv um moderne, chancengerechte und divers aufgestellte Streitkräfte bemüht. Mit Maßnahmen wie dem FF-Plan, dem „freiwilligen Grundwehrdienst“ für Frauen und gezielten Sensibilisierungsprogrammen wird ein Kulturwandel eingeleitet, der auf langfristige Veränderung abzielt. Das ÖBH von morgen wird sich zunehmend daran messen lassen müssen, wie konsequent es Vielfalt, Gleichstellung und Professionalität miteinander verbindet. Eine nachhaltige Integration von Frauen ist dabei nicht nur Ausdruck gesellschaftlicher Gerechtigkeit, sondern auch ein entscheidender Faktor für die operative Leistungsfähigkeit und die demokratische Legitimation der Streitkräfte. Nur wenn das ÖBH die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelt, kann es seiner sicherheitspolitischen Verantwortung im 21. Jahrhundert umfassend gerecht werden.

Keynotes

- Maßnahmen zur Förderung von Frauen, Sensibilisierung und strukturelle Reformen sollen langfristig ein modernes, vielfältiges und gleichberechtigtes Bundesheer schaffen.
- Seit der Öffnung 1998 und der Einführung des „freiwilligen Grundwehrdienstes“ für Frauen 2023 wurden wichtige Schritte zur Integration gesetzt, doch der Frauenanteil bleibt noch hinter den Erwartungen des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes zurück.
- Fehlende Infrastruktur, Vorurteile und Diskriminierung erschweren nach wie vor echte Chancengleichheit. Allerdings bedeutet mangelnde Vielfalt im ÖBH ein strategisches Risiko.
- Es wurden bereits zahlreiche Maßnahmen gesetzt, um die Inklusion von Frauen im ÖBH zu fördern. Frauenförderung bleibt jedoch eine gesamtstaatliche Kraftanstrengung, für die auch im aktuellen Regierungsprogramm zahlreiche Maßnahmen vorgesehen sind.



Versicherheitlichung des Klimawandels

Eva Widhalm

Obwohl der Klimawandel eine globale sicherheitspolitische Bedrohung darstellt, treten die Folgen trotz täglicher Katastrophenberichterstattung zunehmend in den Hintergrund. Politische Ziele werden verwässert, Verschwörungstheorien in den Medien verbreitet und die sicherheitspolitischen Folgen auch auf geopolitischer Ebene verdrängt. Streitkräfte integrieren die Klimawandelfolgen jedoch bereits in die Einsatz- und Fähigkeitsplanung. Das Österreichische Bundesheer (ÖBH) kann glaubwürdig den Aufbau gesamtgesellschaftlicher Resilienz als zentrale Notwendigkeit zur Sicherung der zukünftigen Handlungs- und Verteidigungsfähigkeit Österreichs im öffentlichen Diskurs vorantreiben.

Der Schutz des Bodens, des Wassers, der Ökosysteme und der Biodiversität ist die Grundlage für eine resiliente Bevölkerung und damit ein Eckpfeiler der Umfassenden Landesverteidigung bzw. der europäischen Preparedness Union Strategy. Auch in der Österreichischen

Sicherheitsstrategie wird der Schutz der Lebensgrundlagen als Querschnittsthema und sicherheitspolitisches Handlungsfeld anerkannt, das aufgrund der Betroffenheit sämtlicher Lebens- und Politikbereiche eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung darstellt. Darin vorgesehene Maßnahmen dienen vor allem der Gewährleistung der Sicherheit und Stabilität der österreichischen Gesellschaft.

Laut dem zweiten Österreichischen Sachstandsbericht zum Klimawandel erwärmt sich Österreich doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt. Österreichs jährliche Schäden könnten ohne wirksame Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen bis 2050 auf jährlich bis zu 10,8 Mrd. Euro ansteigen. Neben sicherheitspolitischen Risiken für etwa Lieferketten, kritische Infrastruktur, Wasserversorgung, Gesundheit, Landwirtschaft und Versorgungssicherheit stellt der Klimawandel einen fundamentalen Katalysator und Bedrohungsmultiplikator dar, der bestehende globale Instabilitäten, soziale Spannungen und politische Fragilität verstärkt und verschärft.

Strategische Chance und multiple Dilemmata

Streitkräfte beziehen diese Entwicklungen bereits in militärische Fähigkeits- und Einsatzplanungen ein. Die Grundannahme der NATO ist dabei das Worst-Case-Szenario, also ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur von mindestens 3 °C bis zum Ende des Jahrhunderts. Dies hätte gravierende Folgen für die militärische Infrastruktur, die Ausrüstung, das Gerät, die Logistik, und nicht zuletzt die Sicherheit und Gesundheit von Soldatinnen und Soldaten im In- und Ausland. Europäische Streitkräfte sehen sich infolgedessen multiplen Dilemmata ausgesetzt. Die aggressive Politik Russlands erfordert einen raschen Fähigkeitsaufbau und eine Energietransformation zur Reduktion von Abhängigkeiten. Gleichzeitig ist der Aufbau von Autonomie und Resilienz sowie die Anpassung an die zivile Energiewende vonnöten. Ebenso erfordern die Folgen des Klimawandels eine Anpassung von Infrastruktur, Ausrüstung und Gerät unter Beibehaltung bzw. Erhöhung der Einsatzbereitschaft und des Durchhaltevermögens.

Da Vernetzung und Interdependenz zu Störungen quer durch alle Sektoren führen können, gefährden diese Stromnetze, Treibstoff- und Wasserpipelines, Kommunikationssysteme und Verkehrswege, die auch von

Streitkräften genutzt werden. Somit stellt der Bedarf des ÖBH nach neuen Technologien, insbesondere neuen Energie- und Klimatechnologien, an den Klimawandel angepasstes Gerät und Ausrüstung unter Betrachtung des gesamten Lebenszyklus nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern einen operativen Imperativ dar. Indes bietet sich die strategische Chance zur Förderung von Innovationen im Bereich militärischer Fähigkeiten.

Wettbewerb der Narrative und Desinformation

Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen unterliegen diversen, teilweise widerstreitenden Narrativen. Während manche Narrative Klimaschutzmaßnahmen mit einer „Wirtschaftsbremse“ oder einem „Wohlstandsverzicht“ gleichsetzen oder „ideologisch getriebene Maßnahmen“ unterstellen, laufen Argumente, dass es um ein gutes Leben für alle ginge, um saubere Luft oder geringeren Lärm ins Leere. Grund dafür ist etwa, dass der Klimaschutz hinter angeblich dringlicheren Herausforderungen hintangehalten werden könnte – es ginge schließlich um das Klima, nicht um uns.

Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen werden zudem häufig durch gezielte oder unbeabsichtigt falsche bzw. irreführende Informationen in sozialen Medien und politischen Diskussionen aufgeweicht oder unterminiert, um die öffentliche Debatte zu beeinflussen und den Handlungsdruck abzuschwächen. Beispiele dafür sind unter anderem die Leugnung der menschengemachten Ursachen des Klimawandels, die Verharmlosung der sicherheitspolitischen Folgen oder die Heranziehung fragwürdiger Studien, Falschinterpretation von Daten oder Statistiken. Feindlich gesinnte Akteure nutzen dabei die freie Medienlandschaft, um verstärkt Falschinformationen zu verbreiten oder Desinformationskampagnen im Zusammenhang mit der Energiewende in Europa durchzuführen. Dabei verfolgen sie das Ziel, Gesellschaften zu destabilisieren, Abhängigkeiten aufrechtzuerhalten und Resilienz zu verhindern.

Die von Desinformation befeuerte Wissenschafts- und Politikskopsis erschwert jedoch notwendige Maßnahmen und deren Umsetzung in einem gefährlichen Ausmaß und verhindert Anpassung und Aufbau von Resilienz in Österreich. Die sicherheitsrelevanten Aspekte werden zudem aufgrund der zivilgesellschaftlich angestoßenen Klimaschutzdebatte im öffentlichen Diskurs nur unzureichend thematisiert. Um auch diese As-

pekte im demokratischen Diskurs abzubilden, sind auch sicherheitspolitische Akteure gefordert.

Rolle sicherheitspolitischer Akteure

Es wird zu den Aufgaben sicherheitspolitischer Akteure gehören, Barrieren zu überwinden, sicherheitsrelevante Zusammenhänge aufzuzeigen, und zielgerichtete, strategische Kommunikation zu betreiben. Nicht zuletzt dient das dazu, gesamtgesellschaftliche Maßnahmen im Sinne der geistigen Landesverteidigung voranzutreiben. Denn wenn sich Österreich nicht anpasst und die Transformation vorantreibt, kann auch das ÖBH seine Aufgaben nur unter erschwerten Bedingungen erfüllen. Im Sinne der umfassenden Landesverteidigung muss es daher das Ziel sein, gleichermaßen in die nationale und europäische Verteidigungsfähigkeit, gesamtgesellschaftliche Resilienz und zivil-militärische Zusammenarbeit, sowie in Anpassungsmaßnahmen und Klimaschutz zu investieren. Den Klimawandel auch als Sicherheitsrisiko zu begreifen, könnte dabei notwendige Maßnahmen beschleunigen.

Keynotes

- Der Aufbau gesamtgesellschaftlicher Resilienz ist für die Sicherung der zukünftigen Handlungs- und Verteidigungsfähigkeit Österreichs zentral. Die Voraussetzung dafür ist eine funktionierende Demokratie sowie eine resiliente, anpassungsfähige und wehrfähige Gesellschaft.
- Streitkräfte sind direkt von den Folgen des Klimawandels betroffen und beziehen diese in militärische Fähigkeits- und Einsatzplanungen ein.
- Der Bedarf des ÖBH nach neuen Klima- und Energietechnologien, an den Klimawandel angepasstes Gerät und Ausrüstung ist sowohl ökologische Notwendigkeit als auch operativer Imperativ. Gleichzeitig bieten sich dadurch strategische Chancen zur Autarkie.
- Klimarisiken und klimatische Resilienz werden künftig zu bestimmenden Faktoren für die Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit des ÖBH.
- Die Bekämpfung von Desinformationskampagnen durch gezielte, strategische Kommunikation im Rahmen der geistigen Landesverteidigung ist zentral. Hierbei sind auch sicherheitspolitische Akteure gefordert. Diese können zur Versicherheitlichung des Diskurses beitragen, was wiederum notwendige Maßnahmen beschleunigen könnte.



BMLV/Paul Kulec

Zur Entwicklung moderner Streitkräfte

Martin Dorfer

Das Österreichische Bundesheer befindet sich in einer umfassenden Transformation hin zu einer modernen, technologisch vernetzten Streitkraft. Schwerpunkte sind die Modernisierung von Ausrüstung und Systemen, die Spezialisierung der Brigaden, der Ausbau der Miliz sowie die Digitalisierung von Führung und Informationsraum. Der Aufbauplan 2032+ bündelt Investitionen in Personal, Infrastruktur und Fähigkeiten, um bis 2032 eine flexible, reaktionsfähige und gesellschaftlich verankerte Verteidigung sicherzustellen.

Fähigkeit und Technologie

Das Österreichische Bundesheer (ÖBH) steht auch im Jahr 2026 angesichts veränderter sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen vor erheblichen Herausforderungen. Konventionelle Kriege, globale Krisen, hybride Bedrohungen und die zunehmende Bedeutung neuer Techno-

logien verlangen nach kontinuierlichen Anpassungen von Fähigkeiten und Strukturen. Während traditionelle Aufgaben im Rahmen der militärischen Landesverteidigung dabei zentral sind, gewinnen Aspekte wie Cyber-Abwehr, Digitalisierung, internationale Kooperation und die Sicherstellung moderner Mobilität zunehmend an Gewicht.

Auch die Frage nach einer ausreichenden personellen, infrastrukturellen und materiellen Ausstattung stellt sich dringlicher denn je, um die ständige Einsatzbereitschaft zu gewährleisten. Ziel muss es sein, das ÖBH so auszurichten, dass es seine verfassungsmäßigen Aufgaben effektiv erfüllen und zugleich flexibel auf neue sicherheitspolitische Anforderungen als leistungsfähige und moderne Streitkraft reagieren kann.

Der Weg zur modernen Streitkraft

Die Kampfkraft des Österreichischen Bundesheeres bildet das Herzstück der Transformation. Sie wird durch die kontinuierliche Modernisierung von Waffensystemen, die jährliche Verbesserung der Ausrüstung und die gezielte Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten gestärkt. Zu den Meilensteinen des Jahres 2026 werden die Einführung der gefechtsstechnischen Drohnen, der weitere Zulauf der Systemfamilie des Radpanzers Pandur sowie der beginnende Aufbau der begleitenden Fliegerabwehr der vier Landbrigaden gehören.

Diese Maßnahmen, ebenso wie die Steigerung der Waffenwirkung durch den Aufbau der Raketenartillerie sowie der Aufbau neuer Fähigkeiten zur elektronischen Kampfführung und der Drohnenabwehr stellen sicher, dass die Streitkräfte künftig in der Lage sind, komplexe Einsätze zu bewältigen. Der Wille zum Kampf und die Bereitschaft, entsprechend dem Führungsprinzip des „Führens durch Auftrag“ im Ernstfall entschlossen zu handeln, werden durch Ausbildung, Wertevermittlung und gelebte Kameradschaft gefördert.

Die Spezialisierung der Brigaden ist ein weiterer wesentlicher Schritt im Konzert der Landstreitkräfte zur Befähigung zum Kampf der verbundenen Waffen. Jede Brigade erhält gezielte Spezialisierungen, die auf ihre Kernaufgaben zugeschnitten sind. Diese Diversifizierung, gemeinsam mit den Spezialeinsatzkräften, ermöglicht eine klare Aufgabenverteilung und eine hohe Leistungsfähigkeit in den jeweiligen Einsatzbereichen. Ab dem

Jahr 2026 wird, eng mit den Brigaden verschränkt, die Neuausrichtung und Stärkung der Miliz erfolgen. Es werden aber auch die Militärkommanden in ihrer Führungsfähigkeit für den Einsatz gestärkt.

Reaktionsfähigkeit

Ergänzt wird dies durch die Integration in multinationale Übungen und Kooperationen, mit denen die Interoperabilität gestärkt und die internationale Einsatzfähigkeit, vor allem im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), sichergestellt werden. Weiters wird die Luftverteidigung konsequent aufgebaut, um das Bundesgebiet, Truppenbewegungen und kritische Infrastruktur zuverlässig zu schützen. Ein moderner Wirkungsverbund aus Sensoren und Effektoren gewährleistet die Neutralisierung von Bedrohungen, während digitale Führungs- und Kontrollsysteme eine zeitgerechte Reaktion ermöglichen. In diesem Zusammenhang sind Medium bis Long Range Air Defence Systems im Kontext mit der European Sky Shield Initiative beispielhaft zu nennen. Der Zulauf im Bereich der Luftnahunterstützung sowie des operativen und taktischen Lufttransportes für die Landstreitkräfte und die Spezialeinsatzkräfte wird im Jahr 2026 fortgesetzt.

Die Reaktionsfähigkeit wird durch die Erhöhung von Mobilität der Landbrigaden und der Spezialeinsatzkräfte an die kommenden operativen Herausforderungen angepasst. Durch die Aufstellung einer Bereitschaftstruppe Inland, inklusive der weiteren Ausrollung der Reaktionsmiliz, sowie der Neuausrichtung der Kaderpräsenzeinheiten zur Bereitschaftstruppe Ausland, wird die operative Handlungsfähigkeit der Streitkräfte erhöht. Moderne Transportlösungen, geschützte Fahrzeuge, verbesserte Infrastruktur und digitale Kommunikationssysteme sorgen dafür, dass Truppen schnell verlegt und unter allen Einsatzbedingungen operieren können.

Informationsraum

Gleichzeitig wird die Reaktionsfähigkeit der Streitkräfte im Informationsraum laufend verbessert. Führungsüberlegenheit ist vital für moderne Streitkräfte. Das ÖBH muss zur „Joint Force“ werden. Folglich wird das operative Hauptquartier bis zum Jahr 2029 einsatzbereit ge-

macht. Die Führungsfähigkeit der Streitkräfte wird durch die begonnene Digitalisierung, durch Führungsinformationssysteme wie die neue Cloud-Landschaft (Mission Cloud) und die Ausrollung des Battle Managements Systems „SITAWARE“ gesteigert.

Dies erlaubt eine präzise Lagebeurteilung, schnelle Entscheidungsfindung und eine effiziente Koordination der Kräfte. Die Digitalisierung aller Prozesse sorgt dafür, dass Informationen in Echtzeit verfügbar sind, um die Entscheidungsfindungsprozesse, auch unter Verwendung von Künstlicher Intelligenz, entscheidend zu verkürzen. Das Führen im Einsatz steht im Fokus, die Fähigkeit der Aufklärung wird dabei auch durch den Aufbau eines operativen Aufklärungsbataillons sowie die Stärkung der Sensoren der Brigaden gestärkt.

Personelle Entwicklung

Die Durchhaltefähigkeit ist das Fundament der Weiterentwicklung, damit das ÖBH auch in langwierigen Konflikten einsatzbereit bleibt. Das Wehrmodell Neu soll für eine nachhaltige personelle Einsatzbereitschaft und Resilienz sorgen. Hier gilt es vor allem, die gesellschaftliche Diversität zu nutzen, und auch mehr Frauen aller Altersschichten und Professionen für den Dienst in den Streitkräften zu gewinnen. In allen Einsätzen sind Soldatinnen ein wesentlicher Faktor einer erfolgreichen und nachhaltigen Einsatzführung und integraler Bestandteil moderner Streitkräfte.

Im Zentrum der Weiterentwicklung steht dabei eine gut ausgebildete und regelmäßig übende Miliz. Sie verankert die Streitkräfte in der Gesellschaft, ermöglicht eine breite personelle Basis und stellt sicher, dass das Bundesheer im Bedarfsfall reaktions- und durchhaltefähig bleibt. Eine wesentliche operative Grundlage ist auch der Ausbau der militärischen Einsatzbasen, um einen längeren Einsatz führen zu können. Ergänzend dazu werden die Bearbeitungen der strategischen Bevorratung sowie der optimierten Versorgungsketten fortgesetzt, sodass Operationen auch unter schwierigen Bedingungen über einen längeren Zeitraum fortgeführt werden können.

Erste Schritte auf einem langen Weg

Der Aufbauplan 2032+ markiert den wesentlichen Handlungsrahmen der Streitkräfte auf dem Weg in die Zukunft. Er sieht umfassende Investitionen in Personal, Ausrüstung und Infrastruktur vor, um nach dem Zielbild 2032 die Verteidigungsbereitschaft bis zum Jahr 2032 schrittweise zu erreichen. Erste Maßnahmen, wie die Modernisierung bestimmter Waffensysteme, der Ausbau logistischer Fähigkeiten sowie Initiativen zur Stärkung der Cyberabwehr, wurden bereits umgesetzt und verdeutlichen den Beginn einer strukturierten Transformation.

Dennoch bleibt der Weg anspruchsvoll: Der Plan erfordert einerseits langfristige Planung, andererseits kontinuierliche Anpassungen an ein sich entwickelndes Bedrohungsbild und eine konsequente Umsetzung in allen Teilbereichen. Die wesentliche Stärke der Streitkräfte liegt im ausgezeichnet ausgebildeten und motivierten Personal. Der eingeschlagene Weg lässt unseren Soldatinnen und Soldaten nun auch das Gerät und die Infrastruktur zukommen, die diese Motivation verdient. Das Bundesheer befindet sich auf seinem wichtigsten, aber herausfordernden Pfad, dessen Ziel eine zeitgemäße und umfassende Verteidigungsfähigkeit bis zum Jahr 2032 ist.

Keynotes

- Die Modernisierung des Österreichischen Bundesheeres zielt auf eine flexible, technologisch fortschrittliche Streitkraft ab, die auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen wie hybride Bedrohungen und Cyberangriffe reagieren kann.
- Schwerpunkte liegen auf der Stärkung der Kampfkraft durch neue Systeme (Drohnen, Raketenartillerie, elektronische Kampfführung), Spezialisierung der Brigaden und Aufbau einer reaktionsfähigen Miliz.
- Digitalisierung, Führungsüberlegenheit und Informationsraum werden durch Systeme wie Mission Cloud, SITAWARE und ein gemeinsames operatives Hauptquartier (bis 2029) wesentlich ausgebaut.
- Der Aufbauplan 2032+ sieht umfassende Investitionen in Personal, Ausrüstung und Infrastruktur vor, um bis 2032 eine moderne, durchhaltefähige und gesellschaftlich verankerte Streitkraft sicherzustellen.

Autorinnen und Autoren

Dr.ⁱⁿ **Tinatin Akhvlediani**, geboren 1991, ist Research Fellow am Centre for European Policy Studies (CEPS) und Gastprofessorin am College of Europe in Tirana und der Staatlichen Universität Tbilisi. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf EU-Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik, besonders im Hinblick auf die östlichen EU-Nachbarstaaten, inklusive der Ukraine.

Oberst MMag. **Klaus Anderle**, MA, geboren 1967, ist mit der Leitung der Abteilung Militärpolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung betraut. Von 2016 bis 2021 war er Leiter der Abteilung EU der Militärvertretung Brüssel an der Österreichischen Vertretung zur Europäischen Union.

Ministerialrätin **Silvia Angerbauer**, BA MA, geboren 1968, ist Leiterin der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Zudem fungiert sie als Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen und ist in dieser Eigenschaft Beraterin für das gesamte Ressort sowie das Österreichische Bundesheer.

Ministerialrat Mag. **Günther Barnet**, geboren 1967, ist in der Generaldirektion Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung tätig. Neben seiner Tätigkeit zur Koordinierung gesamtstaatlicher sicherheitspolitischer Planungen leitet er eine Projektgruppe für regionale Sicherheitskooperationen.

Prof. Dr. phil **Florian Bieber**, geboren 1973, ist Professor für Südosteuropäische Geschichte und Politik am Zentrum für Südosteuropastudien der Universität Graz. Er koordiniert die Balkans in Europe Policy Advisory Group.

Kommissär **Christoph Bilban**, BA BA MA, geboren 1991, ist Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die Konflikte im post-sowjetischen Raum mit Fokus auf den Südkaukasus und Osteuropa sowie die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands.

Dr. **Josef Braml**, geboren 1968, ist European Director der Trilateralen Kommission. Zuvor war er am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik tätig.

Will Brown, geboren 1994, ist Senior Policy Fellow im Afrika-Programm des European Council on Foreign Relations. Seit 2020 ist er zudem Senior Associate am Center for Strategic and International Studies in Washington, DC. Zuvor war er als Journalist tätig.

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Marie-Janine Calic**, geboren 1962, ist Professorin für ost- und südosteuropäische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU). Zuvor war sie Dekanin der Fakultät für Geschichte und Kunstwissenschaft an der LMU, Gastwissenschaftlerin an der Harvard University sowie Gastprofessorin am College of Europe in Natolin.

Generalleutnant Mag. **Martin Dorfer**, geboren 1967, ist seit 2024 Leiter der Direktion 1 – Einsatz sowie Kommandant der Land- und Spezialeinsatzkräfte des Österreichischen Bundesheeres. Er durchlief in seiner Karriere zahlreiche Führungspositionen, darunter als Stabschef, Kommandant AUTCON und EUFOR und Leiter der Abteilung Rüstungspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung.

Kommissarin Mag.^a **Alexandra Duca**, LL.B, geboren 1998, ist seit 2021 in der Abteilung Internationales Recht des Bundesministeriums für Landesverteidigung tätig. Im Jahr 2024 war sie dem Völkerrechtsbüro des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten dienstzugeordnet. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt auf den Bereichen neue Technologien, Neutralitätsrecht und humanitäres Völkerrecht.

Dr. **Thomas Eder**, geboren 1986, ist seit 2022 Research Fellow am Österreichischen Institut für Internationale Politik. Seit 2024 lehrt er Politikwissenschaft an der Universität Wien. Von 2016 bis 2020 war er Research Associate am Mercator Institute for China Studies in Berlin.

Josef Farda, BA BA, geboren 1994, ist seit 2021 Bundesgeschäftsführer des Österreichischen Zivilschutzverbandes.

Prof. **Gabriel Felbermayr**, PhD, geboren 1976, ist seit Oktober 2021 Direktor des WIFO und Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU). Zuvor war er Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft.

Dipl.-Ing. **Thomas Feßl**, geboren 1969, ist seit 2011 in der Wirtschaftskammer Österreich tätig. Seit Juni 2020 betreut er Themenstellungen in der Stabstelle Krisenmanagement und Sicherheitsvorsorge.

Franz-Stefan Gady, geboren 1982, ist Politikberater und unabhängiger Militäranalyst unter anderem am Institute for International Strategic Studies in London. Er berät Regierungen und Streitkräfte in Europa und den Vereinigten Staaten in Fragen der Strukturreform, der organisatorischen und doktrinären Entwicklung und der Zukunft der Kriegführung.

Oberstleutnant im Generalstab Dipl. Päd. Univ. **Thilo Geiger**, MA, geboren 1985, ist seit 2024 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg.

Prof. Dr. **Sebastian Harnisch**, geboren 1967, ist Professor für Internationale Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Heidelberg. Sein Forschungsschwerpunkt liegt u.a. auf der Außenpolitik Chinas und anderer asiatischer Staaten.

Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Gudrun Harrer**, geboren 1959, ist Nahostexpertin und Leitende Redakteurin bei der Tageszeitung „Der Standard“. Sie lehrt Moderne Geschichte und Politik des Nahen Ostens an der Universität Wien und an der Diplomatischen Akademie Wien.

Generalmajor **Bruno Günter Hofbauer**, geboren 1967, ist seit 2023 stellvertretender Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres. Zuvor war er Planungschef und Leiter der Gruppe Grundsatzplanung im Generalstab.

Dr.ⁱⁿ **Elisabeth Hoffberger-Pippan**, geboren 1988, ist Policy Advisor für Sicherheitspolitik und internationale Ordnung bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wien. Zuvor war sie Senior Researcher am Peace Research Institute Frankfurt und Leiterin des Projekts International Panel on the Regulation of Autonomous Weapon Systems.

Dr. **Arnold H. Kammel**, geboren 1981, ist seit 2022 Generalsekretär und seit 2020 verteidigungspolitischer Direktor des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Zuvor war er von 2018 bis 2019 Berater im Kabinett des Bundesministers für EU, Kunst, Kultur und Medien im Bundeskanzleramt.

Prof. Dr. **Oliver Keßler**, geboren 1973, ist Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Erfurt. Zudem ist er Redakteur des *European Journal of International Relations*.

PD Dr.ⁱⁿ **Judith Kohlenberger**, geboren 1986, ist Leiterin des Forschungsinstituts für Migrations- und Fluchtforschung und -management an der Wirtschaftsuniversität Wien, Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik und Affiliate Policy Fellow am Jacques Delors Centre der Hertie School Berlin.

Prof. Dr. **Markus Kornprobst**, geboren 1972, ist seit 2009 Fachbereichsleiter für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Diplomatischen Akademie Wien.

Linda Liang, MA, geboren 1996, ist seit 2023 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Internationale Beziehungen und Außenpolitik der Universität Heidelberg. Zuvor war sie als Rechercheassistentin am International Institute for Strategic Studies in Berlin und beim MERCATOR Institute for China Studies tätig.

MMag. **Sonja Linskeseder**, MA, geboren 1987, ist stellvertretende Leiterin der Stabstelle Krisenmanagement und Sicherheitsvorsorge in der Wirtschaftskammer Österreich sowie stellvertretende Geschäftsführerin der beiden Arbeitsgemeinschaften Sicherheit und Wirtschaft sowie Industrielle Kooperation und Luftfahrttechnologie.

Dr.ⁱⁿ **Dorothy Makaza-Goede**, geboren 1984, lehrt an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg. Sie ist Gründerin der Global South Transformation Foundation und war als Beraterin für verschiedene Organisationen, inklusive der Kommission der Afrikanischen Union für internationales Recht tätig.

Ulrika Möller, geboren 1972, ist Associate Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göteborg. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf nuklearer Non-Proliferation und Rüstungsabbau.

Ao. Univ.-Prof. (i.R.) Dr. **Heinz Nissel**, geboren 1943, ist seit 2002 Mitglied des strategie- und sicherheitspolitischen Beirats der Wissenschaftskommission beim Bundesministerium für Landesverteidigung und Vizepräsident der österreichisch-indischen Gesellschaft.

Mag.^a **Anna Katharina Obenhuber**, BA, geboren 1986, leitet seit 2025 die Abteilung für Grundsatzangelegenheiten, überfachliche Kompetenzen und ganztägige Schulformen des Bundesministeriums für Bildung. Zuvor war sie bei der Österreichischen UNESCO-Kommission in Wien tätig.

Dr.ⁱⁿ **Sarah Pagung**, geboren 1989, ist seit 2023 Programmleiterin Internationale Politik der Körber-Stiftung und verantwortet das Körber Policy Game sowie das Berliner Forum Außenpolitik. Davor war sie bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik tätig.

Major des Generalstabsdienstes Mag. (FH) **Robert Toni Pfaffenbauer**, MA, geboren 1985, ist in der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung tätig. Seine Themenschwerpunkte liegen in den Bereichen Weltraum, Verteidigungsindustrie und neue Technologien.

Dr.ⁱⁿ **Daniela PISOIU**, geboren 1981, ist Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf Terrorismus, Antiterror-Politiken und Vergleichende Regionale Sicherheit.

Mag. Dr. **Walter Posch**, geboren 1966, ist Orientalist und seit 2000 Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Von 2004 bis 2009 war er am European Union Institute for Strategic Studies (EUISS) und von 2010 bis 2014 an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) tätig.

Lucia Ragazzi, geboren 1990, ist Research Fellow des Afrika-Programms am Italian Institute for International Political Studies. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt auf der Politik und den internationalen Beziehungen Afrikas südlich der Sahara.

Oberstleutnant des Generalstabsdienstes Mag. (FH) **Matthias Resch**, PhD, geboren 1984, ist Referatsleiter in der Generalstabsabteilung des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Davor war er in der Direktion für Verteidigungspolitik und Internationale Beziehungen tätig.

Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. Dr. **Bernhard Richter**, geboren 1969, ist Leiter des Referats Strategie in der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Sein Tätigkeitsbereich umfasst die Zukunfts- und Trendanalyse.

Brigadier Dr. **Nikolaus Rottenberger**, BA MAIS, geboren 1970, ist Leiter der Abteilung Militärdiplomatie des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Zuvor war er Verteidigungsattaché in Italien sowie Albanien, Griechenland, Malta und Spanien mit Sitz in Rom.

Generalmajor Mag. **Reinhard Ruckenstuhl**, MAS, geboren 1966, ist seit 2020 Leiter des Abwehramts. Zuvor war er Leiter der Abteilung Lagezentrum im Bundesministerium für Landesverteidigung und stellvertretender Kommandant der Kosovo Force (KFOR).

Unter-Generalsekretär **Christian F. Saunders**, geboren 1961, ist seit 2022 der Sonderkoordinator für die Verbesserung der Reaktion der Vereinten Nationen auf sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch. Zuvor war er Generalkommissar des UN-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten und hatte mehrere, hochrangige Positionen im UN Department of Operational Support und dem Department of Management.

Kommissär **Alexander Scheidl**, BA MA, geboren 1998, ist seit 2024 in der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie sowie in der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen des Bundesministeriums für Landesverteidigung tätig.

Brigadier Mag. Dr. **Roman Schuh**, MBA, geboren 1968, ist seit 2025 Fachexperte in der Sektion I – Generaldirektion Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Zudem ist er Mitglied in der Kommission zur Bekämpfung staatsfeindlicher Tendenzen des BMLV und im Integrationsbeirat des Bundeskanzleramtes.

Dr.ⁱⁿ **Daniela Schwarzer**, geboren 1973, ist Mitglied des Vorstands der Bertelsmann Stiftung. Zuvor war sie Leiterin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und Exekutivdirektorin bei den Open Society Foundations. Sie ist Honorarprofessorin an der Freien Universität Berlin und Senior Fellow an der Harvard University.

Prof. Dr. **Martin Senn**, geboren 1978, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, Leiter des dort ansässigen Foreign Policy Labs und Lektor an der Diplomatischen Akademie Wien.

Sara de Simone, geboren 1985, ist Assistenzprofessorin für afrikanische Studien der Universität Trento und Research Associate am Italian Institute for International Political Studies. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf dem Sudan und dem Südsudan, insbesondere in Hinblick auf lokale Regierungsführung und internationale Beziehungen.

Dr. **Loïc Simonet**, geboren 1969, ist seit 2021 Forscher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP). Zuvor war er als Senior External Cooperation Officer mit dem Zuständigkeitsbereich NATO und EU im Generalsekretariat der OSZE und als politisch-militärischer Berater an die Ständigen Vertretung Frankreichs bei der OSZE tätig.

Mag. **Jan Sisko**, geboren 1983, ist seit 2019 in der Abteilung für Grundsatzangelegenheiten, überfachliche Kompetenzen und ganztägige Schulformen tätig. Sein Schwerpunkt umfasst die Steuerung von Prozessen und Bereitstellung von Expertise in den Bereichen der (historisch-)politischen Bildung, sprachlichen Bildung (inkl. Minderheitenschulwesen), Umweltbildung für nachhaltige Entwicklung und ganztägigen Schulformen.

David Song-Pehamberger, MAIS, geboren 1989, ist stellvertretender Direktor für Strategie und Verteidigung am European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats in Helsinki. Seine Themenschwerpunkte liegen in den Bereichen Cyber, Künstliche Intelligenz und emergente Technologien.

Johannes Späth, MA, geboren 1997, ist seit 2023 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Internationale Politik.

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kristina Spohr**, geboren 1973, ist Senior Fellow am Henry Kissinger Center for Global Affairs und Professorin am Department of International History der London School of Economics and Political Science. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt u.a. auf den Prozessen der (Neu-)Ordnung internationaler Beziehungen.

Prof. Dr. **Stephan Stetter**, geboren 1972, ist Professor für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München. Politik, Konflikte und Gesellschaft im Nahen und Mittleren Osten, mit Schwerpunkt Israel zählen zu seinen Kernbereichen.

Dr. **Jan Stockbrügger**, geboren 1984, ist Forschungsgruppenleiter für maritime Sicherheit am Institut für den Schutz maritimer Infrastrukturen am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Zuvor war er Postdoktorand in der Ocean Infrastructure Research Group am Department für Politikwissenschaft der Universität von Kopenhagen.

Rachel Tausendfreund, geboren 1978, ist Senior Research Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Zuvor war sie Senior Fellow im Geostrategie-Team des German Marshall Fund of the United States.

Dr. **Siddharth Tripathi**, geboren 1985, ist Senior Research Fellow an der Fakultät für Staatswissenschaften der Universität Erfurt. Er ist zudem seit 2022 Projektleiter des Projekts für postkoloniale Hierarchien in Frieden und Konflikt.

Generalmajor Mag. **Ronald Vartok**, geboren 1966, ist Leiter der Direktion Verteidigungspolitik und Internationale Beziehungen des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Zuvor war er von 2021 bis 2024 Leiter der Abteilung Militärpolitik des BMLV.

Oberrätin Mag.^a iur. **Eva Widhalm**, MA, geboren 1981, ist in der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung tätig. Ihre Themenschwerpunkte liegen auf den Bereichen Klimawandel und Verteidigung sowie Resilienz.

Michael Zinkanell, MA, geboren 1990, ist seit 2023 der Direktor des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik.

